

**HESSISCHER LANDTAG**

05. 05. 2020

38. Sitzung

Wiesbaden, den 5. Mai 2020

Amtliche Mitteilungen	2821	42. Antrag	
<i>Entgegengenommen</i>	2823	Elke Barth (SPD), Tobias Eckert (SPD), Stephan Grüger (SPD), Knut John (SPD), Marius Weiß (SPD), Fraktion der SPD	
Präsident Boris Rhein	2821	Für einen wirkungsvollen Mieterschutz sor- gen – auf den politischen Willen kommt es an	
Vizepräsidentin Karin Müller	2843	– Drucks. 20/2677 –	2844
Fragestunde		<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Ver- kehr und Wohnen überwiesen</i>	2854
– Drucks. 20/2471 –	2822	Elke Barth	2844
<i>Anlage</i>	2880	Dimitri Schulz	2845
1. Regierungserklärung		Günter Rudolph	2846
Hessischer Minister für Soziales und Inte- gration		Jürgen Lenders	2847
Gemeinsam gegen das Virus – zusammen- halten, solidarisch sein, einander schützen	2823	Heiko Kasseckert	2848
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	2843	Hildegard Förster-Heldmann	2849
46. Dringlicher Antrag		Jan Schalauske	2850
Fraktion DIE LINKE		Minister Tarek Al-Wazir	2852
Beschäftigte in systemrelevanten Berufen stärken und ihre Leistungen in der Corona- Krise angemessen anerkennen		44. Entschließungsantrag	
– Drucks. 20/2683 –	2843	Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
<i>Dem Sozial- und Integrationspolitischen Aus- schuss überwiesen</i>	2843	Auswirkungen der Corona-Virus-Pandemie minimieren – Soforthilfen für hessische Vereine	
Minister Kai Klose	2823	– Drucks. 20/2679 –	2854
Nancy Faeser	2826	<i>Aussprache beendet</i>	2866
Ines Claus	2829	Andreas Hofmeister	2854
Volker Richter	2832	Stefan Müller (Heidenrod)	2855, 2865
René Rock	2835	Hermann Schaus	2857
Janine Wissler	2838	Gerhard Schenk	2859
Mathias Wagner (Taunus)	2841	Eva Goldbach	2861
		Günter Rudolph	2862
		Minister Peter Beuth	2864

2. Erste Lesung	
Gesetzentwurf	
Fraktion der AfD	
Gesetz zur Aussetzung der Anpassung der Abgeordnetenbezüge während der Corona-Krise im Jahr 2020	
– Drucks. 20/2623 –	2866
<i>Nach erster Lesung dem Ältestenrat überwiesen</i>	2874
10. Erste Lesung	
Gesetzentwurf	
Fraktion DIE LINKE	
Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags	
– Drucks. 20/2668 –	2866
<i>Nach erster Lesung dem Ältestenrat überwiesen</i>	2874
47. Erste Lesung	
Dringlicher Gesetzentwurf	
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten	
Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags	
– Drucks. 20/2684 –	2866
<i>Nach erster Lesung dem Ältestenrat überwiesen</i>	2874
Vizepräsidentin Karin Müller	2843

Im Präsidium:

Präsident Boris Rhein
 Vizepräsidentin Karin Müller
 Vizepräsidentin Heike Hofmann
 Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
 Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir
 Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
 Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund Lucia Puttrich
 Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus
 Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
 Minister der Finanzen Michael Boddenberg
 Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
 Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn
 Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
 Minister für Soziales und Integration Kai Klose
 Staatssekretär Michael Bußer
 Staatssekretär Dr. Martin J. Worms

Abwesende Abgeordnete:

Lena Arnoldt
 Karl Hermann Bolldorf
 Dirk Gaw
 Rolf Kahnt
 Regine Müller (Schwalmstadt)
 Dr. Dr. Rainer Rahn
 Alexandra Walter

Robert Lambrou	2866, 2872
Torsten Felstehausen	2867
Holger Bellino	2868, 2873
Günter Rudolph	2869
Jürgen Frömmrich	2870
Jürgen Lenders	2871, 2874

3. Erste Lesung	
Gesetzentwurf	
Landesregierung	
Gesetz zur Finanzierung von Pflegeschulen (Pflegeschulenfinanzierungsgesetz – Pfl-SchulFinanzG)	
– Drucks. 20/2650 –	2874
<i>Nach erster Lesung dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss überwiesen</i>	2879
Minister Kai Klose	2874
Christiane Böhm	2875
Yanki Pürsün	2875
Petra Müller-Klepper	2876
Dr. Daniela Sommer	2877
Claudia Papst-Dippel	2878
Marcus Bocklet	2878

(Beginn: 13:04 Uhr)

Präsident Boris Rhein:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 38. Plenarsitzung des Hessischen Landtags und darf Sie um Ruhe und Aufmerksamkeit bitten. Wenn ich in den Plenarsaal schaue, kann ich guten Gewissens die Beschlussfähigkeit feststellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Freitag jährt sich zum 75. Mal der 8. Mai 1945. Wir hatten für diese Plenarsitzung, aber auch gemeinsam mit dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden im Staatstheater Veranstaltungen geplant, um dieses für unsere Demokratie konstitutive Datum zu würdigen, was jetzt aufgrund der Umstände der Pandemie nicht möglich ist. Wir sind aber fest entschlossen, das nachzuholen, sobald es wieder möglich ist.

Dennoch, meine Damen und Herren, kann man zu Beginn einer Plenarwoche dieses Landtags nicht einfach so zur Tagesordnung übergehen. Deswegen bitte ich Sie, mir einige wenige Anmerkungen zu diesem Datum zu erlauben.

Der Umgang mit Vergangenheit spiegelt immer auch die Verhältnisse der Gegenwart, und die Erfahrungen der Gegenwart prägen den Umgang mit der Vergangenheit.

Für kein deutsches Datum gilt dieser kluge Satz des Historikers Andreas Rödder so sehr, wie er für den 8. Mai 1945 gilt.

Der 8. Mai war eine tiefe Zäsur in der deutschen, aber auch in der europäischen Geschichte. Am Ende des Krieges war Deutschland besiegt, besetzt und durch eigene unsägliche Verbrechen befleckt – allerdings auch von der nationalsozialistischen Diktatur befreit.

Der 8. Mai markiert die vollständige militärische Niederlage, und er markiert das Ende des verbrecherischen Hitler-Regimes. Deswegen war der Tag für alle Deutschen ein Tag der Befreiung, wiewohl – auch das muss man hinzufügen – sich das Tor der Freiheit zunächst nur den Westdeutschen öffnete.

Die Deutschen hatten lange Zeit einen sehr schwierigen Zugang zu der objektiven Bedeutung des historischen Ereignisses, aber auch zu seinem zentralen Standort in unserer Geschichte, symbolisiert dieser Tag doch Befreiung und Niederlage zugleich.

Der Zustand des Landes war 1945 gekennzeichnet durch eine Abwesenheit jedweder staatlicher Ordnung. Über die Hälfte der Menschen in Deutschland waren nach dem Krieg nicht dort, wo sie hingehörten oder hinwollten, darunter neun Millionen Ausgebombte und Evakuierte, 14 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, zehn Millionen entlassene Zwangsarbeiter und Gefangene, Abermillionen nach und nach zurückkehrende Kriegsgefangene. Millionen Deutsche waren innerhalb ihres eigenen Landes vertrieben worden.

Die durchlittenen Bombennächte, die harten Hungerwinter der ersten Nachkriegsjahre und auch der Überlebenskampf unter anarchischen Alltagszuständen ließen viele Deutsche – nicht alle, aber viele Deutsche – keine Gedanken an die Vergangenheit fassen. Sie empfanden sich selbst als Opfer – und sie ersparten sich so die Gedanken an die wirklichen

Opfer, die millionenfach ermordet worden waren: Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Kranke, andere Völker – insbesondere in der Sowjetunion und in Polen – und die vielen, vielen anderen.

Es muss, ja, es muss tief irritieren, aber der Überlebenstrieb schaltete eben auch Schuldgefühle ab, und viele Deutsche begannen erst sehr widerstrebend und sehr widerwillig, sich mit dem Ulmer Einsatzgruppen-Prozess – das war 1958 – und dann mit den Auschwitz-Prozessen unter der Leitung von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer ab 1963 den in der Geschichte der Menschheit beispiellosen, in deutschem Namen begangenen Verbrechen zu stellen.

Der Knoten von Ursache und Folge wurde erst mit einer Distanz von 40 Jahren durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit seiner großartigen Rede vor dem Deutschen Bundestag durchschlagen. Dort hat er ohne Umschweife klargestellt:

Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Und, wenn ich das so sagen darf, fast noch wichtiger, fuhr er fort:

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.

Meine Damen und Herren, weil wir aus der Vergangenheit Lehren ziehen wollen, ist der Umgang mit der Vergangenheit für eine Gegenwart, die besser sein soll, für eine Gegenwart, in der wir kein zweites Mal versagen wollen, aber auch nicht dürfen, so wichtig. Das sind keine leeren Erinnerungsrituale, sondern das sind unerlässliche Prägungen, damit nie wieder geschieht, was geschehen ist.

Der Zweite Weltkrieg hatte nicht nur die materielle, sondern auch die institutionelle Infrastruktur jener Region, die seit Jahrzehnten als stabilste und am höchsten entwickelte der Welt galt, verwüstet. Deutschland hatte das moralische Gefüge der westlichen Welt durch Verbrechen, die niemand jemals für möglich gehalten hatte, zerstört.

Wären die Deutschen nicht bereit gewesen, sich dann doch noch der einzigartigen Monstrosität des Holocaust und der Verantwortung für schrecklichste Kriegsverbrechen zu stellen – meine Damen und Herren, wie hätte dieses Land jemals wieder in die Zivilisation zurückgefunden und zu einem geachteten Mitglied der Völkergemeinschaft werden können?

Das muss man sich vergegenwärtigen, wenn wir erinnern; denn für keine Generation in Deutschland wird die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit jemals abgeschlossen sein. Es muss einem klar sein: Unter eine solche Geschichte wie unsere lässt sich kein Schlussstrich ziehen.

Es gibt fortwährende internationale Verpflichtungen, die unmittelbar, aber auch mittelbar aus der deutschen Politik der Jahre 1933 bis 1945 für uns alle erwachsen. An erster Stelle nenne ich natürlich die ganz besonderen Beziehungen zu Israel. Aber auch in anderen Ländern wirkt der Na-

tionalsozialismus als Vergangenheit fort, die nicht vergeht, weil er die Spaltung Europas in einen freien und einen unfreien Teil verursacht hat. Daraus ergibt sich eine Pflicht zur Solidarität mit Ländern, die erst im Zuge der friedlichen Revolution 1989/1990 ihre innere und ihre äußere Souveränität wiedergewonnen haben.

Für uns hier in Deutschland ist die wichtigste Lehre aus der deutschen Geschichte der Jahre 1933 bis 1945, dass es eine Pflicht gibt, unter allen Umständen die Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen zu achten und zu garantieren. Ich sage das auch vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse in unserem Land. Denn das Mittel der Nationalsozialisten, um Hass zu schüren – oder, wenn ich das hinzufügen darf, wenigstens, um das Wegschauen für sich selbst zu rechtfertigen –, war es, durch Hetze Vorurteile und Feindschaften entstehen zu lassen.

Deswegen sollte aus Anlass des 8. Mai unsere Botschaft als demokratisch gewählte Politiker lauten: Nie wieder Hass, nie wieder Krieg, nie wieder Ausgrenzung, es soll nie wieder ein nationalistisches, sondern es soll ein europäisches Deutschland sein, an dem wir unabhängig von unseren politischen Überzeugungen gemeinsam arbeiten und bauen.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit können wir in die Tagesordnung eintreten.

Ich will Ihnen eine Mitteilung über den Wechsel im Fraktionsvorsitz machen. Das ist jetzt keine große Neuigkeit mehr, aber – ich denke, man kann das schon sagen – eine schöne Neuigkeit.

(Heiterkeit Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten))

– Es war nur positiv gemeint, Herr Vizepräsident, für beide. – Der Abg. Michael Boddenberg wurde in der Plenarsitzung am 3. April 2020 als Staatsminister und Minister der Finanzen vereidigt. Gratuliert haben wir ihm schon. Feiern konnten wir das Ereignis noch nicht, aber er wird das sicherlich nachholen.

Damit einher geht ein Wechsel im Vorsitz der Fraktion der Christdemokraten. Zur neuen Vorsitzenden der Fraktion der CDU wurde die Abg. Ines Claus gewählt, der ich im Namen des gesamten Hauses zu ihrer neuen Aufgabe gratuliere.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Ines Claus, ich wünsche Ihnen nicht nur viel Glück – das natürlich auch, das gehört immer dazu –, sondern vor allem Erfolg, Gesundheit und Gottes Segen bei dieser spannenden und interessanten Aufgabe. Wir wünschen Ihnen alles Gute für die Führung der CDU-Fraktion.

Die Tagesordnung vom 28. April und ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 45 Punkten liegen Ihnen vor.

Noch eingegangen ist ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst, Drucks. 20/2672. Der Änderungsantrag wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 13, der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs zum gleichen Thema, aufgerufen.

Heute noch eingegangen und an den Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Beschäftigte in systemrelevanten Berufen stärken und ihre Leistungen in der Corona-Krise angemessen anerkennen, Drucks. 20/2683. Ich frage, ob die Dringlichkeit bejaht wird. – Das ist offensichtlich der Fall. Dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 46 und kann, wenn dem niemand widerspricht, was ich derzeit nicht sehe, mit Tagesordnungspunkt 1 zu diesem Thema aufgerufen werden.

Wir haben uns im Ältestenrat darauf verständigt, dass wir nach Tagesordnungspunkt 15, also am Mittwochabend vor den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, gebündelt über die zur Abstimmung stehenden Gesetzentwürfe und die Entschließungsanträge abstimmen. – Ich sehe, dass nichts dagegen spricht und wir das dann auch so machen.

Wir haben im Ältestenrat überdies vereinbart, heute auf die **Fragestunde** zu verzichten. Insoweit bitten wir die Landesregierung, die Fragen der **Drucks. 20/2471** bis nächsten Dienstag, den 12. Mai 2020, schriftlich zu beantworten; die Antworten werden dann als Anlage zum Protokoll der heutigen Plenarsitzung genommen.

(siehe Anlage)

Von den Fraktionen liegt die Mitteilung vor, welche Initiativen als Setzpunkte behandelt werden sollen. Die Drucks. 20/2677 ist der Setzpunkt der Fraktion der SPD. Die Drucks. 20/2678 ist der Setzpunkt der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Fraktion der CDU hat die Drucks. 20/2679 als Setzpunkt gewählt. Die Drucks. 20/2680 wurde als Setzpunkt der Fraktion der Freien Demokraten genannt. Diese Setzpunkte sind die Tagesordnungspunkte 42 bis 45.

Von der Fraktion der AfD wurde Punkt 35 der Tagesordnung genannt, das ist die Drucks. 20/2645. Von der Fraktion DIE LINKE wurde Tagesordnungspunkt 36 – das ist die Drucks. 20/2669 – als Setzpunkt bestimmt. Bei diesem Setzpunkt handelt es sich um einen Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend geplante Übernahme der Rhön AG und des Universitätsklinikums Gießen und Marburg durch den Asklepios-Konzern. Entgegen der vorliegenden Tagesordnung soll der Antrag dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen werden.

Ich darf Sie fragen, ob Sie einverstanden sind und die Tagesordnung genehmigen. – Das ist offensichtlich der Fall.

Meine Damen und Herren, wir haben das in den vergangenen Sitzungen alles schon geübt und erprobt, die Pandemie auch bei einer Parlamentssitzung zu bewältigen. Das betrifft natürlich erneut die parlamentarischen Abläufe hier und die organisatorischen Belange. Ich glaube, es ist wichtig, klarzumachen und deutlich darzustellen, dass das oberste Verfassungsorgan selbst in einer so schwierigen Situation handlungs- und beschlussfähig bleibt. Dass das funktionieren kann, haben wir in den vergangenen Sitzungen lebhaft bewiesen.

Auch heute wollen wir das Infektionsrisiko so gering wie möglich halten, indem insbesondere auf Abstand geachtet wird und die Hygieneregeln eingehalten werden. Auch das funktioniert gut. Dafür möchte ich allen Beteiligten ausdrücklich danken.

Die in den vergangenen Plenarsitzungen getroffenen interfraktionellen Vereinbarungen zum Ablauf der Plenarsitzung gelten grundsätzlich weiterhin. Insbesondere tagen wir auch heute mit einer geänderten Sitzordnung, wie man

unschwer erkennen kann. Sie sieht unter anderem auch die Nutzung der Besuchertribüne durch Abgeordnete vor.

Es wurde vereinbart, dass sich die Fraktionsmitarbeiter nicht im Plenarsaal aufhalten. Im Rahmen des Infektionsschutzes wird nach jedem Redebeitrag das Rednerpult desinfiziert. Ich darf Sie bitten, das zu berücksichtigen, wenn Sie nach vorne kommen, um an das Rednerpult zu treten. Darüber hinaus haben wir weitere Desinfektionsmaßnahmen im Rahmen des Plenarbetriebs in die Wege geleitet.

Wir tagen heute bis zur Erledigung des Tagesordnungspunktes 3. Im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 1, das ist die Regierungserklärung „Gemeinsam gegen das Virus – zusammenhalten, solidarisch sein, einander schützen“. Das ist eine Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Soziales und Integration, des Herrn Staatsministers Kai Klose. Eine Mittagspause ist nicht vorgesehen.

Wir können heute einen – man muss fast sagen: jugendlichen – runden Geburtstag begehen, der in der letzten Woche stattgefunden hat. Er betrifft unsere Kollegin Marion Schardt-Sauer. Sie wurde am 29. April eines schönen Jahres geboren. Frau Schardt-Sauer ist nicht da. – Doch, da sitzt sie. Frau Schardt-Sauer, ich darf Ihnen im Namen des gesamten Hauses alles Gute für das kommende Lebensjahr wünschen, Glück und Gesundheit. – Wie kommt der Wein jetzt zu Frau Schardt-Sauer?

(Zuruf: Per DHL!)

– „Per DHL“, das ist eine gute Idee. – Frau Schardt-Sauer, ich kann Ihnen das auch später übergeben. Wir werden noch ein bisschen hier sitzen. Schauen wir einmal, ob wir dann schon anfangen zu trinken.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Das war der Geburtstag. Ich gratuliere auch allen anderen, die sonst noch Geburtstag hatten oder sich geburtstagsreif fühlen.

Wenn ich das richtig sehe, bin ich damit am Ende der amtlichen Mitteilungen angelangt. Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Regierungserklärung
Hessischer Minister für Soziales und Integration
Gemeinsam gegen das Virus – zusammenhalten, solidarisch sein, einander schützen**

Lieber Herr Staatsminister Klose, Sie haben das Wort. Wir haben vereinbart, dass die Mitglieder der Fraktionen 15 Minuten sprechen können. Sie sind in dem frei, was Sie tun. Das wollte ich nur als ganz bescheidenen Hinweis geben. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das neue Corona-Virus hat unser Leben in kürzester Zeit auf den Kopf gestellt und unseren Alltag grundlegend verändert. Um Menschenleben zu retten, hat die ganze Welt eine Vollbremsung eingeleitet. Auch wir haben das getan. Wir haben so wichtige Zeit gewonnen, die wir intensiv zur Vorbereitung genutzt haben.

Dennoch sind in Hessen bis heute über 370 Menschen an COVID-19 verstorben. Knapp 200 müssen zur Stunde künstlich beatmet werden. Dieses Virus kann den menschlichen Körper schwer schädigen. Es trifft vor allem ältere Menschen. Es trifft Menschen mit Vorerkrankungen, aber eben auch junge, gesunde. Gleichzeitig infizieren sich viele Menschen, ohne irgendwelche Symptome zu entwickeln.

Die ganze Welt lernt jeden Tag Neues über dieses Virus und seine Folgen. Weil das so ist, hat niemand ein Patentrezept. Es gibt bisher weder ein wirksames Medikament noch einen Impfstoff. Solange das so ist, bleibt das Wir der Gemeinschaft, die zusammenhält, der einzig wirksame Schutz.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind im Kampf gegen das Virus als Menschheit vereint und aufeinander angewiesen. Jeder hilft durch sein individuelles Verhalten, die Infektionsketten zu durchbrechen. Das macht uns stark.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Hessen wurden wir schon früh mit dem Virus konfrontiert. Ende Januar waren zwei symptomfreie Personen des Rückkehrerflugs aus Wuhan infiziert und wurden in der Frankfurter Universitätsklinik behandelt. Damals erschien vielen das Thema noch weit weg. Entsprechend den bestehenden Pandemieplänen haben wir uns aber bereits vorbereitet. Spätestens mit der Vielzahl der Fälle in unseren Nachbarländern und mit dem Cluster in Heinsberg war das Virus endgültig in Europa angekommen.

Auch in Hessen waren wir aufgrund der exponentiell steigenden Infektionskurve gezwungen, das komplette soziale und ökonomische Leben innerhalb weniger Tage zum Erliegen zu bringen. Der Schlag mit dem Hammer erfolgte früh und mit Wucht. In ganz Deutschland wurden die drastischsten Grundrechtseinschränkungen seit Bestehen des Landes verordnet.

Keinen dieser Schritte sind wir leichtfertig gegangen. Uns war es nicht wichtig, die Schnellsten, Lautesten oder Lockersten zu sein. Jeder Schritt war das Ergebnis einer Abwägung zwischen dem Schutz der Gesundheit und den möglichen ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen. Situationen wie bei unseren europäischen Freunden in Italien, Spanien oder Frankreich, wo die Ärzte entscheiden mussten, wer leben darf und wer sterben muss, konnten wir in Deutschland vermeiden.

Ein entscheidender Faktor ist die Bereitschaft der Bevölkerung, mitzuhelfen und auch strapaziöse Einschränkungen in Kauf zu nehmen, um das Virus einzudämmen. Deshalb ist das unser gemeinsamer Erfolg.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch der Preis ist hoch: Rezession, geschlossene Kindertagesstätten und Schulen sowie Kontaktverbote, die uns auf den allerengsten Personenkreis zurückgeworfen haben. Trotz aller digitaler Fortschritte geht es uns doch allen so: Kein Videoanruf ersetzt den persönlichen Kontakt zwischen Menschen. Sich im Wortsinne nahe zu sein, das macht unser Zusammenleben eben aus. Das wird uns wieder sehr bewusst.

Viele werden durch die Folgen dieser Maßnahmen zusätzlich mit existenziellen Sorgen konfrontiert. Wir arbeiten intensiv daran, allen so gut wie möglich zu helfen und Sicherheit zu geben. Vor diesem Hintergrund beeindruckt

mich sehr, wie diszipliniert die übergroße Mehrheit mit-
hilft, diese Situation zu meistern.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Christoph Degen (SPD))

Wir haben die gewonnene Zeit genutzt und unser Gesund-
heitssystem so gut wie möglich vorbereitet: Mithilfe der
niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte wurden in Rekord-
zeit Testzentren geschaffen, um die Hausarztpraxen, aber
auch die Notaufnahmen der Krankenhäuser zu entlasten.
Ja, das war nicht von Beginn an reibungslos. Aber es hat
sich längst hervorragend eingespielt. Inzwischen haben wir
sie zu einem System von COVID-19-Schwerpunktpraxen
und -Koordinationszentren weiterentwickelt.

Wir haben unsere Krankenhausstruktur angepasst, weil uns
die dramatischen Verläufe in anderen Staaten gezeigt ha-
ben, dass der wirklich limitierende Faktor zur Versorgung
unsere Fähigkeit ist, schwer erkrankte Patienten künstlich
zu beatmen. Dafür braucht es freie Intensivbetten und Be-
atmungsmaschinen, für die wir gesorgt haben. Dafür
braucht es aber vor allem geschultes Pflegepersonal.

Deshalb will ich hier auch die Bezahlung der Pflegekräfte
ansprechen. Gerade in diesen Zeiten verdienen sie mehr
Anerkennung. Deshalb diskutieren wir Länder mit dem
Bund derzeit intensiv über den Pflegebonus.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben innerhalb der bestehenden Krankenhausversor-
gungsgebiete Netzwerke geschaffen, bei denen jeweils ein
Maximalversorger alle anderen Kliniken koordiniert. So
stellen wir sicher, dass die am schwersten Erkrankten in
den leistungsfähigsten Häusern von den erfahrensten Ärz-
ten und Pflegern versorgt werden. Auch das geschah in Re-
kordzeit. Es war nur durch die Bereitschaft aller hessischen
Kliniken möglich, in dieser Struktur unseres Planungsstabs
mitzuwirken. Diese Struktur ist nicht zufällig zur Blaupause
für das Papier des Bundesgesundheitsministers gewor-
den.

Die Arbeit unserer Taskforce Beschaffung im Innenminis-
terium trägt Früchte. Wir sind in der Lage, stabile Liefer-
ketten für die wichtigsten Schutzgüter, insbesondere für
den medizinischen und sozialpflegerischen Sektor, bereit-
zustellen. Der Erfolg all dieser Maßnahmen ist messbar:
Die Ausbreitungsgeschwindigkeit hat sich deutlich ver-
langsamt. Unser Gesundheitssystem hält den Folgen des
Virus stand, weil unser Hammerschlag Kontaktverbote re-
lativ früh erfolgt ist und unsere Werkzeuge greifen.

Das darf uns aber nicht täuschen: Das Virus ist weiterhin
da, und es ist gefährlich. Jeden Tag erkranken und sterben
Menschen daran, auch in Hessen. Deshalb ist es jetzt ent-
scheidend, die mühsam errungenen Erfolge nicht zu ver-
spielen und besonnen zu bleiben.

Unsere Schritte müssen verantwortungsvoll und behutsam
sein. Wir müssen genau beobachten, welche Folgen sie ha-
ben. Das geht aufgrund der Inkubationszeit nur in Zwei-
Wochen-Schritten und mit der Wissenschaft und ihren Er-
kenntnissen. Wir müssen zu akzeptieren lernen, dass auch
die Wissenschaft bei der Auseinandersetzung mit einem
neuen Phänomen nicht im Besitz absoluter Wahrheiten ist.
Ein neues Virus wird untersucht. Es wird mit Bekanntem
verglichen. Es wird ausprobiert und getestet. Ja, es wird je-
den Tag dazugelernt.

Wenn es am Ende darauf ankommt, dass wir ein Medika-
ment oder einen Impfstoff finden, dann wird es die Wis-
senschaft sein, die uns dazu verhilft. Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler – gerade in Hessen haben wir in die-
sem Feld herausragende Persönlichkeiten – entscheiden
nicht für uns. Sie helfen uns aber mit ihrem Wissen und ih-
rer Erfahrung dabei, sorgfältige Abwägungen treffen zu
können. Das gilt erst recht für den Weg heraus aus den Ein-
schränkungen, wenn nicht alles umsonst gewesen sein soll.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser großen Verantwortung sind wir uns bei unseren täg-
lichen Beratungen im sogenannten Corona-Kabinett sehr
bewusst. Denn natürlich birgt jede Lockerung das Risiko
steigender Infektionszahlen und in der Folge auch wieder
mehr schwer erkrankter Menschen. Unsere Beatmungskapa-
zitäten sind auch hier der Maßstab, falls es erneut zu ex-
ponentiellem Wachstum käme. Deshalb müssen wir uns
auf ein Leben mit dem Virus einstellen.

Die Maskenpflicht, die Hygieneregeln und die Abstandsge-
bote werden uns begleiten. Das Gute ist: Wenn wir uns da-
durch schützen, können wir mit dem Virus leben, ohne
dass es unser Leben dauerhaft so einschränkt, wie es jetzt
nötig war. Deshalb ist es zwingend, so genau wie möglich
zu beobachten, welchen Verlauf das Infektionsgeschehen
nimmt. Denn jeder weitere Schritt setzt voraus, dass die
Zahl der Infizierten nicht wieder drastisch ansteigt.

Vor diesem Hintergrund will ich Ihnen jetzt unseren Fahr-
plan für Schule und Erziehung, Handel, das soziale Leben
sowie den Gesundheitssektor vorstellen. Ich will mit den
Tapfersten dieser Woche anfangen, mit den Kindern, die
seit sieben Wochen ohne ihre Spielkameradinnen und
Spielkameraden auskommen müssen, und mit ihren Eltern,
die die Kinderbetreuung neben dem Homeoffice oder an-
deren Verpflichtungen meistern müssen. Sie sind meine be-
sonderen Heldinnen und Helden. Sie warten auf eine Per-
spektive.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Lorz hat heute bereits angekündigt, wie wir
uns die nächsten Schritte zur weiteren Öffnungen der
Schule vorstellen. In Hessen sind wir dabei von Beginn an
stringent nach dem Alter vorgegangen, weil Hygieneregeln
und Abstandsgebote älteren Kindern einfach leichter ver-
mittelbar sind als jüngeren.

Angefangen haben wir demnach mit den Abschlussklassen.
Mit dem nächsten Schritt wollen wir am 18. Mai 2020 die
weiterführenden Schulen weiter öffnen, inklusive der
4. Klasse. Am 2. Juni 2020 wollen wir schließlich auch die
1. bis 3. Grundschulklassen wieder öffnen.

Dem gleichen Prinzip folgen wir auch bei den Kitas und
der Kindertagespflege. Deshalb haben wir vergangene Wo-
che mit allen Ländern einen Stufenplan entwickelt, um die
Kinderbetreuung schrittweise auszubauen. Hier in Hes-
sen haben wir die Öffnung für berufstätige Alleinerziehen-
de schon umgesetzt, und wir wollen weiter vorankommen.
Derzeit werden etwa 30.000 Kinder notbetreut, das sind
rund 10 % aller regulär betreuten Kinder. Deshalb werde
ich nach den Bund-Länder-Chefgesprächen morgen Ge-
spräche mit den Trägern der Kitas darüber beginnen, sie
parallel zur Öffnung der Grundschulen für die Klassen
1 bis 3 am 2. Juni 2020 in eine Phase des eingeschränkten
Betriebs zu führen. Bis dahin haben wir Erfahrungen mit
den Auswirkungen der Lockerungsmaßnahmen gesammelt

und die nötigen hygienischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist nicht einfach; denn einer oder einem Vierjährigen Abstandsregeln beizubringen, stößt zwangsläufig an Grenzen.

Eingeschränkt wird der Regelbetrieb aber auch sein, weil das Betreuungspersonal aufgrund seines Alters oder von Vorerkrankungen nicht vollständig zur Verfügung steht. Ziel aber ist, dass auch jedes Kita-Kind vor den Sommerferien seine Kita noch einmal von innen sieht.

Um die Situation der Familien zu erleichtern, regen wir außerdem an, familiäre Betreuungsgemeinschaften aus zwei Familien zu bilden und sich gegenseitig bei der Betreuung zu unterstützen. Wir werden das auch bei der nächsten Verwaltungsänderung berücksichtigen.

Es braucht auch eine Perspektive für Geschäfte und Handel. Die Pflicht, Mund und Nase zu bedecken, und Abstand halten bleiben hier die wichtigsten Instrumente, und sie werden uns vermutlich lange begleiten. Ob darüber hinaus Beschränkungen nötig sind, wird morgen zwischen der Kanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten besprochen. Das wird sicher auch ein wichtiger Hinweis für die Perspektive des Gastgewerbes sein. Unabhängig davon arbeitet unser Wirtschaftsminister im Dialog mit den Branchen bereits an einem Konzept für die Gastronomie und für Veranstaltungen bis zu 100 Teilnehmern.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Marius Weiß (SPD))

Schließlich wollen wir in Stufen wieder mehr soziales und kulturelles Leben ermöglichen. Mir fehlen das Kino, der Sport, die Kleinkunst, der Club – wie sicher auch vielen von Ihnen. Gleichzeitig sind aber genau das die Orte, an denen viele Menschen zusammen- und sich nahe kommen. Auch für diese Bereiche werden wir einen Stufenplan erarbeiten und in Kürze vorstellen. Gleiches gilt für das gestufte Vorgehen im Sportbereich.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Nicht jeder einzelne Öffnungsschritt dieses hessischen Fahrplans kann hier und heute mit einem Datum versehen werden. Um verantwortungsvoll in den neuen Alltag mit Corona eintreten zu können, müssen wir ständig ermitteln, welche Folgen wir auslösen. Wir haben die Zeit genutzt, unsere Messinstrumente so zu schärfen, dass wir eine zweite Welle rechtzeitig erkennen können.

Deshalb will ich Ihnen in meinem dritten Abschnitt vorstellen, wie wir uns einen möglichst guten Überblick über die Entwicklung verschaffen. Eine grundlegende Voraussetzung dafür sind mehr Tests;

(Marius Weiß (SPD): Das haben Sie letzte Woche noch abgelehnt!)

denn wenn wir lockern, werden sich auch wieder mehr Menschen anstecken. Die Zahlen der Neuinfizierten sind im Moment deshalb niedrig, weil weniger getestet wird als im Februar und März. Damals sind viele Menschen aus den Alpen zurückgekehrt. Aufgrund der Erkältungszeit hatten aber auch mehr Menschen Symptome, die auch zu einer Infektion mit dem Virus passten.

Laborkapazitäten, Stand heute, gibt es in Deutschland und Hessen genug, um mehr zu testen, wenn der Bund sein

Versprechen hält, auch mehr Testkits zu beschaffen. Wir müssen dann vor allem dort mehr testen, wo ein Infektionsausbruch schnell dramatische Folgen haben kann – in den Krankenhäusern, in den Alten- und Pflegeheimen.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Das sagen wir schon seit sieben Wochen!)

Deshalb wollen wir zu einem möglichst einheitlichen Vorgehen für diese Einrichtungen kommen, das dazu beiträgt, dass akut infizierte Personen gar nicht in die Einrichtung gelangen bzw. räumlich getrennt behandelt werden.

Hier hilft uns das in Frankfurt – made in Hessen – von der Universitätsklinik und dem Blutspendedienst entwickelte Verfahren, mit dem wir eine große Zahl von Personen gleichzeitig testen können und so weniger knappes Testmaterial verbrauchen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bereiten wir derzeit größer angelegte Testreihen dieser Zielgruppen vor.

Wir werden aber noch darüber hinausgehen. Sie kennen die Diskussionen über die mögliche Ansteckungsgefahr, die von Kindern ausgeht. Kinder zeigen häufig keine Symptome, wenn sie mit SARS-CoV-2 infiziert sind, sind dennoch unbemerkt ansteckend. Die Virologie der Universitätsklinik Frankfurt unter Leitung von Frau Prof. Ciesek führt deshalb für uns eine repräsentative Studie durch, bei der die Stuhlproben betreuter Kinder untersucht werden, weil das Virus darin ebenfalls nachweisbar ist. Diese hessische Studie wird uns ein besseres Bild davon verschaffen, wie hoch der Anteil infizierter, aber symptomfreier Kinder tatsächlich ist, und die Erforschung der Verbreitung des Virus einen wichtigen Schritt voranbringen.

Wenn wir mehr testen, werden wir auch wieder mehr bestätigt positive Personen sehen. Es müssen also mehr Kontaktpersonen identifiziert werden, um die Infektionsketten frühzeitig zu durchbrechen. Das ist die Aufgabe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheitsämter, die bereits seit Wochen Übermenschliches leisten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und Robert Lambrou (AfD))

Sie alle arbeiten längst an ihrer Belastungsgrenze. Deshalb werden wir zusätzliche Kräfte für die Kontaktpersonennachverfolgung bereitstellen. Hier sind die Kommunen gefragt, deren Aufgabe der öffentliche Gesundheitsdienst ist. Hier hilft uns auch der Bund mit Medizinstudierenden, die wir an die Gesundheitsämter vermitteln; und auch wir als Land sind gemeinsam mit der Landesärztekammer, den Hilfsdiensten und Krankenkassen intensiv dabei, zusätzliche Unterstützung zu organisieren, beispielsweise aus den Reihen der von uns geförderten Gemeindefrauen oder der Ärztinnen und Ärzte, die uns während der Migrationsbewegung 2015/16 unterstützt haben.

Klar ist aber auch: Die aktuelle Erfahrung zeigt uns, dass der öffentliche Gesundheitsdienst grundlegend verstärkt werden muss. Diesem Thema werden wir uns nach der Bewältigung der akuten Krise unmittelbar widmen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sobald zuverlässige Antikörpertests zur Verfügung stehen, müssen wir durch repräsentative Testungen ermitteln, wie stark das Virus tatsächlich in der Bevölkerung verbreitet war oder ist. Die Untersuchung von Blut auf Antikörper er-

möglichst es, den Anteil von Personen mit durchgemachter SARS-CoV-2-Infektion zu bestimmen, der – jedenfalls wahrscheinlich – mindestens für eine gewisse Zeit immun ist.

Meine Damen und Herren, jeden Tag wissen wir mehr über dieses Virus. Mehr zu wissen heißt, die Risiken besser einschätzen zu können. Die Grundfreiheiten dürfen nur so lange eingeschränkt werden wie unbedingt nötig. So richtig und wünschenswert möglichst bundeseinheitliche Regelungen sind, so richtig ist es, auf regionale Unterschiede auch regional unterschiedlich reagieren zu können.

Dank der Erfolge, die wir gemeinsam erzielt haben, können wir zunehmend hin zu allgemeinen Regeln von Abstand und Hygiene kommen. Dieser Logik folgt unser hessischer Fahrplan. Entscheidend ist und bleibt, dass wir es dem Virus nicht erlauben, wieder exponentiell zu wachsen; denn die Folge wären viele schwer Erkrankte, und das könnte unser Gesundheitssystem trotz guter Vorbereitung überlasten.

Wir haben diese Aufgabe bis hierhin so gut gelöst, weil alle in der Krise zusammenhalten und besonnen sind. Davon müssen wir uns möglichst viel bewahren. Deshalb will ich mich abschließend bei allen bedanken, die dabei mithelfen, und diejenigen besonders hervorheben, die in meinem Verantwortungsbereich tätig sind und dieser Bedrohung unter schwierigen Bedingungen entgegneten: die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas und der Tagespflege, die Pflegerinnen und Pfleger, die Ärztinnen und Ärzte in den Praxen, Krankenhäusern und den Alten- und Pflegeheimen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gesamten öffentlichen Gesundheitsdienstes und der Rettungsdienste.

Hessen hält zusammen. Wir sind solidarisch mit denen, die das Virus am meisten bedroht, und wir schützen einander durch Abstandhalten und Hygiene – das ist eine große gemeinschaftliche Leistung, die mich mit Stolz erfüllt. Lassen Sie uns diesen Weg weiter gehen, gemeinsam gegen das Virus. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Klose. – Damit eröffne ich die Aussprache und darf als Erstes den Redner der Fraktion der Sozialdemokraten aufrufen. Nach vereinbarter Rednerreihenfolge beginnt die SPD, dann kommen die Christdemokraten, dann die AfD, Freie Demokraten, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dann, wenn sie denn möchte, die fraktionslose Abgeordnete.

Gehe ich recht in der Annahme, dass ich der Fraktionsvorsitzenden der SPD das Wort erteilen darf? – Frau Kollegin Faeser, Sie haben das Wort. Vereinbart sind 15 Minuten. Bitte schön.

(Günter Rudolph (SPD): Der Minister hat ein bisschen länger geredet!)

– Ja, da schauen wir mal. Wir sind hier sehr liberal, ich regle das, wir haben das im Griff.

Nancy Faeser (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man hört in diesen Tagen immer, Krisenzeiten seien Regierungszeiten, und manchmal entsteht der Eindruck, das Parlament würde dabei nur stören, man könnte dieser Tage auf eine wachsame Opposition ruhig verzichten. – Meine Damen und Herren, dieser Eindruck ist falsch. Gerade auch in der Krise muss gelten, dass das Herz der hessischen Demokratie hier schlägt, im Hessischen Landtag.

(Beifall SPD, vereinzelt Freie Demokraten, DIE LINKE und Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb bedeutet das für die SPD-Fraktion in diesen Tagen beides: die Landesregierung dort zu unterstützen, wo immer es geboten ist – das haben wir beim Nachtragshaushalt ja auch getan –, und sie gleichzeitig dort anzutreiben, wo es falsch ist, zu spät ist oder wo sie nicht handelt. Und bei allem Respekt vor Ihren Bemühungen: Dazu gibt es in der Krise auch reichlich Anlass, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Für uns Sozialdemokraten in Hessen ist klar, dass wir den Kurs mittragen, den die Bundesregierung mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in den vergangenen Tagen eingeschlagen hat. Die Schritte sind aus unserer Sicht richtig und notwendig; denn sie verbinden beides: Sie stärken die Eigenverantwortung der Bürger, und sie tragen dem Rechnung, was nach wie vor unser wichtigstes Ziel sein muss, nämlich die Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen und schließlich mit Impfstoffen und Medikamenten zu stoppen. Bis dahin muss es vor allem darum gehen, ein intaktes Gesundheitswesen zu erhalten, und zwar am Beginn einer Pandemie – nicht in der Mitte und nicht am Ende; denn die Folgen wären, im wahrsten Sinne des Wortes, fatal.

(Beifall SPD)

Deshalb möchte ich all jenen danken, die an der Front dieser Epidemie im Gesundheitswesen kämpfen, in den Krankenhäusern, in den Alten- und Pflegeeinrichtungen, und ihnen eines ganz deutlich sagen: Sie verdienen dieser Tage nicht nur unseren Dank und den Applaus, sondern sie verdienen vor allem anständige Löhne.

(Beifall SPD und Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich will – das hat der Sozialminister auch getan – den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen danken. Sie haben gezeigt, was in unserem Land steckt: vor allem ganz viel Anstand, Zusammenhalt und Solidarität. Sie haben sich in den vergangenen Wochen vorbildlich verhalten, um sich selbst vor dem Virus zu schützen, vor allem aber auch, um andere zu schützen. Es mag ungewohnt sein, heute beim Einkaufen oder im Bus die Menschen nur durch die Maske lächeln zu sehen. Aber es ist ein Zeichen der gelebten Solidarität und des Schutzes. Dafür möchte ich den Menschen in Hessen danken.

(Beifall SPD und Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass uns diese Solidarität durch diese Krise führen und auch in dieser Krise Kraft geben kann – Hessen hält zusammen. Zugleich machen sich, und das berechtigt, viele Menschen große Sorgen. Sie sorgen sich um ihre wirtschaftliche Existenz, um ihren Betrieb, um ihren Arbeitsplatz. Für Eltern wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Dauerbelastung.

Dazu hätten wir uns heute eigentlich auch vom Sozialminister mehr gewünscht.

(Beifall SPD)

Soziale Konfliktlagen treten dieser Tage besonders deutlich hervor. Deshalb sage ich ganz deutlich: Krisenmanagement ist notwendig. Es reicht aber nicht aus, meine Damen und Herren. Es reicht nicht, nur das umzusetzen, was die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin vereinbart haben. Die Menschen können von einer Regierung doch mehr erwarten als bloßes Stückwerk. Sie verdienen eine Idee, einen Plan, vor allem eine Perspektive. Die haben wir heute am allermeisten vermisst. Wo sind die Perspektiven für die Menschen, die seit sieben Wochen diese Einschränkungen haben?

(Beifall SPD und Freie Demokraten – Zuruf Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Fraktionsvorsitzender Abg. Wagner, ich will Ihnen an dieser Stelle einmal eines sagen: Dass Sie heute – aus Anlass der Regierungserklärung – zwei Daten in den Raum werfen, wozu ich eine Meinung habe, nämlich dass die Schulen von dieser Stelle oder durch die Pressemitteilung des Ministers heute erfahren, wann es in den Schulen weitergehen soll, ist nicht in Ordnung. Sie müssen mit den Institutionen dieses Landes und vor allem mit den Eltern anders umgehen.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und Dr. Frank Grobe (AfD) – Zuruf Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Boris Rhein:

Frau Kollegin Faeser, es gibt eine Zwischenfrage. Gestatten Sie sie? – Nein.

Nancy Faeser (SPD):

Ich will es noch einmal deutlich sagen: Es geht darum, den Eltern – ca. 1 Million Eltern von Schul- und Kita-Kindern – Perspektiven zu bieten.

Was sagen Sie zur Kurzarbeit? – Dazu haben wir auch nichts gehört. Ich glaube schon, dass man nach sieben Wochen erwarten kann, dass man weiß, wie es weitergeht.

Ich will hier ein Beispiel aus anderen Bundesländern hochhalten. Das Land Niedersachsen beispielsweise hat schon länger eine Perspektive veröffentlicht, wann welche Schritte zu erwarten sind. Das ist ein transparentes Verfahren. Das ist ein transparentes Handeln einer Landesregierung, den Menschen Perspektiven zu geben und nicht im Vorgriff auf eine Regierungserklärung im Parlament morgens noch zu veröffentlichen, wann in den Schulen die nächsten Schritte zu erwarten sind, statt die Schulträger zu informieren. – Wenn es öffentlich ist, können die Schulen das ja gefälligst zur Kenntnis nehmen. Und genauso verfahren Sie im Kita-Bereich. Das ist das, was wir dieser Tage nicht in Ordnung finden.

(Beifall SPD)

Ich will auch durchaus etwas erwähnen, worauf wir alle stolz sein können und was auch gelungen ist. Es ist gelungen, mehr freie Krankenhauskapazitäten zu schaffen. Es gibt mehr Intensivplätze mit Beatmungsgeräten. Dadurch können mittlerweile auch wieder geplante Operationen

stattfinden. Das ist erfreulich und eine große Leistung vieler Beteiligter, gerade auch in den Kliniken vor Ort.

Ich denke, trotzdem sollten wir die Probleme nicht verschweigen. Herr Sozialminister, ich glaube, was dieser Tage wichtig ist, ist Transparenz. Deswegen wollen wir, dass jeden Tag bei der Veröffentlichung der Zahlen auch wieder die Hospitalisierungsquote bekannt gegeben wird, weil es den Menschen einen Überblick gibt, wo wir gerade stehen.

(Beifall SPD)

Ich glaube, es ist auch nicht schlimm, den Menschen zu sagen, dass wir jetzt wieder so gute Kapazitäten haben, dass geplante Operationen wieder durchgeführt werden können. Dadurch werden die Krankenhauskapazitäten natürlich nicht mehr in dem Maße zur Verfügung stehen wie vorher; aber es sind geplante Fälle, und es sind keine COVID-19-Fälle.

Ich möchte noch eines hervorheben, worum es uns auch geht – das haben Sie nur kurz erwähnt –, nämlich die Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal. Das Pflegepersonal leistet gerade in diesen Tagen unverzichtbare Arbeit. Deshalb muss es auch eine Selbstverständlichkeit sein, dass diese Personen vor dem Virus geschützt werden. Doch gerade in den Altenpflegeeinrichtungen haben wir immer noch keine ausreichende Schutzausstattung. Das ist eben keine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren.

Deswegen frage ich Sie erneut, wie ich es schon in zahlreichen Telefonschaltungen so oft getan habe: Warum öffnen Sie nicht die Vorräte des Katastrophenschutzes, um jetzt den Menschen, die in den Altenpflegeeinrichtungen arbeiten, zu helfen?

(Beifall SPD)

Das Robert Koch-Institut hat vor Kurzem darauf hingewiesen, dass freie Testkapazitäten zur Verfügung stehen und dass ein umfassendes flächendeckendes Testen aller Berufsgruppen und Patienten in Krankenhäusern, Altenheimen sowie in Gesundheitseinrichtungen dringend angezeigt ist, um mögliche Infektionen eindämmen zu können. Damit könnten wir vor allem Ärzte, Pflegekräfte, medizinisches Personal und auch Patienten besser schützen. Damit könnten Infektionsketten unterbrochen werden; aber man muss sagen: könnten. Leider ist es noch beim Konjunktiv geblieben. Ich bin froh, dass der Sozialminister gegenüber der letzten Woche offensichtlich seine Meinung geändert hat. Im Gesundheitsausschuss hat er es noch abgelehnt, die Testkapazitäten auszuweiten. Heute haben Sie es deutlich anders dargestellt. Wir unterstützen Sie dabei, die Tests auszuweiten. Das ist richtig und wäre auch der richtige Schritt.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Hört, hört!)

Wir fragen uns allerdings: Warum erst jetzt?

(Beifall SPD)

Ich habe es eingangs gesagt: Pflegekräfte verdienen mehr als warme Worte. Sie verdienen vor allem bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung. Ein Landesbonus wie in Bayern wäre dabei ein guter erster Schritt. Sie haben heute gesagt, Sie verhandelten das jetzt mit den anderen Ländern und dem Bund. Ich wäre froh, wenn Hessen da vorangegangen wäre und ebenso wie in Bayern diesen Landesbonus schon ausgeschüttet hätte.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich will deutlich sagen, für alle diese Punkte gilt: Geben Sie Ihre Verweigerungshaltung in manchen Punkten auf. Handeln Sie endlich, kündigen Sie nicht einfach nur an, wie Sie es heute hier getan haben. Sie hatten sieben Wochen Zeit, in vielen Bereichen zu arbeiten.

(Zuruf Manfred Pentz (CDU) – Gegenruf Marius Weiß (SPD): Unmöglich ist das!)

Ich will noch eines sagen, was man dieser Tage nicht vergessen darf, nämlich die Liquidität unserer Krankenhäuser zu sichern. Dabei darf das Land die Kommunen nicht alleinlassen. Das gilt auch für die Gesundheitsämter.

(Zurufe CDU)

– Da brauchen Sie gar nicht so hineinzurufen. – Ich habe drei Bereiche angesprochen, zu denen ich gesagt habe, warum hier noch kein Handeln erfolgt ist.

(Manfred Pentz (CDU): Das ist ja wohl abenteuerlich!)

Es ist nicht mehr getestet worden. Das hat der Minister selbst eingeräumt. Also kann ich hier natürlich auch sagen, dass wir mehr testen wollen und dass das in den letzten Wochen nicht erfolgt ist, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Ich weiß gar nicht, wo Ihr Punkt ist. Ich sage es Ihnen aber gerne bei den anderen Punkten noch einmal.

Das Land darf die Kommunen bei ihrer Liquidität nicht alleinlassen.

(Zurufe Manfred Pentz (CDU) und Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gegenruf Günter Rudolph (SPD))

Deshalb ist es auch richtig, jetzt dafür zu sorgen, dass die Ausschüttung für die Kommunen, die Schlüsselzuweisung, in diesem Monat für drei Monate erfolgt und nicht nur für einen.

Die Unterstützung gilt auch für die Gesundheitsämter. Der Minister hat es angesprochen. Zahlreiche Landräte und Oberbürgermeister schildern uns, dass sie personelle Unterstützung brauchen. Es ist schon angesprochen worden: Die Leistung, die dort erbracht wird, ist wirklich großartig, aber übermenschlich. Deshalb wird personelle Unterstützung gebraucht. Jetzt kommen – Sie haben es angesprochen – durch den Bund sogenannte Containment Scouts vom Robert Koch-Institut. Das sind in der Regel Medizinstudenten oder Studenten der Biologie, die die Infektionsketten nachvollziehen sollen. Ich glaube, das ist auch gut und richtig. Aber es braucht auch originäre personelle Unterstützung vom Land. Da wäre es gut, wenn Sie sich bei dem Landrat im Odenwald nicht nur telefonisch melden würden, sondern dort auch für personelle Unterstützung sorgen.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, ganz wichtig ist dieser Tage: Lassen Sie die Familien nicht allein. Ich habe gesagt, da hätten wir uns heute deutlich mehr gewünscht. Frau Baerbock hat am Samstag gesagt – ich habe ihr aufmerksam zugehört –

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr gut!)

sieben Wochen lang hätten kleine Kinder keine Rolle gespielt; das würde die Haltung der Politik gegenüber Kindern offenbaren. – Na ja, die Bundesregierung kann sie nicht meinen. Die Bundesministerin hat ja einen Kita-Beirat einberufen, um zu schauen, wie es im Kita-Bereich weitergeht. Ich nehme an, sie hat dann auf die Länder verwiesen.

(Tobias Eckert (SPD): Sie hat Hessen gemeint!)

Ich kann nur sagen, Vereinbarkeit von Beruf und jetzt Elternsein verlangt den Menschen im Homeoffice extrem viel ab. Deswegen hätten wir uns auch gewünscht, dass die Eltern mehr im Fokus gewesen wären. Ich kann das als Mutter eines Fünfjährigen nur bestätigen.

Ich finde es gut, dass Sie heute endlich einen Plan für die Öffnung der Kitas vorgelegt haben.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Plan?)

In Ihrer Ursprungsrede von heute Nacht stand noch, dass Sie demnächst mit den Trägern der Kindertagesstätten ins Gespräch kommen wollen. Das heißt im Umkehrschluss, dass Sie noch nicht mit den Trägern der Kindertagesstätten geredet haben. Deshalb erneut meine Frage: Was ist denn in den letzten sieben Wochen im Bereich der Kita-Öffnungen passiert?

(Beifall SPD, DIE LINKE und René Rock (Freie Demokraten) – Zuruf Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will Ihnen eines sagen, Herr Sozialminister. Was nicht geht, ist, in Telefonkonferenzen mit anderen Ländern, Gesundheitsministern und der Bundesebene immer darauf zu bestehen, dass der Kita-Bereich doch Ländersache sei. Ich habe dafür Verständnis. Ich als Föderalistin finde das gut und richtig. Aber dann muss man auch im eigenen Land handeln und darf das nicht einfach bis heute liegen lassen. Meine Damen und Herren, so kann man damit jedenfalls nicht umgehen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Verantwortung heißt, dass man eben auch damit umgeht. Ich höre auch heute kein einziges Wort dazu: Was ist denn mit den Elternbeiträgen für die geschlossenen Kitas, die Kindertagespflege und die Schulbetreuung? Die meisten Eltern bleiben auf den Kosten sitzen. Es gibt noch keine Antwort des Landes darauf, wie damit umgegangen werden soll. Geben Sie den Eltern doch endlich das Geld zurück. Verlagern Sie es vor allem nicht auf die Kommunen. Auch was den Verdienstausfall von Eltern, von Selbstständigen angeht, der nach dem Infektionsschutzgesetz ausdrücklich vorgesehen ist: Auch darauf gibt es wenig Antworten. Seit heute gibt es auf der Homepage einen Hinweis auf den Bund. – Das ist zu wenig, meine Damen und Herren. Sie müssen sich der Sorgen der Menschen annehmen und ihnen auch die entsprechenden Hilfestellungen geben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Auch zu dem Bereich der Gewalt gegen Frauen und Kinder hätten wir uns heute ein paar Worte gewünscht. Es reicht nicht aus – wie Sie es im Ausschuss getan haben –, zu sagen, die Zahlen sind nicht gestiegen. Jede Erfahrung zeigt, dass jetzt die Informationsketten der Kinder in den Kindertagesstätten, in den Schulen unterbrochen sind, die solche Fälle melden. Wir merken schon, dass die Zahl der Fälle bei den Hilfefonetellen für Frauen exorbitant steigt. Deswegen müssen wir uns darum kümmern. Es muss eine Unter-

stützung der Jugendämter geben, eine Aufstockung für Frauenhäuser, und es braucht vor allem sensible Behörden für den Umgang mit Kindeswohlgefährdung und häuslicher Gewalt. Ich halte das für unglaublich wichtig.

Auch die Schwächsten der Gesellschaft sollten wir nicht vergessen: Das sind dieser Tage die Obdachlosen. Was Sie nicht erwähnt haben – ich mache das aber gerne –, ist: Ich finde es gut, dass die Tafeln in Hessen jetzt finanziell unterstützt werden, weil auch sie in den letzten Wochen große Sorgen hatten.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie haben heute den Bildungsbereich mit angesprochen. Ich will das nur kurz tun. Auch hier erwarten wir Konzepte, nämlich eine Strategie, wie die Schulöffnung wieder erfolgen soll. Es reicht nicht, heute im Rahmen der Regierungserklärung zwei Daten in den Raum zu werfen. Was sollen denn jetzt die Grundschulen in unserem Land damit anfangen, dass heute der 2. Juni für die 1. bis 3. Klassen genannt wurde? Wie sollen sie denn damit umgehen, wenn sie das aus der Presse erfahren? Wo ist denn der Plan, die Strategie für eine Schulöffnung, nämlich zu sagen: „Dann und dann wollen wir das und das machen, und zwar unter den und den Voraussetzungen, z. B. mit kleinstmöglichen Klassen, mehr Lehrerinnen und Lehrern?“ Ich weiß gar nicht, wie Sie das bei vielen Risikogruppen, auch unter den Lehrerinnen und Lehrern, darstellen wollen. Wir hätten uns jedenfalls gewünscht, dass Sie das rechtzeitig mit den Schulträgern machen und nicht in Erwartung der heutigen Regierungserklärung. Das ist, ehrlich gesagt, kein guter Umgang mit den verantwortlichen Schulen, den Schulämtern genauso wie mit dem Kindertagesstättenbereich.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir brauchen zwingend Konzeptionen für die Eltern, wie sie Leihgeräte bekommen, wie sie Hardwareausstattung bekommen, damit die Schülerinnen und Schüler dieser Tage auch dem Unterricht folgen können und wieder eine Perspektive bekommen. Ich kann unsere Forderung nur noch einmal wiederholen: Denken Sie darüber nach, ob man nicht die Abschlussprüfung für Haupt- und Realschulklassen in zehn Tagen in diesem Jahr ausfallen lassen kann. Das ging früher in Hessen auch; man hat dann eine Beurteilung der bisher erbrachten Leistung zugrunde gelegt. Das wäre zielführend; denn auch da haben wir dieser Tage sehr schwere Zumutungen. Denken Sie bitte an die Perspektiven der Schülerinnen und Schüler.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss sagen, dass wir uns dieser Tage auch mit den demokratischen Zumutungen auseinandersetzen müssen. Es ist richtig, dass sich viele in diesem Land – viele Organisationen, letztlich auch viele Vereine, aber auch der Ethikrat, Juristinnen und Juristen, Medienvertreter – die berechtigte Frage stellen, ob die Einschränkungen der Rechtsgüter verhältnismäßig sind. Denn eines ist klar: Bei den Grundrechten darf es keinen Corona-Rabatt geben.

(Beifall SPD)

Ich habe es gesagt: Das Herz der Demokratie schlägt in diesem Hohen Hause. Deshalb muss das Parlament in alle Schritte eingebunden werden. Die Einbindung war zu Beginn der Krise sehr gut, Herr Ministerpräsident. Aber im Moment ist da sehr viel Luft nach oben. Das galt vor allem für den Sozialminister. Ich bin froh, dass endlich mit den

Obleuten vereinbart werden konnte, dass sie künftig informiert werden.

Die Kontrolle und das Selbstbewusstsein sind Voraussetzungen dafür, dass dieser demokratische Staat in seiner Gestalt erhalten bleibt. Insofern sage ich sehr selbstbewusst: Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind die Ansprechpartner vor Ort. Wer, wenn nicht wir, wird in diesen Tagen von den Menschen angesprochen, wenn irgendwo etwas nicht funktioniert oder Bedürfnisse bestehen? Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind die Impulsgeber, die Korrekturen auf diesem Weg vornehmen können. Sie müssen dann aber auch – das sage ich noch einmal zum Schluss meiner Rede sehr deutlich – von der Landesregierung ernst genommen werden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir stehen immer noch vor immensen Herausforderungen. Vielleicht liegen die größten sogar noch vor uns. Um sie zu überwinden, brauchen wir einen klaren Kompass. Wir müssen in dieser Krise die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der staatlichen Unterstützung. Wir dürfen vor allem die Schwächsten in unserer Gesellschaft nicht vergessen.

Die SPD-Fraktion ist sich der Verantwortung dieser Zeit bewusst. Wir sind kritisch, aber wir sind auch konstruktiv. Wir leisten unseren Beitrag, um dieses Land durch die Krise zu führen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall SPD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Faeser. – Frau Kollegin Faeser hat jetzt ganz intuitiv schon den Oppositionszuschlag einbezogen. Ich hatte nämlich nicht explizit erwähnt – ich verschweige das immer –: Wenn die Landesregierung ihre Redezeit überschreitet, wachsen den Oppositionsfraktionen mindestens fünf Minuten Redezeit zu. – Das ist jetzt auch der Fall gewesen. Frau Kollegin Faeser hat jetzt 20 Minuten gesprochen.

Für die Fraktion der CDU hat jetzt Frau Kollegin Claus als ihre Vorsitzende das Wort. Die fünf Minuten zusätzlich gelten nur für Oppositionsfraktionen, aber das muss ich Ihnen nicht explizit erklären; Sie wissen das sowieso. Bitte schön, Frau Kollegin Claus, Sie haben das Wort.

Ines Claus (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte nicht vor, mit einem Zitat der Kanzlerin zu beginnen, aber ich sage das, Frau Faeser, in Ihre Richtung: Wenn Aufregung gegen das Virus helfen würde, würde ich mich jetzt mit Ihnen aufregen. Aber wir brauchen sachliche Argumente. Wir brauchen sachliche Gründe.

(Zurufe SPD: Oh!)

Deswegen – das haben Sie gefordert –: Kompass, Handeln und Ausblick. So wollen wir das jetzt machen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Tobias Eckert (SPD))

Wir alle sind in einer sehr komplexen Phase der Geschichte. Klar ist, dass vieles unsicher ist. Unsere Handlungsmaxime ist der verantwortungsvolle Umgang mit den Maß-

nahmen. Unsere oberste Leitlinie ist, dass wir die Zahl der Infizierten nicht über die Zahl der Betten mit Beatmungsmöglichkeit steigen lassen dürfen. Was das ansonsten bedeutet, haben wir in Bergamo, in New York und an anderen Orten gesehen. Nur dass wir die Bilder nicht mehr sehen, bedeutet nicht, dass das Virus nicht mehr gefährlich ist.

Immer mehr Rufe werden laut, dass wir großzügiger werden müssten; denn einige denken, dass es bei uns gar nicht schlimm sei. Aber warum ist das so? Wir haben frühzeitig begonnen, diesen schlimmen Lauf der Geschichte abzumildern. In der Wissenschaft nennt man das weniger pathetisch das Präventionsparadoxon. Ranga Yogeshwar, der noch vor zwei Monaten bei uns zu Gast war, hat das so formuliert: Wir schaffen doch auch nicht die Feuerwehr ab, wenn es nicht gebrannt hat.

Deshalb sage ich zu Ihnen zu Beginn: Wir von der Union stützen uns auf ein sehr klares Wertefundament, und zwar auf das christliche Menschenbild. Uns ist jedes Leben kostbar. Wir wägen ein einzelnes Leben nicht gegen Geld ab. Wir rechnen Menschenleben nicht in Nachkommastellen. Bei aller abstrakter Betrachtung: Corona, zunächst ein unsichtbarer Feind, kann schnell ein Gesicht bekommen. Es könnte also Ihre oder meine Mutter sein, die Corona bekommt. Einige von uns haben das auch schon am eigenen Leib erfahren – bei Nachbarn, bei Freunden oder in der Familie.

Deswegen werden wir uns weder im Bund noch hier in Hessen hinreißen lassen und leichtfertige Entscheidungen treffen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt brauchen wir die Solidarität mit den Kranken, den Ärzten, dem Pflegepersonal und allen Risikogruppen. Gleichzeitig müssen Perspektiven aufgezeigt werden. Es ist also die Hochphase des juristischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Austarierens. Es geht nämlich um die höchsten Güter, die wir haben: Freiheit, Sicherheit, Menschenwürde und Gesundheit.

Ich will es mit einem Bild versuchen: Das ist wie die Wanderung auf einem schmalen Bergrücken mit hoher Absturzgefahr, wie eine sogenannte Gratwanderung. Bei einer Gratwanderung muss man mit kleinen sicheren Schritten nach vorn gehen – unaufgeregt, klug und besonnen. Das sind die Grundvoraussetzungen, um ans Ziel zu kommen. Denn diejenigen, die springen, holpern, zu schnell gehen oder wackeln, können links oder rechts vom Berg fallen.

Unsere Landesregierung hat diese Gratwanderung bisher ganz hervorragend gemeistert. Immer wieder ist sie auf Forderungen eingegangen, hat Anpassungen vorgenommen und sich den Debatten gestellt. Immer wieder hat sie einen klugen und austarierten Weg zwischen notwendigen Restriktionen und vertretbarer Öffnung gefunden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür möchte ich der gesamten Regierung und Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Namen der CDU-Fraktion von Herzen danken.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zum angemahnten Handeln. Ich werde versuchen, ein bisschen aufzuarbeiten, was die letzten Wochen passiert ist. Bund und Land haben gemeinsam Starkes geleistet. Ich fange mit dem Gesundheitsbereich an. Ein

wichtiger Baustein ist das COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz. Danach bekommen Kliniken 50.000 € für jede neue Beatmungseinheit

(Zuruf DIE LINKE: Bei 80.000 € Kosten!)

und 560 € für jedes freie Bett. Ab diesem Monat wird der Pflegeentgeltwert von 146 € auf 185 € erhöht. Weiterhin entfällt der tatsächliche Nachweis. Ebenso wurden die Nachweispflichten für die Investitionskostenzuschüsse aufgehoben. Dies alles geschah, damit die Arbeitskraft dorthin gewendet werden kann, wohin sie gehört, nämlich zum Patienten und nicht in die Bürokratie.

Ich kann Ihnen sagen: „Hessen ist sehr gut aufgestellt.“ – Falls Sie jetzt meinen, es sei meine Aufgabe, dieses Hohelied zu singen, kann ich Ihnen sagen: Ich habe nur aus der Mai-Ausgabe des „Hessischen Ärzteblatts“ zitiert. Dort sagt Dr. Paul Nowak: „Kaum ein anderes Bundesland ist für die Corona-Krise besser aufgestellt als Hessen.“

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um dieses System zu halten und auszubauen, haben wir im Nachtragshaushalt noch einmal 10 Millionen € für Beatmungsgeräte und Schutzausstattung vorgesehen. Im ambulanten Bereich haben wir den niedergelassenen Ärzten eine Umsatzgarantie in Höhe von 90 % gewährt. Auch die besondere Situation der Rehakliniken haben wir im Blick.

Wir müssen die Herausforderungen weiter nutzen, um hierbei noch stärker nach vorne zu denken, etwa im Bereich der Digitalisierung, mit Blick auf Telemedizin oder Videosprechstunden. Wir wollen aus der Krise lernen, aber wir tun das die ganze Zeit schon aktiv.

Ein ganz wichtiger Punkt ist der Dank an diejenigen, die als Erste von der Krise betroffen wurden, in den Arztpraxen und in den Krankenhäusern – auch dem gesamten pflegerischen Personal ein herzliches Dankeschön dafür.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Bildungsbereich. Erinnern wir uns an die Anfeindungen zurück, die diese Landesregierung einstecken musste, als sie als einzige Landesregierung in Deutschland zu Beginn der Krise angekündigt hat, das Abitur noch schreiben lassen zu wollen. Erinnern wir uns an die Posts, die Tweets und den Druck.

Wir haben diese Prüfungen übrigens nicht schreiben lassen, um die Schüler zu ärgern, sondern um sie zu schützen. Sie werden sich mit den anderen Jahrgängen vergleichen lassen müssen. Wir wollten ihnen gerade keinen Corona-Malus geben. Deswegen haben wir das Abi schreiben lassen. Die Teilnahme war freiwillig, und die Teilnahmequote lag bei 96 %. Das war eine herausragende Quote. Das war eine gute Entscheidung.

In diesem Zusammenhang weise ich noch einmal vorsichtig auf die Schulöffnung hin. Frau Faeser, Sie müssen sich jetzt entscheiden: Wollen Sie eine Information im Herz der Demokratie oder später bei den Schulträgern? Das eine schließt das andere aus.

(Nancy Faeser (SPD): Nein!)

Noch wurde nichts unterschrieben. Es war eine Verkündung – wir können das hier ausdiskutieren –, und das passiert momentan.

(Zuruf SPD: Unglaublich!)

Wir stehen dahinter.

(Zuruf Nancy Faeser (SPD))

Sie fordern Perspektiven ein, und die geben wir Ihnen gerade.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten eine erfolgreiche Blaupause, als am letzten Montag die Schulöffnungen begonnen haben. Sie sind gut gelaufen; die Schüler, Eltern und Lehrer haben uns diese Rückmeldung gegeben. Mit diesen Blaupausen arbeiten wir jetzt weiter nach vorne. Die Daten haben Sie gerade gehört.

Aber nicht nur das: Wir sind auch beim digitalen Lernen besser geworden. Inzwischen haben 1.000 Schulen in Hessen das Schulportal. Zum Beginn des neuen Schuljahrs sollen es alle haben. Hier kann doch keine Untätigkeit unterstellt werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch Torsten Felstehausen (DIE LINKE))

Ich möchte jetzt nicht die Anzahl meiner Kinder erwähnen und nicht sagen, dass ich weiß, warum das Homeschooling ganz anstrengend ist.

(Heiterkeit)

Es ist mir wichtig, noch einmal deutlich zu versichern, dass wir das im Blick haben und dass wir genau wissen, wie anspruchsvoll gerade die Zeit zu Hause zwischen Homeschooling und Homeoffice ist, dass wir weder dem Homeschooling noch dem Homeoffice gerecht werden.

(Lisa Gnadl (SPD): Nicht jeder kann sich das leisten! – Zuruf SPD: Es hat nicht jeder so einfach die Voraussetzungen dafür zu Hause! – Weitere Zurufe SPD und DIE LINKE)

Deswegen – das gehört auch dazu – stelle ich durch eine Vielzahl von E-Mails, Nachrichten usw. fest, dass von den Eltern zu Hause Herausragendes geleistet wird. Deswegen gilt ihnen ein herausragender Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch einmal zu den Eltern, weil Sie sagten, wir hätten da nichts gemacht und die Kinder nicht im Blick gehabt. Auch bei der Notbetreuung sind die Hessen diejenigen, die gerade die Familien im Blick hatten, bei denen es zu Hause mit Blick auf die Betreuungssituation eng wird. Wir haben die Notbetreuung in dem Bereich gerade am Kindeswohl orientiert. Auch der Vorwurf läuft also ins Leere.

Sie haben eben vom Sozialminister gehört, dass genau jetzt, nachdem Sie informiert wurden, die Abstimmungen laufen, damit man zum 2. Juni die Kitas öffnen kann. Das findet gerade statt. Aber da wir die Eltern wiederum nicht alleinlassen, haben wir familiäre Betreuungsinstitutionen oder Betreuungsgemeinschaften geplant, sodass sich ab der nächsten Woche schon Eltern zusammenschließen und sagen können: In der einen Woche betreust du meine Kinder mit, in der nächsten Woche betreue ich deine mit. – Das ist ein Modell, mit dem wir Eltern signalisieren, dass wir sie im Blick haben.

(Zuruf: In der nächsten Woche schon?)

– Warum in der nächsten Woche? Wir sind gerade hier im Herzen der Demokratie. Da müssen Verordnungen gemacht werden, und dann sind wir bei nächstem Montag.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Torsten Warnecke (SPD): Die Verordnungen machen wir doch gar nicht hier im Herzen der Demokratie!)

Meine Damen und Herren, harte und konzentrierte Arbeit leisten auch die vielen Hundert Menschen – –

(Unruhe)

– Lassen Sie mich noch zum Wirtschaftssystem kommen; ich habe die fünf Minuten Oppositionszuschlag doch nicht.

(Anhaltende Unruhe)

Nach knapp vier Wochen konnten im Bereich der Wirtschaftshilfen bereits 90.000 hessische Unternehmen mehr als 810 Millionen € Soforthilfe bekommen. Das ist eine gewaltige Leistung. Dazu kommen die steuerlichen Maßnahmen, die Programme der KfW sowie die Bundeshilfen und vieles mehr. Auch das kommt auf die deutliche Seite des Handelns in den letzten sieben Wochen.

Hessen lässt die Wirtschaft hier nicht allein – das ist die zentrale Botschaft der Politik. Dennoch sehen wir in Teilen Handlungsbedarf. Deswegen wird überlegt, ob es im Kulturbereich ein Sofortprogramm geben soll.

Aber zur Wirtschaft – das will ich an dieser Stelle auch noch sagen – gehört bei uns auch die Landwirtschaft, die wir auch in der Krise nicht vergessen. Ich nenne hier nur die Stichworte der Systemrelevanz bei der Kinderbetreuung und die Regelung für 80.000 Saisonarbeitskräfte, die unter besonderen Schutzvorschriften nach Deutschland kommen durften.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Torsten Felstehausen (DIE LINKE))

Die Landwirtschaft ist eine bedeutende Größe in unserem Land. Wie wichtig die Versorgung mit regionalen Produkten ist, zeigt nicht nur die Krise bei den Schutzmasken und Medikamenten, sondern zeigt sich auch in anderen Bereichen, und darüber müssen wir noch reden.

Ich komme jetzt zur Vereinslandschaft. Da wir noch einen Setzpunkt haben, sage ich nur einen Dank in die Richtung derer, die aufgestellt haben, dass wir auch unser Ehrenamt nicht alleinlassen, weil das die Strukturen sind, die auch über die Krise tragen müssen.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, den Kollegin Faeser angesprochen hat, nämlich zur Beschaffung und zu den Katastrophenschutzlagern. Meines Wissens ist das Thema etwa drei Wochen alt und liegt viele Handlungsschritte der Landesregierung zurück.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Nein, wir haben das von Anfang an gesagt! – Lisa Gnadl (SPD): Wir haben das von Anfang an gefordert, und Sie haben gesagt, das geht nicht! Jetzt ist es plötzlich drei Wochen alt!)

In der Zwischenzeit hat die erfolgreiche Taskforce im Innenministerium 35 Millionen FFP2-Masken beschafft.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ein herzliches Dankeschön an den Innenminister und das Innenministerium für diese erfolgreiche Arbeit.

Ja, es gibt ganz Besonderes zu leisten. Ich sage deutlich: Wir müssen alle im Blick behalten. Das betrifft auch die Gastronomie, den Tourismus sowie Übernachtungsbetrie-

be. Da gebe ich auch eine Perspektive; denn ich vermute, dass dazu morgen auch etwas entschieden wird,

(Torsten Warnecke (SPD): Im Herzen der Demokratie!)

weil wir das alle auf der Agenda haben, aber es stufenweise umsetzen.

Jetzt möchte ich bei dieser Tour d'Horizon zu den Kommunen kommen. Hier wird Großartiges geleistet – unter hohem Zeitdruck. Dafür gebührt den Kommunen Dank,

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber auch die dafür nötige finanzielle Basis. Im Moment ist die Liquidität gegeben, da die hessischen Kommunen bereits zu Beginn des Jahres 3 Milliarden € zusätzliche Liquidität bekommen haben. Durch das Vorziehen von Schlüsselzuweisungen fließt allein in diesem Monat eine weitere Milliarde Euro an die Kommunen. Trotzdem steht im Raum, dass die Kommunen Hilfe brauchen. Dem verschließen wir uns auch nicht. Deswegen finden auch bereits jetzt Gespräche mit den Spitzenverbänden statt, um die Situation zu analysieren und dann ein passendes Gesamtpaket zu schnüren.

Am Ende werden wir entscheiden müssen, was wir bezahlen können. Die Bundesregierung rechnet für das Jahr 2020 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 6,3 %. Darum nehmen wir die Existenzängste natürlich ernst, die wir von Menschen zurückgespiegelt bekommen. Da denke ich auch an den Flughafen, den Herzmuskel in dieser Region. 83.000 Arbeitnehmer könnten von dieser Herzmuskelinfektion betroffen sein, deswegen müssen wir alles im Blick behalten. Vor diesem Hintergrund müssen wir mit Augenmaß handeln. Die Position der CDU war immer: Geld muss auch erwirtschaftet werden.

Trotzdem möchte ich zum Schluss auch noch einmal Danke sagen, zunächst für die unfassbare Hilfsbereitschaft, die wir überall erleben. Deshalb sage ich im Namen der CDU-Fraktion Danke all denjenigen, die unsere Gesellschaft momentan am Laufen halten, all den Helden des Alltags, die wir nicht im Blick haben, all denen, die der Krise trotzen und innovativ denken, Hilfe koordinieren, leise ihre Arbeit leisten und an vielen Stellen ganz im Stillen unser Land aufrechterhalten. Lassen wir nicht zu, dass eine schleichende Sorglosigkeit diese großartige Solidarität ersetzt.

Die Hessinnen und Hessen haben bislang große Disziplin gezeigt. Gerade jetzt müssen wir weiter zusammenhalten und aufeinander achtgeben. Deshalb sage ich ganz zum Schluss: Klar ist, es ist sicher, dass vieles unsicher ist. Klar ist aber auch, wir stehen nicht ohnmächtig vor einer Krankheit und müssen alles passiv hinnehmen. Wir können durch unser heutiges Wissen aktiv gegen die Krankheit vorgehen. Wir können reagieren und transparent agieren. Jeder kann mitmachen durch die einfache AHA-Regel: Abstand, Hygiene, Alltagsmasken.

Vielleicht werden wir an der einen oder anderen Stelle sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen: als Gesellschaft, aber auch jeder Einzelne persönlich. Als Politik müssen wir aus der Krise lernen und neue Prozesse anstoßen und begleiten. Aber bleiben wir vorsichtig, zuversichtlich und voller Hoffnung. Bleiben wir beieinander. Es geht um das Leben von Menschen. Bleiben wir also aktiver Teil der Geschichte des Jahres 2020. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Claus. – Nächster Redner ist Kollege Richter für die Fraktion der AfD. Bitte schön. Sie haben 15 Minuten plus Oppositionszuschlag.

Volker Richter (AfD):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation in unserem Land hat sich dramatisch verändert und ist auf vielen Ebenen kritisch geworden. Wir befinden uns sowohl politisch als auch ökonomisch in einer solch brisanten Lage, dass wir zwingend Lösungen für die derzeitige Krise dergestalt erarbeiten müssen, dass sie von der Bevölkerung akzeptiert werden und die ökonomische Basis, auf der der Wohlstand unserer Gesellschaft aufbaut, dadurch nicht weiter geschädigt oder gar zerstört wird.

(Beifall AfD)

Ökonomisch ist die Situation sogar katastrophal und wird sich auch so schnell nicht durch Lockerungen der bisherigen Maßnahmen verändern; denn ein großer Teil unseres Mittelstandes war bereits vor der Krise durch staatliche Abgaben und Reglements massiv belastet und steht nun vor einer bedrohlichen wirtschaftlichen Situation. Das betrifft sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber und Solo-Selbstständige.

Durch diese – das muss ich leider sagen – auch von der Regierung herbeigeführte und mitzuverantwortende ökonomisch schwierige Situation wird es zu erheblichen Steuerausfällen kommen, die gerade auch die kommunalen Selbstverwaltungen dazu zwingen werden, ihre Gewerbe- und Grundsteuern anzuheben, was die Belastung für die Bürger weiter enorm erhöht. Die Stimmung in der Bevölkerung verschlechtert sich zunehmend. Wir als AfD sprechen darüber, dass die Regierungsfractionen, ebenso wie die anderen Oppositionsfractionen, die Monate Januar und Februar im Dornröschenschlaf völlig verpennt und ignoriert haben, was da auf uns zukommt.

(Wolfgang Decker (SPD): Ei, ei, ei, ei!)

Es gab keine einzige Anfrage, keinen einzigen Antrag zu COVID-19 und dem neuen Virus von den Regierungs- oder von den Oppositionsfractionen im Januar oder Februar. Das können Sie nachschauen.

(Beifall AfD)

Ganz abgesehen davon, dass sich insbesondere die Damen und Herren der Regierungsfractionen über unsere frühzeitig geäußerte Besorgnis und entsprechende Anfragen zur Corona-Entwicklung missachtend geäußert haben.

(Beifall AfD – Zuruf Holger Bellino (CDU))

– Dazu komme ich nachher noch. Es bleibt nicht ungestraft.

Wir werden auch immer wieder darauf hinweisen, dass Sie in dieser Anfangszeit die notwendigen Maßnahmen nicht ergriffen haben, die einen Lockdown durchaus hätten verhindern können.

(Beifall AfD)

Wenn seitens der Regierungsfractionen eine Viruserkrankung – das war im Januar und Februar so – verniedlicht wurde und wieder einmal jeder in die rechte Ecke gestellt wurde, der davor warnte, muss klar zum Ausdruck gebracht werden, dass ein durchaus großer Teil der heutigen Situation exakt darauf zurückzuführen ist.

(Beifall AfD)

Denn nachdem die Regierungsfractionen ihre Meinung geändert hatten und feststellten, dass sie nicht genug Schutzmaterial zur Verfügung haben und sie reagieren müssen, handelten sie sehr stark aktivistisch, und man konnte durchaus den Eindruck gewinnen, dass damit vom Unvermögen des Handelns der ersten Wochen abgelenkt werden sollte.

(Beifall AfD)

Die Art und Weise, Andersdenkende zu verunglimpfen, hat sich wiederum nicht verändert. Lediglich die Argumente wurden um 180 Grad gedreht. In der deutschen Geschichte dürfte es einmalig sein, dass dies seitens der Medien noch als schnelles und verantwortungsvolles Handeln gelobt wurde und auch heute noch wird. Das war nicht so.

(Beifall AfD)

Der Regierungseinfluss auf die öffentlich-rechtlichen Medien ist fast in jeder Meldung zu erkennen. Mal ist es offensichtlich, mal unterschwellig, aber er ist immer präsent, um die Regierungmeinung unter das Volk zu bringen.

Heute stehen wir vor der Herausforderung, sowohl die Pandemie einzugrenzen als auch die Menschen politisch dergestalt anzusprechen, dass sie nicht vollends jegliches Vertrauen in die Politik dieses Landes verlieren.

(Holger Bellino (CDU): Wir haben immer noch eine freie Presse!)

– Wir haben eine freie Presse, aber auch dazu komme ich noch.

Denn wie sollen Menschen Regierungsparteien und Fachleuten vertrauen,

(Zuruf Holger Bellino (CDU))

die zuerst wochenlang sagen, dass Atemschutzmasken nichts bringen, und dann wenige Wochen später sogar einen vor den Mund gehaltenen Schal noch für wirksam erklären?

(Beifall AfD)

Wie soll man den Menschen erklären, dass es eine Kontaktsperre gibt, wenn dann die höchsten Repräsentanten des Landes gedrängt in einem Aufzug stehen und so ein Bild abgeben, über das das ganze Land nur noch den Kopf schüttelt?

(Beifall AfD – Unruhe CDU)

– Da können Sie stöhnen, aber das nennt man Vorbildfunktion. Auch wenn Sie das nicht kennen, wir kennen es.

(Beifall AfD – Lachen CDU)

Wie soll Vertrauen aufkommen, wenn bei Diskussionen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die größte Oppositionsfraction im Deutschen Bundestag – da wären wir bei den freien Medien – nicht zu Wort kommt, Millionen Wähler keine öffentliche Stimme bekommen und Regierungspolitiker,

(Zuruf: Man kann auch immer ein schlechtes Beispiel sein!)

wie der bayerische Ministerpräsident Söder, mehrfach versuchen, sich mit harten und teilweise völlig unsinnigen Maßnahmen zu profilieren?

(Beifall AfD)

Herr Bellino, das, was Herr Söder macht, sollten Sie in der „Bild“-Zeitung anprangern – das wäre wenigstens gerechtfertigt –, anstatt uns an den Pranger zu stellen, die vor allen anderen agiert und nicht nur reagiert haben.

(Beifall AfD)

Gehen Sie doch damit zu der „Bild“-Zeitung, das fände ich sehr fair.

(Holger Bellino (CDU): Wir haben Pressefreiheit!)

– Sie können pressefrei an die Pressefreiheit gehen.

Wieso werden kontroverse Diskussionen nicht zugelassen, damit die Menschen in unserem Land aus den Gesprächen von Experten Lehren ziehen und ihr Verhalten anpassen können? Wundern Sie sich tatsächlich noch über Widerstand in der Bevölkerung, wenn die Menschen in unserem Land rund um die Uhr mit der Pandemiesituation beschäftigt werden, aber zeitgleich auf allen Ebenen die wichtigsten Schutzmaterialien fehlen, und wenn eine Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes besteht, aber man diese kaum erwerben kann und in der Apotheke und andersorts nur müde angelächelt wird?

Na ja, meine Damen und Herren, dann nehmen wir eben etwas aus Stoff, was ungefähr so ist, als würde man Kondome nicht aus Latex oder Kautschuk, sondern aus Jute herstellen.

(Beifall AfD – Heiterkeit)

Es wird zwar nichts helfen, aber es ist nun mal eine Verordnung, und wenn das von oben so vorgegeben wird, dann machen wir das eben. – Sarkasmus aus. Das ist Schwachsinn im Quadrat, meine Damen und Herren, und Sie toppen das noch damit, dass es eine Ordnungswidrigkeit ist, wenn man diesen Schwachsinn nicht durchführt.

Genau das fördert, ebenso wie fehlende Desinfektionsmittel, Unwillen; denn es gab nun einmal – es gibt ihn immer noch – einen Pandemieplan, in dem alles wunderbar festgehalten wurde, was vorrätig gehalten werden sollte. Nun kann man sagen: Dies ist Aufgabe der jeweiligen Stellen, also Krankenhäuser usw. – Aber da macht man es sich zu einfach, und so hat die Politik auf dieser Ebene nun mal kläglich versagt. Auch Sie haben im Januar und Februar kläglich versagt.

(Beifall AfD)

Das ist Vergangenheit. Wir müssen jetzt Gegenwart und Zukunft gestalten. Dazu gehört es, möglichst rasch und umfassend aus allen Einschränkungen herauszukommen, die unserem Land weiter nachhaltigen Schaden zufügen, und dazu gehört mit Sicherheit die Lockerung der Maßnahmen in allen Wirtschaftsbereichen. Wir sind ein erfindungsreiches und sehr innovatives Völkchen. Nur manchmal lässt der Staat das nicht so richtig zu, da die Politik dazu neigt, zu reglementieren, anstatt auf Freiwilligkeit zu setzen. So müssen wir augenblicklich mit etwas beginnen, was wahrscheinlich so kaum jemand von Ihnen auf dem Schirm hat: Vertrauen in die Politik schaffen. Wenn die

Menschen in unserem Land beginnen, das Vertrauen zu verlieren, die Medien schreiben, dass die Stimmung zu kippen beginnt, dann werden wir in ein gesellschaftliches Desaster hineinlaufen.

Um Vertrauen zu gewinnen, müssen zwingend auch öffentlich gegensätzliche Meinungen wieder diskutiert werden. Die Diskreditierung von Ärzten und Menschen, die sich mit einer von gängigen Vorstellungen zu der Thematik abweichenden Meinung beschäftigen, kann in einer Demokratie niemals richtig sein.

Wovor hat man in der Politik und den meisten Medien Angst? Davor, dass etwas in die breite Öffentlichkeit kommt, was nicht regierungskonform ist und in den alternativen Medien hoch und runter gespielt wird? Sollte das die Angst sein, dann stellt man gar keine Gegenargumente zur Verfügung, dann gibt es kein Pro und Kontra mehr, keine Diskussion, dann spaltet sich die Gesellschaft nur noch in diejenigen, die den Mainstream-Medien glauben, und jene, die den alternativen Medien glauben.

(Holger Bellino (CDU): Reden Sie jetzt von China?)

Nur: Wissen wird am Ende niemand etwas. Das ist die schlimmste aller Welten, meine Damen und Herren, wenn eine Industriegesellschaft beginnt, sich über Glauben und nicht über Wissen zu definieren.

(Beifall AfD)

Diese Spaltung der Gesellschaft, die derzeit stattfindet, scheint weitaus stärker und prägnanter als im Jahr 2015 und den darauffolgenden Jahren zu sein.

Nein, Herr Bellino, wir leben nicht in China. Wir leben in Deutschland. Vielleicht sollten Sie in den Foren schauen, was in unserem Land los ist. Das würde helfen, zu verstehen, was ich gerade gesagt habe.

(Beifall AfD)

Denn aktuell sind die Menschen in ihrer Freiheit eingeschränkt,

(Zuruf Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gegenruf Robert Lambrou (AfD): Es geht gerade wieder hoch!)

sie stehen vor existenziellen Problemen und haben eine große Sorge davor

(Zuruf Holger Bellino (CDU))

– Herr Bellino, wir können gerne draußen noch ein Gespräch führen;

(Holger Bellino (CDU): Ne, ne, ne!)

und wenn Sie das nicht möchten, ist es auch gut –, wie wir als Gesellschaft das, was derzeit geschieht, eigentlich finanzieren sollen. Dies ist für viele Menschen zutiefst bedrohlich.

Mit Sicherheit wird auch kein Vertrauen gewonnen, wenn man vor den Lockerungen bereits von einer zweiten Welle spricht, die einen erneuten Lockdown notwendig machen würde. Da haben die Menschen in unserem Land nicht mehr zwingend eine besonders große Zuversicht in ihre Zukunft. Wenn dann noch ein Politiker der GRÜNEN aus sagt, dass wir nur Menschen retten, die ohnehin nicht mehr länger als ein halbes Jahr zu leben haben, kann niemandem mehr vermittelt werden, was aktuell an Maßnahmen durchgeführt wird.

Dabei ist es außerordentlich wichtig, den Menschen zu vermitteln, wie sie mit einfachen Maßnahmen sich selbst und ihre Familien schützen können. Der größte Effekt wird erzeugt, indem das Virus vom Bewusstsein als Bedrohung angesehen wird und man sein Verhalten dergestalt verändert, dass man weiß, wie sich dieses Virus verbreitet. Daraus ergibt sich automatisch eine Veränderung des Handelns, selbstverständlich ohne Panik und Hysterie, die man manchmal im öffentlich-rechtlichen Fernsehen durchaus entdecken kann.

Es gibt doch ein Land, das ein hervorragendes Beispiel dafür ist, wie man mit einem Maßnahmenkatalog der Regierung und zeitgleich mit Disziplin der Bevölkerung so erfolgreich sein kann, dass dabei weder Menschen sterben noch die Ökonomie nachhaltig Schaden nimmt. Taiwan hat aus der Vergangenheit gelernt und daraus die richtigen Lehren gezogen. Nichts anderes müssen wir tun.

(Beifall AfD)

Dann können wir die Menschen aktuell ebenso schützen wie in der Zukunft. Wir dürfen nur nicht den Fehler begehen, zu arrogant zu sein und zu denken, dass uns schon nichts etwas anhaben kann, und einfach weitermachen wie bisher. Wenn wir so agieren, meine Damen und Herren, ähnelt die Situation dem russischen Roulette. Kein Politiker unseres Landes sollte die ökonomische Basis unseres Landes oder die Gesundheit der Menschen dem Zufall überlassen. Ich denke, hier sind wir uns alle einig.

Wenn wir die Menschen in unserem Land mit wissenschaftlicher Kompetenz immer weiter aufklären, und dies nicht nur durch das RKI oder die Charité oder zwei oder drei Virologen, sondern viel breiter auch mit durchaus kontroversen Forschungsergebnissen, verstehen die Bürger auch wesentlich besser, was um sie herum vorgeht, und sie werden ihr Verhalten natürlich verändern. Niemand hat Interesse daran, zu erkranken. Wenn man aber irgendwann dieses Virus nicht mehr als bedrohlich ansieht, dann verändert man auch nicht sein eigenes Verhalten. Das wiederum würde zum Super-GAU führen, zu einem weiteren Lockdown. Genau das wurde ausgesagt: Wenn die Fallzahlen steigen, dann wird es einen erneuten Lockdown geben.

Dies darf unter keinen Umständen geschehen; denn die Konsequenzen wären, sowohl politisch als auch ökonomisch gesehen, so verheerend, dass wir wohl bereits während einer solchen Phase vermehrt demokratische Prozesse und Grundlagen aufgeben würden, die letztendlich zu diktatorischen Maßnahmen führen und einem Leben in einem totalitären Staat entsprechen.

Dies kann niemand von uns wollen. Somit müssen die Menschen, auch wenn es in manchen Fällen widerwillig geschieht, sich verändern und anpassen, so wie wir Menschen uns immer neuen Herausforderungen angepasst haben.

Dazu benötigen wir Schutzmaterial, welches wirklich hilft. Dazu benötigen wir Hygienemittel. Dazu braucht es Hygienekonzepte in allen Bereichen unseres Lebens und ein Selbstverständnis, im verantwortlichen Umgang miteinander Leben zu retten. Letzteres wird manchmal vergessen, wenn davon gesprochen wird, dass ja „nur“ Menschen mit Vorerkrankungen und ab einem gewissen Alter sterben. Dass diese unsere Väter, Mütter, Omas und Opas sind, also diejenigen, die uns großgezogen und erst die Basis unseres heutigen Lebens geschaffen haben und unser Land unter viel Mühen aufbauten und deshalb ein Anrecht auf unseren

Respekt und ein Recht auf körperliche Unversehrtheit haben, sollte sich ein jeder vor Augen führen.

(Beifall AfD)

Wir müssen zwingend den gesellschaftlichen Konsens finden, sowohl unsere Ökonomie als auch unsere Freiheit und das Leben der Menschen so im Auge zu haben, dass wir jetzt und in künftigen Pandemien die Weichen richtig stellen, um für die Bürger unseres Landes eine verantwortungsvolle Politik zu betreiben. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Richter. – Nächster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten, René Rock. 15 Minuten plus die Oppositionsminuten.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es hat mich nicht verwundert, dass Herr Staatsminister Klose hier eine Rede gehalten hat, die völlig ohne Selbstkritik war, völlig ohne Beschreibung von Problemen, die zu bewältigen waren, wobei die Landesregierung vielleicht doch nicht optimal gelegen hat. Das war eine Rede über eine der größten Herausforderungen und Krisen, die wir in Hessen jemals erlebt haben. Das war eine Rede ohne ein Wort der Selbstkritik und ohne ein Wort der Erkenntnisgewinnung.

Lieber Herr Minister Klose, ich will Ihnen einmal auf die Sprünge helfen. Sie haben der Altenpflege gedankt. Sie haben den Menschen gedankt, die in den Altenheimen eine engagierte Arbeit leisten. Kein Wort der Selbstkritik. Ich will Ihnen auf die Sprünge helfen, Herr Minister Klose.

Sie konnten in den Medien verfolgen – ich denke, viele haben es auch getan –, wie man Ihre Öffnungsschritte im Hinblick auf Besuchsrechte in Altersheimen gewürdigt hat. Ich zitiere aus einem offenen Brief der Wohlfahrtspflege und der privaten Anbieter in der Altenpflege an den Ministerpräsidenten. Zumindest ihm müsste der Brief bekannt sein. Dort heißt es:

In Sorge um die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner sowie Pflege- und Betreuungskräfte in unseren Einrichtungen und mit Unverständnis über die Kurzfristigkeit Ihrer Entscheidung, haben wir Ihre vorgestrige Pressekonferenz zur Öffnung der Pflegeeinrichtungen ... zur Kenntnis genommen.

Das ist die Stellungnahme der Menschen, die vor Ort tagtäglich mit ihrem Leben einstecken für die Pflege der alten Menschen in unserer Gesellschaft. Dazu haben Sie keinen Ton gesagt, Herr Minister.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Ich möchte noch eine Stellungnahme der AWO hinterlegen, die noch etwas härter formuliert hat:

„Es ist ein Unding, dass so etwas dienstags angekündigt wird und innerhalb weniger Tage umgesetzt werden soll“, ... Die Träger seien in diese Entscheidung nicht eingebunden gewesen. „Aber wir werden mit den Folgen nun alleingelassen.“

So beschreiben die Pflegeeinrichtungen in Hessen das Krisenmanagement dieser Landesregierung. Sie äußern jedoch kein Wort der Selbstkritik, Herr Klose.

(Beifall Freie Demokraten)

50 % der Menschen, die gestorben sind, haben zuvor in Altenpflegeeinrichtungen gelebt. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, wenn es darum geht, Leben zu schützen. Wenn wir konkret Leben schützen wollen, müssen wir uns genau darum kümmern. Sie können doch nicht ohne Dialog mit den Menschen, die das umsetzen müssen, hier einfach etwas öffentlich verkünden, was dann dort vor Ort umgesetzt werden muss. Wenn das nicht ordentlich umgesetzt werden kann, dann wird das Menschenleben kosten. Das wird die Pflegerinnen und Pfleger, die Sie vorhin so gelobt haben, in Lebensgefahr bringen.

Lieber Herr Minister Klose, darum sollten Sie die Augen öffnen und ein bisschen mehr kommunizieren mit den Menschen, die die Krise vor Ort bewältigen müssen. Sie müssen einmal mit den Menschen in den Kreishäusern, in den Pflegeheimen und in den Schulen reden, nicht nur mit den Menschen im Ministerium. Sie müssen auch einmal mit den Menschen vor Ort reden. Dann bekommen Sie auch einmal ein klares Bild darüber, wie es in unserem Land wirklich aussieht, Herr Minister Klose.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Ihre Form der Politik ist es – das haben wir schon in anderen Bereichen gesehen –, im Elfenbeinturm zu sitzen, Vorlagen Ihres Ministeriums zu lesen und die Realität auszublenken. Das verspielt Vertrauen in diesem Land. Ändern Sie endlich diese Art der Politik.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

In der Corona-Krise hatten wir zu befürchten, dass die Situation so eskaliert, dass wir italienische Verhältnisse auch in Deutschland bekommen. Diese akute Krise konnte abgewendet werden. Wir sind uns sicherlich alle einig, dass weiterhin Vorsicht, Abstand und kluges Verhalten der Bürgerinnen und Bürger notwendig sind, damit diese Krise auch weiter unter Kontrolle bleibt. Da die akute Krise ein Stück weit unter Kontrolle ist, müssen wir auch jedem Bürger und jeder Gruppe in unserer Gesellschaft deutlich machen, wie die Schritte hin zur Normalität aussehen. Wir müssen den Menschen Perspektiven aufzeigen. Herr Minister Klose, auch da sehe ich unfassbar viele Leerstellen in Ihrer Rede. Da hätten Sie deutlich mehr leisten müssen.

(Beifall Freie Demokraten)

Für uns in der Politik bedeutet mehr Normalität, dass wir wieder eine richtige Plenarwoche haben, dass wir Ausschusssitzungen haben, dass dieses Parlament der Regierung wieder auf die Finger schaut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Parlamentarismus und die Opposition wirken mittlerweile wieder. Noch in der vergangenen Woche wurde uns erklärt, dass die Testung von Personen nicht nach den Vorgaben des RKI der falsche Ansatz sei. Heute erklärt der Minister genau das Gegenteil. Dieses Parlament wirkt. Wir müssen mehr testen. Das ist absolut notwendig.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Ich erinnere mich noch an Veröffentlichungen, in denen es hieß: Da kann man kein Datum sagen. – Dieses Parlament wirkt. Gestern war noch von keinem Datum die Rede. Das Parlament wirkt innerhalb weniger Stunden. Jetzt waren Sie wenigstens einmal in der Lage, ein Datum in den Raum

zu stellen, ab wann Eltern wieder mit der Beschulung bzw. der Betreuung ihrer Kinder rechnen können. Das Parlament in unserem Land wirkt. Das kann man an dieser Rede deutlich erkennen.

(Beifall Freie Demokraten)

Lieber Herr Minister Klose, das Parlament musste sich ein Stück weit zurücknehmen, weil wir als Freie Demokraten gesagt haben – das gilt sicherlich auch für einen Großteil dieses Hauses –: Wir stehen zusammen. Für uns sind die Bürgerinnen und Bürger das Wichtigste. Wir vertrauen in den paar Wochen, in denen es darauf angekommen ist, dieser Regierung und geben ihr auch ein Stück weit Rücken-deckung und Vertrauen. – Das war richtig, und das haben wir getan.

Diese Zeit ist jetzt aber vorbei, lieber Herr Klose. Jetzt müssen Sie auch einmal liefern. Sie müssen auch Transparenz liefern, damit die Bürgerinnen und Bürger auch wissen, wohin es in unserem Land geht.

(Beifall Freie Demokraten)

Die Gerichte haben weiter gearbeitet und waren weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger da. Die Gerichte haben Ihnen auch das eine oder andere in Ihr Lastenheft geschrieben, lieber Herr Klose. Auch dazu haben Sie überhaupt keinen Ton gesagt. Die Gerichte haben Ihnen bereits zwei wichtige Dinge in Ihr Lastenheft geschrieben. Das betrifft zunächst einmal das äußerst wichtige Kriterium der Verhältnismäßigkeit Ihrer Maßnahmen. Das betrifft außerdem die Gleichbehandlung der Menschen in unserem Land. In den Verordnungen gibt es unfassbar viele schwer zu erklärende Tatbestände, warum es bei dem einen so und bei dem anderen so geregelt ist. Genau diese beiden Kriterien sind entscheidend. Anhand derer müssen wir die weiteren Maßnahmen abarbeiten. Es geht um die Verhältnismäßigkeit und darum, die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land gleich zu behandeln. Da werden wir Ihnen ganz genau auf die Finger schauen. Das kann ich Ihnen schon jetzt sagen, Herr Klose.

(Beifall Freie Demokraten)

Lieber Herr Minister Klose, Sie haben das martialische Bild eines Hammerschlags verwendet. Dieser Hammerschlag hat Menschen ihren Job gekostet. Dieser Hammerschlag hat Existenzen zerstört. Dieser Hammerschlag ging in die Familien und in unsere Gesellschaft. Dieser Hammerschlag hat sehr große Spuren hinterlassen. Insofern hätten Sie an dieser Stelle ein bisschen mehr ausführen können, wie Sie die Dinge wieder gutmachen wollen, die dieser Hammerschlag ausgelöst hat.

Ich vermeide solche Bilder. Ich würde eher sagen, dass kollektive Zwangsmaßnahmen zulasten der Bevölkerung angewendet worden sind. Nun müssen wir diese kollektiven Zwangsmaßnahmen, die ausgesprochen worden sind, beenden. Diese müssen wir überführen in eine moderne Politik, die smarter ist, die digitaler ist und die klug ist. Diese Politik wird nämlich mithilfe der modernen Medizin und der modernen Medien hoffentlich in der Lage sein, von diesen kollektiven Maßnahmen abzurücken, die Millionen Menschen betreffen. Es muss zu zielgenauen und effizienten Eingriffen kommen, die genau dort in der Gesellschaft ansetzen, wo es zu Ausbrüchen dieser Krankheit kommt, wo Menschen von dieser Krankheit betroffen sind. Es sollte nicht mehr das gesamte Hessen kollektiv unter Verdacht gestellt werden. Genau das ist der entscheidende

politische Fortschritt, den wir noch weiter umsetzen müssen, damit noch weitere Öffnungen möglich sind.

(Beifall Freie Demokraten)

Sie als Land Hessen haben – –

(Zuruf: Wir!)

Sie als Regierung des Landes Hessen – auch wir als Parlament, aber vor allem Sie als Regierung – haben die Verantwortung für das wichtigste Instrument dafür, um künftig wieder zielgenau mit effizienten Eingriffen diese Pandemie zu bekämpfen, und zwar ohne kollektive Zwangsmaßnahmen, sondern zielgenau. Sie müssen den öffentlichen Gesundheitsdienst weiter ausbauen.

Die Landräte und die Oberbürgermeister haben in vielen Bereichen in kurzer Zeit Unfassbares geleistet. Dort gibt es Mitarbeiter, die seit Wochen fast rund um die Uhr im Dienst sind und Hervorragendes leisten. Diese Struktur muss weiterhin aufgebaut werden; denn der öffentliche Gesundheitsdienst, der – Sie haben es in Ihrer Rede selbst gesagt – die Kontaktpersonen-Nachverfolgung betreibt, der feststellt, mit welchen Personen jemand, der erkrankt ist, Kontakt hatte, diese Personen testet und gegebenenfalls in Quarantäne schickt, ist die entscheidende Stelle. Der Dienst stellt nicht mehr alle in einer Stadt unter Verdacht, sondern testet nur die, die tatsächlich Kontakt mit Menschen hatten, die erkrankt sind.

Für dieses Instrument, den öffentlichen Gesundheitsdienst, sind Sie verantwortlich. Auf die Weiterentwicklung dieses Dienstes müssen Sie Ihre ganze Kraft verwenden, weil das die Grundvoraussetzung dafür ist, dass wir der Bevölkerung weitere Lockerungen gewähren und ein Stück weit zur Normalität zurückkehren können. Der öffentliche Gesundheitsdienst ist hierfür das entscheidende Instrument, Herr Minister. Wir werden genau hinschauen und Sie mit klugen Vorschlägen unterstützen, damit Sie den öffentlichen Gesundheitsdienst noch besser machen, als er schon ist.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn Sie so viele Menschen – 6 Millionen Menschen in unserem Land – durch kollektive Zwangsmaßnahmen belasten, dann brauchen die Menschen, um diese Maßnahmen weiterhin zu akzeptieren und umzusetzen, ein Licht am Ende des Tunnels. Diese Landesregierung ist aber nicht bereit, das Licht am Ende des Tunnels zu finden und den Menschen eine Perspektive zu beschreiben, die von der Krise betroffen sind – den Kindern, den Messebauern, den Gastwirten und vielen anderen Menschen. Alle diese Menschen brauchen ein Licht am Ende des Tunnels, damit sie weiterhin bereit sind, die vorgegebenen Maßnahmen zu akzeptieren und umzusetzen. Sie von der Regierung finden dieses Licht nicht. Wir werden Ihnen helfen, dieses Licht zu finden, damit die Menschen in Hessen das Gefühl bekommen, eine Zukunftsperspektive in diesem Land zu haben.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir haben in diese Plenarsitzung einige Gesetzentwürfe zur Beratung eingebracht. Diese Gesetzentwürfe beschäftigen sich mit für uns wichtigen Themen. Unter diesem Aspekt hätten wir sogar noch mehr Gesetzentwürfe in das Plenum einbringen können.

Ich will einige wenige Bereiche herausgreifen, z. B. das Thema Wirtschaft. In einem Drittel der Unternehmen gibt

es Kurzarbeit. 700.000 Menschen in unserem Land sind in Kurzarbeit. Kein Mensch weiß, wie sich die Situation in den nächsten Tagen weiterentwickeln wird. Der Flughafen und große Teile der Industrie sind im Leerlauf. Die Herzkammer unseres Wohlstands ist im Leerlauf. Abertausende Menschen, die sich eigentlich nichts haben zuschulden kommen lassen, müssen Grundsicherung in Anspruch nehmen.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Die anderen auch nicht! Keiner hat sich etwas zuschulden kommen lassen! – Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So eine Unverschämtheit!)

Wir werden in der Tat das Versprechen geben müssen, dass es einen fairen Lastenausgleich geben wird, damit die Menschen, die heute den Preis für die verordneten Maßnahmen bezahlen, am Ende nicht die großen Verlierer sein werden. Darum müssen wir in der Wirtschaftspolitik sehr genau hinschauen, welche Maßnahmen wir anwenden, sodass niemand nur deshalb über Gebühr belastet wird, weil er keine große Lobby hat wie die Autokonzerne, auf deren Autos in Kürze vielleicht wieder eine Kaufprämie ausgeteilt wird. Auch die „einfachen Leute“, die von den Verordnungen, die dieses Land erlassen hat, betroffen sind, können einen fairen Lastenausgleich erwarten. Diesen Aspekt müssen wir nach vorne stellen. Zu diesem Zweck haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht. Wir werden Ihnen einen Vorschlag machen, den Sie, wenn Sie klug sind, mittragen werden.

(Beifall Freie Demokraten – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Redezeit ist begrenzt. Deshalb will ich nur noch ein Krisenfeld aufgreifen, das mir – das wissen Sie – neben der Wirtschaft ganz besonders am Herzen liegt. Wir haben hier schon oft über die Themen Bildung und frühkindliche Bildung diskutiert. Unser Land steuert auf eine absolute Bildungskrise zu. Da wir als Landespolitiker für das Thema Bildung originär verantwortlich sind, muss uns das umtreiben. Es darf uns keine Minute Ruhe lassen, dass eine Bildungskrise auf uns zukommt. Die Wirtschaftskrise ist gewiss, die Bildungskrise bahnt sich an. Es ist doch ganz klar, dass wir in den Schulen die modernsten Mittel einsetzen müssen, um die Beschulung der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen. Selbstverständlich sind Homeschooling und die Umsetzung der Digitalisierung zentrale Themen. Wenn Leistungen zu Hause erbracht werden, dann müssen diese Leistungen für die jungen Menschen einen Wert haben, sonst wird es für die Lehrerinnen und Lehrer sehr schwierig, die jungen Menschen tatsächlich dazu anzuhalten, ihre Aufgaben zu Hause zu erfüllen.

(Beifall Freie Demokraten)

Je älter die Schülerinnen und Schüler sind, umso schwieriger wird es sein, sie anzuhalten, entsprechende Leistungen zu erbringen.

Die Frage, die wir uns heute stellen müssen, lautet: Welche Voraussetzungen müssen wir gesetzlich und auf dem Verordnungsweg zur Vorbereitung der Schulen schaffen, um eine Bildungskrise abzuwenden? Dazu kann ich nur sagen: Sprechen Sie mit den Menschen vor Ort, sprechen Sie mit Schulleitern – nicht nur mit Vertretern des Schulamtes –, und fragen Sie sie, was sie vom Kommunikationsverhalten der Landesregierung halten, was sie davon halten, am Freitagabend eine Mail des Inhalts zu bekommen, dass sie innerhalb weniger Tage ihre Schulen wieder öffnen müssen –

ohne dass in der E-Mail steht, wie sie das genau machen sollen –, sie daraufhin Konzepte entwickeln und am Mittwoch eine weitere Mail kommt, nach der alles wieder ganz anders ist.

(Nancy Faeser (SPD): Genau!)

Was sagen Sie diesen Schulleitern? Wie gehen Sie mit den Menschen um, die die Verantwortung für die Gesundheit der Kinder vor Ort tragen, die die Verantwortung dafür tragen, dass die Bildungskrise abgewendet wird, die ihren Lehrerkolleginnen und -kollegen erklären müssen, wie sie ihre Arbeit am besten vollbringen? Wo bleibt die Ansage, ob in Haupt- und Nebenfächern unterrichtet wird, wie das ablaufen soll? Der Hygieneplan des Landes schreibt doch im Endeffekt für die Schulen nur die Verwendung von Seife und Wasser vor. Das sind die Hygienemaßnahmen, die der Plan für unsere Schulen vorsieht: Seife und Wasser. Das ist doch nichts, was man ernsthaft ein Konzept nennen kann. Deshalb: Tun Sie bitte mehr. Ich frage mich oft – auch Frau Faeser hat das getan –: Wo sind Ihre Vorbereitungskonzepte? Wo sind die Vorbereitungen dafür, dass wir stückweise zur Normalität zurückkehren können?

Jetzt komme ich zu meinem Lieblingsthema, den Kitas. Für die jungen Menschen in unserem Land, ob sie einen Migrationshintergrund haben, ob sie aus einer Großstadt kommen oder aus dem ländlichen Raum, sind die Kitas Bildungseinrichtungen, die sie auf das Leben vorbereiten, die viele Aufgaben übernehmen, die früher die Familien geleistet haben. Diese Bildungseinrichtungen müssen den jungen Menschen wieder zugänglich gemacht werden. In Ihrer Regierungserklärung steht, dass Sie jetzt Gespräche mit den Kitas aufnehmen wollen – jetzt. Was hat die zuständige Abteilung Ihres Ministeriums denn die ganze Zeit gemacht?

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Warum haben Sie nicht schon längst mit den Kitas geredet? Warum haben Sie das nicht längst vorbereitet? Andere Bundesländer haben das getan. Ich muss mir an dieser Stelle – auch wenn man sich nicht ins Gesicht fassen soll – an den Kopf greifen. Sie haben hier gesagt: Wir müssen einmal mit den Kitas reden; denn es ist ja so, dass die Kinder den Sicherheitsabstand wahrscheinlich nicht einhalten werden. – Es gibt doch schon längst ein mit den Ländern abgestimmtes Papier, in dem genau zu diesem Thema etwas steht. Es ist doch klar, dass die Kinder in den Kitas keine Abstandsregeln einhalten können und einhalten werden. Das ist auch gar nicht gewollt. Vielmehr geht es darum, dass man die Gruppengrößen anpasst, dass man die Kinder testet. All das steht schon fest. Dieses Papier gibt es doch schon. Warum ist Ihnen das nicht bekannt? Warum tragen Sie das hier nicht vor, und warum sagen Sie uns nicht klipp und klar, ab wann Sie endlich wieder mit einem regulären Kita-Betrieb beginnen wollen? Es ist doch nicht zu glauben, wie Sie hier auftreten.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich kann für die Freien Demokraten nur sagen: Wir werden Ende der Woche ein Konzept zu dieser Frage vorstellen, wie die Kitas – –

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

– Es wäre ja schön, wenn das die Landesregierung machen würde. Dann würden wir uns einfach hinsetzen und kritisieren. Das ist viel einfacher.

(Heiterkeit und Beifall Freie Demokraten)

Aber da Sie es nicht machen, werden wir es tun. Das werden wir auch in anderen Bereichen so handhaben. Wir tun das in Form eines Gesetzentwurfs zum Thema Bildung und in Form eines Gesetzentwurfs zum Thema Wirtschaft. Wir werden deutlich machen, dass man mehr machen kann, wenn man nur will.

Lieber Herr Klose, als Fazit: Wir Freie Demokraten vertrauen den Bürgerinnen und Bürgern. Wenn wir in einer freien Gesellschaft den Bürgern erklären wollen, warum sie kollektive Zwangsmaßnahmen umsetzen müssen, haben wir dann den größten Erfolg, wenn wir sie mitnehmen, wenn wir ihnen erklären, warum sie das machen sollen. Wir leben nicht in China, wo man Türen zuschweißt, damit die Leute im Haus bleiben. Wir leben nicht in einem Land, wo die Regierung offensichtlich Daten und Fakten zurückhält, um zu verschleiern, dass ihr Handeln maßgeblich dazu beigetragen hat, dass diese Pandemie zu groß werden konnte. Wir leben in einer freien Gesellschaft. Zu einer freien Gesellschaft gehört ein öffentlicher Diskurs, gehört das Diskutieren über Herausforderungen und Lösungen. Das wollen wir tun. Wir wollen die Mängel Ihres Krisenmanagements öffentlich machen, nicht, um Sie zu ärgern, sondern um zu erreichen, dass Sie besser werden, dass die Bürgerinnen und Bürger besser vorbereitet sind, dass die Kitas besser vorbereitet sind als die Schulen und Pflegeheime. Das ist unser Anliegen, und deshalb kritisieren wir Ihr Handeln. Ich glaube, alle Bürgerinnen und Bürger werden einsehen, dass es in einer offenen Gesellschaft der richtige Weg ist, die Probleme anzusprechen, um sie abzustellen. Das ist unser Ziel.

(Beifall Freie Demokraten)

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege, Sie müssten zum Ende kommen.

René Rock (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Mein letzter Satz: Wir haben erklärt, dass hier im Landtag jetzt wieder eine ganz normale Regierungs- und Oppositionsarbeit stattfinden wird. Dennoch sind wir immer noch mitten in einer Krise. Deshalb biete ich Ihnen weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit in herausfordernden Momenten an. Ich bin auch immer bereit, über Fristen zu reden und Entscheidungen, die notwendig sind, gemeinsam zu treffen. Sie sollten sich aber darauf einstellen, dass Ihnen die Opposition wieder auf die Finger guckt – und das ist auch gut so. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Nächste Rednerin ist die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Frau Kollegin Wissler.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Dank an all die Menschen beginnen, auf deren Rücken diese Krise besonders lastet und die gerade Großarti-

ges leisten. Das sind die Beschäftigten im Gesundheitswesen, die Corona-Patienten behandeln – immer mit der Gefahr der eigenen Ansteckung. Das sind die Beschäftigten in den Pflegeheimen, der ambulanten Pflege und den Heilmittelberufen, die sich mit unzureichender Schutzausrüstung herumschlagen müssen. Außerdem gilt unsere Hochachtung all den Eltern, die seit sieben Wochen ihre Kinder zu Hause betreuen, ihnen Lehrer und Spielkameraden ersetzen und quasi nebenher ihrem Beruf nachgehen: große Anerkennung für diese Leistung.

(Beifall DIE LINKE, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Solidarität und unser Dank gelten all denen, die die Gesellschaft am Laufen halten: im Lebensmitteleinzelhandel, in den Kitas und Schulen, bei Liefer- und Paketdiensten, im Bus- und Lkw-Verkehr und an vielen anderen unverzichtbaren Stellen. In dieser Krise werden auf einmal Menschen als „systemrelevant“ anerkannt, die sonst viel zu wenig Wertschätzung erfahren und oft mit mageren Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen abgespeist werden. Gerade merken wir, welchen Beitrag all diese Menschen – zu einem großen Teil Frauen – jeden Tag für die Gesellschaft leisten. Das sollten wir nach der Krise nicht vergessen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Es ist gut, dass diese Menschen in vielen Reden Dank und Anerkennung erfahren, aber das Klatschen hilft nicht bei Infektionsgefahr, und warme Worte bezahlen bekanntlich keine Rechnungen. Dafür brauchen die Menschen höhere Löhne, allgemeinverbindliche Tarifverträge und gute Arbeitsbedingungen. Man darf eben nicht von Solidarität reden und zugleich von den Menschen verlangen, mehr als zwölf Stunden am Tag zu arbeiten, Ruhezeiten zu reduzieren und auch noch sonntags im Handel zu arbeiten.

Die einmalige Prämie für Pflegekräfte ist ja bereits ein Eingeständnis, dass man ihnen bisher zu wenig bezahlt hat. Diese Berufe müssen aber dauerhaft aufgewertet werden.

Es war ein Fehler, das Gesundheitssystem neoliberal „auf Kante zu nähern“. Die mangelnden Investitionen in Krankenhäuser, die Privatisierungen, die Krankenhausschließungen und die Einführung der Fallpauschalen rächen sich. Die Ökonomisierung des Gesundheitssystems hat dazu geführt, dass Krankenhäuser wirtschaftlich arbeiten müssen. Das geht zulasten der Beschäftigten und der Patienten. Sie haben leider gar nichts dazu gesagt, Herr Minister, ob nicht auch das Lehren sind, die man aus dieser Krise ziehen müsste.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Seit Jahren haben Beschäftigte auf den Pflegenotstand hingewiesen. Seit Jahren kämpfen Pflegekräfte und die Gewerkschaft ver.di um bessere Arbeitsbedingungen, um Entlastungen und um Personalmindeststandards.

Das Fallpauschalensystem, das gerade eine klaffende Lücke in die Krankenhausfinanzierung reißt, weil Operationen wegen der Pandemie vorsorglich abgesagt wurden, muss abgeschafft werden. Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand und müssen bedarfsgerecht finanziert werden.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

All denen – dabei schaue ich insbesondere in Richtung der FDP –, die gerade nach schnellen Lockerungen rufen und

angesichts der vergleichsweise niedrigen offiziellen Infektionszahlen in Deutschland behaupten, die Maßnahmen der letzten Wochen seien übertrieben gewesen, empfehle ich, sich die Bilder aus Italien noch einmal vor Augen zu rufen. Lieber viele leere Intensivbetten als zu viele Intensivpatienten. Wenn man gute Brandschutzvorkehrungen trifft und es ein Jahr lang nicht brennt, dann diskutiert man ja auch nicht darüber, diese Vorkehrungen wieder abzuschaffen. Deutschland war durch die dramatische Entwicklung in Italien vorgewarnt und hatte fast zwei Wochen Zeit, um sich vorzubereiten und die Infektionskurve abzuflachen.

Das ist gelungen – zunächst. Der Lockdown war grundsätzlich richtig, auch wenn wir einige Maßnahmen, insbesondere bei den Grundrechtseinschränkungen, kritisiert haben. Aber die Zeit wurde nicht genutzt, um ausreichend Schutzkleidung zu produzieren, Hygienepläne zu entwickeln und die Testkapazitäten so auszuweiten, dass wirklich flächendeckend getestet werden kann. Ja, die Zahl der Intensivbetten wurde deutlich erhöht, aber an anderer Stelle ist zu wenig passiert.

Es ist mir, ehrlich gesagt, unbegreiflich, warum es in einem der wichtigsten Industrieländer der Welt nicht möglich ist, innerhalb von zwei Monaten dafür zu sorgen, dass Schutzkleidung und Tests in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Meine Damen und Herren, das muss doch, selbst wenn wir Unternehmen dazu zwingen, diese zur Verfügung zu stellen, in einem so hoch entwickelten Industrieland möglich sein.

(Beifall DIE LINKE)

Noch immer werden Menschen mit eindeutigen Symptomen Tests verweigert. Noch immer wird nicht flächendeckend und verdachtsunabhängig getestet – nicht einmal in der Pflege und im Gesundheitssektor. Herr Minister, Sie behaupten, es gebe stabile Lieferketten. Dann stellt sich die Frage, warum so wenig Schutzmaterial in den Arztpraxen und in der ambulanten Pflege ankommt. Gerade dort fühlt man sich doch von der Landesregierung alleingelassen.

Das Schlimmste: Aufgrund der teilweise nicht nachvollziehbaren Beschlüsse der letzten Tage sind wir gerade dabei, die Erfolge bei der Eindämmung der Pandemie, die mit so vielen Härten und Entbehrungen verbunden waren, zu gefährden. Die Experten warnen vor einer zweiten Infektionswelle, die noch verheerender ausfallen könnte.

Sicher, das Herunterfahren war einfacher als das Öffnen. Aber hier stimmen die Prioritäten gerade nicht – im Bund, aber auch in Hessen. Gewonnene Spielräume zur Lockerung wurden vor allem für die Bereiche genutzt, die die stärkste Lobby haben und die am lautesten auf sich aufmerksam gemacht haben. Autohäuser dürfen öffnen, Shoppingmalls auch, und gleichzeitig wird den Menschen gesagt: Bleibt am besten zu Hause. – Die Spitzensportler dürfen trainieren, die Breitensportler nicht. Die Kontaktsperre endet an den Betriebstoren, während private Freiheiten und Demonstrationen eingeschränkt sind. Die Weiterführung der –

(Das Mikrofon funktioniert kurzzeitig nicht.)

– Ich hätte auch noch ein Megafon im Büro.

(Heiterkeit und Beifall – Minister Tarek Al-Wazir: Das freut mich! Und eine rote Fahne!)

Die Weiterführung der Fußball-Bundesliga steht im Raum, während aktuell noch nicht einmal genug Testkapazitäten

für medizinisches Personal vorhanden sind. Ich muss ganz ehrlich sagen, diese Geisterdebatte über die Geisterspiele geht wirklich an den Sorgen und Nöten der meisten Menschen völlig vorbei.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Eltern, denen vom Sozialministerium letzte Woche noch mitgeteilt wurde, es sei nicht erwünscht, dass sich mehrere Familien zur Kinderbetreuung zusammenschließen – die einzige Möglichkeit, dass sich Kinder untereinander austauschen und Eltern ihrer Arbeit nachgehen –, reiben sich verwundert die Augen angesichts dessen, dass ab dieser Woche Nagelstudios, Massagesalons, Tätowierstudios und Hundesalons wieder öffnen dürfen.

Natürlich muss man die Existenzängste der Menschen in all diesen Bereichen ernst nehmen, ebenso wie in der Gastronomie, im Tourismus und in allen anderen stark betroffenen Bereichen. Deshalb brauchen wir Hilfsprogramme. Wir brauchen ein Pandemieübergangsgeld, weil man in vielen dieser Jobs eben nicht ausreichend Abstand halten kann und Schutzausrüstung nun einmal Mangelware ist. Es ist willkürlich: Musikunterricht für bis zu fünf Personen ist wieder erlaubt, aber im Park darf man sich nur zu zweit aufhalten. Das ist willkürlich und aus virologischer Sicht unlogisch, und es untergräbt auch die Akzeptanz der Beschränkungen. Zudem kamen diese Beschlüsse viel zu kurzfristig. Meine Damen und Herren, wenn man freitags erklärt, in welchen Bereichen die Geschäfte montags wieder öffnen dürfen, ist das viel zu kurzfristig.

(Beifall DIE LINKE)

Viele der beschlossenen Lockerungen folgen kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen und gefährden die Gesundheit und das Leben von Menschen. Aber auch aus wirtschaftlicher Sicht ist das gefährlich – oder zu forschen, um es mit den Worten der Kanzlerin zu sagen –; denn noch schädlicher als eine länger anhaltende Kontaktbeschränkung wäre es, dass wir jetzt eine Lockerung vornehmen, um dann eine noch längere Phase der Kontaktbeschränkung einleiten zu müssen.

Wenn wir davon ausgehen, dass wir, um eine weitere Infektionswelle zu vermeiden, jetzt nur einen kleinen Spielraum bei der Öffnung haben, müssen wir uns doch fragen, was gerade Priorität hat. Ich kann die Existenzängste, die in vielen Branchen herrschen, nachvollziehen, und ich kann auch den Wunsch nach Normalität nachvollziehen. Aber gegen finanzielle Not gibt es ein Mittel: Geld. Der Staat kann und muss mit Geld helfen – mit viel Geld –, wie er es auch in der Bankenkrise getan hat.

Es gibt aber kein Mittel, um zu kompensieren, dass Kinder über lange Zeit keinen Kontakt zu anderen Kindern haben, dass sie in beengten Wohnungen mit heimarbeitenden Eltern eingepfercht und dadurch in ihrer Entwicklung gefährdet sind. Deshalb sollten wir die existierenden Spielräume zur Lockerung im Interesse der Kinder und der Familien nutzen, statt dass sie im Interesse von Autohäusern und der Fußball-Bundesliga verschleudert werden.

(Beifall DIE LINKE)

Schauen Sie sich doch an, was die Eltern in den letzten sieben Wochen geleistet haben. Sie spielen mit ihren Kindern, sie lesen ihnen vor, sie erledigen Schulaufgaben, und ganz nebenbei gehen sie ihren Jobs nach. Wer glaubt, dass sich Vollzeitberufstätigkeit in Heimarbeit und Kinderbetreuung vereinbaren lassen, hat beide Tätigkeiten nicht verstanden.

Wie soll man denn telefonieren, wenn das Baby schreit? Viele Eltern stehen um 5 Uhr morgens auf, damit sie zwei Stunden Zeit haben, bevor sie das Frühstück machen, und arbeiten abends, wenn die Kinder im Bett sind, um ihr Pensum irgendwie zu bewältigen. Das hält doch keiner auf Dauer aus. Das hält man gerade dann nicht aus, wenn man mehrere Kinder hat, alleinerziehend ist oder einer auswärts arbeitet.

Eltern brauchen Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, und sie brauchen – zumindest zeitweise – Betreuungsangebote in Kleinstgruppen, damit Kinder wieder unter Kindern sind, insbesondere Einzelkinder. Wir brauchen kreative Lösungen – etwa Spielangebote im Freien –, um Kindern und Eltern regelmäßige Angebote zu ermöglichen, zumindest zweimal pro Woche, und Erzieherinnen und Kinder bestmöglich vor einer Infektion zu schützen.

Herr Minister, wenn Sie heute sagen, es sollten sich jeweils zwei Familien zur Kinderbetreuung zusammenschließen, antworte ich: Das ist nach sieben Wochen ganz schön wenig. Das haben doch die meisten Familien aus der Not heraus sowieso schon getan, weil es gar nicht anders ging.

Auch die Schulen wurden von der Landesregierung ziemlich alleingelassen. Die reale Situation wird doch weitgehend ausgeblendet, wie man erkennt, wenn man sich den Zustand der Schultoiletten und den Mangel an Waschbecken anschaut. Trotzdem sollen jetzt wieder mehr Kinder beschult werden. Für die Eltern ist es doch eine fatale Situation, dass sie jetzt entscheiden müssen, ob sie ihre Kinder in die Schule schicken und ihnen damit gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und ihre Bildungschancen wahren, oder eben nicht, um – auch für sich selbst – die gesundheitlichen Risiken zu minimieren.

Ein Milliardenprogramm zur Sanierung der Schulen entsprechend den hygienischen Standards, zur Verbesserung der digitalen Ausstattung und zur Verkleinerung von Schulklassen ist seit Jahren überfällig.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Das Homeschooling wird die sozialen Benachteiligungen im Bildungssystem weiter verstärken; denn dessen Erfolg hängt maßgeblich davon ab, ob Eltern zeitlich, und was den Inhalt betrifft, in der Lage sind, zu helfen. Viele Kinder haben doch nicht einmal ein eigenes Zimmer; sie haben keinen Raum zum Lernen. In vielen Familien gibt es nur einen oder vielleicht auch gar keinen Computer. Welche verbindliche inhaltliche und technische Unterstützung erhalten diese Kinder, damit sie nicht als große Verlierer aus dem Homeschooling zurückkehren? Hier passiert viel zu wenig. Das gilt gerade auch für Kinder mit Behinderungen und mit besonderem Förderbedarf. Meine Damen und Herren, über die redet nämlich im Moment leider fast niemand.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Auch und gerade in dieser Krise zeigen sich die sozialen Unterschiede deutlich. Zu Hause zu bleiben lässt sich in einem Einfamilienhaus mit Garten leichter ertragen als mit zwei Kindern in einer beengten Stadtwohnung. Vielerorts nehmen Konflikte und häusliche Gewalt zu. Wir brauchen mehr Schutzräume für Frauen und Mädchen, und wir brauchen eine bessere Ausstattung der Jugendämter bei der Betreuung von Familien und gerade bei der aufsuchenden sozialen Arbeit.

Ja, immer mehr Menschen machen sich Sorgen um ihre ökonomische Existenz; denn das Kurzarbeitergeld reicht einfach nicht zum Leben. Deshalb ist die sofortige Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 % nötig. Auch der Hartz-IV-Satz muss erhöht werden – um mindestens 200 €; denn für viele fallen jetzt die Angebote der Tafeln weg. Es ist sowieso ein himmelschreiendes Unrecht, dass es in einem solch reichen Land Tafeln geben muss, damit sich Menschen ernähren können. Aber dieses Angebot fällt weg, und deswegen brauchen wir höhere Hartz-IV-Regelsätze.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Das BAföG für die Studierenden muss erhöht werden, und die Bezugsdauer muss verlängert werden. Viele haben ihre Minijobs verloren; viele können ihre Miete kaum zahlen. Der Hilfsfonds der Landesregierung von 250.000 € für 260.000 Studierende in Hessen war zwei Stunden nach dem Start schon ausgeschöpft. Die maximale Summe von 200 € reicht nicht einmal für eine Monatsmiete. Das Bundeskreditprogramm bedeutet einen weiter steigenden Schuldenberg bei Studierenden, während Unternehmen Millionenbeträge rückzahlungsfrei erhalten. Wir brauchen ein Pandemie-Überbrückungsgeld, das die Existenz von Kleingewerbetreibenden, Freiberuflern, Kulturschaffenden, Taxifahrern, entlassenen Minijobbern aus der Gastronomie und vielen anderen sichert.

Wir werden morgen noch einmal ausführlich über die Wirtschaftshilfen diskutieren. Deshalb an der Stelle nur so viel: Die Solo-Selbstständigen sind bei den Soforthilfen durch das Gitter gerutscht. In einigen Bundesländern wurden Regelungen gefunden, in anderen nicht – in Hessen leider nicht.

Gerade Kunst und Kultur sind für diese Gesellschaft elementar wichtig. Herr Minister, Sie haben im Wesentlichen dazu gesagt, dass auch Ihnen Kultureinrichtungen fehlen. Das finde ich für einen Sozialminister ein bisschen wenig; denn es kann doch, wenn wir so vielen anderen helfen, nicht sein, dass wir Künstlerinnen und Künstler jetzt einfach in die Grundsicherung schicken, statt ihnen zu helfen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Wenn wir wollen, dass die vielfältige Kulturlandschaft überlebt, brauchen wir Hilfsprogramme. Das ist eine Frage der Prioritäten. Es ist eine Schiefelage, wenn bei den Geldspritzen an Großunternehmen die Milliarden locker sitzen und schon wieder über Abwrackprämien geredet wird, aber bei ein paar Tausend Euro Soforthilfe für Solo-Selbstständige bürokratische Regeln im Weg stehen.

Das zeigt doch, es ist Geld da. Es gab noch nie so viel privaten Reichtum in Deutschland. Während sehr viele Menschen in Existenznot sind, schwimmen andere im Geld. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt ungefähr ein Drittel des Vermögens im Land; 45 Deutsche besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Wenn diese Gesellschaft in der Krise nicht weiter in die Schiefelage geraten soll, dürfen die Kosten der Krise nicht auf die Mitte und die Armen abgewälzt werden.

(Beifall DIE LINKE)

Wir brauchen von den Superreichen eine einmalige Corona-Vermögensabgabe zur Krisenbewältigung.

(Lachen CDU)

Um der Krise entgegenzusteuern, ist es notwendig, sich von der Schuldenbremse zu verabschieden und stattdessen ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Klimaschutz und soziale Infrastruktur aufzulegen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD – Zurufe CDU, AfD und Freie Demokraten)

An der Stelle möchte ich die Kommunen loben, die vieles in Eigenregie gemacht und viele Probleme gelöst haben. Aber wo bleibt denn das Land mit der Garantie und der Zusage, dass die kaputtgesparten Kommunen nicht auf den Kosten sitzen bleiben? Angesichts wegbrechender Gewerbesteuerereinnahmen wäre eine solche Zusage des Landes unverzichtbar.

(Beifall DIE LINKE)

Wir müssen alle Menschen schützen, unabhängig vom Pass. Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften müssen vor Ansteckung bewahrt werden; alle Abschiebungen müssen sofort ausgesetzt, und der Abschiebeknast in Darmstadt-Eberstadt muss geschlossen werden. Es kann doch nicht sein, dass in diesem Abschiebeknast seit Wochen und Monaten Menschen festsitzen, die nichts getan haben.

(Beifall DIE LINKE)

In den Flüchtlingslagern an den EU-Außengrenzen sind die Zustände dramatisch. Bund und Länder müssen ihrer Verantwortung nachkommen und mehr Flüchtlinge dort herausholen. Bisher hat Deutschland lediglich 46 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgenommen; nach Hessen sind sechs davon gekommen. Meine Damen und Herren, das ist beschämend wenig angesichts der dramatischen Zustände in diesen Flüchtlingslagern. Das muss sich ändern.

(Beifall DIE LINKE)

Die Krise darf nicht missbraucht werden, um Grundrechte auszuhebeln oder umstrittenen Überwachungsmaßnahmen den Weg zu bahnen. Alle Einschnitte müssen vollständig zurückgenommen werden; sie dürfen sich nicht normalisieren.

Wir wissen nicht, wann diese Krise überwunden sein wird und wie sie unsere Gesellschaft verändert. Keiner weiß derzeit, wie hoch die Summen sein werden, die zur Bewältigung aufgewendet werden müssen. Diese Krise erfordert vor allem eines: Solidarität mit all jenen, die diese Krise besonders hart trifft, gesundheitlich, finanziell und persönlich.

Ich warne vor einer Debatte darüber, ob man die Risikogruppen besonders schützt bzw. isoliert und alle anderen, die – zumindest statistisch gesehen – ein geringes Risiko haben, ernsthaft zu erkranken, weitgehend zur Normalität zurückkehren. Über 20 Millionen Menschen von weiten Teilen des gesellschaftlichen Lebens faktisch auszuschließen, weil sie alt oder vorerkrankt sind oder eine Behinderung haben, ist ethisch nicht vertretbar.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Es ist auch praktisch gar nicht möglich, weder bei Familien, in denen der 20-jährige Sohn vielleicht noch bei den Eltern wohnt, noch bei Pflegekräften oder Sprechstundenhilfen, die tagtäglich mit Angehörigen der Risikogruppe in Berührung sind. Auch ein Immunitätsausweis wäre gesellschaftliches Gift. Meine Damen und Herren, wir müssen das Virus und seine Verbreitung stoppen, statt die Risikogruppen auszugrenzen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Gerade in der Not zeigt sich: Das gesellschaftliche Miteinander darf nicht bestimmt sein von Konkurrenz, Profitmaximierung und Wettbewerb, sondern es muss bestimmt sein von Solidarität und Rücksicht. Vieles wird sich grundlegend ändern. Das kann auch eine Chance eröffnen, Wirtschaft und Gesellschaft anders zu organisieren, gerechter zu organisieren; denn noch immer geht es darum, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ – um es heute, an seinem 202. Geburtstag, mit den Worten von Karl Marx zu sagen.

(Beifall DIE LINKE)

Insofern haben wir es jetzt hier in der Hand, ob diese Gesellschaft nach dieser Krise eine bessere sein wird als zuvor.

Schließen möchte ich meine Rede mit einem Dank an die Beschäftigten in den kommunalen Verwaltungen, in den Ministerien, in den Regierungspräsidien, die in den letzten Wochen Zehntausende von Anträgen auf Soforthilfe bearbeitet haben, und an die vielen Menschen, die Tag für Tag bis in die Nacht arbeiten und einer ungeheuren Belastung ausgesetzt sind, um die Beschlüsse umzusetzen, die wir im letzten Landtagsplenum einstimmig gefasst haben. In diesem Sinne: einen herzlichen Dank an sie.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Wissler. – Als Nächster hat der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mathias Wagner, das Wort.

Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich erinnere mich noch gut an unsere erste Debatte zum Thema Corona vor noch nicht einmal sechs Wochen im Hessischen Landtag. Ich finde, das war eine außergewöhnliche Debatte, eine Debatte, die dem Ernst der Lage sehr angemessen war. Ich erinnere mich auch gerne, und ich bin nach wie vor dankbar dafür, dass wir vor sechs Wochen vereinbart haben, dass wir bei vielen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie als Hessischer Landtag gemeinsam vorgehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt Freie Demokraten)

Wenn ich mir die Debatte und die Reaktionen auf die heutige Regierungserklärung des Sozialministers anschau, stelle ich fest: Das war angesichts einer nach wie vor ungewöhnlichen Situation eine ziemlich gewöhnliche Debatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Christiane Böhm (DIE LINKE))

Das war eine ziemlich gewöhnliche Debatte, in der aus meiner Sicht von dem, was uns vor sechs Wochen noch alle getragen, geleitet und verbunden hat – die Bekämpfung des Virus –, am Ende wieder das übrig geblieben ist, worüber wir im Hessischen Landtag so oft streiten: über Details, über mehr oder minder große Fragen und über Formalia.

(Zurufe)

– Dazu komme ich gleich. – Ich verstehe den Wunsch nach Normalität, den viele in der Bevölkerung haben. Ich verstehe den Wunsch nach Normalität, den offenkundig auch viele Abgeordnete haben. Meine Damen und Herren, aber ich möchte einmal ein Fragezeichen dahinter setzen, ob wir normale Debatten im Hessischen Landtag führen sollten, wenn die Wirklichkeit nach wie vor nicht normal ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe SPD)

Dann messe ich Sie doch an diesen normalen Maßstäben, nach denen Sie offenkundig eine so große Sehnsucht haben. Die größte Kritik der Oppositionsführerin – oder eine der größten Kritiken – war, dass die Landesregierung zuerst den Vertreter des Souveräns in diesem Land, den Hessischen Landtag, über die weiteren Öffnungsschritte für Kitas und Schulen informiert habe.

(Nancy Faeser (SPD): Falsch! – Weitere Zurufe)

Es war einer der größten Kritikpunkte der Oppositionsführerin. Frau Faeser, was hätten Sie denn gesagt, wenn wir es nicht so gemacht hätten? Was hätten Sie denn dann gesagt?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Nancy Faeser (SPD))

Der sonst übliche Vorwurf war und ist, das Parlament müsse vor allen anderen zuerst informiert werden. Frau Kollegin Faeser, für diese Position habe ich als Parlamentarier ausdrücklich eine sehr große Sympathie. Aber, Frau Kollegin Faeser, wenn man dann, wenn genau das geschieht, was Sie, was ich und was die große Mehrheit dieses Hauses fordern, daraus wieder einen Vorwurf macht, zeigt das, dass man sehr gewöhnliche Debatten angesichts von ungewöhnlichen Situationen führt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Wie wäre es denn mal mit einem Inhalt? – René Rock (Freie Demokraten): Das ist viel zu gewöhnlich! – Zuruf Christiane Böhm (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, die einschneidenden Maßnahmen, die bundesweit und in Hessen in den letzten Wochen ergriffen wurden, haben Wirkung gezeigt. Diese Maßnahmen waren erfolgreich. Uns ist es gelungen, die unkontrollierte Ausbreitung des Virus zu stoppen. Uns ist es gelungen, eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Ich finde, das sollten wir hier auch festhalten.

(Nancy Faeser (SPD): Haben wir!)

– Einverstanden. Frau Kollegin, sind wir uns da einig? – Es ist eben keine Selbstverständlichkeit, sondern es war das Ergebnis von klugem und verantwortlichem Handeln, dass wir in Deutschland und in Hessen keine Situation wie in Italien, in Spanien und in Amerika haben. Frau Kollegin Faeser, Sie fragten, was die Landesregierung in den letzten Wochen gemacht habe: Das hat die Landesregierung in den vergangenen Wochen gemacht.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Es war das umsichtige Verhalten der Bürgerinnen und Bürger, das dazu geführt hat, dass wir der Welle die Spitze gebrochen haben. Es war der gigantische Kraftakt der Beschäftigten im Gesundheitswesen, der das möglich ge-

macht hat. Es war das verantwortliche, über alle Maße gehende Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen öffentlichen Verwaltungen – in den Kommunen, im Land und im Bund –, der das möglich gemacht hat, und es waren auch politische Entscheidungen. Deshalb will ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Lieber Sozialminister Kai Klose, Ihnen und Ihrem gesamten Team im Sozialministerium ein ganz herzliches Dankeschön für das, was Sie in diesen Wochen für das Land geleistet haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ein herzliches Dankeschön an den Innenminister als Vorsitzenden des Krisenstabs, der sich mit seinem gesamten Team um ganz viele Fragen des unmittelbaren Beschaffungswesens, der Organisation und des Organisierens von Masken und von Schutzausrüstung gekümmert hat, und natürlich auch an alle Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze. Das, was wir erreicht haben, ist das Ergebnis harter Arbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Torsten Warnecke (SPD): Das sieht Frau Baerbock anders! – Zurufe Freie Demokraten und SPD)

– Herr Kollege Müller, bestreiten Sie irgendetwas von dem, was ich eben gesagt habe, was die Leistungen der Landesregierung und der Bundesregierung angeht? Ist es wirklich notwendig, in einer Situation, in der die gesamte öffentliche Verwaltung und auch die Spitzen der Ministerien Tag und Nacht gearbeitet haben, das schon wieder infrage zu stellen?

(Zurufe Janine Wissler (DIE LINKE) und Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten))

Herr Kollege Müller, Sie können über andere Wege streiten, Sie können über Alternativen streiten, aber das kann man in einer solchen Debatte doch auch sagen, ohne dass gleich wieder so ein Zwischenruf gemacht werden muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die bisherigen Erfolge sollten uns ermutigen, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

(Zuruf: Bloß nicht!)

Dieser eingeschlagene Weg war gekennzeichnet von Entschlossenheit und Besonnenheit. Beides gehört zusammen. Ich glaube, die genau falsche Konsequenz aus dem, was wir erreicht haben, wäre, jetzt leichtsinnig zu werden: leichtsinnig zu werden, indem wir unkontrollierte Risiken eingehen; leichtsinnig zu werden, indem wir Debatten führen, die wissenschaftliche Erkenntnisse auf einmal infrage stellen, und leichtsinnig zu werden, indem wir über die schwierigen Abwägungen, die wir alle zu treffen haben, jetzt einfach hinwegreden. Das wäre mit Sicherheit der falsche Weg.

Der Wunsch nach Normalität ist verständlich. Der Wunsch ist überaus real. Wir alle teilen diesen Wunsch. Die Bedrohung durch das Virus erscheint uns immer mehr abstrakt. Aber erinnern wir uns an die Zeit vor sechs Wochen. Vor sechs Wochen war es genau umgekehrt. Da war die Bedrohung durch das Virus für uns sehr real, und der Wunsch nach Lockerungen war eine ferne Hoffnung. So richtig es ist, dass wir jetzt Lockerungen auf den Weg bringen, so sehr müssen wir uns immer bewusst machen: Das Virus ist noch in der Welt. Die Bedrohung ist real. Besonnenheit und Entschlossenheit ist das Maß der Dinge, aber nicht Leichtsin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Weil es nicht um Leichtsinn gehen darf, verbietet sich aus unserer Sicht auch ein Überbietungswettbewerb zwischen Kommunen, zwischen Ländern und mit dem Bund nach dem Motto „höher, schneller, weiter“: Wer hat das schnellste Konzept? Wer hat das schönste Konzept? Wer hat der Bundeskanzlerin als Erster widersprochen? Wer hat drei Stunden vor der Konferenz der Regierungschefs etwas gesagt?

(Zuruf: Söder!)

Wer hat in der Konferenz etwas gesagt? Wer hat als Erster etwas aus der Konferenz gesagt? – Mein Gott, wir haben keine normalen Zeiten und eigentlich keine Zeit für solche Spielchen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Hessen hat sich an dem Wettbewerb „höher, schneller, weiter“ bei den Schließungen nicht beteiligt, und Hessen wird sich an dem Wettbewerb „höher, schneller, weiter“ auch nicht bei den Lockerungen beteiligen. Für uns geht es um verantwortliches Handeln. Für uns geht es um ein Handeln, bei dem das einzige Kriterium, das zählt, ist, die Entwicklung des Infektionsgeschehens und die Vermeidung einer Überlastung unseres Gesundheitssystems in den Blick zu nehmen. Das ist verantwortliches Handeln. Entschlossen und besonnen statt aktionistisch, das ist der Weg, den wir in Hessen gehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Deshalb stellen wir Schritt für Schritt Konzepte vor, wie der Neustart des öffentlichen Lebens gelingen kann. Der Sozialminister und der Kultusminister haben das heute für die Kitas und für die Schulen sehr präzise mit konkreten Daten vorgestellt. Natürlich wird mit den Kita-Trägern und mit den Schulträgern darüber geredet werden. Darüber müssen wir hier im Landtag doch wirklich nicht streiten.

(Zuruf Torsten Warnecke (SPD))

Dann gibt es den Wunsch – auch das habe ich in dieser Debatte gehört –, dass jetzt für alle Bereiche ein konkretes Datum genannt wird. Es brauche jetzt für alle Bereiche Klarheit. Auch diesen Wunsch verstehe ich, und wir müssen für alle Bereiche auch an Konzepten arbeiten. Aber ich erwarte, dass diejenigen, die hier den Anschein erwecken, als könnte man jetzt schon konkrete Termine nennen, dies dann auch tun. Dann können wir hier eine Debatte darüber führen, ob Ihre Abwägung verantwortlicher ist als die Abwägung, die die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen vorgenommen haben. Dann sagen Sie doch, dass Sie die Schulen und die Kitas früher aufmachen wollen. Dann sagen Sie es doch.

(Zurufe Freie Demokraten)

Aber was in einer ungewöhnlichen Situation nicht reicht, ist, immer nur zu sagen: So, wie es andere machen, ist es falsch. – Das reicht eben nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Torsten Warnecke (SPD): Es würde schon reichen, wenn Sie statt Freitag den Dienstag nehmen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Freien Demokraten, an Ihrer Stelle wäre ich mit dem Propagieren von „höher, schneller, weiter“ ohnehin vorsichtig. Schauen wir einmal

nach Nordrhein-Westfalen. Schauen wir uns einmal an, was die Schulministerin dort unter der Überschrift „höher, schneller, weiter“ veranstaltet. Schauen wir uns auch gerne einmal an, was der Wirtschaftsminister dort macht, der die Bewilligungsplattform für die Landesförderungen offline nehmen musste, weil sie nicht hinreichend vor Missbrauch geschützt war. Meine Damen und Herren, dieses „höher, schneller, weiter“ wollen wir in Hessen nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Menschen in unserem Land sind in dieser Krise zusammengedrückt. Das ist eine große Leistung, dafür sollten wir alle dankbar sein. Sie haben zusammengehalten in einem Maße, wie wir das lange nicht mehr hatten. Die Menschen haben sich gegenseitig im Alltag unterstützt, die Nachbarschaftshilfe hat eine ganz neue Bedeutung bekommen, und wir alle waren solidarisch mit denjenigen, die in dieser Krise unseren besonderen Schutz gebraucht haben. Diese Solidarität, diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt sollten wir auch bei der weiteren Bewältigung dieser Krise bewahren – und darüber hinaus. Ich will nicht, dass wir anfangen, einzelne Bevölkerungsgruppen in der Corona-Krise gegeneinander auszuspielen, sondern wir halten zusammen, wir bleiben zusammen. Wenn wir dies im Landtag mit ungewöhnlichen Debatten begleiten, freut es mich. Wenn Einzelne das anders machen, nehme ich auch dies zur Kenntnis. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Wagner. – Jetzt hätte noch die fraktionslose Abgeordnete das Wort, aber diese sehe ich gerade nicht. – Damit sind wir am Ende der Aussprache und haben die Regierungserklärung des Ministers für Soziales und Integration entgegengenommen.

Wir haben noch **Tagesordnungspunkt 46:**

Dringlicher Antrag

Fraktion DIE LINKE

Beschäftigte in systemrelevanten Berufen stärken und ihre Leistungen in der Corona-Krise angemessen anerkennen

– **Drucks. 20/2683** –

Diesen überweisen wir nach meinen Unterlagen an den Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss. – Ich sehe keinen Widerspruch. Damit machen wir das so.

Außerdem ist eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt worden ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucks. 20/2686. Dieser wird zusammen mit dem Gesetzentwurf unter Tagesordnungspunkt 7 aufgerufen.

Außerdem ist eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt worden ein Änderungsantrag von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und den Freien Demokraten, Drucks. 20/2685. Dieser wird zusammen mit dem Gesetzentwurf unter Tagesordnungspunkt 15 aufgerufen.

Weiterhin ist eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt worden ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der Freien Demokraten für ein Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags, Drucks. 20/2684. Wird

die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser zu Tagesordnungspunkt 47 und gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 2 und 10 aufgerufen. Die Redezeit beträgt insgesamt 7,5 Minuten.

Außerdem ist noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt worden ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, Gesundheits- und Patientenversorgung am Universitätsklinikum Gießen-Marburg sicherstellen – Sorgen von Beschäftigten ernst nehmen, Drucks. 20/2687. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Auch das scheint der Fall zu sein. Dann wird dieser zu Tagesordnungspunkt 48 und kann, wenn niemand widerspricht – das macht niemand –, zusammen mit Tagesordnungspunkt 36 aufgerufen werden.

Damit haben wir die Vorlagen auf Ihren Tischen abgearbeitet und kommen zu **Tagesordnungspunkt 42:**

Antrag

Elke Barth (SPD), Tobias Eckert (SPD), Stephan Grüger (SPD), Knut John (SPD), Marius Weiß (SPD), Fraktion der SPD

Für einen wirkungsvollen Mieterschutz sorgen – auf den politischen Willen kommt es an
– Drucks. 20/2677 –

Als Erste hat Frau Abg. Barth das Wort. Bitte schön.

Elke Barth (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 700.000 Menschen in Hessen sind seit März in Kurzarbeit; und die Arbeitslosigkeit ist seitdem von 4,7 auf 5,2 % gestiegen. Auch wenn wir hoffen, dass es in langsamen Schritten wieder aufwärtsgeht, werden die wirtschaftlichen Folgen noch lange spürbar sein – gerade bei denjenigen, die sowieso immer schon ein Stück weit auf Kante gelebt haben, Menschen, bei welchen schon seit Langem das Geld nicht bis zum Monatsende gereicht hat und damit auch nicht für die Miete. Die Bundesregierung hat schnell wichtige Regelungen beschlossen, um die Auswirkungen der aktuellen Krise für die Menschen in Deutschland zu lindern, mehr als in vielen anderen Ländern der Welt.

(Beifall SPD – Unruhe)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Moment mal, Frau Barth. – Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe hier rechts auf der Regierungsbank.

Elke Barth (SPD):

Entschuldigung? – Es ist unglaublich, aber gut.

Auch die Situation von Mietern hatte man im Blick und hat schon vor zwei Monaten Kündigungen und Räumungen aufgrund von Corona-bedingten Zahlungsschwierigkeiten ausgeschlossen. Löblich ist auch, dass viele Wohnungsbau-gesellschaften gerade auch in Hessen ihren Mietern Kulanz anbieten und auf Mieterhöhungsbegehren verzichten. Bitte hören Sie genau zu und ignorieren Sie nachher in Ihren Beiträgen nicht, was ich jetzt sage: Auch für sehr viele Vermieter, gerade für kleinere, ist das jetzt eine schwierige, zum Teil existenzielle Situation. Für viele Kleinvermieter sind Mieteinnahmen aus Häusern oder Wohnungen, die sie sich als Kapitalanlage angeschafft haben, ein wichtiger Teil

ihres Lebensunterhalts; und viele Vermieter und Mieter versuchen jetzt, gemeinsam Lösungen zu finden.

Nach dieser aktuellen Situationsbeschreibung komme ich nun zu unserem Antrag, den Mieterschutz in Hessen durch eine Mietenbegrenzung wirkungsvoll zu verbessern; denn eines gilt nach wie vor – ich hoffe, Sie haben das nicht vergessen –: Tausende Wohnungen fehlen in Hessen, und zwar schon vor all dem, was in diesem Jahr passiert ist. Bezahlbarer Wohnraum ist und bleibt die soziale Frage unserer Zeit.

(Beifall SPD)

400.000 Wohnungen müssten bis 2035 gebaut werden, um den Bedarf in Hessen zu decken. Deshalb dürfen die Mieten gerade jetzt nicht erhöht werden. Das war vor Corona so, es ist jetzt so und erst recht danach.

(Beifall SPD)

Es gibt derzeit auch keine Indizien dafür, dass die Mieten in Hessen in Gebieten mit engem Wohnungsmarkt sinken werden.

(Zuruf)

– Nein, diese gibt es nicht. – Im Gegenteil: Wenn sich jetzt, was in der Branche zu Recht befürchtet wird, die Bautätigkeit wegen nachlassender Investitionsneigungen reduziert, wird es noch länger dauern, bis sich der Markt entspannt. Ein enger Markt bleibt ein enger Markt, wenn das Angebot nicht größer wird. Deshalb sagt die SPD: Gerade jetzt dürfen Mieten nicht erhöht werden; denn das Problem der zu hohen Mieten ist jetzt nicht kleiner, sondern eher größer geworden.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Wir haben uns viele Gedanken gemacht, wie wir uns eine Mietenbegrenzung, die wir heute beantragen, vorstellen. Zunächst haben wir schon im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem SPD-Unterbezirk Frankfurt ein Gutachten in Auftrag gegeben, um zu prüfen, ob unser Ansinnen einer Mietenbegrenzung rechtlich überhaupt möglich ist. Herr Prof. Dr. Artz und sein Kollege Dr. Mayer haben uns das klar bestätigt.

(Beifall SPD)

Insofern steht fest: Am Recht wird eine Mietenbegrenzung auf Landesebene nicht scheitern. Es kommt auf den politischen Willen an. Meine Damen und Herren von Schwarz-Grün, genau das wollen wir heute von Ihnen wissen: Setzen Sie sich dafür ein, dass sich Menschen in Hessen, in Frankfurt, im Rhein-Main-Gebiet und in anderen teuren Lagen, wieder eine Wohnung leisten können, auch wenn sie keine Großverdiener sind. Sorgen Sie für Lehrer, Verkäufer, Pflegekräfte, für all die Menschen, die wir – auch Sie – jetzt für ihren Einsatz derart loben und auf den Balkonen beklatschen, dass sich diese auch weiterhin eine Wohnung in Hessen leisten können.

(Beifall SPD)

Einen harten Mietendeckel wie in Berlin, der Bestandsmieten senken will und in bestehende Mietverhältnisse eingreift, will die SPD-Fraktion in Hessen ausdrücklich nicht. Da ich schon jetzt weiß, wie die Diskussion hier laufen wird, wird wiederholt: kein Eingriff in Bestandsmieten. Ich wiederhole noch einmal: kein Eingriff in Bestandsmieten.

(Beifall SPD)

Lieber Jürgen Lenders, gut merken: Mieterhöhungen sind nach unserem Antrag im Bereich eines Inflationsausgleichs auch weiterhin möglich. Die SPD will Mieten nur dann begrenzen, wenn sie oberhalb von 80 % der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Damit sind faire Vermieter nicht betroffen; denn uns geht es ausschließlich darum, Auswüchse zu vermeiden – nur die Auswüchse.

Hierzu ein Beispiel, das durchaus häufig vorkommt: Der Vermieter in einem langfristigen Mietverhältnis, der die Miete oft über Jahre gar nicht erhöht hat, soll, wenn der Mieter auszieht, die Möglichkeit haben, die Miete in Richtung Marktmiete anzupassen. Nehmen wir eine ortsübliche Vergleichsmiete von 10 €, dann sind alle Mieten unter 8 € nicht von unserer Mietbegrenzung betroffen. Wer in diesem Beispiel über Jahre 6 € von seinem Mieter genommen hat, kann dann in einem neuen Mietverhältnis die Miete auf 8 € erhöhen. Auch die Modernisierungumlage in Höhe von 8 % der getätigten Investitionen bleibt in unserem Antrag unbenommen.

Ich möchte es noch einmal klar betonen: Die SPD verfolgt hier einen moderaten Ansatz, der Neubauminvestitionen und Investitionen in Modernisierungen nicht abtötet. Wir wollen Auswüchse verhindern, aber die fairen Vermieter nicht bestrafen; denn diese werden von der von uns geforderten Regelung nicht berührt. Nun liegt es an Ihnen: Zeigen Sie Ihren politischen Willen, dass gerade die Menschen, die zunehmend Schwierigkeiten haben, eine bezahlbare Wohnung in angespannten Gebieten zu finden und diese zu halten, eine Chance erhalten und keine Angst vor unangenehmen Mieterhöhungen haben müssen.

Viele aus dieser Zielgruppe sorgen gerade jetzt dafür, dass der Laden weiter läuft: Pflegekräfte und Verkäufer, Mitarbeiter der öffentlichen Daseinsfürsorge, von der Müllabfuhr bis zum Mitarbeiter in den Ämtern. Es gibt viele Menschen, die jetzt von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Bei all diesen Menschen wird für Mieten nach Corona eher noch weniger Geld zur Verfügung stehen. Deshalb stimmen Sie jetzt unserem Antrag zu, der nur die Auswüchse auf dem Wohnungsmarkt begrenzen will – nicht mehr und nicht weniger. Es wird länger dauern, bis wir unsere Wohnungsbestände wieder dem stark nachfragenden Markt angepasst haben. Deswegen brauchen wir jetzt definitiv mehr Schutz für Mieter. Das heißt vor allem: Wir brauchen einen Schutz vor zu hohen und vor steigenden Mieten, damit es sich jeder Mensch leisten kann, überall in Hessen zu wohnen, und niemand an den Rand gedrängt wird. Deshalb stimmen Sie unserem Antrag bitte zu.

(Anhaltender Beifall SPD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Barth. – Als Nächster hat Herr Abg. Schulz von der AfD-Fraktion das Wort.

Dimitri Schulz (AfD):

Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Genossen von der SPD, um ehrlich zu sein, weiß ich gar nicht, womit ich anfangen soll. Ihr Antrag stellt den verzweifelten Versuch dar, Opposition zu spielen, obwohl zwischen Sie und die Regierungsparteien eigentlich gar kein Blatt mehr passt – womit ich nicht behaupten möchte, dass Ihr Antrag angenommen würde. Man wird ihn sicherlich ablehnen, aber das liegt nur daran, dass auch

die Regierungsparteien denselben Anschein erwecken wollen, nämlich den, dass zwischen Ihnen und den restlichen etablierten Parteien noch Unterschiede bestünden.

(Beifall AfD – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir nennen das Demokratie!)

Was Sie hier aber treiben, ist eigentlich nur ein schlechter Witz. Die vermeintliche Opposition lobt in ihren Anträgen die Arbeit der Regierung und will noch einen obendrauf setzen, obwohl bereits ersichtlich ist, dass der bisherige Weg ein völliger Holzweg war. Das ist auch schon alles; mehr kommt von Ihnen nicht.

(Beifall AfD)

Ich wiederhole, was ich schon im September des letzten Jahres gesagt habe: Sie scheinen nicht zu lernen, weder aus den eigenen noch aus fremden Fehlern. Das lässt nur einen sehr unangenehmen Schluss zu. Da Sie der AfD aber wieder Verrohung und Populismus vorwerfen würden, wenn ich es ausspräche, sage ich es Ihnen lieber durch die Blume, nämlich mit Albert Einstein, dem die folgende Äußerung zugeschrieben wird:

Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun, aber ein anderes Ergebnis zu erwarten.

Da haben wir eine Bundesregierung, die wider besseres Wissen einen sogenannten umfassenden Mieterschutz einführt, und zwar klammheimlich versteckt in einem riesigen, 40-seitigen Gesetzespaket, bei dem der Bürger gar nicht durchblickt.

Mitglieder unserer Fraktion im Bundestag haben zuerst im Plenum auf die Schwächen dieses Vorhabens hingewiesen. Sie wurden nicht erhört. Das Gesetzespaket wurde an den Ausschuss überwiesen. Dann haben unsere Mitglieder im Rechtsausschuss des Bundestages noch einmal darauf hingewiesen. Sie wurden nicht erhört. Auf einmal merkte man, dass man Betrüger Tür und Tor geöffnet hatte.

(Beifall Gerhard Schenk (AfD))

An der Unsinnigkeit Ihres Antrags ändert auch die Tatsache nichts, dass Sie wieder mit Ihren EU-begeisterten, antipolnischen Kronjuristen ankommen, die wir schon aus früheren Anträgen kennen. Diese bestätigen nämlich nur, dass die Umsetzung Ihrer Forderung rechtskonform wäre. Selbst das will nichts besagen; denn vermutlich haben die beiden Herrn Professoren aus Bielefeld SPD-Parteibücher bei sich zu Hause liegen.

(Beifall Dr. Frank Grobe (AfD))

Ich gehe davon aus, dass Sie, wie Ihre dunkelroten Genossen, sogar Erschießungen der Reichen fordern könnten – Prof. Artz und Prof. Mayer würden auch das noch als rechtskonform bezeichnen.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Aber wie dem auch sei, über die Nützlichkeit, die wirtschaftliche Rentabilität und die Klugheit Ihrer Forderungen sagen diese Gutachten jedenfalls rein gar nichts aus. Das ist vermutlich auch der Grund dafür, dass Sie nicht etwa Wirtschaftswissenschaftler Gutachten erstellen lassen, obwohl es im vorliegenden Fall von größerem Nutzen gewesen wäre. Aber Gutachten von Wirtschaftswissenschaftlern wären nicht ganz so euphorisch ausgefallen.

(Beifall Dr. Frank Grobe (AfD) – Jan Schalauske (DIE LINKE): Das kommt auf die Wirtschaftswissenschaftler an!)

Von Ihrem Antrag geht der typische Mief des marxistischen Ausbeuterstils aus.

(Beifall Dr. Frank Grobe (AfD) – Zurufe: Ah! – Günter Rudolph (SPD): Schön wärs!)

Sie werfen uns gerne vor, dass wir Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufhetzen; dabei sind Sie es, die genau das tun.

(Beifall AfD – Wolfgang Decker (SPD): Darin sind Sie Meister!)

Sie hetzen Mieter gegen Vermieter auf und tun so, als sei jeder, der eine Wohnung zu vermieten hat, steinreich und deswegen beliebig auspressbar zugunsten der Arbeiter und Bauern, die nur noch in Ihrer Fantasie existieren.

(Zuruf Tobias Eckert (SPD))

Die Realität sieht ganz anders aus. Zwei Drittel der Vermieter in Deutschland sind private Kleinvermieter. Davon vermietet die überwiegende Mehrheit nur eine einzige Wohnung. Nicht Vermieter sind schuld an immer weiter steigenden Wohnkosten, sondern unsoziale Regierungen aus SPD, CDU und GRÜNEN.

(Beifall AfD)

Haus & Grund, der mit Abstand größte Vertreter der privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer in Deutschland, beklagt sich in einem kürzlich veröffentlichten Papier über „grassierenden Betrug infolge des neuen sogenannten Mieterschutzes“ und spricht von einer „drohenden Liquiditätskrise“.

(Zuruf Turgut Yüksel (SPD))

In Ihrem Antrag sucht man vergeblich nach einer Lösung für Menschen, die eine Wohnung vermieten und nun auf den laufenden Kosten oder auf dem aufgenommenen Kredit sitzen bleiben. Ein Mietausfall bringt diese Menschen in ernsthafte finanzielle Engpässe. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung werden sich diese Engpässe auf die Gesamtbevölkerung auswirken.

(Beifall AfD)

Es gibt viele Bürger, die sich vorbildlich um ihre Altersvorsorge gekümmert haben, Kredite aufgenommen und eine Wohnung erworben haben, um der von Ihnen durch jahrzehntelange völlig verfehlte Familienpolitik geschaffenen Altersarmut entfliehen zu können. Deshalb handelt es sich bei einem großen Teil der Privatvermieter um Rentner. Das sind diejenigen, die dem Staat nicht auf der Tasche sitzen. Dafür verdienen diese Menschen Respekt.

(Beifall AfD)

Wo findet sich in Ihrem Antrag ein Vorschlag dafür, wie man diesen Menschen im Falle von Mietausfällen helfen könnte? Warum fehlt in Ihrem Antrag die Forderung nach einer Koppelung des Mieterschutzes mit der Gewähr von Mietzahlungen notfalls durch den Staat? Warum fehlt in Ihrem Antrag die Forderung an die Kreditgeber, ihre Kreditrate zu stunden, wenn wir schon bei der Umwälzung von Verantwortlichkeiten angelangt sind?

(Beifall AfD)

Die von der Bundesregierung verschuldete finanzielle Schiefelage großer Bevölkerungsschichten wird durch Ihren Antrag nicht gelöst, sondern von einer Person auf die andere Person übertragen. Das ist asozial.

(Beifall AfD – Zuruf: Ach du liebe Zeit!)

Ihr Antrag ist nicht nur völlig einseitig, sondern auch perfide, weil er eigentlich eine Krisensituation zum Anlass nimmt, Ihre schon altbekannten Themen durchzuboxen. Sie versuchen einmal wieder, Ihre sozialistischen und marktfeindlichen Ideen von wegen „Mietpreisbremse“ und „atmender Mietendeckel“ zu propagieren. „Atmender Mietendeckel“ hört sich sehr schön an, sehr natürlich und organisch. Aber bei so viel Einsatz und Werbung von Ihrer Seite sollte man eher von einem künstlich beatmeten Mietendeckel sprechen. Es ist unschwer zu erkennen, dass Ihr Antrag das vorhandene Bürokratiemonster weiter aufblähen würde. Ein Blick auf die Berechnungen und Nebenbedingungen in Ihrem Antrag reicht dafür aus, dies zu erkennen.

(Beifall AfD)

Vielleicht gehören Sie nicht zu den Leuten, die sich groß darum scheren müssen. Aber darf ich Sie vielleicht daran erinnern, dass die Mietkosten oder Wohnungskosten nicht nur aus der Kaltmiete bestehen, sondern auch aus Nebenkosten und indirekten Nebenkosten, wie dem Rundfunkbeitrag und der EEG-Umlage in den Stromkosten? Würden Sie wenigstens die GEZ und die EEG-Umlage abschaffen, dann wäre schon so manchem geholfen – bei einer Abschaffung der GEZ nicht nur finanziell, sondern auch geistig.

(Beifall AfD)

Stattdessen erhöhen die SPD-Oberbürgermeister aber fleißig die Grundsteuer, um ihre Städte zu sanieren. Wir als AfD haben schon immer gesagt: Die Eigentumsquote ist in Deutschland viel zu niedrig. Wir brauchen mehr Leute in den wortwörtlich eigenen vier Wänden. – Deutschland belegt mit einer Wohneigentumsquote von etwa 45 % nur den vorletzten Platz in Europa. In Großbritannien und in den USA liegt die Quote bei bis zu 70 %. Experten halten mindestens 60 % für nötig, damit eine Wahlfreiheit bei den Staatsbürgern gewährleistet ist.

Danach müssten wir uns richten, dann hätten wir weniger Mieter und weniger Abhängigkeit der Bürger vom Staat und von Ihren vergifteten Geschenken wie dem vorliegenden Antrag. Deshalb werden wir natürlich gegen Ihren Antrag stimmen. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Schulz. – Herr Abg. Rudolph.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin! Der Abgeordnete der AfD hat etwas von „erschließen“ gesagt, was ein Gutachter im Zweifel auch bestätigen würde. – Ich möchte, dass niemand erschossen wird. Ich darf Sie deshalb bitten, sich einen Protokollauszug dieser unsäglichen Äußerungen anzuschauen und gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen,

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

weil wir nicht mehr bereit sind, die bewussten Provokationen der AfD hinzunehmen. Ich bitte das Präsidium generell darum, darauf zu achten. Man weiß mittlerweile, von wo aus bestimmte Gefahrenpotenziale drohen. „Erschießen“ geht gar nicht.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Danke für den Hinweis. Das werden wir machen. Wir fordern einen Protokollauszug an, dann werden wir im Ältestenrat noch einmal darüber reden.

Als Nächster hat Kollege Lenders von den Freien Demokraten das Wort.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie wichtig die eigenen vier Wände, die eigene Wohnung, in den letzten Wochen geworden sind, können wir alle sehr gut nachvollziehen. Es ist wichtig geworden, dass die eigenen vier Wände eine gewisse Qualität bieten, eine Aufenthaltsqualität da ist und man sich gerne dort aufhält. Das haben wir alle in den letzten Wochen lernen müssen. Die Corona-Krise hat uns sicherlich dazu gezwungen, unsere eigene Wohnung und unser eigenes Heim wieder deutlich mehr wertzuschätzen.

Meine Damen und Herren, davon einmal abgesehen, welche Bedeutung das Wohnen hat und in den letzten Wochen zunehmend hat, stellt sich auch immer die Frage: Ist das bezahlbar? Kann ich mir das mit meinem eigenen Einkommen auch leisten?

Dass es auch in dieser Zeit Mieter gibt, die finanziell in schwieriges Fahrwasser gekommen sind, wer wollte das bestreiten? Die wird es zweifelsohne geben. Warum die SPD allerdings den Gesetzentwurf des erweiterten Mieterschutzes, den die Bundesregierung im Rahmen der Corona-Krise verabschiedet hat, quasi mit dem Antrag zum Mietendeckel legitimiert, das verstehe ich nicht so ganz, Frau Kollegin Barth.

(Elke Barth (SPD): Das gilt nur für Corona!)

Wenn das doch so erfolgreich war, was die Bundesregierung beschlossen hat, müssten Sie doch nicht gleich noch den Antrag mit dem Mietendeckel hinterherschieben. Das habe ich noch nicht so ganz verstanden.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Elke Barth (SPD))

Vielleicht haben wir noch einmal die Gelegenheit, dass Sie mir das näherbringen. Der Kollege von der CDU, Herr Kasseckert, könnte sich jetzt bequem auf die Position zurückziehen und sagen: Den Antrag brauchen wir nicht, die Bundesregierung hat alles richtig gemacht.

(Elke Barth (SPD): Es geht nur um Corona!)

Dem würde ich nicht Folge leisten – nicht, dass Sie mich jetzt falsch verstehen. Aber ich könnte mir ungefähr so die Argumentation eines CDU-Vertreters vorstellen.

Meine Damen und Herren, das Problem, das dieser erweiterte Mieterschutz mit sich trägt, ist zum einen, dass er missbrauchsanfällig ist. Mieter könnten sagen: Die Gele-

genheit ist günstig. – Frau Barth, Sie können genauso wenig bestreiten, dass es das gibt und dass es damit zu einem Unfrieden zwischen Mietern und Vermietern, zu Rechtsstreitigkeiten im Zweifel, kommen wird. Die Mieter müssen nachweisen, dass sie Corona-bedingt die Miete nicht zahlen können und dass es keine Willkür ist. Sie tun das ab, aber genau das ist das Problem.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Wir wollen ein vernünftiges Verhältnis zwischen Mietern und Vermietern. Da sind wir, glaube ich, einer Meinung. Aber dass das Gesetz handwerkliche Fehler aufweist, das haben Sie spätestens dann merken müssen, als ein Unternehmen wie die Firma Adidas gesagt hat: So, jetzt zahlen wir unsere Miete nicht. – Spätestens an der Stelle hätten Sie sagen müssen: Dieses Gesetz ist mit der heißen Nadel gestrickt und handwerklich einfach schlecht gemacht.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Elke Barth (SPD))

Meine Damen und Herren, ich würde jetzt nicht so weit gehen, die Unternehmen wie Adidas und Co. – auch die Firma Deichmann war dabei –, die davon Gebrauch gemacht haben, als Betrüger zu bezeichnen. Das wäre falsch. Diese Unternehmen haben einfach nur das ausgenutzt, was der Gesetzgeber ihnen als Möglichkeit gegeben hat. Es hat auch eine Korrektur seitens der Unternehmen gegeben. Das ist auch gut. Seitens der Bundesregierung ist erklärt worden: Das war so nie gedacht. – Das stimmt. Deswegen ist es eindeutig, dass es sich um einen handwerklichen Fehler handelt, der dort passiert ist.

Ich bedauere auch, dass die Bundesregierung das in ein Gesetzespaket gepackt hat, das sehr umfangreich war, das viele Teile umfasst hat, von denen auch wir Freie Demokraten gesagt haben, dass das jetzt auf den Weg gebracht werden muss. Die Bundesregierung war nicht in der Lage und nicht willens und wollens, den Teil aus diesem Paket herauszulösen. Das hätte man durchaus machen können. Deswegen hat unsere Bundestagsfraktion diesem Gesetzespaket zugestimmt, wohl wissend, dass es erhebliche Probleme mit sich bringt.

(Beifall Freie Demokraten)

Jetzt noch einmal zu der Frage: Warum verbinden Sie das eigentlich mit dem Mietendeckel, wenn das doch so ein tolles Gesetz ist?

(Zuruf Elke Barth (SPD))

Es drängt sich leider ein wenig der Verdacht auf, dass Sie dieses Vehikel genommen haben, um das Thema Mietendeckel noch einmal ins Plenum zu bringen.

(Beifall Freie Demokraten)

Das ist legitim, aber diesen Eindruck habe ich gewonnen.

Wenn wir uns mit dem Mietendeckel befassen, dann, glaube ich, müssen wir auch noch einmal kurz auf den Punkt kommen, den Sie eben beschrieben haben und den ich erwähnt habe: dass die Wohnung, das das Eigentum, die eigenen vier Wände, einem sehr viel wert ist.

Ich gestehe Ihnen zu, dass Sie sagen, Sie wollten den Mietendeckel nicht so pauschal wie in Berlin; das glaube ich Ihnen gerne. Man müsste vertieft in die Diskussion über Ihre Ideen einsteigen.

Was aber bleibt, ist, dass Sie den Unternehmen, vor allem den großen Wohnungsbaugenossenschaften, die einen großen Anteil daran haben, günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, die Investitionskraft nehmen, eine Wohnung auch modern umzubauen. Gerade die Mieter, die nicht im Eigentum leben, brauchen auch eine Wohnung, die einen einigermaßen gescheiterten Standard hat. Ich will hoffen, dass wir das nicht noch einmal erleben, vier, fünf und sechs Wochen auf die Wohnung angewiesen zu sein. Ich will nicht hoffen, dass man so etwas in Deutschland noch einmal erleben muss.

Aber wenn, dann ist die Bedeutung, dass es eine qualitativ gute Wohnung ist, glaube ich, jedem klar. Dafür brauchen die Unternehmen die Investitionskraft, und deswegen führt Ihr Mietendeckel in die falsche Richtung.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, ich kenne übrigens keinen einzigen Fall, wo der erweiterte Mieterschutz seitens der Bundesregierung bei den Wohnungsbaugesellschaften hätte angewandt werden müssen. Dort haben überall Kulanzregelungen stattgefunden. Aber die Wohnungsbaugesellschaften sind diejenigen, die bei einer Mietpreiserhöhung die Speerspitze sind. So viel gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Der Großteil sind private Vermieter – das macht rund 80 % der Wohnungen aus –, und die privaten Vermieter sind diejenigen, die am allerwenigsten ihre Mieten erhöhen. Das sind nicht die schlimmsten, kapitalgetriebenen Investoren, die immer den letzten Cent herausdrücken müssen. Es sind vielmehr gerade diejenigen, die ein vernünftiges Verhältnis zwischen Mietern und Vermietern haben wollen. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Meine Damen und Herren, diese Wege haben bisher immer nur in die Irre und eher dazu geführt, dass private Vermieter verschreckt worden sind, weiterhin in diesem Bereich tätig zu sein und ihr Geld dort zu investieren.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, wenn wir das Wohnungsbauproblem, das vor Corona da war, das während Corona da ist und das auch noch lange da sein wird, irgendwie in den Griff bekommen wollen, dann müssen wir vor allem hier in Hessen dafür sorgen, dass die Unternehmen bauen können. Dafür müssen wir Bauland zur Verfügung stellen. Dafür müssen wir Bürokratie abbauen.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich hoffe, dass wir mit der Typisierung etwas dazu beitragen. Ob es am Ende der Gesetzentwurf der Landesregierung oder unserer ist, das ist mir wumpe. Es wird vielleicht einen kleinen Teil dazu beitragen, Bürokratie abzubauen.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Standards überprüfen. Wir müssen darüber nachdenken, ob die Standards, die wir auch bei Sozialwohnungen aufrufen, immer noch richtig sind oder ob wir hier nicht schneller und günstiger vorankommen können, um Wohnraum zur Verfügung stellen zu können.

(Zuruf DIE LINKE)

Wir müssen uns überlegen, wie die EnEV auf das wirkt, was am Ende als Miete gezahlt werden muss. Auch das sind Standards, die wir ernsthaft diskutieren müssen: ob die Ansprüche, die wir haben, bei denen 70 % der Kosten

verursacht werden, um die letzten 30 % an Energieeinsparung herauszuquetschen, noch im richtigen Verhältnis sind.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn die Corona-Krise es möglich macht, auch solche schwierigen Fragen wie die Standards zu diskutieren, dann wäre diese Debatte sicherlich etwas wert. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Das war fast eine Punktlandung. – Für die CDU darf ich Herrn Abg. Kasseckert ans Rednerpult bitten.

(Eine Parlamentsbotin desinfiziert das Rednerpult.)

– Es wird netterweise desinfiziert. Vielen Dank auch für Ihren Einsatz. Sie machen das professionell und gut. Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Kasseckert, Sie haben das Wort.

Heiko Kasseckert (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pandemie wird uns noch eine lange Zeit beschäftigen, und sie wird an keinem der Politikfelder vorübergehen. Aus der Pandemie werden wir in eine Phase der Rezession kommen. Auch das ist, glaube ich, völlig unbestritten. Sie wird uns in vielen verschiedenen Politikfeldern fordern. Wir können davon ausgehen, dass wir Wohlstandsverluste hinnehmen müssen, dass Themen wie Arbeitslosigkeit oder die Bezahlung von Mieten länger auf der Tagesordnung bleiben.

Deshalb müssen wir uns ernsthaft und intensiv mit diesen Fragen beschäftigen. Im Moment ist es vielleicht nicht die Zeit, das vertieft zu diskutieren, weil wir immer noch die Pandemie oder die Folgen der Pandemie einzufangen versuchen, damit umzugehen versuchen. Aber wir müssen über den Tellerrand hinausschauen.

Deshalb ist es schon gut, dass wir heute und morgen über das eine oder andere Thema reden, bei dem es gilt, in den nächsten Monaten eine Orientierung für die Menschen in unserem Land, in der Bundesrepublik, aber natürlich auch für die Gesellschaft und auch für Wirtschaft aufzeigen zu können.

Wenn wir heute über das Thema Mieterschutz reden, dann ist das nur ein kleiner Teil, der allerdings schon sehr früh mit der gesetzlichen Änderung der Bundesregierung im Zivil-, Insolvenz- und Strafrecht Einzug gehalten hat. Dabei wurden die Änderungen im Mietrecht, die schon angesprochen wurden, vorgenommen. Es ist in den ersten Tagen dieser Pandemie vielleicht etwas untergegangen. Aber diese Änderungen im Mietrecht hatten einen wesentlichen Unterschied zu den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Maßnahmen, die der Staat im Wesentlichen durch Liquiditätsbereitstellung, durch eine Vergemeinschaftung der Corona-Folgen dargestellt hat. In dem Punkt hat man erstmals eine etwas andere Strategie gefahren: Man hat die Vergemeinschaftung dieser Corona-Folgen auf die Vermieterseite umgelegt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das bleibt nicht ganz ohne Folgen. Ich sage das deshalb und blicke deshalb etwas auf den Beginn zurück – das war irgendwann im März –, weil das genauso wie der Antrag, den die SPD-Fraktion hier eingebracht hat, ein hohes Risiko in sich birgt, auch wenn es alte Ideen sind, die schon in guten Zeiten nicht funktioniert haben und deshalb vielleicht in Krisenzeiten nicht unbedingt besser werden. Ich persönlich glaube, dass die Folgen eher katastrophal wären. Aber darüber kann man diskutieren.

Aber wenn man zurückschaut auf die Zeit im März, als die Bundesregierung dieses Gesetz beschlossen hat,

(Zuruf SPD: Bundestag!)

dann wird sehr schnell deutlich, dass mit dem Gesetz etwas entstehen kann. Das haben die beiden großen Parteien, die Bundesregierung beschlossen, und deshalb stehen wir dazu. Dennoch muss man nicht alles unkritisch hinnehmen. Ich weiß nicht, wer es gerade angesprochen hat. Ich glaube, Herr Lenders sprach davon.

In dem Fall kann es dazu führen, dass wir eine Kettenreaktion auslösen, indem wir die Vermieterseite mit dem Problem der nicht gezahlten Mieten alleine lassen. Wir haben – auch die Zahl ist, glaube ich, schon genannt worden – etwa vier Millionen private Vermieter, die ihre Objekte häufig finanziert haben, die diese Objekte häufig für ihre Altersvorsorge nutzen, die zu einem großen Teil – oftmals Selbstständige, und 40 % sind im Rentenalter befindliche Personen – dies als Einkommen oder Einkommensersatz nutzen. Ihnen sind plötzlich durch die Gesetzgebung die Einnahmen in Form von Mieten weggefallen. Die Folge, die dann logischerweise eintritt, ist, dass auf absehbare Zeit nicht alle, aber viele ihre Darlehen nicht mehr tilgen können, dass sie keine Zinsen zahlen können.

Wenn man das weiterführt, dann wird einem sehr schnell klar, dass aus dieser Form der Unterbrechung des Wirtschaftskreislaufs eine Kettenreaktion in Richtung Finanzwirtschaft entsteht – neben den Folgen der Pandemie, die wir jetzt schon absehen können, die wir durch eine hohe Belastung im Gesundheitswesen, in der Pflege und bei anderen Dingen momentan abzuarbeiten versuchen.

Es gilt, das an dieser Stelle deutlich zu machen. Wir müssen auch die wirtschaftlichen Folgen – wir sprechen morgen früh noch einmal darüber – möglichst gering halten. Dazu müssen wir Maßnahmen, die gut gedacht sind, am Ende dahin überprüfen, ob der Schaden auf der langen Linie nicht größer ist als der kurzfristige Nutzen, den man damit verfolgt hat.

Das Papier der SPD-Fraktion haben wir schon oft diskutiert. Die Mietbegrenzung ist eine alte Idee. Es hat am Ende die Zielrichtung: Vermieter.

(Zuruf Elke Barth (SPD))

Im ersten Absatz steht der Satz, dass wir in der Vergangenheit – das wird in Zukunft nicht anders sein – bei der Situation auf dem Mietwohnungsmarkt und dem knappen Angebot kaum größere Veränderungen feststellen konnten.

Was aber gänzlich falsch wäre in dieser Zeit, sowohl in guten Zeiten wie in schlechten Zeiten, ist, wenn der Staat eine weiterhin verschärfende Regulierung als Antwort gibt. Weitere Vorgaben, weitere Regulierungen, weitere Einschränkungen des Eigentums werden nicht dazu führen, dass wir auf der einen Seite mehr Investitionen in den

Wohnungsbau sehen; und die brauchen wir dringend. Wir brauchen den Bau neuer Wohnungen. Sie werden auf der anderen Seite auch nicht dazu führen, dass wir Modernisierung bekommen. Das ist das Thema, über das wir uns lange vor der Pandemie oft und intensiv unterhalten haben, dass wir in Nachhaltigkeit und ökologische Konzepte investieren wollen, dass wir energetische Sanierungen vornehmen wollen.

Aber das muss irgendwoher erwirtschaftet werden. Wenn wir den Vermietern – ob es die privaten oder die institutionellen Vermieter sind – nicht die Möglichkeit geben, an dieser Stelle weiterhin Einnahmen und Einnahmesteigerungen zu erzielen, dann muss uns klar sein: Dann kappen wir nicht nur die Investitionsbereitschaft in den Neubau von Wohnungen, sondern dann kappen wir auch jegliche Erneuerung und Sanierung von Wohnungen, die wir dringend brauchen, nicht nur für die Situation der Miete, sondern auch für unsere Nachhaltigkeitsziele, die wir hoffentlich nicht gänzlich aus den Augen verlieren.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb will ich an der Stelle, ohne es allzu hart zu kritisieren, Frau Barth, deutlich machen, dass wir mit der Mietpreisbremse, dem Kündigungsschutz, dem Umwandlungsvorbehalt und auch der Kappungsgrenzenverordnung in den Bereichen, in denen der Wohnungsmarkt angespannt ist – das wird regelmäßig untersucht, das wird sich möglicherweise verändern –, ausreichend am Markt unterwegs sind und dass wir alles, was wir in den nächsten Wochen und Monaten hier diskutieren, künftig unter dem Gesichtspunkt betrachten müssen: Was nützt es einer Entwicklung, was nützt es einer Investitionstätigkeit? Wir wollen nicht Vermieterexistenzen gefährden, sondern wir wollen Investitionsbereitschaft erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb wird das Gebot der Stunde heute und auch in den nächsten Monaten mehr denn je sein, dass es um Deregulierung geht und nicht um weitere Einschränkungen oder zusätzliche Regularien, die das Leben der Investoren oder auch der Vermieter erschweren. In diesem Zusammenhang werden wir den Antrag der SPD ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Förster-Heldmann zu Wort gemeldet.

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben vielleicht beobachtet: Ich bin mit zwei Reden ans Pult gekommen. Die eine Rede ist die von 2019, ziemlich genau vor einem Jahr. Da ging es um den Antrag „Mietendeckel einführen – Mieterinnen und Mieter wirksam ... schützen“ von den LINKEN. Das ist ganz interessant, die Rede hätte ich heute noch einmal halten können.

Frau Barth, ich habe mich jetzt aber ein bisschen auf den Mietendeckel konzentriert und geschaut, welche Auswirkungen er hat, welche Bedeutung der Mietendeckel hat.

Wenn ich mir das betrachte, wundere ich mich darüber, warum dieser Antrag gerade in Zeiten gekommen ist, in denen wir uns damit beschäftigen müssen: Wie gehen Vermieter mit ihren Mietern um, die wenig Miete bezahlen müssen, die einfache Wohnungen haben, die möglicherweise ihre Jobs verlieren, die in diesem Corona-Umfeld extreme Schwierigkeiten haben? Wie wirkt ein Mietendeckel bei denen? – Hier kann ich nur sagen: Das erscheint mir nicht logisch.

Aber wir wollen vielleicht noch einmal darüber reden, wie es in Berlin passiert ist. Ich möchte da aber auch sagen: Berlin ist ein wunderbares Beispiel, weil es dort permanent ein virulentes Mietengespräch gibt. Deswegen ist es immer gut, sich anzuschauen, was sie gemacht haben.

Sie haben sich, genauso wie alle anderen in der Bundesrepublik Deutschland, mit ihrer demografischen Prognose total vertan. Das war das Erste. Dann hatten sie kein Geld und haben 20.000 Wohnungen verkauft – blöd. Hinterher haben sie gemerkt: Oh, das war Mist, das war jetzt ein Fehler. – Dann kommt als Nächstes die Enteignungsdebatte. Natürlich haben sie total vergessen, dass man, wenn man enteignet, es trotzdem irgendwie bezahlen muss.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Das finden einige GRÜNE doch auch gut!)

Nach der Enteignungsdebatte kommt der Mietendeckel.

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Auch blöd!)

Was ist zu diesem Zeitpunkt passiert? Eigentlich hatte keiner mehr Lust, in Berlin zu investieren. Genau das war die Rede meiner geehrten und geschätzten Kolleginnen und Kollegen vor mir, natürlich in weitaus formvollenderen Worten als meinen.

Wenn man jetzt den Mietendeckel in Berlin betrachtet, sollte man schon genau hinschauen. Auch wenn Sie eine gemäßigte Form dessen wollen – das habe ich sehr wohl gelesen – –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Diese radikalen GRÜNEN in Berlin! – Gegenruf Minister Tarek Al-Wazir: Die haben nicht immer recht!)

– Genau. Ich bin Parteivorsitzende in Darmstadt, das reicht mir vollkommen aus.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten – Torsten Warnecke (SPD): Wie gut, dass die GRÜNEN auch von der Regierungsbank kommentiert werden!)

Wir wollen einfach einmal schauen, was dort passiert. In der Folge dieses Mietendeckels in Berlin haben wir dreimal so viele Eigentumsverkäufe in dieser Stadt. Also gerade die Wohnungen, die Sie schützen wollen, gehen vermehrt in den Eigentumsmarkt hinein, weil es offensichtlich kein Interesse mehr daran gibt, sie in die Vermietung zu geben. Damit erreichen Sie doch genau das, worüber wir ein Jahr lang gestritten haben und was wir alle gemeinsam vermeiden wollen. Es ist unser gemeinsames Ziel, das zu vermeiden. Jetzt erreichen Sie mit diesem Mietendeckel – zumindest nach dem, was man in Berlin sehen kann – genau das Gegenteil.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Das geht so weit, dass die Immobilienanbieter zwei Preise anbieten: einmal den Preis des Mietendeckels und dann einen sogenannten Marktpreis. Jetzt ist es aber folgendermaßen: Die rechtliche Absicherung des Mietendeckels ist noch vollkommen offen; da gibt es unterschiedliche Auffassungen. Dazu wird vermutlich auch der Minister noch etwas sagen. Ich will aber gar nicht darüber reden, sondern nur sagen: Es gibt eine große Unsicherheit darüber, ob der Mietendeckel rechtlich zu halten ist.

Was macht der Verbraucherschutz, die Verbraucherberatung? Die sagen: Diejenigen, die in den Genuss des Mietendeckels kommen, sollen sich bitte diese Differenz aufheben; denn es könnte sein, wenn der Mietendeckel platzt, weil er rechtlich nicht anwendbar ist, dass das Geld zurückgezahlt werden muss. – Wenn Sie jetzt ganz cleverer Vermieter wären – was Sie nicht sind, ich auch nicht, nur rein theoretisch –, würden Sie sagen: Okay, dann mache ich Folgendes: Ich drehe den Mietpreis noch einmal in die Höhe, dann wird das Delta größer, dann habe ich eine größere Rückzahlung und habe noch einen kleinen Gewinn gemacht. – Was ist die Folge davon? Die Mietpreise steigen, sie sinken nicht.

Wenn man sich das alles betrachtet und viele andere Dinge mehr, dann könnte ich noch darüber reden, was wir in Hessen gemacht haben. Aber das habe ich schon so oft gesagt.

Ich will noch eines sagen. Die Frage, die wir uns permanent stellen, ist auch wirklich wichtig: Wie viel Regulierung trägt der Markt, und wie viel Regulierung braucht der Markt? Genau in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns in Hessen. Was wir hier machen – das haben andere schon vor mir gesagt –, das ist gut so.

Herr Lenders will ich noch eines sagen. Herr Lenders, wenn Sie jetzt der SPD vorwerfen, sie habe keinen guten Gesetzentwurf gemacht: Gut, das habe ich vielleicht falsch verstanden. Aber es ist ein Antrag, und der ist legitim. Ich finde ihn nicht richtig, ich werde ihm auch nicht zustimmen. Ich habe eben genauestens erklärt, warum ich ihm nicht zustimmen werde: weil ich denke, dass die Conclusio daraus genau das Gegenteil von dem bewirkt, was er bewirken soll. Aber, mein Gott, Ihre Anträge sind auch nicht immer so weltbewegend. Das wollte ich schon noch sagen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Wenn das Rednerpult desinfiziert ist – vielen Dank –, darf ich Herrn Schalauske von der LINKEN nach vorne bitten.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich mich jetzt etwas konkreter mit dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD beschäftigen will, glaube ich, ist es notwendig, noch einmal etwas zur aktuellen Situation zu sagen.

„Zu Hause bleiben“ und „Abstand halten“, das waren die Losungen der letzten Wochen – und sie werden es wohl, trotz mancher Lockerungen, die wir auch heute diskutiert haben, noch eine Weile bleiben. Diese sinnvollen Aufforderungen zum Gesundheitsschutz haben freilich eine sehr wichtige Voraussetzung – eine Voraussetzung, die eigent-

lich selbstverständlich sein sollte, es in unserer Gesellschaft aber leider nicht für jeden ist: „Zu Hause bleiben“ und „Abstand halten“ kann nur, wer auch tatsächlich ein Zuhause hat, wer es sich in diesen Zeiten leisten kann und für wen es in diesen Zeiten sicher ist.

Deswegen halten wir zuallererst fest: Schutz vor Corona braucht ein Zuhause. Machen wir uns bewusst und erinnern uns auch daran, wenn die Krise überwunden sein wird: Wohnen ist ein Menschenrecht, und der Zugang zu einer Wohnung muss für alle gelten, unabhängig von Herkunft oder Einkommen.

(Beifall DIE LINKE)

Leider ist es in unserer Gesellschaft aber keineswegs selbstverständlich, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu Wohnraum haben. Vielmehr hat es in den letzten Jahren seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. in Deutschland eine beispiellose Flucht des großen Geldes in vermeintlich sicheres sogenanntes Betongold gegeben, mit der Folge – darauf hat Frau Kollegin Barth hingewiesen –, dass in Hessen, vor allem in der Rhein-Main-Region und in den Hochschulstädten, Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen kaum mehr in der Lage sind, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Die Lage am Wohnungsmarkt war schon vor der Corona-Krise für breite Teile der Bevölkerung eine einzige Katastrophe, und sie bleibt es in der Corona-Krise. Das dürfen wir nicht vergessen.

Die aktuelle Situation führt uns besonders drastisch vor Augen, was die Realität von Mietenwahnsinn und Verdrängung, was die soziale Ungleichheit in der Wohnraumversorgung für den Alltag der Menschen bedeuten: Während die einen die Phase von Kontaktsperre, Homeoffice und geschlossenen Spielplätze in großen Wohnungen oder in Eigenheimen mit Gärten verbringen können, müssen andere in beengten Verhältnissen zurechtkommen, in zu kleinen Wohnungen im städtischen Raum, oder haben – wie Obdachlose oder Geflüchtete in Sammelunterkünften – mangels eigenem Wohnraum fast gar keine Möglichkeit, sich vor Corona zu schützen.

Gleichzeitig gibt es in unserem Land weiterhin Leerstand, es gibt ungenutzte Hotels und leer stehende Appartements. Wir finden, das ist sozial ungerecht und eines reichen Landes wie Deutschland nicht würdig.

(Beifall DIE LINKE)

Diese Situation entsteht aber nicht zufällig. Die ungleichen Voraussetzungen zur Bewältigung der Krise sind logische Folge eines kapitalistischen Wohnungsmarktes, der in erster Linie diejenigen mit ausreichendem Wohnraum versorgt, die viel Geld haben. Und sie sind die Folge einer neoliberalen Wohnungspolitik, die viel zu lange der Überzeugung angehangen hat, dass es gerade der Wohnungsmarkt ist, der die Wohnraumversorgung richten wird. Aber gerade die Corona-Krise zeigt einmal mehr: Der Markt richtet es nicht, weder im Gesundheitswesen noch bei der Versorgung mit Wohnraum oder in einem anderen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb gilt jetzt, in der Corona-Krise, umso mehr, was wir schon immer sagen: Wohnraum darf keine Ware sein. – Ein Umstand, den wir vielleicht gerade heute, am 202. Geburtstag von Karl Marx, noch einmal in Erinnerung rufen sollten.

(Beifall DIE LINKE – Zurufe AfD und Freie Demokraten: Oh!)

Die Einsicht ist wichtig, weil die eigentliche Krise für die Mieterinnen und Mieter erst noch bevorsteht. Deswegen kommt es darauf an, dass die Politik reagiert.

Laut einer aktuellen Umfrage kann bereits jetzt die große Zahl von 1,6 Millionen Haushalten – das sind sogar noch viel mehr Menschen – ihre Miete nicht mehr bezahlen. Im Übrigen: Gerade jetzt wird in Frankfurt der Mietspiegel weiter fortgeschrieben, und er sieht mögliche Mieterhöhungen von 3,5 % vor. Das ist doch katastrophal für die Mieterinnen und Mieter in einer Situation wie der jetzigen.

In derselben Umfrage, die ich eben erwähnt habe, hat jeder fünfte Mieterhaushalt angegeben, demnächst in Zahlungsschwierigkeiten zu geraten. Expertinnen und Experten rechnen damit, dass die reale Zahl der Mietausfälle ab Ende des Monats steil nach oben geht, wenn Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit voll durchschlagen und die Ersparnisse aufgebraucht sind. Hier droht eine mietenpolitische Zeitbombe.

Deswegen ist jetzt eine rasche und entschlossene Wohnungspolitik im Interesse der Mieterinnen und Mieter notwendiger denn je. Und ja, wir haben durchaus wahrgenommen, erste Schritte wurden unternommen. Viele Wohnungsunternehmen verzichten aktuell auf Mieterhöhungen, auch auf Kündigungen, darunter – wie von uns auch gefordert – die Nassauische Heimstätte und sogar die GWH, bei der es doch ansonsten immer heißt, sie müsse sich unternehmerisch ausrichten, und deswegen ließe sich eine Bewirtschaftung nach sozialen Kriterien gar nicht darstellen.

Aber hier zeigt sich, dass es gerade die öffentlichen Wohnungsunternehmen sind, die in der Krise keineswegs zwingend profitorientiert agieren müssen. Ich finde, das sollten wir uns gut merken, auch in der Zeit nach Corona.

(Beifall DIE LINKE)

In diesem Sinne können wir uns der Überschrift des vorliegenden Antrags nur anschließen: „auf den politischen Willen kommt es an“. Und tatsächlich zeugt es auch von gutem Willen, dass die Bundesregierung bereits einige Maßnahmen beschlossen hat, um Mieterinnen und Mieter in der Krise zu schützen, darunter das bereits erwähnte dreimonatige Kündigungsverbot im Fall von Corona-bedingten Mietschulden. Allerdings zeigt diese Maßnahme eben auch, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, dass guter Wille allein nicht reichen wird: Wie sollen denn die Mieterinnen und Mieter, die bereits jetzt ihre Miete nicht mehr zahlen können, ihre Schulden in den nächsten zwei Jahren vollständig zurückzahlen können – zuzüglich 4 % Zinsen? Das kann und wird nicht funktionieren, das wissen Sie so gut wie ich. Deswegen muss nachgebessert werden.

(Vereinzelter Beifall DIE LINKE)

Herr Kasseckert, diese Regelungen sind doch der Beleg dafür, dass wir eben keine Umverteilung der Krisenkosten auf die Vermieter erleben, sondern eine Umverteilung auf die Mieterinnen und Mieter – und das müssen wir ändern.

(Beifall DIE LINKE)

Die Immobilienwirtschaft weiß doch, wie sie ihre Interessen durchsetzt. Sie ist jetzt mit der Idee eines „Sicher-Wohnen-Fonds“ vorgeprescht, aus dem die Mieten mithilfe staatlicher Kredite in voller Höhe weiterbezahlt werden sollen. Das ist doch nichts anderes als ein durchschaubarer Versuch, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu vergesellschaften. Das weisen wir entschieden zurück.

Jetzt weiß ich, dass Sie hier sehr oft nicht über die großen Wohnungskonzerne sprechen wollen, sondern immer über die kleineren Vermieter. Aber reden wir doch einmal über die großen Wohnungskonzerne und über zahlungskräftige Vermieter, insbesondere große, börsennotierte Wohnungsunternehmen und profitorientierte Gesellschaften. Wir wollen, dass die an den Kosten von Mietausfällen beteiligt werden. Dazu wäre eine Regelung denkbar, nach der Mieterinnen und Mieter, die von Corona-bedingten Einnahmeausfällen betroffen sind, ihre Miete halbieren dürfen – während gleichzeitig ein Unterstützungsfonds für jene Vermieter einspringt, die tatsächlich in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind.

In einer solchen Situation finde ich es unsäglich, dass Wohnungskonzerne wie etwa Vonovia auch noch angekündigt haben, Dividende an ihre Aktionäre auszuschütten. So arm dran können diese Konzerne nicht sein, wenn sie auch noch Dividenden ausschütten. Das ist einfach unverschämte, und das sollte verhindert werden.

(Beifall DIE LINKE)

Die Idee der „Krisenmiete“ wird im Moment in Berlin diskutiert. Die Diskussion können wir an anderer Stelle fortführen. Aber jenseits von solchen Akutmaßnahmen brauchen wir mehr denn je einen längerfristig wirksamen Schutz für die Mieterinnen und Mieter.

Herr Kollege Lenders, Sie haben recht: Wir brauchen diesen Schutz, eben weil die Maßnahmen der Bundesregierung nicht ausreichen. – Deswegen brauchen wir auch einen hessischen Mietendeckel, den wir als LINKE schon seit über einem Jahr fordern. Da begrüßen wir es ausdrücklich, dass die SPD ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben hat und das erneut eindeutig bestätigt, was auch wir schon lange sagen: Ein hessischer Mietendeckel ist nicht nur notwendig, er ist rechtlich möglich. Das Land hat die Gesetzgebungskompetenz, es muss sie nur nutzen. CDU und GRÜNE hätten die Möglichkeit, mit einem solchen Instrument die Mieter wirksam zu schützen.

(Beifall DIE LINKE)

Wie man diese Kompetenz nutzen könnte und wie ein hessischer Mietendeckel im Detail ausgestaltet werden müsste, damit er wirksam schützt und trotzdem rechtssicher ist, darüber lässt sich streiten. Das müssen wir im Ausschuss und an anderen Stellen weiter diskutieren und dabei auch einige Argumente, die die Kollegin Förster-Heldmann hier genannt hat, entkräften. Warum nämlich der Mietendeckel tatsächlich dafür sorgt, dass die Mieten sinken, dafür gibt es viele Belege auch in Berlin.

Von daher möchte ich an dieser Stelle nur so viel dazu sagen: Ein bisschen mehr politischer Wille würde auch dem Mietendeckel der SPD-Fraktion guttun. Denn es wurde hier deutlich, dass mit dem Antrag ein moderater Ansatz verfolgt wird. Er lässt unserer Ansicht nach außer Acht, dass der Mietenwahnsinn, die Verdrängung und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in den letzten Jahren keineswegs moderat waren.

Deshalb, so ist jedenfalls unsere Überzeugung, wird es nicht ausreichen, wenn der Mietendeckel nicht auf Eingriffe in laufende Mietverhältnisse und auf Mietsenkung bei Bestandswohnungen angewendet werden kann. Wir brauchen nämlich solche Maßnahmen. Wir brauchen ein Höchstmietensystem mit der Möglichkeit zur Mietsenkung, wie es Berlin gemacht wird. Das ist in einem Flä-

chenland sicherlich schwieriger umzusetzen. Aber unmöglich ist es sicherlich nicht.

Unsere Haltung ist dabei klar: Wir wollen mehr als einen Mietestopp light. Das ist zu wenig. Notwendig ist ein Mietendeckel, der den Namen auch verdient. Es ist gut, dass wir die Debatte jetzt einen weiteren Schritt voranbringen.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Tarek Al-Wazir das Wort.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gebe zu, dass ich mich gestern über den Setzpunkt der SPD-Fraktion etwas gewundert habe. Das ist zwar ein sehr wichtiges Thema. Aber ich habe befürchtet, dass die Debatte, die wir schon sehr oft geführt haben, nicht wirklich zu neuen Erkenntnissen führen würde.

Ich bin aber ein grundoptimistischer Mensch. Deswegen sehe ich das eher als etwas Positives an. Es ist so ein bisschen wie früher. Die SPD-Fraktion ist für die Einführung eines Mietendeckels. Die FDP-Fraktion sagt: herunter mit den Energiestandards. Die Fraktion DIE LINKE sagt: Vergesellschaftung. – Man könnte meinen, es sei alles so wie immer.

(Zuruf SPD: Was sagt denn die Regierung?)

Eines will ich in großer Ernsthaftigkeit sagen. Dass von der AfD kein wirklicher Beitrag zur Sache kommen würde, war mir vorher klar. Aber das, was wir da gehört haben, ist irgendwie untergegangen.

Herr Schulz, man muss die Meinung der Prof. Artz und Mayer nicht teilen. Wahrscheinlich ist das, was Sie von diesem Pult aus erzählt haben, auch nicht justiziabel. Das Stichwort dazu lautet Indemnität. Sie haben hier ernsthaft gesagt, die Professoren würden im Zweifel auch ein Rechtsgutachten erstellen, das besagt, dass die Erschießung von Reichen rechtskonform sei. – Das geht überhaupt nicht.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jan Schalauske (DIE LINKE))

Wir befinden uns hier im politischen Meinungsstreit. Juraprofessoren vertreten einmal diese und einmal jene Position. Am Ende entscheiden das der Gesetzgeber und unabhängige Gerichte. Sie müssen wirklich einmal darüber nachdenken, ob das, was Sie hier immer machen, in Wahrheit nicht eine Schande für Deutschland ist.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Heinz Lotz (SPD))

Ich komme zum Stichwort Corona-Krise. Ja, es ist richtig, dass die Corona-Krise sehr viel, aber nicht alles ändert. Gleichzeitig müssen wir ehrlicherweise sagen: Welche Auswirkungen sie in den nächsten Monaten auf den Miet- und Immobilienmarkt haben wird, wissen wir nicht.

Wenn ich mit denjenigen rede, die im Verkauf von Eigentumswohnungen und Ähnlichem unterwegs sind, stelle ich

fest, dass die eher sagen: Der Markt ist momentan eingefroren. – Es gibt eine gewisse Unsicherheit, was kommen wird. Gleichzeitig wird es zu keiner Steigerung bei den Zinsen kommen. Vielleicht wird es teilweise noch eine weitere Senkung geben. Man weiß nicht genau, was noch kommen wird.

Zweitens haben wir die Situation, dass das vielleicht dazu führen wird – darauf hoffe ich sogar ein bisschen –, dass manche Übertreibungen im Ballungsraum, was die Kosten der Eigentumswohnungen angeht, beendet werden. Das wäre zu wünschen. Das könnte wiederum eine positive Wirkung auf die Miethöhen haben.

Ehrlicherweise muss man aber sagen: Wir wissen es nicht. – Herr Felstehausen, Sie wissen es auch nicht. Deswegen ist es immer gut, einmal zu hören, wie unterschiedliche Leute die Situation einschätzen.

Ich habe in den letzten Tagen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einen sehr spannenden Beitrag über Wiesbaden gelesen. Da wurden sowohl Herr Woidich von Haus & Grund Wiesbaden als auch Frau Winkelmann vom Mieterbund Wiesbaden zitiert. Das war sehr spannend. Denn beide waren sehr nah beieinander.

Der eine hat gesagt: Bisher haben wir keine großen Mietausfälle. Es haben erst sehr wenige Mieterinnen und Mieter die neuen Möglichkeiten des Bundesrechts in Anspruch genommen. – Das Stichwort lautet Stundung. Das gilt für die Privaten. Beim Gewerbe sieht das ein bisschen anders aus.

Der Vertreter von Haus & Grund hat im Prinzip gesagt: Die Befürchtungen waren groß, aber bisher ist eigentlich gar nicht so viel passiert. – Das fand ich spannend.

Spannend fand ich auch, dass Frau Winkelmann die Kulanz der Privatvermieter gelobt hat. Das macht sie auch nicht jeden Tag.

Insofern wäre es vielleicht einmal angebracht, in größtmöglicher Ruhe anzuschauen, was da passiert. Dann muss man schauen, wo man im Zweifel noch nachsteuern muss.

Die veränderten Möglichkeiten, was die Mieten angeht, wurden schon genannt. Das Stichwort lautet Stundungsmöglichkeiten, mit allem, was dazugehört.

Ich will noch zwei Sachen erwähnen, bei denen das Recht in den letzten zwei Monaten geändert wurde.

Erstens gab es zum 1. Januar 2020 nicht nur eine Wohngelderhöhung. Vielmehr muss für die Berechnung des Wohngeldanspruchs nicht mehr das Durchschnittseinkommen bestimmter Monate genommen werden. Wenn jetzt jemand beispielsweise in Kurzarbeit ist, genügt die Einkommenshöhe des letzten Monats, um einen Wohngeldanspruch zu haben.

Damit beschäftigen sich übrigens gerade die Wohngeldstellen vor Ort. Sie haben sehr viel zu tun. Erstens gibt es die Wohngelderhöhung zum 1. Januar 2020. Es gibt viele neue Anträge. Dann kommt auch noch dieses hinzu. Das machen sie übrigens sehr gut. Dafür will ich mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bedanken.

Zweitens geht es um etwas, was ebenfalls kaum wahrgenommen wurde. Bei Neuanträgen für die Grundsicherung wurde die Angemessenheitsprüfung der Wohnkosten für sechs Monate ausgesetzt. Auch das wird sicherlich erst einmal für eine gewisse Stabilisierung sorgen. Je nachdem,

wie lange die Krise noch dauern wird, werden wir sehen, was das für langfristige Auswirkungen haben wird.

Trotzdem sage ich ausdrücklich: Es ist natürlich richtig, dass man sich in einer solchen Krise und auch nach einer solchen Krise mit dem Thema Mieterschutz beschäftigt. Deswegen ist es klar, dass es erstens völlig richtig ist, dass es um rechtliche Regelungen geht. Das Zweite ist auch richtig: Langfristig hilft natürlich nur ein größeres Angebot. – Das sind zwar eigentlich Binsenweisheiten. Sie müssen aber an dieser Stelle durchaus genannt werden.

Was macht die Landesregierung? Die ganzen rechtlichen Veränderungen haben wir begleitet. Wir sind auch in Kontakt mit den Wohngeldstellen und den Jobcentern, um zu sehen, wo man unterstützen kann. Wir stellen für den geförderten Wohnraum 2,2 Milliarden € bereit. Ich sage ausdrücklich, dass wir daran festhalten wollen, diese Summe bereitzustellen. Denn wir glauben, dass am Ende zur langfristigen Stabilisierung geförderter Wohnraum benötigt werden wird.

Ich freue mich, dass uns der Bund gestern zugesagt hat, dass die 1 Milliarde €, die für dieses Jahr vorgesehen sind, jetzt fließen können. Da musste erst von allen Ländern die Verteilung unterschrieben werden. Das letzte Land hat das wohl vor einer Woche getan. Dementsprechend hilft jetzt der Bund. Aber der größte Teil, den wir bereitstellen, sind eigene Mittel bzw. Mittel aus dem Wohnungsbauvermögen bei der Helaba.

Wir haben die Gemeinden durch die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe unterstützt. Das hilft den Gemeinden, ihren Anteil zu tragen, soweit er noch getragen werden muss. Im Großen Frankfurter Bogen haben wir den kommunalen Anteil wegfallen lassen. Das Land übernimmt ihn.

Die Nassauische Heimstätte wurde angesprochen. Perspektivisch wird sie ihre Wohnungen im eigenen Bestand von 60.000 auf 75.000 erhöhen. Dabei geht es sowohl – ich sage das in Anführungszeichen – um frei finanzierten als auch um geförderten Wohnraum. Alle diese Wohnungen – auch die frei finanzierten – werden unter Marktmiete vermietet, selbst wenn es Neubauwohnungen sind. Dementsprechend werden sie dazu beitragen, dass das allgemeine Mietniveau gedämpft werden wird. Damit wird am Ende bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen.

Wir haben die Bauland-Offensive Hessen gegründet. Wir arbeiten auch weiterhin während dieser ganzen Krise sowohl mit den Gemeinden im Großen Frankfurter Bogen als auch mit denen, die bei der Bauland-Offensive mitmachen, zusammen, um am Ende mehr Bauland zu mobilisieren. Denn das wird am Ende einer der Schlüssel dafür sein, wie man das Angebot erhöht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was passiert in Zukunft? – Wir wissen es nicht. Aber ich habe eine Hoffnung. Das Stichwort dazu lautet Spekulation. Natürlich ist Bauland ein Spekulationsobjekt. Das gilt gerade für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Ich setze ein bisschen darauf, dass das Schlechte in bestimmter Hinsicht auch etwas Gutes haben kann, nämlich dass die Hoffnung, dass die Preise immer weiter steigen und man nur warten muss, dass man also quasi durch Nichtstun ein Einkommen ohne Leistung hat, an bestimmten Stellen vielleicht enden wird. Dann könnten bestimmte Flächen mobi-

lisiert werden, bei denen das in den letzten Jahren schwierig war.

Ich sage ausdrücklich: Ja, wir arbeiten daran. Wir arbeiten auch an der Veränderung der Richtlinie, um sie attraktiver zu machen.

Wir haben die Mietpreisbremse gemacht. Das wissen Sie. Wir haben sie auf 31 Städte und Gemeinden ausgeweitet. Wir haben die Kappungsgrenze abgesenkt. Wir haben die Kündigungssperrfrist verlängert. Wir haben das zusammengeführt. Wir haben die Geltungsdauer verlängert. Wir haben das auf die 31 Gemeinden ausgeweitet, in denen die Mietpreisbremse gilt.

Wir werden in Kürze die Umwandlungsgenehmigungsverordnung erlassen. Sie wissen das. Das Stichwort dazu lautet Milieuschutz. Das betrifft bestimmte Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt. Sie können durch Genehmigungsvorbehalt eine Umwandlung der Miet- in Eigentumswohnungen und damit eine städtebaulich unerwünschte Veränderung der Struktur der Wohnbevölkerung verhindern. Das wird das Handeln in bestimmten Brennpunkten durchaus erleichtern.

Eines will ich ausdrücklich sagen: Frau Kollegin Barth, ich habe großen Zweifel daran, ob ein allgemeiner Mietendeckel dazugehört wird. Frau Kollegin Förster-Heldmann hat das auch schon gesagt. Sie wissen das. Es ist hoch umstritten, ob die Länder da Regelungskompetenz haben. Das Stichwort dazu lautet Mietrecht. Ich habe schon die Mietpreisbremse, die Kappungsgrenze usw. genannt. Das wird alles durch Bundesrecht geregelt. Ob die Länder dann noch eigene Regelungskompetenzen haben, ist zumindest hoch strittig.

Sie haben zwei Gutachter genannt, die diese Möglichkeit sehen. Auf die stützt sich auch das Land Berlin. Ich weiß, dass der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages das ganz anders sieht. Herr Papier, der ehemalige Bundesverfassungsrichter, sieht das auch völlig anders. Wir werden wahrscheinlich in nicht allzu ferner Zukunft dazu eine höchstrichterliche Entscheidung sehen.

Ich glaube, dass es durchaus geeigneter ist, an den vielen kleinen Schrauben zu arbeiten. Das wird, das ist ganz sicher, ein reales Ergebnis haben. Das wird ganz sicher halten. Das ist besser, als sich auf Hoffnungen zu stützen, die am Ende vielleicht trügerisch sein könnten. Lassen Sie uns in diesem Sinne weiterhin an mehr und bezahlbaren Wohnungen in Hessen arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, nachdem die Aussprache zu diesem Antrag stattgefunden hat, überweisen wir ihn dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen. – Damit sind alle einverstanden.

Ich rufe **Punkt 44 der Tagesordnung** auf:

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auswirkungen der Corona-Virus-Pandemie minimieren – Soforthilfen für hessische Vereine

– Drucks. 20/2679 –

Das ist der Setzpunkt der Fraktion der CDU. Er wurde gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt. Als Ersten darf ich Herrn Hofmeister von der CDU-Fraktion ans Rednerpult bitten.

Andreas Hofmeister (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Auswirkungen der Corona-Pandemie stellen unsere gesamte Gesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen jeglicher Größenordnung, die Branchen, die öffentlichen Institutionen, die Politik aller staatlichen Ebenen sowie nicht zuletzt auch die bewährten ehrenamtlichen Strukturen in unserem Land vor enorme und bis zum heutigen Tag nicht in Gänze absehbare Herausforderungen. Es geht um Existenzen und um die Frage, wie die Strukturen die unmittelbare Krisenlage überstehen können.

Niemand in unserem Land kann sich letztendlich den Folgen der Pandemie und den getroffenen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der gesamten Bevölkerung entziehen. Das gilt natürlich auch für unsere breit aufgestellte Vereinslandschaft.

Mir ist es zu Beginn der Rede wichtig, zu betonen, dass wir uns davor hüten sollten, einzelne gesellschaftliche Bereiche gegeneinander auszuspielen. Das ist in einer Krisenlage absolut nicht angemessen.

Dass es in diesen Tagen in der öffentlichen Debatte und auch in unseren Beratungen im Hessischen Landtag und in den Gremien sehr häufig um die Sicherung wirtschaftlicher Existenzen geht, ist ohne jede Frage notwendig. Ebenso ist es notwendig, unseren Kindern baldmöglichst gewohnte Strukturen in den Schulen und in den Kindertagesstätten zu bieten. Aber auch die ehrenamtlichen Strukturen in unserem Land, maßgeblich getragen durch die Vereine, müssen in den Diskussionen ihren Platz haben. Deshalb haben wir heute diesen Setzpunkt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Abgeordnete wissen aus unseren Wahlkreisen um das vielfältige Angebot der Vereine. Diese bieten der Bevölkerung attraktive Möglichkeiten, sich in der Freizeit sportlich, kulturell, künstlerisch, kreativ, sozial oder für Belange von Umwelt- und Naturschutz zu engagieren. Damit sind ehrenamtliche Vereine ein wesentliches Element unserer Zivilgesellschaft und stärken den Zusammenhalt in unserem Land.

Deshalb ist es zwingend, dass diese Strukturen erhalten werden und nach der unmittelbaren Krisenlage den Vereinsbetrieb zügig wieder anlaufen lassen können. Das müssen wir in den Beratungen im Blick haben, und das ist in der Landesregierung der Fall, und sicherlich auch in den Fraktionen.

Wir sehen alle, dass dieses Jahr 2020 einen ganz anderen Verlauf nimmt als an Neujahr sicherlich allseits erhofft – dies gilt für das Wirtschaftsleben, aber auch für das Vereinsleben. Um das geht es bei diesem Setzpunkt: Übungseinheiten fallen aus, Wettkämpfe, Wettbewerbe, Konzerte, Theatervorstellungen können nicht stattfinden, Jubiläen lieb gewonnener Traditionsveranstaltungen müssen aufgrund des Infektionsschutzes abgesagt oder verschoben werden. Regelmäßige Treffen, der Hessentag, Treffen zu Beratung und Hilfestellung in unterschiedlichsten Lebenslagen fehlen, ebenso wie ehrenamtliche Bildungsangebote

und Seminare. Durch diesen zeitweisen Ausfall der Angebote können Vereine in existenzielle finanzielle Nöte geraten; denn Mieten für das Vereinsheim, Gebühren und Lizenzen, laufende Betriebskosten für Strom und Wasser, Kosten für bereits beauftragte und durch die Pandemie abgesagte Projekte, kombiniert mit den finanziellen Ausfällen durch wegbrechende Veranstaltungen, fehlende Spenden, Zuschüsse oder auch Beiträge von nun fehlenden Neumitgliedern können zu großen Herausforderungen werden.

Hier setzt das Programm der Hessischen Landesregierung zur Förderung gemeinnütziger Vereine an. Es soll die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie abfedern. Vereine mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb können bereits vom Soforthilfeprogramm für kleine und mittlere Unternehmen profitieren. Aber mit dem eigenen Programm für gemeinnützige Vereine sowie in landesweiten Dachverbänden organisierte Vereine sollen existenzbedrohende finanzielle Notlagen oder Liquiditätseingänge abgewendet werden.

41.000 gemeinnützige Vereine können nach den Erhebungen in unserem Bundesland davon profitieren und je nach Situation bis zu 10.000 € finanzielle Unterstützung beantragen.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke namens der CDU-Landtagsfraktion den bei der Ausarbeitung des Programms beteiligten Ministerien und hoffe auf eine weitflächige positive Wirkung. Meine Damen und Herren, das ist ein starkes Signal an die Vereins- und Kulturlandschaft in Hessen, um die Träger dieses wichtigen gesellschaftlichen Pfeilers schnell und möglichst unbürokratisch zu unterstützen.

Ich will an dieser Stelle aber auch keine falschen Erwartungen wecken. Es handelt sich um ein Hilfsprogramm, um finanzielle Nöte zu mindern oder abzufedern. Ein Einnahmersatzprogramm kann dieses Angebot nicht sein. Um es mit einem praktischen Beispiel bzw. einem Bild zu beschreiben: Der Kassierer im Gesangsverein wird bei der Jahreshauptversammlung im kommenden Jahr für 2020 wohl keinen Überschuss verkünden können. Entscheidend aber ist, dass die Strukturen erhalten bleiben, um den Vereinsbetrieb und die vielfältigen Angebote zur Freizeitgestaltung sowie zur Beratung und Hilfestellung baldmöglichst wieder aufnehmen zu können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Vereine tragen auch zur Lebensfreude bei. Sich sportlich, kulturell oder kreativ zu betätigen, im Ehrenamt für Mitmenschen da zu sein und sich für unsere Umwelt zu engagieren, ist für viele Bürgerinnen und Bürger ein Teil von Lebensqualität und ein wichtiger Bestandteil unseres sozialen Miteinanders.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall Torsten Warnecke (SPD))

Das Ehrenamt und die Menschen, die das Ehrenamt tragen, sind im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar. Woche für Woche, Tag für Tag betätigen sich Hessinnen und Hessen aller Altersklassen in den unterschiedlichsten Bereichen und sorgen damit nicht zuletzt auch für eine eigene persönliche geistige Ausgeglichenheit. Als Politik – ich denke, das eint uns bei allen inhaltlichen Unterschiedlichkeiten der Parteien dann doch – haben wir die Förderung der ehrenamtlichen Strukturen mit unseren Vereinen mit all ihren Facetten in Hessen im Blick. Wir wollen, dass auch nach

der Krisenlage rund um die Corona-Pandemie breitflächige vereinsgetragene und nicht kommerzielle Freizeitangebote von ganz jung bis ins hohe Alter im gesamten Land existieren.

Dabei hat jedes dieser Angebote für sich und die Gesellschaft seine Bedeutung. Vereine und ehrenamtliche Initiativen bieten neben dem jeweiligen konkreten Angebot zur Freizeitgestaltung und dem gesamtgesellschaftlichen Beitrag noch weitere wertvolle Elemente. Die sportlichen Aktivitäten, das gemeinsame Singen im Chor, das Musizieren im Orchester, die Auftritte im Amateurtheater, der Einsatz für den Naturschutz, die Unterstützung von Mitmenschen in herausfordernden Lebenslagen und vieles Weitere führen Menschen zusammen. Damit entstehen Foren zum persönlichen Austausch und zur Diskussion.

Gerade in Zeiten, in denen sich Diskussionen zunehmend in sogenannte soziale Netzwerke verlagern – das war im Übrigen auch schon vor Corona der Fall –, braucht es die klassischen Räume zur Kommunikation, um den sachlichen Austausch zu pflegen, um sich miteinander möglicherweise auch Meinungen zu bilden, auch einmal in einer entspannten Atmosphäre zu diskutieren und nicht unbedingt nur im digitalen Raum. Deshalb sollen die ehrenamtlichen Aktiven weiterhin Spaß und Freude an ihrem Hobby haben. Wir unterstützen in diesen besonders herausfordernden Zeiten Vereine und Verbände bei ihren wichtigen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird – das hoffen und wissen wir auch – eine Zeit nach der Corona-Pandemie geben. Nur hoffen wir natürlich alle, dass diese Phase nicht mehr allzu fern liegt. Aber wir wissen auch, dass es weiterhin Geduld und Besonnenheit erfordert, um die bisherigen Erfolge bei der Eindämmung des Virus nicht zu verspielen.

Abschließend danke ich im Namen der CDU-Fraktion allen Vereinsverantwortlichen und ehrenamtlich Aktiven in Hessen, die mit ihrem dauerhaften Engagement dazu beitragen, dass das Land lebenswert ist und bleibt. Bleiben wir besonnen und beieinander, sodass wir auch in Zukunft unser gesellschaftliches Leben auf ein breites ehrenamtliches Fundament stützen können. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die Freien Demokraten darf ich Herrn Müller ans Rednerpult bitten.

(Beifall Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten) – Zuruf: Er hat noch gar nichts gesagt!)

Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten):

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Präsidentin! Es gibt zwei Punkte, die ich am Anfang klarstellen will: Ich glaube, wir sind uns in der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Vereine völlig einig, auch für uns in Hessen. Ich glaube, wir sind uns auch einig, dass es richtig ist, ein entsprechendes Programm zur Hilfe für die Vereine, die durch die Pandemie in Not geraten sind, aufzulegen.

Ich glaube aber, das Programm zum Anlass zu nehmen, es hier zum Setzpunkt zu machen und sich selbst dafür zu feiern – wie es jedenfalls im Antrag der Fall war; Andreas Hofmeister hat sich hier eben zurückgehalten und sich dafür sehr breit mit dem Thema und den Aufgaben der Vereine beschäftigt –, ist ziemlich mutig. Im Moment lebt im Sport ein hohes Maß an Unzufriedenheit, und zwar damit, dass man nichts tun kann. Dass sich die Landesregierung und die Koalition dafür loben, einem Patienten, dem sie weiterhin sportliche Betätigung verbieten und ihn damit weiter krank machen, dabei zu helfen, die Symptome zu bekämpfen, da muss ich ganz ehrlich sagen, das ist eins zu viel. Wichtiger wäre es, die Ursachen zu bekämpfen.

(Beifall Freie Demokraten)

Kommen Sie dazu zurück, mit klaren Regeln einen Weg zu finden, wie man wieder Sport betreiben kann. Wir brauchen klare Regeln statt pauschaler Verbote. So wie Sie das im Moment machen, kommen Sie nicht weiter.

Wie erklären Sie den älteren Damen und Herren, die im Sportverein ihre Gymnastik machen, warum sie in einer großen Halle mit 3 m Abstand diese Gymnastik zur Erhaltung ihrer Gesundheit nicht machen dürfen? Aber in den Baumarkt dürfen sie gehen, und zwar ohne 3 m Abstand. Wieso darf auf Spielplätzen gespielt werden, aber man darf in den großen Hallen mit Abstand unter Kriterien keinen Sport treiben? Dafür gibt es keine Erklärung.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn es diese Erklärung nicht gibt, dann ist es höchste Zeit, diese Einschränkung von Freiheitsrechten rückgängig zu machen. Es kann doch nicht sein, dass man das einfach so hinnimmt und sagt: Wir überlegen, und wir schauen, wie es weitergeht. – Da ist es erst recht kein Grund, sich dafür zu feiern, dass versucht wird, die Probleme, die dadurch geschaffen werden, dann auch noch mit Geld zu beheben.

(Beifall Freie Demokraten)

Vereine leben von ihrer Zusammenarbeit und ihrer Gemeinschaft. Die muss gelebt werden. Da hilft kein Geld der Welt. Das darf nicht verloren gehen.

Die Vereine stehen in den Startlöchern. Das gilt nicht nur für die Vereine, die freien Sport anbieten. Das gilt auch für Vereine, die Indoorsport anbieten. Das gilt auch für die zahlreichen Fitnessseinrichtungen, die allesamt auch einen Beitrag zur Fitness und zur Gesundheitserhaltung leisten. Das darf man an der Stelle nicht vergessen, wenn es um Sport geht. Davon höre ich bis jetzt überhaupt nichts in den Reden, weder von den GRÜNEN noch von der CDU. Da ist es doch unsere Aufgabe, einmal darauf hinzuweisen.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben noch gar nicht dazu geredet!)

– Ja, aber Sie haben sich bis jetzt zu dem ganzen Thema noch nicht geäußert, meine Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten)

Man hätte irgendwie Initiative ergreifen können. Wir haben uns ja auch schon dazu geäußert. Der Innenminister hat angekündigt, dass es am 4. Mai losgehe – dann aber doch nicht.

(Zurufe)

Man kann Pressemeldungen machen, Mitteilungen an Vereine und Fitnessseinrichtungen geben. Ich bekomme doch die Rückmeldungen aus den Vereinen, die Sie anschreiben, lieber Herr Frömmrich – und zwar mit großer Begeisterung, weil die entsetzt sind über die Ignoranz, mit der Sie denen antworten; Sie verweisen nämlich auf die Hilfsprogramme und zeigen ihnen keine Perspektive für die Zukunft auf. Das ist nicht das, was die Vereine brauchen, das ist nicht das, was die Fitnessstudios brauchen. Das ist auch nicht das, was die Menschen draußen brauchen – die brauchen Betätigung, und zwar sportliche Betätigung.

(Beifall Freie Demokraten – Zurufe)

Sie schränken mittlerweile seit weit über sieben Wochen die Rechte der Menschen komplett ein – auch, was das Treiben von Sport anbelangt. Dafür aber liefern Sie keine Begründung, außer dem pauschalen Hinweis auf Corona. Ich bin unter rechtlichen Gesichtspunkten höchst gespannt, ob eine Klage gegen dieses Verbot der sportlichen Betätigung vor Gericht halten würde. Dieses Verbot sportlicher Betätigung würde kippen; das garantiere ich Ihnen.

(Beifall Freie Demokraten und einzeln AfD)

Es muss kippen, da brauchen Sie nur nach Rheinland-Pfalz zu schauen. Da wird schon seit Wochen wieder Golf und Tennis gespielt und Leichtathletik und anderes betrieben. Hier in Hessen nicht. In Mainz ist es okay, die Infektionszahlen explodieren dadurch nicht, in Wiesbaden geht es aber nicht. – Das kann man da draußen keinem Menschen erklären. Ich bin gespannt, die GRÜNEN kommen ja noch dran. Vielleicht haben Sie Argumente, Sie haben es ja eben angekündigt. Vielleicht erklären Sie mir, warum das nicht geht; ich bin echt gespannt. Draußen jedenfalls können Sie es nicht mehr erklären.

Das Gleiche gilt auch für den Profisport. Darüber äußert man sich immerhin noch politisch, auch von den Ministern auf allen Ebenen, Bund, Länder usw., gerade, wenn es um Fußball geht. Aber es gibt ja nicht nur Fußball. Es gibt z. B. auch Basketball, auch da gibt es Profisport, und auch die betreiben z. B. Jugendakademien. Die Basketball Akademie Mittelhessen wird von den Gießen 46ers betrieben. Die werden nicht überleben können, die werden ihre Jugendarbeit einstellen müssen – da hilft im Übrigen auch das Soforthilfeprogramm nicht weiter, da hilft auch das für die Unternehmen nicht weiter. Wir haben hier ganz andere Probleme, die sich dort im gesamten Sportbereich aufbauen. Ich hoffe, dass Sie das erkannt haben.

Wenn Ihnen das zu kompliziert und zu viel ist, dann wäre das ein ganz schlechtes Zeichen; aber wir müssen endlich anfangen, uns nach siebeneinhalb Wochen mit den Einzelproblemen zu beschäftigen. Wir können nicht mehr pauschal sagen, wir haben ein generelles Verbot wegen der Pandemie. Wir müssen in allen Einzelbereichen nach Wegen suchen – und das ist ein Haufen Arbeit –, wie wir aus den pauschalen Verboten heraus- und hinkommen zu Regeln für den Umgang in jedem Einzelfall zur Wiederaufnahme des Betriebs bzw. der jeweiligen Tätigkeiten. Das gilt im Sport genauso wie in allen anderen Bereichen.

Ich glaube, dass diese Form, Perspektive aufzuzeigen, eine viel wichtigere Aufgabe wäre, als sich nur damit zu brüsten, jeder Abgeordnete der CDU und der GRÜNEN läuft über die Lande und macht Presseerklärungen zu Soforthilfeprogrammen. – Ja, das ist Öffentlichkeitsarbeit, alles gut. Aber das hilft den Vereinen am Ende in ihrer eigentlichen Tätigkeit und Aufgabe nicht. Davon aber höre ich nichts.

Bayern hat heute erklärt, dass es dort am 11. Mai wieder losgehe, zumindest mit Sportanlagen im Freien. Ich hoffe, dass wir gleich oder zumindest morgen etwas hören, wenn das nächste Gespräch zwischen den Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin stattfindet. Vielleicht dürfen danach die Hessen auch mal wieder nach draußen gehen und Sport treiben. Das wäre schön.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich habe eine Bitte: Vielleicht geht es sogar noch vor dem Wochenende; denn da haben die meisten Menschen sogar Zeit dazu, wenn es ab Freitag ginge. Das wäre der große Wunsch, der aus vielen Vereinen und vielen Bereichen an mich herangetragen wurde: Wenn Sie es tun, dann tun Sie es bitte noch vor dem Wochenende.

Ich will noch einmal kurz zu dem Programm kommen. Der Kollege Hofmeister hat es eben korrekt geschildert: Das Programm wird in ganz vielen Fällen für die Vereine gar nicht einschlägig sein. Wenn es den Vereinen hilft, die es brauchen, sind die Beträge, die gezahlt werden, am Ende wahrscheinlich zu gering. Entweder habe ich einen Verein, der so organisiert ist, dass er überwiegend Übungsleitergehälter und keine hohen Fixkosten hat – dann ist der Ausfall aufgrund der Zahlung auch der Vereinsbeiträge weiterhin relativ überschaubar. Oder ich habe hohe Kosten – das betrifft z. B. Pferdehalter, Pferdesportvereine, aber auch Tennisvereine, die einfach extrem hohe Instandhaltungskosten haben. Für die sind die 10.000 € bei Weitem nicht ausreichend.

Das heißt, die Zielgerichtetheit des Programms kann man auch infrage stellen: Passt es wirklich? Hilft es wirklich den Vereinen, die es brauchen? Reicht es da denn aus? – Das muss man zumindest einmal klar hinterfragen. Das werden die nächsten Tage und Wochen zeigen. Wie gesagt, das Programm ist richtig – das ist nicht die Kritik. Ich würde mich nur nicht zu sehr dafür loben, dass es auch eine Lösung für alle Vereine darstellt.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn man dann von den 41.000 Vereinen redet, muss man auch einmal die Zahlen herunterbrechen, also die 10.000 €, die man in einem Atemzug mitnehmen kann. Wenn ich die 7,1 Millionen € nur für den Sport nehme – für 7.600 Sportvereine –, dann sind wir bei deutlich unter 1.000 € pro Verein, die herauskommen würden, wenn jeder Verein etwas beantragen würde. Man sucht sich die besten Zahlen heraus – das ist nachvollziehbar; aber Aufgabe der Opposition ist es auch, dann hier einmal die richtigen Zahlen zu präsentieren.

Meine Damen und Herren, ich will es auf den Punkt bringen: Die Soforthilfen sind hier nicht die absolute Lösung. Es geht darum, Wege zurück zu Sportangeboten zu finden, Wege zurück zur Normalität zu finden – nicht zum Normalbetrieb; davon redet keiner. Aber wir brauchen klare Regeln mit Hygiene- und Abstandskonzepten, um dann auch wieder Sport treiben zu können. Das ist auch der Respekt, den wir dem Engagement der Ehrenamtlichen in den Vereinen schulden. Sie müssen nämlich ihre Tätigkeit bald wieder aufnehmen; denn das ist das, was sie antreibt, was sie wollen, nämlich der Austausch untereinander. Dafür brauchen sie weiterhin Motivation und irgendein Zeichen, wann und wie es möglichst bald wieder losgehen kann. – Das ist auch Ihre Aufgabe als Landesregierung, da endlich loszulegen, und darum bitten wir Sie hier. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächsten darf ich Herrn Kollegen Schaus aufrufen.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Corona-Pandemie hat neben der Wirtschaft auch unser gesamtes soziales Leben in Deutschland hart getroffen. Erst in den letzten Wochen ist uns allen in unterschiedlichster Weise klar geworden, was es bedeutet, wenn unser gesellschaftliches Leben erheblich eingeschränkt wird.

Vieles, was unser Leben erst lebenswert macht, haben wir in der Vergangenheit als selbstverständlich wahrgenommen. Jetzt erst – nach den pandemiebedingten Einschränkungen – nehmen wir vieles genauer oder anders wahr. Ja, ich glaube, dass wir uns in der Distanz tatsächlich nähergekommen sind. Es wird deshalb spannend werden, wie sich unsere Gesellschaft nach Corona weiterentwickeln wird.

Ein wichtiger Bestandteil unseres sozialen Lebens sind auch die vielen Tausend ehrenamtlich geführten Vereine und Verbände, im Sport, der Kultur, den unterschiedlichsten sozialen und gesundheitlichen Bereichen, dem Natur-, Umwelt- und Tierschutz. Diese Vereine verfügen oft über kein finanzielles Polster, keine Rücklagen. Sie leben vom vielfältigen ehrenamtlichen wie auch finanziellen Engagement ihrer Mitglieder, und deshalb brauchen sie endlich schnelle finanzielle Hilfe und Unterstützung.

(Beifall DIE LINKE und Günter Rudolph (SPD))

Lassen Sie mich zunächst auf die 7.600 hessischen Sportvereine eingehen, die seit dem 17. März keinen Spiel- oder Trainingsbetrieb mehr durchführen dürfen. Sportvereine finanzieren sich aus den Mitgliedsbeiträgen ihrer 2,1 Millionen Mitglieder, in geringerem Teil auch aus staatlichen Zuschüssen. Einen wesentlichen Teil ihrer Einnahmen erzielen sie aber auch aus dem Verkauf von Speisen und Getränken bei den Sport- und Wettkampfeveranstaltungen sowie aus Gewinnen bei eigens organisierten Veranstaltungen und Festen. Und genau diese Einnahmen fehlen jetzt. So erzielte z. B. die Handballabteilung meines Sportvereins jedes Jahr bei ihrer Pfingstveranstaltung an Gewinn mehr als 50 % der gesamten Jahreseinnahmen.

Diese erhebliche Summe wird aber in diesem Jahr gänzlich wegfallen, und so geht es vielen anderen Vereinen auch. Selbst bei einem kleinen, nur einige Hundert Mitglieder umfassenden Sportverein bewegen wir uns da im sechsstelligen Eurobereich. Es ist gut, dass diesen Vereinen nun bis zu 10.000 € Zuschuss angeboten wird; das ist dennoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch eine zusätzliche Unterstützung aus dem Corona-Virus-Soforthilfeprogramm Hessen 2020 wird nur einen geringen Teil der Einnahmeverluste ausgleichen können.

Deshalb sagen wir auch, dass gerade im Sport auch ein sozialer Ausgleich stattfinden müsste. Da denke ich zuerst einmal an den Fußball, der übrigens alleine 71 % sämtlicher Sponsorengelder im Sport erhält. Wenn schon die Vorbereitungen für umstrittene Geisterspiele auf Hochtouren laufen, dann erwarte ich, dass die Deutsche Fußball Liga mindestens ein Drittel der noch ausstehenden Fernseh-

nahmen in Höhe von 304 Millionen € bis zum Ende der Saison in einen Solidarfonds für die Amateurvereine, die momentan keinerlei Einnahmen haben, einbringt. Um nicht missverstanden zu werden: Eine „Lex Fußball“ allein wegen des Geldes darf es nicht geben. Die DFL ist in den vergangenen Jahren beim Umsatz und Gewinn von Rekord zu Rekord geeilt. Jetzt sollten die Profivereine der obersten beiden Ligen zeigen, dass sie in der aktuellen Notlage auch teilen können.

Sollte es für die Geisterspiele eine Genehmigung von der Bundesregierung und den Landesregierungen geben, dann muss allerdings gleichzeitig sichergestellt sein, dass die Spiele im frei zugänglichen Fernsehen oder kostenfrei im Internet verfolgt werden können, um Fan-Ansammlungen in Stadionnähe oder private Pay-TV-Partys zu vermeiden.

Zudem fordern wir nach Prüfung der gesundheitlichen Risiken eine größtmögliche Lockerung der Beschränkungen für den Breitensport – natürlich mit Augenmaß. Begonnen werden sollte mit Sportaktivitäten im Außenbereich unter Beachtung der Abstands- und Hygieneregeln sowohl im Breiten- als auch im Schulsport. Dies schließt den Reha- und den Gesundheitssport im Rahmen der Möglichkeiten ausdrücklich mit ein. Unter Beachtung von Regeln und der Entwicklung der Infektionszahlen sollte perspektivisch und schrittweise auch der Zugang zu den Freibädern ermöglicht werden. Es ist höchste Zeit, dass sich die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten endlich auch dieser Thematik umfassend annehmen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich komme nun zu den über 30.000 Vereinen im Sozial-, Gesundheits-, Jugend-, Kultur-, Umwelt- und Tierschutzbereich. Auch diese weitestgehend ehrenamtlich organisierten Vereine und Selbsthilfegruppen brauchen ebenso dringend finanzielle Unterstützung. Hier fehlt es aber zudem, z. B. bei den Vereinen, die im Sozial- und Gesundheitsbereich aktiv sind, weiterhin oft auch an Schutzausrüstungen. Die Gesundheitsämter haben noch immer zu wenig, und die Verteilungsstrukturen sind sehr unterschiedlich. Oft kaufen Bürgermeister oder Landräte diese zusätzlich ein, um die Arbeit der Vereine vor Ort zu unterstützen. Wichtig ist bei diesen Vereinen aber auch, dass deren hauptamtliche Strukturen erhalten bleiben, um die Mitglieder weiter zu erreichen und vor allem die jeweiligen Zielgruppen weiterhin betreuen oder unterstützen zu können.

Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen werden meist von Vereinen mit hohem ehrenamtlichen Aufwand getragen. Sie fordern zu Recht eine Finanzierung pro Platz. Es ist leider eine traurige Wahrheit, dass gerade jetzt viel mehr Unterbringungsmöglichkeiten für Frauen und Kinder notwendig sind. Wir brauchen deshalb dringend kreative Sofortlösungen für mehr Schutzwohnungen. Schon seit Langem fordern die Verbände die Erhöhung der Platzzahlen in den Frauenhäusern. Das ist also nicht neu, aber unter Corona wird diese Notwendigkeit leider auf dramatische Weise deutlich.

(Beifall DIE LINKE und Torsten Warnecke (SPD))

Frauzentren und Opferberatungseinrichtungen fehlt derzeit meist das Geld, das sie an Einnahmen aus Vortrags- und Seminararbeit erzielen. Dies sollte ihnen vollständig ersetzt werden. Ihnen fehlen zudem aber auch Einnahmen aus Bußgeldern, da derzeit auch weniger Gerichtsverfahren stattfinden.

Zahlreiche Vereine führen Maßnahmen zur beruflichen Integration durch, die aktuell aber nicht stattfinden können. Dadurch entstehen große Löcher im Budget.

Jugendhilfe kann meist nicht mit 2 m Abstand durchgeführt werden. Auch hier fehlt es an entsprechender Schutzausrüstung.

Ehrenamtliche familienentlastende Dienste für Menschen mit Behinderungen finden derzeit nicht statt. Soll dieser Bereich nicht ganz wegbrechen, dann brauchen die Vereine weit mehr als einmalig 10.000 € zum Überleben.

(Beifall DIE LINKE und Torsten Warnecke (SPD))

Ambulante Hilfen können zudem nicht im üblichen Umfang durchgeführt werden. Zum Beispiel können keine Lernhilfen stattfinden, die über Bildungs- und Teilhabepakete finanziert werden, außer in den wenigen Fällen, wo die Lernhilfe online stattfindet. Hier ist mehr als nur Geld gefordert.

Ambulante Hospizdienste sind bei der Zuteilung von Schutzausrüstung völlig vergessen worden. Familienbildung, Unterstützung von Menschen mit demenziellen Erkrankungen etc. – hier liegt vieles auf Eis. Der Gefahr, dass derzeit wichtige Strukturen zerstört werden, muss jetzt entschieden begegnet werden. Da brauchen wir individuell zugeschnittene Programme; das geht nicht mit der Gießkanne.

(Beifall DIE LINKE und Torsten Warnecke (SPD))

Bei den Tafeln hat das Land bereits 1,25 Millionen € für die Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Das ist gut. Die Helfer und Helferinnen der Tafeln sind vielfach Ehrenamtliche, die selbst zur Corona-Risikogruppe zählen.

Tierschutzvereine, die auch Betreiber von Tierheimen sind, beklagen eine erhebliche Verringerung des Spendenaufkommens und die Reduzierung der Vermittlung von Tieren. Hier muss jetzt unbedingt über eine dauerhafte Zuschusserhöhung durch die Kommunen nachgedacht werden.

Zuletzt will ich auch die seit Wochen leer stehenden Jugendherbergen ansprechen. Der hessische Jugendherbergverband hat angeboten, die Einrichtungen für obdach- und wohnungslose Menschen und auch für Frauen, die aufgrund von Gewalt aus ihren Wohnungen heraus müssen, zu öffnen. Hier ist immer noch keine Lösung gefunden worden. 111 Jahre besteht das Jugendherbergswerk in diesem Jahr – das darf es nicht alles gewesen sein. Meine Damen und Herren, da haben wir Verantwortung; sie muss auch wahrgenommen werden.

(Beifall DIE LINKE und Torsten Warnecke (SPD))

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. An all diesen Beispielen habe ich versucht aufzuzeigen, wie vielschichtig sich derzeit die Problemlage in den gemeinnützigen Vereinen darstellt. Da ist es gut, dass es jetzt endlich ein Soforthilfeprogramm gibt.

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Mein letzter Satz, Herr Präsident. – Geld allein, noch dazu in dieser geringen Zuschusshöhe, reicht aber bei Weitem

nicht aus, die bestehenden Vereinsstrukturen auch tatsächlich zu erhalten.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. Wir hatten hier schon seit eineinhalb Minuten das Gefühl, dass Sie zum Ende kommen. Aber das haben Sie immer wieder sehr geschickt prolongiert. Deshalb habe ich Sie jetzt ein bisschen ermahnt; Sie haben trotzdem die Minute mehr bekommen. – Als Nächster spricht Herr Schenk.

Gerhard Schenk (AfD):

Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Wer wollte Ihnen widersprechen, wenn Sie hier einen Entschließungsantrag einbringen, der die Unterstützung von ehrenamtlicher Arbeit und Vereinsleben zum Inhalt hat? – Die positive Wirkung der Vereine in und für die Gesellschaft kann nicht überschätzt werden. Sie sind die wesentlichen Eintrittspforten zur Teilnahme am sozialen Leben und am gesellschaftlichen Leben. Dort verbinden sich Interessen und Neigungen des Einzelnen mit Zielen der Mitglieder und der Gesellschaft.

Ich spreche da aus eigener Erfahrung – ob Fußball, Leichtathletik, im Chor, im Schützenverein, ob in einer Großstadt oder auf dem Lande. Gerade für junge Menschen – Kinder und Jugendliche – sind das prägende Erfahrungen. Leider – das müssen wir allerdings auch konstatieren – bestehen in vielen Vereinen ein Mitgliederrückgang und Nachwuchsmangel. Da ist aber auch das Nachmittagstraining gefährdet, auch durch die verlängerten Schulzeiten. Das ist aber ein anderes Thema, das ich hier nicht vertiefen will.

Liebe Regierungskoalition, diese durchaus notwendige Soforthilfe sollten Sie hier dennoch nicht überschwänglich abfeiern. Es besteht kein Grund zur Eigenwerbung. Erstens ist es nicht Ihr Geld oder das Geld der Regierung, sondern es ist das Geld der Steuerzahler.

(Beifall AfD)

Außerdem: Warum ist diese Soforthilfe überhaupt erforderlich? Diese Frage muss auch untersucht werden.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Hätten Sie mal zugehört! – Gegenruf Günter Rudolph (SPD): Du solltest sie nicht überfordern!)

– Ich komme noch darauf zu sprechen. – Es ist Ihr sogenannter Lockdown. Das klingt harmlos,

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Im Englischen!)

und hier liegt der Hase im Pfeffer. Es sind Ihre tiefen Eingriffe in unsere Grund- und Freiheitsrechte. Das sind nicht bloß Existenzbedrohungen, sondern Existenzvernichtungen sind eingeschlossen.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihnen war das doch zu spät! – Weitere Zurufe)

Die Zwangsmaßnahmen in unser aller Leben – –

(Fortgesetzt Zurufe)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Wir lassen bitte dem Redner das Wort. – Vielen herzlichen Dank.

Gerhard Schenk (AfD):

Danke schön, Herr Vorsitzender.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vorsitzender?)

Die Zwangsmaßnahmen in unser aller Leben, die man sich noch vor zwei Monaten nicht hätte vorstellen oder gar ausmalen können, sind tiefe Eingriffe. Trotz der Risikoanalyse aus 2012 zur Pandemie der artverwandten SARS-Viren und der Corona-Ereignisse in China seit November 2019 haben Bundes- und Sie von der Landesregierung die Vorwarnzeichen nicht erkannt und mehrere Monate ungenutzt verstreichen lassen.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ach so?)

Der Ignoranz im Januar folgte die Verharmlosung im Februar, bis Mitte März plötzlich und geradezu panikartig Grenzkontrollen und nahezu täglich folgend immer weitere Verordnungen das öffentliche Leben lahmlegten. Die Autofabriken, die Hotels, die Tourismusbranche machen Corona-Pause. Das gilt es hier festzuhalten.

Den kleinen Vorrat an Schutzmasken nebst -kleidung hat man zuvor noch schnell nach China verschenkt. Verehrte Damen und Herren, das nenne ich miserables Krisenmanagement.

(Minister Michael Boddenberg: Unglaublich! – Weitere Zurufe)

Mit der Ermächtigungsgrundlage der §§ 28 ff. Infektionsschutzgesetz wurden hektisch ab dem 13. März fortlaufend Verordnungen erlassen und Eingriffsermächtigungen geschaffen – zu spät und völlig überzogen, was viele Kritiker mit guten Argumenten belegen. Darauf komme ich aber noch zurück.

Quarantäne von Reiseheimkehrern? Löchrig wie Schweizer Käse, Ausnahmen ohne Ende. Effektive Grenz- und Flughafenkontrolle? Fehlanzeige. Besuchsverbote in Krankenhäusern, Altenheimen, Schließungen von Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Universitäten, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Kontaktverbote, Abstandsgebote, Gewerbe- und Berufsausübungsverbote, Betriebsschließungen aller Art. Alle Veranstaltungen von Sport und Kunst, Messen und Ausstellungen werden untersagt. Das öffentliche Leben wird zum Stillstand gebracht und den Bürgern ein Mundschutz verpasst. Demonstrieren dagegen konnte man zunächst nicht, jetzt schon wieder etwas – mit wenigen Teilnehmern, aber nur unter Mitteilung der Personalien und mit dem vorgeschriebenen Abstand. Ist das noch unser Demonstrationsrecht? Das ist nichts. Das ist eine einzige Demütigung. Ich frage Sie: Wissen Sie wirklich, was Sie tun? Wo bleiben die gebotene Güterabwägung, das Übermaßverbot und die Verhältnismäßigkeit?

Ein kleines Beispiel in der „HNA“: ein Leichtathlet, Diskuswerfer, allein beim Aufwärmen auf der Sportanlage. Die Polizei kommt vorbei und erteilt ihm einen Platzverweis. Darüber wird in der Zeitung berichtet. Das ist doch geradezu hanebüchen.

(Beifall AfD)

Sie könnten natürlich sagen: Das kann passieren.

(Holger Bellino (CDU): Wir haben Pressefreiheit! – Zuruf Robert Lambrou (AfD))

– Das stimmt.

(Torsten Warnecke (SPD): Er hat doch die Presse kritisiert! – Weitere Zurufe)

– Nein, alles wunderbar. Das hat sie prima berichtet. Ich freue mich immer darüber, dass das an die Öffentlichkeit gelangt ist. So wollen wir das haben.

(Zuruf SPD: Das mit der Presse! – Weitere Zurufe SPD und DIE LINKE)

Sie können zwar sagen: „Das ist nicht so schlimm, das ist ein Einzelfall“, aber so ist es eben nicht. Der Rest geht nicht mehr auf den Sportplatz. Hier ist das alles schon geschildert worden. Das ist aber die eine Seite.

Nehmen wir einen anderen tatsächlichen Fall, z. B. den Spargelbauern aus Nauheim, den ich vor ein paar Tagen besucht habe. Er erleidet großen wirtschaftlichen Schaden dadurch, dass seine Erntehelfer aus Kroatien, auf die er sich seit 17 Jahren immer verlassen konnte, jetzt an inner-europäischen Grenzen zurückgewiesen werden.

(Zuruf: Was? – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Herr Schenk, bitte lassen Sie mich kurz unterbrechen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht fair. Wir hatten ausgemacht, dass wir, wenn wir Gespräche führen, diese draußen führen. Der Redner hat das Wort, ich werde aufpassen, dass das Wort nicht missbraucht wird. – Bitte schön, Herr Schenk.

Gerhard Schenk (AfD):

Herr Vorsitzender, ich danke Ihnen ausdrücklich.

(Zuruf: Vorsitzender?)

Ich komme zurück auf diesen Spargelbauern. Die Hälfte seines Ackers wird wahrscheinlich untergepflügt werden müssen, weil die entsprechenden Erntehelfer nicht zur Verfügung stehen. Im Übrigen zum Bürgertelefon: Die Ministerien in Wiesbaden und Berlin blieben erfolglos. Diese Beschränkungen scheinen nur für Asylbewerber nicht zu gelten.

(Zurufe SPD: Oh!)

Haben Sie schon einmal mit Solo-Unternehmern gesprochen oder Gastwirte um ihre wirtschaftliche Existenz fürchten sehen – mit Arbeiternehmern, die seit Wochen in Kurzarbeit sind und von denen viele zu Recht um ihren Arbeitsplatz fürchten? Ich frage Sie: Leben wir noch in einer Demokratie oder inzwischen in einer Gesundheitsdiktatur? Wer regiert hier eigentlich: Prof. Drost und Prof. Wieler vom RKI?

(Minister Michael Boddenberg: Mann, Mann, Mann!)

So hat es jedenfalls den Anschein. Werden andere Experten überhaupt noch gehört?

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Reden Sie zum Thema!)

Die Liste der Kritiker ist lang.

(Zuruf Freie Demokraten: Falsche Rede!)

Prof. Bhakdi, ein Spezialist für Virologie, äußerte massive Kritik an der Datenbasis: dass nicht nach Schwere der Symptome differenziert und bei den klassifizierten Corona-Toten nicht die eigentliche Todesursache ermittelt werde. Er nannte das „Corona-Schreckensszenario“, „Panikmache“ und „selbstzerstörerisch“.

(Zuruf: Herr Präsident, rufen Sie ihn zur Sache! – Weitere Zurufe)

– Ich rede zum Thema. Ich rede zu den Ursachen, warum alle Vereine heute ihren Tätigkeiten nicht mehr nachgehen können. Das ist die Ursache.

Warum werden Kritiker überhaupt nicht gehört? Warum werden sie ignoriert? Warum wird nur eine einzige Linie durchgezogen? Die Infektionswelle war am 20. März vorüber, zumindest wenn man Herrn Prof. Homburg Glauben schenkt, der das auf der Basis der Daten vom RKI analysiert hat.

(Zuruf Turgut Yüksel (SPD))

Diese Öffnungsdiskussionsorgien und die Exitforderungen werden Sie noch länger begleiten.

(Zurufe Holger Bellino (CDU) und Torsten Warnecke (SPD))

Sie können diese auch nicht länger ignorieren. Die Steuerung mit Angst wird nicht länger funktionieren.

Verehrte Damen und Herren, der Appell sollte sich an die Eigenverantwortung richten.

(Beifall AfD)

Einhaltung von Hygiene- und Abstandsregeln, Schutz von Risikogruppen – all das sind sinnvolle und notwendige Maßnahmen, wie bei jeder Grippewelle. Wenn man das einhält, dürfte eigentlich auch der Notwendigkeit der entsprechenden Hygienevorschriften Rechnung getragen sein. Ich frage Sie: Was hat Sie daran gehindert, Verantwortung für die eigene Gesundheit in den Händen der Bürger zu belassen?

(Zuruf Holger Bellino (CDU))

Der schwedische Umgang mit Corona hätte bei uns auch funktioniert. Ihr neues Vorhaben ist aber schon in Arbeit, und da geht es um Zwangsimpfungen.

(Unruhe)

Das kommt noch. Was wir hier sehen, ist miserables Krisenmanagement mit anschließendem wirtschaftlichem Abschwung. Ich denke, wir werden da noch viele Reden über diese Sache zu führen haben. – Ich bedanke mich.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Kollege Schenk. Von der Zeit her war das eine Punktlandung. – Frau Goldbach.

(Günter Rudolph (SPD): Inhaltlich war das eine Bruchlandung!)

– Von der Zeit her war das eine Punktlandung.

(Günter Rudolph (SPD): Eine Bruchlandung!)

– Ich kann die Zeit nutzen: Ich bitte auch die parlamentarischen Geschäftsführer, sich nicht so laut zu unterhalten. Eben war hinter uns ein solcher Krach. Das stört.

(Günter Rudolph (SPD): Ich saß hier!)

– Du warst nicht, aber zwei andere waren dabei. – Ich war früher auch einmal parlamentarischer Geschäftsführer. Dann sind wir rausgegangen und haben das draußen gemacht.

(Torsten Warnecke (SPD): Die Landtagsverwaltung hat sich unterhalten!)

Ich glaube, es wäre klug, das auch wieder so zu machen. – Frau Goldbach, Sie haben das Wort.

Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal auf den Kollegen Müller eingehen. Sie setzen sich gern mit mir auseinander. Ich antworte Ihnen immer gern.

Sie haben gesagt, man solle dafür sorgen, dass wieder Sport möglich sei. Die Sportministerkonferenz hat am 28. April getagt und ihre Beschlüsse veröffentlicht. Jeder kann sie im Internet herunterladen und lesen. Die Sportministerkonferenz hält eine schrittweise Wiederaufnahme des Sports für angemessen. Alle Punkte sind da angesprochen, von denen Sie eben auch redeten. Breiten- und Freizeitsport werden in einem ersten Schritt wieder erlaubt, wenn die Sportangebote an der frischen Luft, im öffentlichen Raum oder auf öffentlichen oder privaten Freiluftsportanlagen stattfinden.

(Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten): Wann?)

Dann geht es darum, dass die Landessportbünde und die Landesfachverbände die Sportvereine bei den Überlegungen unterstützen sollen, wie ein sportartspezifisches Training unter Einhaltung der Hygienevorschriften wieder möglich ist und umgesetzt werden kann.

(Zuruf Freie Demokraten: Wann?)

Der Trainingsbetrieb im Leistungssport wurde zum Teil die ganze Zeit weitergeführt, soll aber weiterhin unterstützt, ermöglicht und erweitert werden. Der Wettkampfbetrieb soll sukzessiv wieder aufgenommen werden,

(Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten): Aber wann?)

Sonderfall: Berufssport und Geisterspiele. Die Sportministerkonferenz hält auch hierbei die Fortsetzung des Spielbetriebs und die Begrenzung des ansonsten entstehenden wirtschaftlichen Schadens für die dort startberechtigten 36 Vereine für vertretbar.

Das heißt, wir haben in allen Bereichen einen Plan. Dieser Plan ist veröffentlicht. Das kann man lesen.

(Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten): Welchen Plan haben Sie denn?)

Ich würde sagen, hätten Sie Ihre Rede vor zwei Wochen gehalten, wäre es richtig gewesen. So ist es aber knapp daneben und ein bisschen spät.

(Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten): Sagen Sie, ab wann!)

– Die Umsetzung erfolgt jetzt durch die Minister der Länder, also durch die zuständigen Sportminister.

(Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten): Das war am 28. April! Das war vor fast zwei Wochen!)

Wir haben eben außerdem vom Kollegen Schaus gehört – darauf möchte ich kurz eingehen –, dass er beschrieben hat, welche Einnahmen den Vereinen entgehen. Sie haben Feste, Veranstaltungen, Verkauf usw. beschrieben.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ja!)

Das alles ist wirtschaftlicher Betrieb.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ich weiß, ich habe dazu etwas gesagt!)

Wir haben ausdrücklich in diesem Programm eine Förderung des ideellen Bereichs. Das betrifft den eigentlichen Vereinszweck. Die Einnahmen dazu sind die Mitgliedsbeiträge und die Spenden. Wenn ein Verein ein Fest ausrichtet, Würstchen und Fanta verkauft, ist das wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb.

Die Vereine, die neben dem ideellen Bereich auch einen wirtschaftlichen Betrieb haben, können – das ist ein großer Vorteil dieses Programms – auch für diesen Bereich parallel bei den Soforthilfemaßnahmen des Wirtschaftsministeriums Wirtschaftshilfen beantragen. Beides geht zusammen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Mir ist wichtig, noch einmal die große Bedeutung des Vereinslebens und des Ehrenamtes in Hessen zu betonen. Denn das gesamte gesellschaftliche Leben vor Ort wird eigentlich von Vereinen getragen und organisiert. Beispiel: Man kann im Verein tanzen, tauchen, fliegen, schießen, flöten, singen, malen, wandern, rudern, radeln, Nistkästen bauen oder Leibesübungen absolvieren.

(Beifall J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Neben all diesen Dingen widmen sich die Menschen in den Vereinen in der Corona-Krise nicht nur dem Vereinszweck, sondern sie organisieren die Nachbarschaftshilfe und versorgen ältere Menschen mit Lebensmitteln. Sie organisieren Lieferungen von warmen Mahlzeiten einmal pro Tag. Ganz viele Landfrauenvereine, in denen übrigens auch Männer sind und mitmachen,

(Zuruf: Echt?)

nähen jetzt Mund-und-Nase-Masken. Bei uns versorgen sie sogar Mitarbeiter des Krankenhauses. Das sind ausdrücklich keine medizinischen Masken, aber sie sind z. B. für die Reinigungskräfte. Im Moment ist das von einem unglaublichen Engagement getragen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Minister Michael Boddenberg)

Ich möchte beim ländlichen Raum bleiben; denn ich komme von dort. Bei uns haben die Vereine noch eine zusätzliche Bedeutung, nämlich im Bereich Kunst und Kultur. Wir haben ein kleines Museum, und wir haben einen kleinen Verein. Dieser organisiert alles. Er öffnet zu den angegebenen Zeiten, betreut die Besucher und kümmert sich um die Ausstellungen. Das ist natürlich auch mit Kosten verbunden. Diese Kosten laufen weiter. Dieser Verein wird sich sehr über die Hilfe freuen.

Wir haben Kulturvereine, die Konzerte organisieren, die selbst Ton- und Lichttechnik aufbauen, die die Flyer drucken, die die Eintrittskarten verkaufen und die gesamte Abrechnung übernehmen. Wir haben einen Verein zur Förderung der Pfingstmusiktage. Das ist ein wunderbares Musikfestival mit ganz tollen Künstlerinnen und Künstlern, die zu uns kommen. Es wurde zum ersten Mal in 50 Jahren abgesagt. Die gesamten Vorbereitungskosten bleiben trotzdem am Verein hängen. Auch dieser Verein wird sich sehr freuen, dass er zumindest eine Hilfe vom Land Hessen bekommt.

Wir haben einen Trachtenverein. Das ist auch eine tolle Sache. Er bewahrt das Brauchtum. Er trägt sehr dazu bei, dass unsere Kultur und Identität weitergetragen und an kommende Generationen weitergegeben wird. Die Mitglieder dürfen nicht zusammen tanzen oder sich treffen. Dieser Verein macht ganz viel im Austausch mit anderen Ländern. Ein Großteil ihrer Arbeit besteht darin, nach Slowenien, nach Ungarn, nach Frankreich oder nach Italien zu reisen. Es gibt dort einen regen Austausch. Dieser Austausch durch die Vereine in den verschiedenen Ländern ist ein ungeheuer wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung und trägt dazu bei, dass die Toleranz und das Verständnis für andere Kulturen und Menschen immer weiter steigen und selbstverständlich werden.

Auch diese Vereine können das alles jetzt nicht mehr machen. Das ist dramatisch. Wir haben auch witzige Sachen, z. B. einen Backhausverein, in dem es darum geht, die Kunst des Brotbackens im Ofen weiterzutragen. Wir haben die Schnapsdrosseln Wernges und OWDBK – Original Wallenröder Dicke Backe Kapell'. Die Vereine bieten ein unglaubliches Angebot, bei dem man sich engagieren kann. Gerade auf dem Land tragen sie Kunst und Kultur. Wir haben dort wenige professionelle Angebote, sodass diese Vereine sind, die Kunst- und Kulturangebote ausrichten. Das ist ungeheuer wichtig. Deswegen müssen wir diese Vereine jetzt mit bis zu 10.000 € pro Verein unterstützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich möchte noch auf einen anderen Bereich eingehen, der ungeheuer wichtig ist und vom Vereinswesen, von Ehrenamtlichen getragen wird, und zwar auf den Natur- und Umweltschutz. Die Umweltverbände kümmern sich um den Arten- und Biotopschutz vor Ort. Sie sind mit ihrem Fachwissen immer gefragte Ratgeber zu allen Fragen des Natur- und Umweltschutzes sowie in Planfeststellungsverfahren. Diese ehrenamtlichen Mitglieder engagieren sich für die Artenvielfalt, für den Schutz intakter Lebensräume, für gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und den schonenden Umgang mit unseren endlichen Ressourcen. Auch diese Vereine können jetzt in Liquiditätsengpässe kommen und brauchen deswegen unsere Unterstützung.

Ich fasse zusammen: Es ist richtig, dass das Land Hessen den Vereinen hilft, die pandemiebedingt in existenzbedrohende Liquiditätsengpässe kommen. Pro Verein werden bis zu 10.000 € gezahlt, und wenn ein Verein neben dem ideellen einen wirtschaftlichen Betrieb unterhält, kann zusätzlich eine Wirtschaftshilfe beantragt werden.

Natürlich können nicht alle Verluste der Vereine ersetzt werden – wir haben 41.000 Vereine in Hessen –, aber es ist ein erster und wichtiger Schritt. Ich glaube, wir sollten heute nicht damit anfangen – eben kam das auch von Vordnern –, dass es nicht reicht; denn natürlich reicht es

nicht. Es reicht an keiner Ecke. Das Land Hessen kann mit seinem Landeshaushalt nicht alle wirtschaftlichen Schäden ausgleichen, die im Moment durch die Pandemie entstehen, aber wir versuchen so gut wie möglich, allen zu helfen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Vereine sind ungeheuer wichtig für unser gesellschaftliches Zusammenleben und für das Kulturangebot auf dem Land. Deswegen freue ich mich über diese Möglichkeit der Hilfen für unsere Vereine.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Frau Kollegin Goldbach. – Für die SPD-Fraktion redet jetzt ihr vereinspolitischer Sprecher und parlamentarischer Geschäftsführer Günter Rudolph. Bitte, du hast das Wort.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bauer, ich weiß gar nicht, warum Sie so schlechte Laune haben. Es ist doch Ihr Setzpunkt.

(Zuruf Alexander Bauer (CDU))

– Das könnte natürlich eine Begründung sein.

Ich will zu Beginn sagen: Es ist schon bemerkenswert, dass die AfD es selbst bei diesem Tagesordnungspunkt wieder schafft, Ausländer und Asylbewerber in einen Kontext zu bringen,

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und DIE LINKE)

der nicht nur völlig unangemessen, sondern zum Teil auch blanke Hetze ist. Ich finde, das sollten wir den Damen und Herren dieser rechten Gruppierung nicht durchgehen lassen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Wahrscheinlich haben Sie mit dem Spargelhelfer aus Rumänien auch noch Probleme – es sei denn, Sie mögen Spargel.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Die essen nur braunes Gemüse!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag klingt zunächst, wenn Sie sich die Punkte 1 und 2 ansehen – nicht alle haben das gleich verstanden, aber Sie schon, Herr Bauer, das freut mich –, sehr wohlwollend. Das hätten wir auch so schreiben können, deswegen kann man ihm auch zustimmen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ein verstecktes Lob!)

– Das war ein offenes Lob, ein verstecktes Lob klänge anders.

Bei Punkt 3 hätte ich mir gewünscht, dass wir uns bei uns selbst bedanken, bei den Kolleginnen und Kollegen im Hessischen Landtag, die 8,5 Milliarden € zur Verfügung gestellt haben, um die Auswirkungen von Corona zu mildern. Das waren nämlich wir im Landtag, die dieses Pro-

gramm beschlossen haben, welches die Landesregierung in die Lage versetzt, solche Programme umzusetzen.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren von der Koalition, ein bisschen mehr Selbstbewusstsein ist angebracht; denn es ist natürlich Aufgabe der Exekutive, dies im Nachgang zu administrieren. Das können die Fraktionen nicht, aber wir haben unseren Beitrag geleistet. Das hätte man in Punkt 3 noch hineinschreiben können, dann hätten wir auch zugestimmt. So wie es jetzt ist, wollten Sie unsere Zustimmung nicht und bekommen sie daher auch nicht; so einfach ist das.

(Heiterkeit – Beifall SPD)

Ich könnte jetzt etwas über ehrenamtliche Tätigkeit in meinem Wahlkreis erzählen. Dort gibt es über 220 freiwillige Feuerwehren. Die Feuerwehrvereine, neben den Einsatzabteilungen – das ist jetzt für Fachleute –, stellen z. B. bei der Beschaffung von Mannschaftsbussen ordentliche Beträge zur Verfügung, für die normalerweise die Gemeinde zuständig wäre. Wie finanzieren sie sich? Sie tun das mit dem einen oder anderem Fest, was zurzeit nicht stattfinden kann.

Ich könnte von Musikvereinen sprechen, die ihren Dirigenten nicht bezahlen können, weil sie keine Einnahmen haben. Die Dirigenten sind oft bei drei, vier Musikvereinen tätig und können dann vielleicht noch ein paar Honorarstunden an der Musikschule abrechnen. Ihnen fallen die Einnahmen weg. Damit sind wir beim Thema der Solo-Selbstständigen. Was passiert mit ihnen? Auch das ist Teil des Ehrenamtes; denn ohne einen vernünftigen Dirigenten bekomme ich kein vernünftiges Sangesgut und Gesangsvereine organisiert. Bei den Solo-Selbstständigen haben wir Nachholbedarf. Da reicht mir der Hinweis des Wirtschaftsministers nicht, dass das mit Berlin abgestimmt sein muss.

(Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Richtig!)

Auch das Land Hessen kann etwas für Solo-Selbstständige unabhängig vom Bund tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Damit stärkt man gerade das Ehrenamt im musischen Bereich, was dringend notwendig ist.

Ich will erzählen, dass ich von Amateur-Theatervereinen angesprochen wurde, von denen es auch über 200 gibt. In der Regel sind sie nicht gemeinnützig strukturiert. Was passiert mit solchen Einrichtungen? Beispiele können wahrscheinlich viele aus ihren Wahlkreisen nennen. Wir merken jetzt in der Krise erst, welcher Kitt die Gesellschaft zusammenhält. Das sind in der Tat die vielen Ehrenamtlichen in den Vereinen und Verbänden, nicht nur im organisierten Sport, sondern in sehr vielen Bereichen.

Deswegen, finde ich, ist es Aufgabe des Staates und der Verantwortlichen, Hilfestellung zu geben. Uns muss bewusst sein, dass man nicht alle retten kann, aber es geht etwas verloren. Daher liegt die Aufgabe darin, das zu stabilisieren. Ich finde, das muss möglichst unbürokratisch geschehen, was sich an der Abwicklung zeigen wird. Ich darf Sie nicht nur loben, daher gebe ich einen kleinen Hinweis, weil ich mir die Unterlagen angeschaut habe.

(Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

– Es hört sich so an, deswegen muss ich es so formulieren, dass auch Sie es merken, Herr Müller.

In den Unterlagen zu den Förderanträgen des Innenministeriums steht unter Ziffer 8.8: Vereine müssen sich bereit erklären, das Bankgeheimnis aufzugeben. – Machen wir das bei allen Förderanträgen, auch wenn Unternehmen Anträge auf Wirtschaftsförderung stellen? Ich finde, es geht an der Stelle nicht, dass Vereine alles offenlegen müssen, während anderen in der Zuständigkeit anderer Teile der Landesregierung Zuschüsse ohne entsprechende Nachweise überwiesen werden. Man kann Ehrenamt durch Bürokratie auch einschränken.

Ich will das zumindest thematisieren; denn, wenn ein kleiner Verein, der vielleicht 2.000 € oder 3.000 € bekommen kann, Nachweise erbringen muss, dann ist das kontraproduktiv. Vielleicht kann man das noch überarbeiten. Ehrenamt und Bürokratie sind ein generelles Thema. In Sonntagsreden wird zwar gerne gesagt, dass das nicht sein darf, aber jeder kennt einen Verein, der gerne weniger Probleme mit dem Finanzamt hätte.

Im Ergebnis: Ja, Vereine brauchen Unterstützung. Vereine sind wichtig. Natürlich darf nach den ersten Wochen auch an der einen oder anderen Stelle nachgebessert werden. Das ist nichts Schlimmes. CDU und GRÜNE müssen auch nicht permanent beleidigt sein, wenn aus der Opposition der eine oder andere kritische Hinweis kommt. Das widerspricht sich nicht. Es ist zwar schön, zu hören, die Sportministerkonferenz habe dies oder das beschlossen; aber auch eine Sportministerkonferenz kann irren.

Was wir nach sieben Wochen Corona erleben, ist, dass wir einen Flickenteppich in der Bundesrepublik haben. Wir haben 16 Bundesländer, in denen mal das Saarland vorlegt, dann Schleswig-Holstein, dann Niedersachsen, und dann kommt Bayern. Gerade Herr Söder, der sich mokiert, man solle nicht vorpreschen, hat das in den ersten Wochen im Alleingang permanent getan.

(Beifall SPD und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Ausgerechnet Herr Söder mokiert sich, man dürfe nicht vorpreschen. Das finde ich auch bemerkenswert.

(Holger Bellino (CDU): Was meinst du denn jetzt damit?)

– Wie bitte? Ja, euren geehrten Bruder in der Unionskoalition.

(Zuruf CDU: Schwester!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen müssen wir ehrenamtliche Tätigkeit wieder ermöglichen. Das gilt nicht nur für den Sport, das gilt für den Naturschutz, den Umweltbereich, für alle ehrenamtlichen Bereiche. Wir haben eben von Organisationen gehört, die ehrenamtlich Frauenhäuser betreuen und unterstützen. Das gilt für die gesamte Gesellschaft. Wir müssen eine Perspektive bieten. Nach sieben Wochen Corona merken wir das.

Ich lasse jetzt bewusst die unterschiedlichen Bewertungen außen vor. Die einen sagen, dass alles zu schnell geht, die anderen sagen, es war perfekt. Eine Truppe rechts sagt, dass alles Murks war. Ich beglückwünsche und beneide die, die immer alles besser wissen; das ist auch bemerkenswert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen müssen wir Perspektiven bieten, und deswegen muss ehrenamtli-

che Tätigkeit wieder möglich sein. Ich finde es in Ordnung, dafür einige wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Vereine zu verbessern. Vielleicht sollten wir auch darüber reden, dass gemeinnützige Vereine keine Rücklagen haben dürfen. Gewisse Rücklagen brauchen Vereine allerdings auch. Selbst wenn sie nur einen Übungsleiter zu bezahlen haben, müssen sie schon ein bisschen was in der Kasse haben. Das kann man nicht auf null setzen. An dieser Stelle noch nachzuarbeiten, halte ich nicht für verkehrt, und das widerspricht auch nicht dem, was wir gemeinsam beschlossen haben.

Der Hessische Landtag hat Geld zur Verfügung gestellt, um Ehrenamt weiterhin zu ermöglichen, weil wir das mit den hauptamtlichen Kräften nicht leisten könnten. Weder das Land noch eine Kommune könnte mit hauptamtlichen Kräften leisten, wozu ehrenamtliches Engagement in der Lage ist. Unser Impuls muss sein, dieses Ehrenamt weiter zu ermöglichen.

(Beifall SPD)

Das Land gibt eine Hilfestellung. Das ist gut und muss unbürokratisch geschehen, was die Praxis zeigen wird. Wie ich den Innenminister kenne, wird er gleich die Zahlen vortragen und wird sagen, dass alles gut ist. Wenn das so ist, dann sei es so, dann nehmen wir das erfreut zur Kenntnis. Man muss auch gönnen können. Wenn das nicht so ist, dann kann man auch Hinweise aufgreifen, wie das noch zu verbessern ist.

Die Demokratie lebt vom Ehrenamt. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten; und dass dieser Landtag Geld dafür bereitgestellt hat, dass die Regierung solche Programme auflegen kann, finde ich gut, das kann man erwähnen. Wenn es nicht im Antrag steht, dann erwähne ich es hier vom Pult aus. – Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Wir bedanken uns und geben das Wort an den Innenminister, der schon vom Kollegen Rudolph angekündigt worden ist.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Kollege Rudolph, ich bedanke mich ausdrücklich: Sie haben gesagt, dass Sie uns nicht nur loben wollen, und damit haben Sie eingestanden, dass Sie uns auch gelobt haben. Dafür möchte ich mich wirklich sehr herzlich bedanken.

(Heiterkeit – Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Ja!)

In der Tat haben wir eine der größten Herausforderungen – das ist in dieser Debatte und zuvor in der Debatte zu der Regierungserklärung bereits betont worden –, von der alle Lebensbereiche betroffen sind. Auch das ist in dieser Debatte bereits deutlich geworden.

Das Vereinsleben ist natürlich an vielen Stellen beeinträchtigt, nicht nur bei den Sportvereinen – auch wenn ich den Sport als Sportminister besonders im Fokus habe –, sondern auch bei den Vereinen im Bereich Wissenschaft und

Kunst, den Theatervereinen, den Orchestern und Chören. Das ist auch deutlich geworden.

Darüber hinaus sind es auch die Vereine im sozialen Bereich. Ich denke an Frauenzentren, an Jugendhilfeeinrichtungen, an Opferberatungsstellen, an Hospizdienste und -initiativen oder an Vereine für Jugendarbeit oder Menschen mit Behinderungen. Genauso gilt das auch für Vereine aus dem Umweltbereich. Dabei denken wir daran, wie viele Tierheime darauf angewiesen sind, dass ein Vereinsleben im Hintergrund stattfindet. Ich denke auch an Naturschutzvereine, an Jugendwaldheime, an Wildparke, an Falknerien und an Tiergärten. All diese Bereiche machen unser Leben – das ist in dieser Debatte deutlich geworden – in unserer Gesellschaft reicher.

Meine Damen und Herren, unser Anliegen seitens der Landesregierung mit der freundlichen Hilfe des Haushaltsgesetzgebers war, genau denen zu helfen, die dieses Land und diese Gesellschaft zusammenhalten. Wir wissen und erkennen, dass es denen in dieser momentanen Herausforderung besonders schwerfällt, ihre Arbeit zu leisten. Das geht so weit, dass ihre Arbeit im Grunde genommen fast völlig eingestellt werden muss.

Wir wollten dem Rückgrat unserer Gesellschaft, dem Ehrenamt, eine Unterstützung zuteilwerden lassen. Wir wollten denjenigen, die sich zum Wohle aller in unserer Gesellschaft einsetzen, eine Unterstützung zukommen lassen.

Meine Damen und Herren, die Bedrohungen für die Vereine und für die Vereinswelt insgesamt sind deutlich geworden. Das Vereinsleben kann als solches zurzeit nicht stattfinden. Das strahlt natürlich aus auf die Attraktivität eines Vereins. Es gibt aber auch viele Projekte, die in den Vereinen geleistet werden, und zwar im Bereich des Sports, der Umwelt, des Sozialen oder auch bei Wissenschaft und Kunst.

Die Bedrohungen sind vielfältig. Das betrifft natürlich auch die ausfallenden Dorf- oder Stadtteilstellen, bei denen der Turnverein, der Chor oder der Tennisclub seine Wurst verkauft, um damit das Vereinsleben zu finanzieren. Außerdem ist ein Ausfall der Aktivitäten der Musik- und Gesangsvereine zu verzeichnen, die keine Konzerte mehr geben können. Das betrifft Kunstvereine und diejenigen, die Literaturlesungen abhalten, genauso wie diejenigen, die die Blasmusik oder die Mundartkomödie bis hin zum Filmworkshop auf den Weg bringen wollen. Sie können im Moment nicht das tun, was sie gerne machen wollen. Das führt dazu, dass sie zum Teil in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen.

Die Kosten laufen trotzdem weiter für diejenigen, die Vereinsräume angemietet haben, und für diejenigen, die eigene Vereinsheime haben. Die Kosten, von der Versicherung bis hin zu Wasser und Gas, müssen weiter bezahlt werden.

Wenn jemand, von dem wir wissen, dass er die Gesellschaft zusammenhält, in einer solchen Situation ist, dann wollen wir diesen unterstützen.

Ich weiß gar nicht, ob es vorhin Herr Schaus oder Günter Rudolph angesprochen hat. Das Thema Rücklagen ist bei uns im Vereinsrecht geregelt. Die Steuergesetzgebung sieht nun einmal vor, dass die Vereine keine Rücklagen bilden dürfen. Jedenfalls die gemeinnützigen Vereine dürfen das nicht, weil das Steuerrecht das so vorsieht. Deswegen können wir ihnen nicht vorhalten: Spare in der Zeit, dann hast

du in der Not. – Dann müssen wir ihnen konkret helfen, und das wollen wir an dieser Stelle tun.

Wir lassen die Vereine nicht im Stich. Wir haben uns vorgenommen, dass wir bis zu 10.000 € Unterstützungsleistung gewähren, aber nicht für jeden Verein. Kollege Müller, Sie haben das vorhin, bezogen auf die Sportvereine, so schön vorgerechnet. Unterstützen wollen wir vielmehr diejenigen, die es wirklich brauchen. Wir wollen ja nicht ein allgemeines Vereinsförderprogramm auflegen, mit dem wir einfach nur Geld ausschütten. Vielmehr wollen wir denen helfen, die angesichts dieser besonderen Situation jetzt in Schwierigkeiten sind.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann sein, dass der Tennisclub in eine schwierige Situation kommt, weil er vielleicht eine Halle unterhält, die er zurzeit nicht vermieten kann. Es kann aber auch sein, dass der Tennisverein, der keine eigene Halle hat, einfach nur ein bisschen später in der Saison seine Plätze öffnet und sonst keinen Nachteil hat. Der eine muss unterstützt werden. Der andere braucht keine Unterstützung. So müssen wir uns das eben auch anschauen.

Meine Damen und Herren, die Vereine haben auch die Möglichkeit, auf Soforthilfen zurückzugreifen. Auch das will ich hier einmal deutlich machen. Es gibt unterschiedliche Bereiche in den Vereinen, die auch unterschiedliche Hilfen erfordern. An dieser Stelle haben wir zum Teil eine schwierige Abgrenzung vorzunehmen. Das werden wir aber tun im Sinne der Vereine, damit sie aus den Programmen das herausholen können, was sie brauchen, um ihre Probleme in der Krise zu lösen.

Ich kann es nur politisch-professionell nachvollziehen, wenn an diesem Programm herumgenörgelt wird. Herr Kollege Müller, das muss ich jetzt einmal ehrlich sagen.

(Zuruf Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten))

Wenn Sie aber fragen, weshalb wir diese Einschränkungen gemacht haben, dann will ich Ihnen sagen: In den vergangenen Wochen hatten wir in Deutschland und auf diesem Planeten ein Virus, das dazu geführt hat, dass es entsprechende Freiheitseinschränkungen gegeben hat, um diese Gesellschaft zu schützen. Meine Damen und Herren, das ist der Grund – –

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Herr Innenminister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Gerne. Lassen Sie mich aber bitte noch diesen Satz zu Ende sagen. – Das ist der Grund, weshalb wir diese Notprogramme an allen Stellen auflegen. Wir haben das Virus nicht erfunden. Das Virus ist gekommen und hat uns in einer besonderen Form in unserem Gesundheitssystem und in unserer Gesellschaft herausgefordert. Wir mussten Antworten darauf geben. Außerdem müssen wir die Folgeschäden einigermaßen im Griff behalten. Das ist die Aufgabe, die sich einer Regierung stellt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. – Der Kollege Müller hat das Wort.

Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten):

Herr Minister, wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass ich mitbekommen habe, dass es ein Virus gab. Das hat fast jeder in diesem Land mitbekommen.

(Zuruf: Frage!)

Die Frage ist aber, und das habe ich auch vorhin gefragt: Wann geht es denn los? Diese Frage hat die Kollegin von den GRÜNEN leider auch nicht beantwortet. Sie hatten den 4. Mai für Sportanlagen im Freien in den Raum gestellt bzw. angekündigt. Wann geht es in den einzelnen Bereichen los: Sportanlagen im Freien, in den Hallen und auch der weitere Sport im Allgemeinen? Wann können wir damit rechnen, dass der Plan, den die Sportminister vereinbart haben, auch für Hessen gilt? Alle anderen Länder sind schon unterwegs.

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank. – Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, vielen Dank. – Ich will das gerne aufgreifen. Das steht hier auch noch auf meinem Zettel.

(Zuruf Jürgen Lenders (Freie Demokraten))

Ich gehe einmal davon aus, dass Sie die Beschlüsse der Sportministerkonferenz genau gelesen haben. Sofern es der Infektionsschutz zulässt, empfehlen die Sportminister, frühestens ab dem 4. Mai – das heißt, es kann auch ein paar Tage später sein – den Sportbetrieb wieder aufzunehmen. Das war die Empfehlung der Sportministerkonferenz.

Die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin haben sich darauf geeinigt, dass sie den Sport morgen miteinander verhandeln wollen bzw. morgen einen entsprechenden Plan gemeinsam auf den Weg bringen wollen.

Ich kann nichts dafür, dass wir uns solidarisch an das halten, was wir in der Ministerpräsidentenkonferenz vereinbaren. Es gibt andere Länder, wie z. B. das Land Rheinland-Pfalz, das sich nicht daran hält, sondern aussichert. Daher gibt es eine Ungleichheit zwischen Wiesbaden und Mainz.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir schon bei der Frage der Solidarität sind, dann will ich das auch aufgreifen. Ich habe mich vorhin bereits zu der Frage geäußert, wie wir solidarisch als Bundesländer zusammenstehen. Außerdem geht es um die Frage, ob wir auch im Bereich des Sports solidarisch zusammenstehen. Da muss ich Ihnen auch sagen: Ja, ich finde es richtig, dass die Sportminister vereinbart haben, alle Sportarten gleich zu behandeln bei der Frage der Wiederaufnahme des Betriebs. Sie müssen sich nur alle an die Regeln halten, die wir als Sportminister festgelegt haben. Ich empfehle Ihnen insoweit die Hygieneregeln usw. zur Lektüre.

Wir wollen eben keine Differenzierung, wie es andere Länder gemacht haben, die gesagt haben: Rudern, Segeln, Tennis und Golfspielen gehen wieder, alles andere geht aber

noch nicht. – Ich halte es auch im Interesse des Sports nicht für richtig, eine solche Differenzierung vorzunehmen. Es ist eine gemeinsame Solidarität, in der wir als Gesellschaft stehen. Das gilt auch für den Sport. Der Deutsche Olympische Sportbund nimmt das selbstverständlich auch so auf.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Bitte denken Sie an die Redezeit, lieber Herr Minister.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollten uns nicht für unser Programm feiern, wie es gesagt worden ist. Ich finde es aber angemessen, wenn man sich darum kümmert, dass diejenigen, die unser Land zusammenhalten, eine Unterstützung erhalten. Das sollte man im Hessischen Landtag gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber, der die Mittel zur Verfügung gestellt hat, wenigstens einmal thematisieren. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Innenminister. – Damit haben wir über Tagesordnungspunkt 44 debattiert. Die Abstimmung findet vereinbarungsgemäß am morgigen späten Nachmittag oder frühen Abend statt.

Ich darf nun die **Tagesordnungspunkte 2, 10 und 47** aufrufen:

Erste Lesung

Gesetzentwurf

Fraktion der AfD

Gesetz zur Aussetzung der Anpassung der Abgeordnetenbezüge während der Corona-Krise im Jahr 2020

– Drucks. 20/2623 –

Erste Lesung

Gesetzentwurf

Fraktion DIE LINKE

Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags

– Drucks. 20/2668 –

Erste Lesung

Dringlicher Gesetzentwurf

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten

Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags

– Drucks. 20/2684 –

Wir haben vereinbart, dass für jede Fraktion 7,5 Minuten Redezeit das Maß der Dinge ist. Ich werde entsprechend den Drucksachennummern zunächst die AfD, dann DIE LINKE und dann die anderen Fraktionen des Hauses aufrufen.

Herr Lambrou, Sie haben als Antragsteller zu Punkt 2 der Tagesordnung, Drucks. 20/2623, das Wort.

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf der AfD ist eine Aufforderung an uns alle. Es ist die Aufforderung, uns in einer Ausnahmesituation angemessen zu verhalten. Die Corona-Krise hat viele Menschen in Kurzarbeit oder in die Arbeitslosigkeit gezwungen. Viele Unternehmen stehen vor der Insolvenz. Viele Menschen fragen sich, ob das Geld für den laufenden Monat reichen wird.

Wir als Politiker, als Vertreter der Bürger dieses Landes müssen auf diese Situation eingehen und angemessen darauf reagieren.

(Beifall AfD)

Das heißt für uns Politiker, in diesem Jahr, das für uns alle kein leichtes Jahr ist, sollten wir allen, die uns gewählt haben, egal ob SPD, LINKE, GRÜNE, AfD, FDP oder CDU, eines zeigen: Auch wir sind bereit, uns in Verzicht zu üben.

(Beifall AfD – Hermann Schaus (DIE LINKE): Aber nicht beim 7er-BMW!)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geht die AfD einen Schritt in diese Richtung. Vor dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise, die sich immer bedrohlicher abzeichnet, und vor dem Hintergrund eines Rückgangs der öffentlichen Einnahmen, der sehr drastisch ausfallen wird, sollte heute ein Signal von uns allen ausgehen.

Die AfD-Fraktion sah und sieht die Koppelung der Diäten an die Entwicklung des Nominallohnindex generell kritisch. Durch die Koppelung wird jede jährlich wiederkehrende Diskussion über die Angemessenheit der jeweiligen Erhöhung de facto unterbunden. Der Steuerzahlerbund, Landesverband Hessen, sieht das übrigens genauso und betont in seiner Pressemitteilung:

Die Bürger haben einen Anspruch auf mehr Transparenz.

(Beifall AfD)

Ich könnte jetzt fragen, ob die Koppelung an den Nominallohnindex und das damit verbundene Unterbleiben jeder Debatte wirklich diese Transparenz schaffen. Ich könnte auch fragen, ob der heute eingereichte konkurrierende Gesetzentwurf von CDU, GRÜNEN, SPD und FDP sowie der konkurrierende Gesetzentwurf der LINKEN der vergangenen Woche zustande gekommen wären, wenn die AfD nicht mit ihrer bereits am 15. April 2020 eingereichten Gesetzesinitiative Fakten geschaffen hätte.

(Beifall AfD)

Ich könnte jetzt auch auf die Debatte aus dem Frühjahr 2019 eingehen, in der wir über die Erhöhung des Fraktionsbudgets sowie der Abgeordnetendiäten diskutiert haben. Aber das alles ist heute nicht wirklich das Thema. Das heutige Thema lautet Corona. Es geht darum, was Corona anrichtet mit der hessischen Wirtschaft und mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der hessischen Bürger.

Meine Damen und Herren, schauen wir kurz auf die Zahlen. In Hessen hat inzwischen fast ein Drittel aller Betriebe Kurzarbeit angemeldet. Das sind mehr als 52.000 Firmen. Das betrifft rund 700.000 Beschäftigte in Hessen.

Zum Vergleich: In den vergangenen zwölf Jahren haben in Hessen insgesamt lediglich 21.000 Betriebe Anträge auf konjunkturelle Kurzarbeitergelder gestellt – über den ge-

samten betrachteten Zeitraum von zwölf Jahren hinweg. Aktuell sind es ca. 52.000 Firmen in Hessen.

Diese Zahlen zeigen: Wir befinden uns in einer Ausnahme-situation, zumal Unternehmen aller Größen und Branchen betroffen sind und bereits jetzt klar ist, dass die Arbeitslo-senzahlen in Hessen drastisch ansteigen werden.

Es wäre deshalb politisch instinktilos und dem Ansehen des Parlaments abträglich, wenn wir in diesem Jahr nicht eben-falls verzichten würden.

(Beifall AfD)

Lassen Sie uns angemessen auf diese Krise reagieren. Las-sen Sie uns an die vielen Betroffenen denken. Lassen Sie uns auf die Diätenerhöhung verzichten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank, Herr Lambrou. – Für die Fraktion DIE LIN-KE spricht deren parlamentarischer Geschäftsführer, Herr Felstehausen.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren, die Sie diese Debatte im Hessischen Landtag im Livestream verfolgen! Das ist heu-te die einzige Möglichkeit, wie man den Beratungen als Zuschauer beiwohnen kann.

Zunächst einmal möchten wir unsere Genugtuung darüber zum Ausdruck bringen, dass die Regierungsfractionen doch noch zur Einsicht gekommen sind. Als wir LINKE vor einem Monat den Vorschlag ins Spiel gebracht haben, auf die turnusmäßige Erhöhung der Diäten in diesem Jahr zu verzichten, ist uns noch eine Welle an Ablehnung entge-gengeschlagen. „Populismus“ und „mangelnder Sachver-stand“ waren noch die mildesten Vorwürfe, die wir dafür zu hören bekommen haben. Inzwischen scheint aber auch bei Ihnen die Einsicht gewachsen zu sein, dass nicht alles, was legal ist, auch immer legitim ist.

Meine Damen und Herren, niemand bestreitet, dass es für uns Abgeordnete eine angemessene Bezahlung geben muss, und niemand bestreitet, dass die Diäten aufgrund der Inflation regelmäßig angepasst werden müssen. Daher ha-ben auch wir uns für eine Berechnung nach der Entwick-lung des Nominallohnindex entschieden, und wir tragen diese Regelung mit. Wogegen wir uns als LINKE gewehrt haben, war ein blinder Automatismus bei der Anpassung. Wir brauchen nachvollziehbare Kriterien, wenn es um eine Anpassung der Diäten geht, und wir brauchen eine Diskus-sion hier im Parlament um eine Erhöhung der Diäten und deren Umsetzung.

(Beifall DIE LINKE)

Diese Diskussion müssen wir jedes Mal führen, wenn die Diäten angepasst werden sollen. So viel Transparenz kön-nen und müssen wir uns leisten. Deshalb haben wir wieder einen Gesetzentwurf eingebracht, der diese Diskussion er-möglicht und einfordert. Erst ein solches Gesetz, das sich von einem Automatismus verabschiedet, der fünf Jahre lang wirkt, egal, was in der Zwischenzeit passiert, eröffnet uns die Chance, auf besondere Situationen – wie diese – zu

reagieren, ohne jedes Mal das Gesetz ändern oder ausset-zen zu müssen.

Meine Damen und Herren, seien wir einmal ganz ehrlich: Es geht doch nicht um die 182 €, die als mögliche Diäten-erhöhung im Raum stehen. Ich glaube, man tut niemandem unrecht, wenn man sagt, niemandem von uns geht es um einen Betrag in dieser Höhe. Es geht aber – so sehen wir das – um eine Frage der Haltung. Deshalb muss ich sagen, ich finde es beschämend, dass es bei Ihnen von der CDU und den GRÜNEN erst eines ganz immensen Drucks be-durfte, Ihre Haltung zu ändern, und Sie jetzt ganz ver-schämt einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht haben. Ich frage mich wirklich: Auf welchem hohem Ross sitzen Sie eigentlich, dass Sie Ideen reflexhaft ablehnen, selbst wenn Sie diesen Ideen später selbst zustimmen und sie umset-zen?

Jürgen Frömmrich urteilte in seiner bekannten Art: „Leider geht es der LINKEN aber anscheinend nicht um die Sache – oder sie hat die Sache eben nicht verstanden.“ Dazu muss ich sagen: Herr Frömmrich, der Einzige, der hier nicht ver-standen hat, wie die Welt außerhalb des Parlaments aus-sieht, scheinen Sie selbst zu sein.

(Beifall DIE LINKE)

Noch schlimmer kam es von Ihnen, Herr Bellino. Zitat: „In diesen herausfordernden Zeiten gibt es wichtigere Themen als die Besoldung von Landtagsabgeordneten.“ Nein, Herr Bellino, nein, meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben etwas Grundlegendes nicht verstanden. Es geht um die Frage, wer die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Kri-se tragen muss.

Was wir jetzt brauchen, sind keine Steuergeschenke an Fir-men, die ihre Gewinne in Steueroasen verstecken. Wir brauchen keine Steuergeschenke an Manager mit fetten Boni. Wir brauchen keine Steuergeschenke an Firmen, die Aktionären dicke Dividenden ausschütten, während sie die Beschäftigten in Kurzarbeit schicken. Wir brauchen keine Subventionen für Klimakiller und für eine Industrie, von der wir wissen, dass sie die Zukunft nicht mit uns gestalten können. Selbstverständlich brauchen wir in dieser Zeit auch keine Abwrackprämien.

Wenn wir aber von einer Anerkennung für systemrelevante Berufe sprechen, dann reicht eben nicht das Klatschen auf dem Balkon, sondern wir brauchen eine faire Bezahlung, einen armutsfesten Mindestlohn. Wir brauchen gute Ar-beitsbedingungen, die nicht krank machen. Wir brauchen starke Gewerkschaften, und wir brauchen eine Mitbestim-mung in den Betrieben, die diesen Namen auch verdient, um diese Forderungen zu erkämpfen. Herr Bellino, das sind die wichtigen Themen. Es geht um Gerechtigkeit, es geht um Fairness bei der Verteilung von Lasten, und des-halb sprechen wir auch über die anstehende Diätenerhö-hung.

(Beifall DIE LINKE)

Sie wollen derzeit vor allen Dingen den Konzernen und den großen Unternehmen helfen, während viele Kleinun-ternehmen, Solo-Selbstständige und Kulturschaffende auf Hartz IV verwiesen werden. Studierenden, denen der Mini-job weggefallen ist, bieten Sie Almosen und Kredite an. Sie schicken Kinder in Homeschooling, kümmern sich aber nicht um die Frage, wie Familien mit drei Kindern die zusätzlichen Ausgaben für die notwendige Technik bezah-len sollen. Kommen Sie mir jetzt bitte nicht mit der Unter-

stützung in Höhe von 150 €; Sie könnten diesen Betrag selbst einmal durch die Zahl der Kinder teilen, die diese Familien haben.

Ich wiederhole das Zitat von Herrn Bellino: „In diesen herausfordernden Zeiten gibt es wichtigere Themen als die Besoldung von Landtagsabgeordneten.“

(Zurufe CDU: Stimmt doch!)

Herr Bellino, mit dieser Aussage haben Sie unter Beweis gestellt, dass es in diesen herausfordernden Zeiten nichts Wichtigeres gibt als DIE LINKE in den Parlamenten, um dem Populismus der CDU entgegenzutreten.

(Beifall DIE LINKE – Lachen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Felstehausen. – Für die Fraktion der CDU spricht der Kollege Holger Bellino.

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat haben Sie das Zitat richtig vorgetragen, allerdings haben Sie vergessen, zu erwähnen, wann ich das gesagt habe. Das war zu einer Zeit, als wir alle mit schlimmen Bildern aus Italien konfrontiert wurden. Das war in der Zeit, als es hier in Wiesbaden und in Berlin Menschen gab, die Tag und Nacht darüber nachgedacht haben, wie wir so etwas wie in Italien verhindern können. Das war in der Zeit, als wir nach Schutzausrüstungen gesucht haben. Das war in der Zeit, als wir über eine Corona-Impfung nachdachten – und über vieles andere. In dieser Zeit gab es in der Tat Wichtigeres, als über eine Diätenerhöhung, eine Diätenanpassung nachzudenken. Das ist der Kontext, in dem Sie das sehen müssen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Christiane Böhm (DIE LINKE))

Sie können vielleicht nicht nachvollziehen, dass man, wenn man Regierungsverantwortung trägt oder einer die Regierung tragenden Fraktion angehört, nach der richtigen Lösung für drängende Probleme sucht und in der Tat eben nicht über eine Diätenanpassung nachdenkt, die erst vier Monate später wirksam wird.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Wir sind halt schneller, da kann man nichts machen!)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die gemeinsame Gesetzesinitiative der CDU, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP berücksichtigt die aktuelle Situation. Damit meine ich in der Tat das, was wir wahrnehmen: Kurzarbeit sowie kleine und mittlere Unternehmen, die sich um die Zukunft sorgen. Auf der anderen Seite bleiben wir, was die Diätenanpassung angeht, in einem System, das so transparent ist wie kein anderes in Deutschland, das so fair ist wie kein anderes System und das keinesfalls dazu führt, dass man „einfach einmal so“ Diäten erhöht oder verändert. Wir orientieren uns vielmehr an dem, was die Bürgerinnen und Bürger in Hessen im Vorjahr realisiert haben, wenn es um ihr Einkommen geht. Das holen wir ein Jahr später nach – im Guten wie im Schlechten. Das ist das Besondere an diesem Sys-

tem, und deshalb braucht man sich für dieses System keinesfalls zu schämen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bleiben bei diesem System, in das ein Solidaritätsfaktor eingearbeitet ist, weil die Diäten nicht zwangsläufig steigen müssen; sie können auch sinken, wenn die Entwicklung in Hessen entsprechend schlecht war. Auf der anderen Seite beachten wir aber auch das, was man in dieser einzigartigen Krise, was man angesichts einer einzigartigen Pandemie, wie wir sie Gott sei Dank nach dem Kriege noch nicht erlebt haben und hoffentlich auch nicht mehr erleben und durchleben müssen, als angemessene Reaktion darstellen kann.

Ich frage mich, wo der Kollege von der LINKEN den ganzen Tag war. Nach den stundenlangen Debatten, in denen wir in vielen Dingen einig waren – in manchen nicht –, z. B. in der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, in der Unterstützung von Solo-Selbstständigen und in der Unterstützung von Vereinen und in vielem anderen mehr, darauf hinzuweisen, wir hätten nichts anderes im Kopf, als die Großindustrie und die großen Unternehmen zu fördern, ist doch total an der Debatte vorbei, die wir den ganzen Tag über geführt haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe DIE LINKE)

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass es Ihnen um nichts anderes als um billigen Populismus geht, dann haben Sie diesen Beweis mit Ihrer Rede geliefert.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe bereits darauf hingewiesen, dass wir zum einen bei diesem Modell bleiben, das wir für ausgewogen halten. Das heißt auch, dass wir uns im nächsten Jahr anschauen werden, wie sich die Einkommensverhältnisse in diesem Jahr entwickeln, dass wir dann die beiden Jahre miteinander vergleichen und uns dann wieder über eine Diätenanpassung unterhalten – egal, in welche Richtung sie gehen mag.

Es sei auch gestattet, zu sagen, weil die beiden Vorredner teilweise den Eindruck erweckt haben, die Politiker seien wieder einmal sich selbst gegenüber nachsichtig und erhöhten die Diäten: Nein, das tun wir nicht. Das habe ich dargelegt. Ich habe vorhin auch dargelegt, dass das System, in dem wir uns bewegen, es sowieso nicht zulässt, die Diäten „einfach einmal so“ zu erhöhen.

Wir werden aber in der zweiten Lesung, nach der Beratung im Ältestenrat, auch deutlich darauf hinweisen, dass wir im Bereich des öffentlichen Dienstes die Einzigen sein werden, die diesen Weg gehen. Das gilt nicht nur für uns aktive Abgeordnete, sondern das gilt auch für diejenigen, die vor uns hier gesessen haben. Die leisten ebenfalls diesen Solidaritätsbeitrag, während wir das anderen Versorgungsempfängern, Renteneempfängern und Pensionären, nicht zumuten. Das kann dieses Haus, die erste Gewalt, der Hessische Landtag, mit einem gewissen Maß an Selbstbewusstsein für sich reklamieren. Ich denke, auch das sollte man zur Kenntnis nehmen.

Ich darf zusammenfassend feststellen: Wir bleiben bei unserem, wie wir meinen, fairen, transparenten und angemessenen System, das sich an der Entwicklung des Nominallohnindex orientiert. Wir werden aus Solidarität, aus Respekt vor denen, die in diesem Jahr tatsächlich existenziel-

le Ängste haben, die eigentlich gerechtfertigte Diätenerhöhung aussetzen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Bellino. – Nächster Redner ist der Abg. Günter Rudolph für die Fraktion der SPD.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bewundere das Selbstbewusstsein, mit dem der eine oder andere hier zu diesem Thema vorgetragen hat. Man sollte sich an der Stelle aber nicht wechselseitig überschätzen.

Der Index, an dem uns zu orientieren wir hier im Parlament vor vielen Jahren mit breiter Mehrheit beschlossen haben, ist eine Zahl, die vom Statistischen Landesamt über die allgemeine Lohnentwicklung sowohl des öffentlichen Dienstes als auch der freien Wirtschaft ermittelt wird. Das ist ein vernünftiger Maßstab, zu dem die SPD-Fraktion damals wie heute steht, weil dieser Index unabhängig ist.

Wenn das von der rechten Seite in Abrede gestellt wird, frage ich Sie: Nach welchen Kriterien sollen Abgeordnete denn vergütet, entlohnt werden? Welche objektiven Kriterien gibt es? Eine Regelung, die den Bund der Steuerzahler zufriedenstellt? Der Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler ist ja noch nicht einmal bereit, die Höhe seiner Entlohnung öffentlich zu machen. Deshalb brauchen wir von der Seite nun einmal gar keine Hinweise, wie man mit dem Thema Transparenz umgeht.

(Beifall SPD – Zurufe AfD)

– Ja, es ist so. – Der Index ist vernünftig. Wir haben in der aktuellen Diskussion aber ein Problem: Der Index ist ein Jahr „zurück“. Der Landtagspräsident hat uns mitgeteilt, wenn man den Index zum Maßstab nähme, dann ergäbe sich eine Erhöhung der Abgeordnetendiäten um 2,3 %. Das ist errechnet worden.

(Zuruf Minister Michael Boddenberg)

– Das ist die Größenordnung. Herr Finanzminister, Sie spielen in einer anderen Liga, weil Sie vorher Minister waren. Sie kommen gar nicht mehr in den Genuss der Diäten, weil Minister höher, besser – oder anders, um es so herum zu formulieren – vergütet werden als Abgeordnete.

Dieser Index ist also schon vernünftig, aber wir können in der gegenwärtigen Phase nicht erklären, dass Abgeordnete eine Diätenerhöhung bekommen.

Als die ersten Vorschläge kamen, kam es, wie so oft, zu einem Überbietungswettbewerb. Wahrscheinlich haben die LINKEN und die AfD Dutzende von Zuschriften bekommen, wie richtig und wichtig das alles ist. Kluge Journalisten haben wahrscheinlich entsprechende Kommentare dazu geschrieben. Ich stelle fest, dass seit Jahren bei dem Thema Erhöhung der Diäten oder bei der Diskussion über die Höhe der Diäten eine sehr vernünftige Debatte geführt wird. Das war vor vielen Jahren anders, weil das noch nach einem nicht nachvollziehbaren Verfahren lief.

Wir haben, als die ersten Vorschläge kamen, gesagt: Wir beraten darüber, wie sich das gehört, in der Fraktion. – Das haben wir dann auch getan, und für uns war relativ klar – Kollegin Faeser und ich haben das zunächst intern und dann auch öffentlich gesagt –: Eine Erhöhung der Diäten können wir in diesem Jahr nicht vertreten, weil Politiker eine Vorbildfunktion haben.

So ist der Gesetzentwurf dann zustande gekommen. Die Prozesse in den anderen Fraktionen sind nicht mein Bier. Die Fragen dazu müssen die Kollegen selbst beantworten – was sie auch tun werden. Deswegen haben wir gesagt, dass wir in diesem Jahr die Erhöhung aussetzen, aber den Index beibehalten wollen.

Herr Kollege Felstehausen, dann kommen Sie mit Ihrem Ladenhüter, indem Sie sagen: Ich will jedes Jahr darüber diskutieren. – Im Ergebnis haben Sie den meisten Dingen zugestimmt. Auf der Bundestageebene hat es mit dem Index auch so funktioniert.

Ich bin gern bereit, über die Frage zu diskutieren, wie hoch die Vergütung von Abgeordneten sein darf. Wir können gern darüber diskutieren. Wir bewegen uns bei der Höhe der Vergütung zurzeit etwas oberhalb der Besoldungsgruppe B 3. Damit das in diesem Landtag einmal klar ist: Das ist der Rang eines stellvertretenden Abteilungsleiters in einem Ministerium. Das sage ich nur, damit wir einmal über die Größenordnung und die Funktion reden.

Wir stellen uns auch nicht hierhin und sagen, dass wir zu wenig verdienen. Das hat in der heutigen Debatte auch niemand getan. Aber wir sollten auch das Selbstbewusstsein haben, zu sagen, welche Funktion wir haben. Wer seine Arbeit wahrnimmt, wird als Abgeordneter in Vereinen und Verbänden Mitglied sein, in denen er sonst, als normale Person, kein Mitglied wäre. Wenn ich zur Feuerwehr und zum Sportverein gehe – das wird bei vielen Kolleginnen und Kollegen so sein –, ist es so: Die Spende und den Pokal, den ich stifte, bezahle ich selbst. Ich habe keine Verfügungsmittel. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gehört zur Redlichkeit und zur Ehrlichkeit dazu, auch das einmal zu sagen.

(Beifall SPD)

Diese Debatte wird gern geführt, weil das durchaus ein Feld ist, bei dem wir besonders sensibel sind. Ich finde, als Fraktionen sind wir in den letzten Jahren dieser Verantwortung überwiegend gerecht geworden. Das Problem, ob das zu viel oder zu wenig ist, kann ich nicht lösen; das gilt aber auch für andere Berufsgruppen. Wir setzen für dieses Jahr ein Zeichen. Wir warten die Entwicklung ab – so steht es im Gesetzentwurf –, und dann wird das bei der nächstjährigen Indexfeststellung berücksichtigt. Ich finde, das ist eine vernünftige Lösung an der Stelle.

Eines will ich noch an die rechte Seite gerichtet sagen, weil Herr Lambrou das so schön ausgedrückt hat: Herr Lambrou, wissen Sie, bei Ihnen kann man das tatsächlich nicht glauben. Ist das ehrlich gemeint? Erst stellen Sie sich hierhin und sagen: „Ich brauche keinen Dienstwagen“, und dann erklären Sie, Sie bräuchten einen Dienstwagen aus Sicherheitsgründen. Das ist eine solche Heuchelei, dass es unerträglich ist.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, wir alle kennen das aus der Geschichte: Wasser predigen und Wein zu sich nehmen, und

zwar reichhaltig. Aus Sicherheitsgründen – es ist unerträglich. Da könnte ich ein paar andere Kolleginnen und Kollegen nennen, die mit dem Zug fahren und sich z. B. im Frankfurter Hauptbahnhof unter vielen Menschen bewegen. Da ist die Sicherheitsgefährdung möglicherweise höher als bei Herrn Lambrou. Deswegen sage ich: In solchen Zeiten, nach Volkmarshausen und Hanau, mit dem Sicherheitsaspekt zu spielen, ist ein ziemlich schäbiger Versuch, den wir an dieser Stelle klar zurückweisen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

Wenn Sie ein bisschen Mumm in den Knochen haben – Sie haben sich ja schon gemeldet –, entschuldigen Sie sich für diesen Vergleich und kommen nachher nicht mit billiger Rechthaberei.

Ich will noch etwas sagen – es wird jetzt möglicherweise nicht alle erfreuen –: Wir Abgeordnete setzen ein Zeichen, weil wir uns der Verantwortung bewusst sind. Herr Kollege Bellino hat gesagt, der öffentliche Dienst nicht. Aber ich finde – wir haben noch bis zur zweiten Lesung Zeit –, die Mitglieder der Landesregierung, womit ich explizit die Personengruppe der Minister und Staatssekretäre meine, könnten auch einmal darüber nachdenken, ob sie ebenfalls ein Zeichen setzen können. Darum geht es im Moment;

(Beifall SPD und DIE LINKE)

denn die Bezüge der Minister und Staatssekretäre sind an die Beamtenbesoldung gekoppelt. Wir haben zwischen 2019 und 2021 eine Besoldungserhöhung von über 8 % – die ich den Beamtinnen und Beamten gönne; denn nicht alle sind in der Besoldungsgruppe B 6. Das sage ich, damit das auch einmal klar ist. In der öffentlichen Diskussion wird das gelegentlich ein bisschen verkehrt dargestellt.

Ich finde, wir werden weder mit den Einsparungen bei den Diäten der Abgeordneten noch mit einer möglichen Einsparung bei den Bezügen der Minister und Staatssekretäre den Landeshaushalt sanieren. Aber wir leisten damit – wir haben über Corona-Hilfen von über 8 Milliarden € geredet – einen kleinen Beitrag.

Ich finde, die Landesregierung sollte sich bis zur zweiten Lesung überlegen, in welcher Form sie diesen Beitrag leistet. Sie sind sonst durchaus kreativ. Ich traue Ihnen sogar zu, dass Sie eine Lösung finden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ansonsten bin ich gern bereit, Ihnen behilflich zu sein,

(Beifall SPD)

damit wir gemeinsam ein Signal setzen. Wir stehen zu dem Gesetzentwurf, wir halten den Index für gerechtfertigt, wir setzen ein Signal, und wir setzen bei dem Thema nicht auf Populismus. – Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. – Nächster Redner ist der Abg. Jürgen Frömmrich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ausgesprochen dankbar, dass der Kollege Bellino und der Kollege Rudolph die Sache hier so dargestellt haben, wie sie sich tatsächlich verhält. Wir haben hier einen Gesetzentwurf vorgelegt, der, wie ich glaube, sehr schlüssig ist und in dem es deutlich heißt, dass wir die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge für 2020 aussetzen, dass wir die Entwicklung in den Jahren 2020 und 2021 gemeinsam betrachten und dann die notwendigen Rückschlüsse daraus ziehen. Diese Schlüsse müssen dann auch im Hinblick auf das gezogen werden, was in den vergangenen Jahren hier beschlossen worden ist.

Ich will noch einmal deutlich sagen – Kollege Rudolph hat das auch dargestellt –, dass das Prinzip, das wir im Hessischen Landtag seinerzeit gefunden haben, nämlich das Prinzip der Orientierung am Nominallohnindex, richtig und nachvollziehbar ist. Was ist denn daran zu kritisieren, dass wir als Abgeordnete des Hessischen Landtags sagen: „Wir orientieren uns an den Einkommen der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land“? Was ist daran zu kritisieren?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gilt in guten wie in schlechten Zeiten; denn beim Nominallohnindex ist nicht gesagt, dass er immer nach oben geht. Nominallohnindex bedeutet, dass das jeweils vorangegangene Jahr betrachtet und geschaut wird, wie sich die Löhne und die Einkommen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land entwickelt haben. Wenn sich die Löhne und die Einkommen im Jahr 2020 schlechter entwickeln – wir alle befürchten das, weil wir in einer schlimmen Krise sind –, wird das natürlich Auswirkungen auf den Nominallohnindex im Jahr 2020 haben, und daraus sind dann auch Rückschlüsse zu ziehen für die Entscheidungen, die wir im nächsten Jahr zu treffen haben.

Ich sage noch einmal: Es gibt keinen nachvollziehbareren Index als diesen; denn wir sagen damit, wir wollen an der Einkommensentwicklung teilhaben, genauso wie es die Bürgerinnen und Bürger im vergangenen Jahr gemacht haben. Wenn es nach unten geht, geht es auch für die Abgeordneten des Hessischen Landtags nach unten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nachvollziehbar, das ist Transparenz, das ist für jeden erklärbar, und deswegen ist das Prinzip auch richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Die Entschädigungen der Abgeordneten in diesem Haus – ich glaube, der Kollege Rudolph hat es auch schon gesagt – sind nicht exorbitant hoch, sondern sie liegen im Vergleich zu dem, was in anderen Bundesländern an Entschädigungen gezahlt wird, ungefähr im oberen Mittelfeld. Ich finde, dass das, wie wir feststellen, wenn wir uns an den anderen Bundesländern und am Bund orientieren, durchaus nachvollziehbar ist. Es ist nicht so, dass das bei uns ein Ausreißer ist oder dass wir besonders hohe Diäten haben.

Von den beiden Fraktionen, die hier ihre Gesetzentwürfe in erster Lesung eingebracht haben, wird ein bisschen versucht, das Bild des gierigen Abgeordneten zu stellen, der nicht genug kriegt in einer Zeit, in der wir alle mit vielen Problemen, auch was die Corona-Krise betrifft, zu kämpfen haben. Dieses Bild stimmt einfach nicht, dieses Bild ist

falsch. Wir sind in der Vergangenheit – und werden das auch in Zukunft tun – sehr verantwortungsbewusst mit diesem System umgegangen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Es wundert einen schon, wenn hier immer – ich will das Kompliment an den Kollegen Felstehausen gern zurückgeben – mit Sparsamkeitsgründen und anderem argumentiert wird. Ich kann mich an die erste Diskussion erinnern, die wir als parlamentarische Geschäftsführer geführt haben, als es darum ging, wie die Ausstattung der Fraktionen, die Pauschalen für die Abgeordneten und die Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten sein sollen. Da hat sich DIE LINKE nicht als die Partei erwiesen, die erklärt hat: Wir müssen uns am Gehalt der Putzfrau, des Busfahrers oder der Verkäuferin orientieren. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, da konnte es nicht genug sein. Das muss hier auch einmal gesagt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Zurufe DIE LINKE)

Von daher halte ich es für den verkehrten Weg, eine solche Debatte an einem solchen Punkt so aufzuziehen. Sie sollten einmal mit dem Kollegen Schaus Rücksprache halten und ihn fragen, wie es seinerzeit gewesen ist. Da war es wie an der Würsttheke: Darf es nicht noch ein bisschen mehr sein, damit wir noch ein bisschen besser ausgestattet sind? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wollen wir hier einmal hinterlegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Wie peinlich!)

Aber es ist eben so, dass uns besondere Zeiten auch besondere Entscheidungen abverlangen. Wir haben in diesem Land in den letzten Wochen erlebt, dass es Menschen immer schlechter geht, dass Menschen nicht wissen, wie sie ihre Zukunft gestalten, wie sie ihr Einkommen generieren sollen. Wir haben es mit vielen Menschen zu tun, die Existenzängste haben. Natürlich müssen dann Abgeordnete des Hessischen Landtags, dieser Erkenntnis folgend, sagen: Dann müssen wir auch über unsere eigene Ausstattung reden. – Das machen wir, indem wir diesen Gesetzentwurf vorlegen.

Wenn Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Solo-Selbstständige, Selbstständige, Künstler und Freiberufler um ihre Existenz kämpfen, kann es nicht so sein, dass wir im Landtag darüber hinweggehen und unsere Entschädigungen anheben. Deswegen ist der Vorschlag, den wir hier gemeinsam mit SPD und FDP vorlegen, ein Schritt in die richtige Richtung. Er wirft das System nicht über Bord, sondern er zeigt genau auf, wie es weitergehen kann.

Ich will auch noch etwas in Richtung AfD sagen: Sie haben sich hier sehr eindeutig dahin gehend geäußert, man müsse einsparen, und Sie hätten schon bei der Konstituierung auf Einsparungen hingewiesen. Ich kann mich gut daran erinnern, wie Herr Lambrou plakativ erklären ließ: „Lambrou verzichtet auf Dienstwagen und Fahrer“. Herr Lambrou, ich vermisste das gleiche Bild, mit dem Sie erklären, warum Sie das auf einmal doch gemacht haben. Das haben Sie schön still und heimlich hintenherum eingeführt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und vereinzelt CDU)

Da gab es keine Überschriften wie „Lambrou verzichtet auf Dienstwagen“, „Lambrou kann auch ohne Dienstwagen engagiert arbeiten“ oder „Lambrou will kein rollendes Büro“. Das waren die Schlagzeilen, die Sie damals verursacht haben. Ich habe Sie betreffend keine Schlagzeile gelesen, die folgendermaßen lautet: Wir haben das jetzt anders gesehen, wir wollen das rollende Büro, wir wollen den Dienstwagen, wir können ohne Dienstwagen und ohne Fahrer nicht engagiert arbeiten. – Kolleginnen und Kollegen, das, was Sie hier machen, ist wirklich Pharisäertum. Sich hierhin zu stellen und in dieser Art zu argumentieren, ist voll daneben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihnen reicht, was die Luxuskarosse betrifft, noch nicht einmal der BMW 5er, den sich andere im Haus ausgesucht haben. Nein, es muss ein bisschen mehr sein. Da wird ein BMW 7er ausgesucht. Sie predigen also Wasser und trinken noch nicht einmal Sekt, sondern Sie schlürfen Champagner. Kolleginnen und Kollegen, es ist das falsche Bild, das Sie stellen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Ende begründen Sie das alles mit den schrecklichen Morden in Hanau.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist das Schlimme!)

Sie sagen, dass Sie deswegen jetzt mehr Sicherheit und einen Fahrer brauchen. Das sagen ausgerechnet die, die in den letzten Jahren Hass und Hetze in diesem Land verbreitet haben. Sie stellen sich hierhin und stellen einen Zusammenhang zwischen Ihrem Dienstwagen und den Morden in Hanau her. Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten sich schämen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE, vereinzelt CDU und Freie Demokraten)

Das folgt immer dem gleichen Prinzip: Sie übertreten Regeln, und wenn Sie beim Übertreten der Regeln erwischt werden, stilisieren Sie sich als Opfer. Sie sind in dieser Frage nicht die Opfer, sondern Sie sind diejenigen, die in diesem Land Hass schüren und Hetze verbreiten. Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten sich für diesen Vergleich und für die Begründung der Anschaffung des Dienstwagens mit den Morden in Hanau wirklich schämen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Nächster Redner ist für die Fraktion Freie Demokraten Herr Kollege Jürgen Lenders.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schon bei der Rede des Kollegen Felstehausen ist mir aufgefallen, dass die Debatte jetzt eine etwas andere Wendung bekommt und dass es nicht mehr nur darum geht, über die Bezüge der Abgeordneten des Hessischen Landtags zu diskutieren.

Herr Kollege Frömmrich hat es Ihnen auch schon gesagt: Wir reden über viele Menschen, die ihr privates Vermögen

einsetzen müssen, um diese Krise zu bewältigen. Viele Menschen werden wahrscheinlich ihren Arbeitsplatz verlieren sowie privates Vermögen. Wir reden über Unternehmer, die Eigenkapital verlieren werden. Wir reden über Unternehmer, deren ganze Existenzen, die über Jahrzehnte aufgebaut worden sind, auf einmal vor dem Aus stehen.

Wie viele Insolvenzen es in diesem Land geben wird, können wir überhaupt noch nicht absehen. Wir reden jetzt nicht von den „bösen“ Kapitalgesellschaften, wie Sie immer meinen. Wir reden nicht von Mercedes-Benz oder VW, sondern von vielen kleinen Gastwirten, Einzelhändlern und Handwerkern, von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die wirklich Existenzängste haben, wo wir nicht wissen können, wie die Sache ausgeht. Herr Felstehausen, in diesem Themenkomplex kommen Sie und sagen, eine der Lösungen für all das sei der Verzicht der Abgeordneten auf die Erhöhung ihrer Diäten. – Herr Kollege, was Sie machen, ist lächerlich.

(Beifall Freie Demokraten)

Das wird den Menschen auch nicht gerecht, die wirklich vor Existenzproblemen stehen.

(Zuruf Torsten Felstehausen (DIE LINKE))

– Natürlich haben Sie das gesagt; natürlich haben Sie es in diesen Kontext gestellt.

Meine Damen und Herren, uns, die diesen Gesetzentwurf heute in unterschiedlicher Art und Weise das erste Mal lesen, muss klar sein, dass das nicht mehr als ein Symbol sein kann – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall Freie Demokraten, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man sollte wirklich nicht überhöhen, was wir hier tun. Es wäre schön und ein größeres Symbol, wenn sich die Regierungsbank hieran beteiligte. Dann wäre das Symbol größer und kräftiger, aber es bleibt ein Symbol.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn man mit solch einem Symbol umgehen will, ist es richtig, mehrere Jahre gemeinsam zu betrachten. Mir sind viele Journalisten begegnet, die gesagt haben: Ich verstehe euer System, aber es ist schwer zu vermitteln. – Ich habe aus den Reihen der Journalisten auch viel Verständnis für unsere Situation erfahren, die sagten: Jawohl, wir verstehen, wie ihr das im Hessischen Landtag gemacht habt. Es ist nachvollziehbar. Es ist transparent.

Herr Lambrou, einmal zu Ihnen. Es geht Ihnen nicht um Transparenz und darum, ob wir dies hier jedes Jahr diskutieren; denn Transparenz ist gegeben. Beim Landesamt für Statistik kann das jeder nachlesen. Herr Lambrou, es geht Ihnen nicht um Transparenz, sondern um die Debatte, um diese politische Debatte, die Sie hier jedes Jahr wieder führen – um nichts anderes.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Lambrou, es geht Ihnen auch darum, dieses „ewige“ Bild zu zeichnen, Sie seien etwas anderes als „normale“ Abgeordnete, nach dem Motto: Dort sind die Altparteien; sie sind irgendetwas anderes. – Doch jetzt erkennen Sie, dass Sie in diesem Parlament angekommen sind. Herzlichen Glückwunsch, die Realität hat Sie eingeholt. Sie sind

nichts Besseres oder Schlechteres als jede andere Fraktion in diesem Haus.

(Zurufe: Na, na, na!)

Eine der wenigen Stellschrauben, die Sie hier noch haben, ist solch eine Symboldebatte über Abgeordnetenbezüge. Das wird Ihnen aber nicht gelingen. Diese Scheinheiligkeit ist Ihnen jetzt vor allen Dingen mit Ihrem Dienstwagen massiv auf die Füße gefallen, und Ihre Glaubwürdigkeit ist weg – egal, was Sie uns jetzt noch erzählen wollen.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. – Für die Fraktion der AfD hat sich noch ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Abg. Lambrou, gemeldet. Herr Abg. Lambrou, Ihnen verbleiben noch 4:30 Minuten.

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um den Tagesordnungspunkt: Aussetzung der Diätenerhöhung.

(Zurufe: BMW!)

Das ist den Vorrednern völlig in Vergessenheit geraten. Sie gefiern am Rednerpult in Ihrer Erregung geradezu

(Beifall AfD)

über meine Entscheidung, dass ich mich aus Sicherheitsgründen entschieden habe, nachdem ich ein Jahr lang auf einen Dienstwagen verzichtete, diesen nun doch zu akzeptieren.

(Lachen)

Die Art und Weise, wie Sie das thematisieren, bedarf eigentlich keines Kommentars mehr von uns.

(Beifall AfD)

Dennoch möchte ich auf zwei meiner Vorredner eingehen. Ich denke, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Debatte eventuell eingeschaltet haben, weil sie sich dafür interessieren, ob sich der Landtag in Verzicht üben kann. Diese werden sich gerade kneifen und fragen: Was geht hier eigentlich ab? Wie wichtig ist den Rednern am Pult eigentlich das Thema der Aussetzung der Diätenerhöhung, wenn sie sich über etwas ganz anderes unterhalten?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sie haben doch das Thema „Dienstwagen“ hochgezogen, nicht wir!)

Lieber Herr Frömmrich, zu Ihrer Information: Ich habe nicht nur auf den Dienstwagen verzichtet, das wird dem Steuerzahler auch einiges eingespart haben,

(Zurufe: Oh!)

sondern auch auf einen persönlichen Referenten. Diese Stelle habe ich erst im Januar besetzt. Das sind summa summarum etwa 50.000 €.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Frömmrich, wie viel Geld haben Sie dem Steuerzahler eigentlich im letzten Jahr durch irgendeinen Verzicht im Landtag eingespart?

(Beifall AfD)

Ich sage nicht, dass Sie das machen müssen; aber stellen Sie nicht die Ernsthaftigkeit meines Handelns in Abrede. Es ist mir mit diesem Anliegen durchaus ernst gewesen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Gewesen“! Ja, in der Vergangenheit, sehr gut!)

Jetzt zum Kollegen Frömmrich, der gesagt hat, er glaube mir nicht, dass ich den Wagen aus Sicherheitsgründen genommen hätte. Ich will Ihnen aus einer Stellungnahme vorlesen, die ich gestern verfasst habe:

Nach den zunehmenden Anfeindungen gegenüber AfD-Politikern in der letzten Zeit musste ich den Schritt gehen und mir einen Dienstwagen vom Landtag zur Verfügung stellen lassen – auch wenn mir das nicht gefällt. Ich möchte mehr Sicherheit für mich und meine Familie.

(Zurufe)

Ich habe bereits mehrere unangenehme Situationen in der letzten Zeit privat im öffentlichen Raum erlebt. Daraus folgere ich:

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen)

Präsident Boris Rhein:

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um mehr Ruhe im Plenarsaal. – Das Wort hat Kollege Lambrou.

Robert Lambrou (AfD):

Die Sicherheitslage für AfD-Politiker und Parteimitglieder hat sich deutlich verschlechtert. Das belegt auch eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion. Insgesamt gab es im Jahr 2019

– das Jahr 2020 dürfte entsprechend übler sein –

691 Angriffe auf Politiker der AfD und deren Parteibüros. Dies sind mehr Angriffe als bei allen anderen Parteien zusammen.

(Beifall AfD)

Das ist zu verurteilen; jeder Angriff ist einer zu viel. Verstehen Sie mich nicht falsch, aber es ist nun einmal Fakt, dass sich mehr als die Hälfte der Angriffe gegen die AfD richtet. Herr Rudolph, mir aber zu unterstellen, dass dies „vorgeschoben“ sei, ist aus meiner Sicht schäbig. Ich habe Ihnen dies noch einmal als Grafik mit gebracht.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

Schauen Sie sich das bitte an: 691 Angriffe auf AfD-Politiker oder Parteibüros; die restliche knappe Hälfte sind Angriffe auf Kolleginnen und Kollegen oder Parteibüros Ihrer Parteien.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Jeder Angriff ist einer zu viel, aber nehmen Sie endlich einmal zur Kenntnis, dass die Sicherheitslage von AfD-Po-

litikern am bedenklichsten ist. Aus diesem Grunde bin ich diesen Schritt gegangen. Die Art und Weise, wie Sie mit diesem Thema bei einem ganz anderen Tagesordnungspunkt umgehen, macht mich fassungslos.

(Beifall AfD)

Ich denke, ich habe hierzu jetzt alles gesagt. Herr Rudolph und Herr Frömmrich, nicht ich, sondern Sie müssen sich entschuldigen für die Art und Weise, wie Sie hier am Rednerpult geifernd über etwas geredet haben, was einen sehr ersten Hintergrund hat. – Vielen Dank.

(Beifall AfD – Günter Rudolph (SPD): Sie sollten sich schämen!)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Lambrou. – Für die Fraktion der CDU hat sich Herr Kollege Bellino gemeldet. Es bleiben ihm noch rund zwei Minuten.

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Lambrou, ich habe mich in meinem ersten Redebeitrag bewusst nur an den Diäten orientiert, obwohl mir das, was die Kollegen dann aufgegriffen haben, auch auf der Zunge lag und auch ich dies gern gemacht hätte. Wenn Sie jetzt aber sagen, Sie hätten zum Thema Dienstwagen alles gesagt, dann sage ich Ihnen: Sie haben zu viel gesagt.

(Beifall CDU)

Wir haben hier Fraktionsvorsitzende sowie ehemalige Fraktionsvorsitzende im Raum. Was hat das Thema Dienstwagen, wie ihn die Fraktionsvorsitzenden fahren, bitte schön, mit dem Thema Sicherheit für Sie persönlich sowie für Ihre Familie zu tun? Übernachten Sie in diesem Dienstwagen?

(Heiterkeit und Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE – Zuruf: Wohnmobil!)

Ich wusste auch nicht, dass diese gepanzert sind. Oder sind Ihre Fahrkünste so schlecht, dass Sie sagen: „Ich lasse mich lieber fahren, dadurch habe ich mehr Sicherheit“?

(Heiterkeit und Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Lambrou, es tut mir leid: Es hätte Ihnen besser zu Gesicht gestanden, entweder auf diese berechtigte Kritik der Damen und Herren, die zwischen uns gesprochen haben, zu hören oder tatsächlich zu sagen – ich will gar nicht sagen, Sie sollten sich entschuldigen –: Ich habe mich getäuscht; ich sehe, dass man als Fraktionsvorsitzender nebenbei telefonieren, dass man sich mit der Welt austauschen muss, während man gefahren wird, dass man sich Gedanken machen muss. Deshalb habe ich gelernt, dass man ein Dienstfahrzeug braucht. – Das wäre angemessen gewesen. Was Sie hier machen, war und ist leider lächerlich.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Freie Demokraten)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Bellino. – Der nächste Redner ist Kollege Jürgen Lenders für die Fraktion der Freien Demokraten. Herr Lenders, Ihnen verbleiben noch drei Minuten.

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Herr Kollege Lambrou, ich schließe mich den Worten des Kollegen Bellino an; denn hier mit einer Statistik und mit Diagrammen aufzutauchen, zeigt: Irgendwie scheinen Sie auf das Thema Dienstwagen vorbereitet gewesen zu sein. Ganz überrascht waren Sie jetzt nicht.

(Heiterkeit und Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Zuruf Robert Lambrou (AfD))

– Nein, das ist kein Vorwurf.

Ich bin auch sehr beim Kollegen Bellino: Wenn Sie sich jetzt hierhin gestellt und gesagt hätten, dass Sie die Bequemlichkeit dessen erkannt hätten, hinten zu sitzen, zu fahren und trotzdem zu arbeiten – das habe ich auch einmal erkannt –, dann hätte Ihnen hieraus keiner einen Strick gedreht. Wissen Sie, was ich wirklich problematisch finde, ist gar nicht einmal die Frage, ob Sie nun ein gepanzertes Fahrzeug fahren oder nicht, sondern ob Sie allen Ernstes erwarten, wenn Sie hier die ganze Zeit die Sicherheit betonen, dass der Fahrer für Sie im Zweifel den Buckel hinhält. Ist das Ihre Einstellung? – Herr Lambrou, Sie haben einen Fahrer; Sie haben kein Sicherheitspersonal.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE)

Wenn Sie glauben, dass Sie Personenschutz benötigen, dann wenden Sie sich an den Innenminister, aber nicht an den Fahrer Ihres Dienstwagens.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann sind wir am Ende der Aussprache angelangt.

Ich gehe davon aus, dass wir die drei Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Ältestenrat überweisen. – Hierzu gibt es keinen Widerspruch. Dann machen wir das so.

Ich darf **Tagesordnungspunkt 3** aufrufen:

Erste Lesung**Gesetzentwurf****Landesregierung****Gesetz zur Finanzierung von Pflegeschulen (Pflegeschulenfinanzierungsgesetz – PflSchulFinanzG)**

– **Drucks. 20/2650** –

Die Einbringung erfolgt durch den Hessischen Minister für Soziales und Integration, Herrn Kollegen Klose. Herr Kollege Klose, Sie haben das Wort.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, Ihnen heute Abend unseren Gesetzentwurf zur Finanzierung von Pflegeschulen vorstellen zu dürfen. Der Bund hat die Ausbildung der Pflegeberufe umfassend novelliert; und er hat die bisher getrennten Ausbildungen für die Bereiche der Kinderkranken-, Kranken- und Altenpflege zu einer generalistischen Ausbildung zusammengeführt. Dieses Pflegeberufegesetz regelt außerdem die finanzielle Ausstattung der Pflegeschulen über den Pflegeausbildungsfonds. Für diesen Fonds haben wir bereits im letzten Jahr im Landtag die Errichtung eines Sondervermögens durchgesetzt.

Die vom Bund getroffenen Finanzierungsregeln sehen aber keine Übernahme von Miet- oder Investitionskosten für die Räume der Pflegeschulen vor. Das konterkarierte das ganze Gesetz; denn das Pflegeschulenfinanzierungsgesetz soll ja Schulgeldfreiheit sicherstellen. Wenn aber Schulgeld erhoben werden muss, weil die Mietkosten nur über Teilnehmerbeiträge zu refinanzieren wären, dann wäre das logischerweise widersinnig. Deshalb schaffen wir mit unserem Gesetz einen Anspruch auf Übernahme der Miet- und Investitionskosten gegenüber dem Land Hessen.

Seit 2016 haben wir für die Altenpflegehilfe- und für die Altenpflegeausbildung eine zusätzliche Förderung für die ausbildungsintegrierte berufsbezogene Sprachförderung ermöglicht. Auch das ist ein ganz wichtiges Element, weil so Bewerberinnen und Bewerber zu einem Berufsabschluss gebracht werden, die sonst an sprachlichen Hürden scheitern könnten.

Mit unserem Gesetzentwurf dehnen wir diese Unterstützung auf die neue Ausbildung in den Pflegeberufen insgesamt aus. Die Sprachförderung für die weiter bestehende Altenpflegehilfeausbildung bleibt selbstverständlich erhalten. So stellen wir sicher, dass wir Menschen mit Migrationshintergrund oder fachsprachlichen Defiziten – diese Gruppe stellt schon heute einen großen Teil der Auszubildenden in den Altenpflegeberufen und auch der Beschäftigten in der Altenpflege – auch künftig während ihrer Ausbildung unterstützen können. Die Sprachförderung ist deshalb von zentraler Bedeutung.

Meine Damen und Herren, wie dringend gute Pflegekräfte in unserer Gesellschaft gebraucht werden, das haben wir heute Mittag noch einmal alle beschworen. Wir sehen es aktuell ganz besonders. Deshalb ist es von hohem gesamtgesellschaftlichem Interesse, dass wir die Ausbildungsstrukturen sichern. Eine Verringerung der Ausbildungskapazitäten, gerade in diesem Engpassberuf, wollen und können wir uns, angesichts des bereits bestehenden Fachkräftemangels, nicht leisten. Auch deshalb ist dieser Gesetzentwurf so wichtig, um die pflegerische Versorgung einer älter werdenden hessischen Bevölkerung sicherzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Das Gesetz ist damit eingebracht.

Ich eröffne die Aussprache. Fünf Minuten pro Fraktion. Erste Rednerin ist die Kollegin Böhm für die Fraktion DIE LINKE.

Christiane Böhm (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Manchmal habe ich das Gefühl, ich könnte Wahrsagerin werden. Ich gehöre nicht zu den Kolleginnen und Kollegen, die an ein höheres Wesen glauben, wie vielleicht andere, aber es gibt manchmal Zufälle. Lassen Sie mich kurz daran zweifeln.

Am 18. Juni habe ich an diesem Pult bei der Lesung zum Pflegeausbildungsfonds darauf hingewiesen, dass das mit der Schulgeldfreiheit und dem Ausbildungsentgelt begründenswert ist, es aber keine Lösung für die Miet- und Investitionskosten der Pflegeschulen gibt. Das wollen Sie also heute nachholen. Das habe ich schon richtig wahrgesagt.

(Beifall DIE LINKE und Torsten Warnecke (SPD))

Im April hat Schwarz-Grün einen Änderungsantrag meiner Fraktion im Ausschuss weggestimmt, der gefordert hat, nicht nur die Schulgeldfreiheit bei den Heilmittelschulen einzuführen, sondern auch die Investitionskosten zu berücksichtigen, die dort anfallen.

Jetzt mache ich meine zweite Vorhersage: Wir wissen, auch dieses Gesetz, das morgen verabschiedet wird, soll evaluiert werden. Ich bin mir sicher, Sie werden nächstes Jahr ganz plötzlich erkennen, dass es auch notwendig ist, hier die Investitionskosten zu erstatten.

(Beifall DIE LINKE)

Ich freue mich, wenn Sie uns Oppositionsarbeit so leicht machen. Aber es wäre für alle Beteiligten, insbesondere für die Schülerinnen und Schüler, aber auch für die Anzuhörenden, viel schöner, wenn Sie deren Argumente gleich von Anfang an ernst nehmen würden und nicht immer erst ein oder zwei Jahre ins Land gehen müssen, bevor Sie die notwendigen Verbesserungen nachreichen. Das führt manchmal auch dazu, dass die eine oder andere Schule schließen muss.

Aber jetzt zur Finanzierung der Pflegeschulen. Ich bin durchaus mit der Intention des Gesetzentwurfs einverstanden, dass wir den Weg für eine umfassende Finanzierung der Pflegeschulen frei machen können. Das heiße ich gut. Ich bin auch froh, dass es eine fundierte statistische Erhebung zur Pflegeausbildung geben soll. Vielleicht bekommen dann auch die Antworten auf meine Kleinen Anfragen an das Sozialministerium etwas mehr Substanz, und ich erfahre auch etwas.

Ich bin auch dafür, dass der berufsbezogene Spracherwerb in der Pflegeausbildung weiter gewährleistet sein soll. Es wäre doch viel erfolgversprechender, statt überall Arbeitskräfte anzuwerben, dass man die Menschen, die schon jetzt in Deutschland leben und vielleicht auch schon vorher eine Ausbildung im medizinischen Bereich gemacht haben, hier fortbilden und ihnen diese Unterstützung geben würde. Das würde ihnen nutzen, auch ihre berufliche Anerkennung zu forcieren, die ewig dauert. Tun Sie endlich etwas, damit die Fachkräfte in der Medizin, die dringend benötigt werden, ihre Arbeit tun können und ihr Einkommen selbst erwirtschaften können.

(Beifall DIE LINKE)

Meine verehrten Damen und Herren, mit der „angemessenen Sprachförderung“ habe ich so meine Probleme. Ihre Stundenpauschale soll bei 2,94 € pro Schülerin und Schüler liegen. Das sind 2,94 € für eine Unterrichtsstunde, also eine Dreiviertelstunde, plus Vor- und Nachbereitungszeit für die Lehrkraft; dazu gehören auch Teamsitzungen und

Besprechungen. Das ist eigentlich ein ziemlich schlechter Witz, der mit einem guten Verdienst für gute Arbeit überhaupt nichts zu tun hat.

Die Schulleiterinnen und Schulleiter, mit denen ich gesprochen habe, sagen deutlich: Wenn wir die Lehrkräfte ordentlich bezahlen wollten, müssten es mindestens 6 € pro Stunde sein. Alles andere entwürdigt den hohen Anspruch und den hohen Einsatz, den eine solche Tätigkeit als „Deutsch als Zweitsprache“-Lehrkraft hat. Sie brauchen auch eine ordentliche Ausbildung. Hier müssen Sie also dringend nachbessern, bevor dieses Gesetz verabschiedet wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Der Skandal ist auch, dass sich der Gesetzgeber bisher weigert, diese unwürdige Situation zu ändern und eine klare Abgrenzung zwischen Arbeitnehmern und Selbstständigen vorzunehmen, die sich auch auf Lehrkräfte in der Weiterbildung anwenden lässt. Das ist ein Thema, das immer wieder die Gerichte beschäftigt.

Ich hoffe auch, dass die neue Verordnung nicht zu einem Bürokratiemonster verkommt, sodass die Schulen mit mehrfacher Datenübermittlung beschäftigt werden. Das sind meine Bedenken.

Ich möchte aber noch auf einen dritten Punkt hinweisen. Da geht es um die konkrete Ausgestaltung der Investitionsmittel. Bei den angemieteten Räumlichkeiten werden die Nettokaltmieten erstattet, das ist logisch. Damit ignorieren Sie aber, dass in der Regel ein Mieter auch gewisse Instandhaltungskosten hat. Diese Gelder bekommen die Pflegeschulen, die Eigentum an den Schulgebäuden haben. Das ist eine Ungleichbehandlung. Ich denke, das wird in der Anhörung sicher noch eine Rolle spielen.

Verdenken Sie es mir nicht, ich musste wirklich sehr laut lachen bei Ihrer Begründung, in der Sie den Hinweis aufgenommen haben, dass Sie „Sale and lease back“ zulasten des Landes verhindern wollen. Das hat mich wirklich sehr amüsiert. Das sollten Sie dem Finanzministerium mitteilen. Die kochsche Politik hat Hessen mit dieser Methode einen echten Schaden zugefügt. Schön, dass Sie solche Praktiken verhindern wollen. Aber das hätten Sie in eigener Sache schon längst tun können. – Schönen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Böhm. – Nächster Redner ist der Kollege Pürsün für die Freien Demokraten.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass zum Jahreswechsel das neue Pflegeberufegesetz in Kraft getreten ist. Es bietet zahlreiche Möglichkeiten, es besser zu machen, um die Versäumnisse in der Pflege aufzuholen. Gerne möchte ich unseren Dank an die Pflegekräfte aussprechen, die aktuell, wie sonst auch, alles geben, um unsere Bürgerinnen und Bürger bestens zu versorgen. Daher ist es auch konsequent, nach den vielen Jahren der Missachtung der Pflege Anerkennung in Form eines Pflegebonus auszusprechen.

Wir sehen aber auch, dass den Pflegeschulen ein Steuerungsinstrument aus der Hand genommen wird, mit dem sie Einnahmen generieren konnten. Daher bedarf es nun

anderweitiger finanzieller Mittel, damit diese Schulen weiterhin die Pflegekräfte von morgen ausbilden können.

Wir merken dieser Tage aber, dass an allen Enden das Geld fehlt und dass vieles hätte besser gemacht werden können, sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang.

Diese Pflegekräfte werden nur dann langfristig zufrieden in der Pflege arbeiten, wenn auch die Arbeitsbedingungen besser werden. Die Pflege arbeitet oftmals, gerade aktuell, unter den schwierigsten Bedingungen. Lange Zeit stand in der Krise nicht ausreichend Schutzmaterial zur Verfügung, und auch jetzt wird nicht ausreichend und regelmäßig getestet, weder bei den Patienten noch bei dem Personal. Hier besteht noch reichlich Nachbesserungsbedarf zum Schutz pflegebedürftiger und alter Menschen, aber auch zum Schutz der Pflegenden, für die wir genauso Verantwortung tragen.

Die Landesregierung erfüllt hier nicht die Erwartungen. Sie hat auch die Bedeutung der Pflege nicht erkannt. Sie hat die Pflege in der Anfangszeit der Corona-Krise von Beratungen ferngehalten – welche Ignoranz.

(Beifall Freie Demokraten)

Es gibt auch keine Antwort, wie bei Rückverlegung vom Krankenhaus in die Pflegeeinrichtung das Corona-Risiko vermieden werden soll. Die Rehakliniken können eine wichtige Aufgabe übernehmen und werden komplett ignoriert.

(Beifall Freie Demokraten)

Der ambulanten Pflege würden Parkausweise für den sozialen Dienst aktuell sehr helfen. Die Zeit für Parkplatzsuche, der längere Fußweg und der Strafzettel gehen am Ende zulasten der zu Pflegenden.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu alledem gehört aus unserer Sicht ganz klar auch der Einsatz für die Digitalisierung der Pflege. Das ist eine sinnvolle Investition in die Zukunft, die Sie schon viel zu lange verschlafen haben.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir schaffen damit bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, effizientere und schlankere Abläufe und können auch die Fehleranfälligkeit reduzieren. Der Bund hat das Arbeitszeitgesetz modifiziert, weil die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte im Gesundheitsbereich nicht ausreichen könnten, wenn die Zahl der Corona-Infizierten steigt. Klar, wenn die Beschäftigten einen guten Teil ihrer Arbeitszeit mit aufwendigem Papierkram verbringen, ist weniger Zeit für die Patienten. Die Länder im Norden Europas machen es vor. Die Digitalisierung bringt für die Beschäftigten enorme Vorteile und Vereinfachung mit sich. Nicht nur die Beschäftigten, auch die Patienten profitieren, wenn sie Zugang zu WLAN in Einrichtungen haben und digital kommunizieren können.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir fordern daher, die Pflegeschulen und die Pflege nicht nur finanziell, sondern auch strukturell zu unterstützen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Pürsün. – Nächste Rednerin ist die Abg. Petra Müller-Klepper für die CDU.

Petra Müller-Klepper (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Pflegeschulen in Hessen sind mit den Ausbildungsbetrieben der Garant, dass der Nachwuchs ein gutes Rüstzeug für die Tätigkeit in der Pflege erhält. Wir als Land stellen dafür nicht nur den inhaltlichen Rahmen, wir sorgen auch für die adäquate finanzielle Ausstattung der Pflegeschulen.

Das war schon in der Vergangenheit so. Während andere Länder noch bis vor Kurzem die Schüler zur Kasse gebeten haben, haben wir das Schulgeld in der Altenpflege schon vor Jahren abgeschafft. Das Land hat die Kosten getragen, die Zahl der Plätze erhöht und dafür immer mehr Geld zur Verfügung gestellt.

Wir tun beides auch in der neuen generalistischen Ausbildung, indem wir mit den Akteuren der Pflegebranche durch einen Ausbildungspakt die Zahl der Azubis weiter steigern und indem wir die Finanzierung durch den neuen Pflegeausbildungsfonds sicherstellen, aus dem die Betriebe und die Pflegeschulen die Ausbildungskosten erstattet bekommen.

Doch das Pflegeberufegesetz des Bundes und sein Finanzierungssystem haben einen Geburtsfehler. Die Kosten für Mieten und Investitionen für die Schulgebäude werden in die Erstattungsbeträge nicht eingerechnet. Das ist frei jeglicher Sinnhaftigkeit; denn ohne Räume gibt es keinen Unterricht.

Wenn der Bund mit dem neuen System den Anspruch erhebt, die Ausbildungskosten komplett abdecken zu wollen, dann müssten auch diese Ausgaben einfließen. Wir haben uns mit den anderen Ländern dafür eingesetzt – Herr Minister Klose hat es erwähnt –, leider ohne Erfolg.

Aus der Nichtberücksichtigung folgt eine eklatante Ungerechtigkeit. Während die Schulen, die mit einer Klinik verbunden sind, die Kosten über die Krankenversicherung bzw. nach dem Krankenhausgesetz erstattet bekommen, bleiben die Altenpflegeschulen auf ihnen sitzen. Es gibt für sie keine Refinanzierungsmöglichkeit. Wegen dieser ungedeckten Kosten droht ein Abbau von Schulplätzen. Dieser Fehlentwicklung beugen wir vor. Wir lassen die Schulen nicht im Stich, wir schließen die Finanzierungslücke.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Geld steht im Haushalt bereit. Frau Böhm, wir haben die Vorbereitungen getroffen, 3 Millionen €, so die Vorerhebungen, sind erforderlich. Das Gesetz schafft nun die Grundlage für die Auszahlungen.

Wir garantieren somit, dass die Finanzierung der Pflegeausbildung in Hessen auskömmlich, gerecht und sicher ist. Deshalb haben wir die Pflegeschulen auch in den Digitalpakt einbezogen. Sie erhalten 4,6 Millionen € für ihre digitale Infrastruktur. Lieber Herr Pürsün, wir haben hier nichts verschlafen. Hier sind wir Vorbild für andere Bundesländer.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorangegangen sind wir vor einem Jahrzehnt auf einem weiteren Gebiet, dem Gewinnen von Kräften aus dem Ausland für die Altenpflege. Wir haben nicht nur eine Vermittlungsstruktur aufgebaut, sondern auch die Sprachförderung, die ein Ausbildungshindernis beseitigt. Interessenten wird der Weg in die Ausbildung eröffnet, auch wenn sie noch nicht gut Deutsch können. Die Sprachförderung hilft dann, dass der Abschluss gelingt.

Dieses Erfolgsmodell rollen wir nun mit dem Gesetzentwurf auf die gesamte Pflegeausbildung aus. Zudem begründen wir eine Pflege-Landesstatistik, die zur Steuerung unerlässlich ist. Summa summarum: Mit diesem Gesetz sichern wir die gut aufgestellte Pflegeschullandschaft in Hessen in ihrer Struktur und Qualität, und wir ermöglichen ihre Weiterentwicklung.

Lassen Sie mich zum Schluss eine Anmerkung machen, die über den Gesetzentwurf hinausgeht und mit der ich an die Vorredner anknüpfe. Wir haben schwierige Zeiten besonders in der Pflege, und sie leistet Großartiges. Das umfasst weit mehr, als der Begriff Systemrelevanz beinhaltet. Die Pflege ist ein Pfeiler der Menschlichkeit. Die Pflegekräfte stehen an der Front; sie bekämpfen das Virus direkt, unter Einsatz der eigenen Person. Sie sichern mit ihrer hohen Fachlichkeit eine qualifizierte Versorgung. Sie helfen, in dieser außergewöhnlichen Grenzsituation die Würde des Menschen zu wahren. Sie leisten einen herausragenden Dienst am Nächsten. Dafür danken wir von Herzen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Corona-Krise zeigt eindringlich, wie wichtig und wie kostbar dieser Dienst am Menschen ist. Er verdient mehr Anerkennung, wie dies aktuell auch in den neuen Mindestentgelten und dem Mehrurlaub zum Ausdruck kommt. Ich bin zuversichtlich, dass es in der Folge der Krise nachhaltig zu weiteren Verbesserungen für den Berufsstand kommt: bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung.

In diesem Sinn kann die Krise eine Chance sein. Wir stehen hier in der Verantwortung; nutzen wir sie gemeinsam. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Klepper. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der Sozialdemokraten die Kollegin Dr. Sommer.

Dr. Daniela Sommer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Pflegeschulfinanzierung ist notwendig, weil Miet- und Investitionskosten der bisherigen Altenpflegesschulen nicht abgedeckt sind. In den vergangenen Jahren bzw. in der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns oft über die Finanzierung von Altenpflegesschulen gestritten. Viele Jahre war die Schulgeldpauschale unverändert geblieben – daran möchte ich erinnern –, und die Lage unserer Altenpflegesschulen war durchaus prekär. Dabei war der Landesregierung ausreichend bekannt, dass es so war.

Wir haben als SPD gemeinsam mit den Schulen gefordert, dass, angelehnt an die EHB-Studie zur Untersuchung der Kostenstrukturen hessischer Schulen, endlich ein deutlich

höheres Schulgeld gezahlt wird. Das ist lange Zeit nicht passiert.

Meine Damen und Herren, bislang hatten Altenpflegesschulen keine Investitionskosten vom Land erhalten. Die Zielrichtung des Gesetzes ist daher richtig. Allerdings ist das natürlich durch die Generalistik begründet. Sie können nicht mehr drum herum. Aber ich möchte auch das, was Christiane Böhm schon herausgestellt hat, nachfragen: ob Sie schlichtweg vergessen haben, Instandhaltungskosten zu berücksichtigen, oder ob eine solche Zahlung von Ihnen noch angedacht ist.

Von den Pflegeschulen ist außerdem zu hören, dass sie dafür plädieren, den Beantragungszeitraum nicht auf ein Jahr festzusetzen, sondern auf zwei bis drei Jahre. Dies fände ich für alle Beteiligten gut; denn das würde auch für alle anderen Stellen den Verwaltungsaufwand ein Stück weit reduzieren. Daher regen wir an, die Hinweise aus der Praxis zur Kenntnis zu nehmen und zu prüfen.

(Beifall SPD)

Im Dritten Teil des Gesetzentwurfs geht es um die Sprachförderung. Diese schätzen wir als sinnvoll und notwendig ein, insbesondere wo Lücken bei der Fachsprache vorhanden sind, die den Ausbildungserfolg gefährden könnten. Meine Frage ist aber, wie auch von Christiane Böhm geschildert: Sie haben 2,94 € pro Stunde und Teilnehmer festgeschrieben. Mir wurde seitens der Schulträger mitgeteilt, dass die Förderbeträge nicht kostendeckend sind. Ich habe die Frage an Sie, Herr Minister Klose: Wer trägt das Defizit? Oder haben Sie vor, den Stundensatz auf diese 6 €, die kostendeckend wären, zu erhöhen?

Im Vierten Teil geht es um die aussagekräftige und umfangreiche Statistik zur Ausbildung. Das ist ein Anliegen, das wir teilen. Aber wir würden es noch umfassender anlegen. Vielleicht können Sie sich daran erinnern, dass wir 2017 als SPD-Landtagsfraktion einen Landespflegeplan vorgeschlagen haben als koordinierte Bedarfs- und Angebotsplanung der Altenhilfe und Altenpflege. Das sollte die bedarfsgerechte Versorgungsstruktur abbilden und neben dem Fachkräftebedarf auch die Angebote und die Unterstützungsbedarfe verankern, die die Patientinnen und Patienten, die Bürgerinnen und Bürger benötigen.

Das wünschen wir uns, aber auch die von Ihnen vorgesehene Ausbildungsstatistik ist ein Anfang, wengleich sie recht spät kommt. Das Problem ist uns schon längstens bekannt.

Das von Ihnen vorgeschlagene Instrument bedeutet jedoch einen hohen Aufwand der Datensammlung für die Schulen. Ich möchte an dieser Stelle kurz darauf hinweisen, dass die RPs Gießen und Darmstadt schon viele Daten von den Schulen sammeln. Deswegen schauen Sie bitte genau hin, welche Daten erhoben werden müssen, um Parallel- und Doppelstrukturen zu vermeiden. Das sind meine ersten Anmerkungen in der ersten Lesung. Ich bin auf die Anhörung gespannt.

Trotz oder auch wegen dieses Gesetzentwurfs bleibt die Frage nach wie vor: Was macht Hessen, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen? Ich finde, man kann nicht oft genug betonen, dass es die wichtigste Herausforderung ist, rechtzeitig ausreichend Fachkräfte zu gewinnen. Ich sage es noch einmal: Wir haben hier nicht fünf vor zwölf, sondern fünf nach zwölf, und da vermissen wir schon lange Taten bei diesem immensen Handlungsdruck.

Auch in diesem Gesetzentwurf steht nichts dazu, wie Sie dieser Herausforderung gerecht werden wollen. Gerade Teil Vier wäre dafür prädestiniert gewesen, dies gesetzlich festzuschreiben. Der Gesetzentwurf ist ohne Frage ein weiterer Schritt, um die Generalistik vorzubereiten. Das alleine reicht uns nicht aus. Wir werden weiter fordern, dass angesichts der wertvollen Arbeit, die die Pflegekräfte jetzt und alle Zeit leisten, dieser Beruf aufgewertet und attraktiv gemacht wird, damit in Zukunft genügend Fachkräfte für all jene da sind, die, wenn sie krank oder alt sind, versorgt werden müssen.

Zum Schluss auch noch von uns als SPD-Landtagsfraktion ein herzliches Dankeschön an alle Alltagshelden, die dringend unsere Unterstützung und mehr Anerkennung benötigen. Frau Müller-Klepper, da nehmen wir Sie beim Wort. Sie haben gerade gesagt, wir sollen gemeinsam dafür Verantwortung tragen. Daran werden wir Sie spätestens bei der nächsten Debatte erinnern. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und Christiane Böhm (DIE LINKE))

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Dr. Sommer. – Die nächste Rednerin ist für die Fraktion der AfD die Kollegin Papst-Dippel.

Claudia Papst-Dippel (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die durch Corona ausgelöste Krise hat auch in Deutschland unterschiedliche Schwachstellen, z. B. im Bereich der Pflege, offenbart. Die Beschäftigten in der Pflege sind hier natürlich ausdrücklich nicht gemeint. Ihnen kann man ohnehin und jetzt besonders nur unseren Dank aussprechen.

(Beifall AfD)

Der Verband für häusliche Betreuung und Pflege schätzte vor einiger Zeit, dass etwa 300.000 osteuropäische Betreuungskräfte in Deutschland arbeiten. Durch die Reisebeschränkungen, aber auch durch das sehr verständliche Verlangen der Betreuungskräfte, bei ihren Familien in der Heimat zu sein, ergab sich eine plötzliche und hohe Nachfrage bei vielen Pflegediensten. Die ohnehin seit Jahren angespannte Situation hat sich durch Corona verschärft. Leidtragende sind dabei die Pflegebedürftigen und ihre Familien.

Hier wird deutlich, dass die Regierungen zwar mit verschiedenen Gesetzen und Verordnungen versucht haben, die Bedingungen an dieser Stelle zu verbessern. Ob die Generalistik der Pflegeberufe ein Erfolg wird, das wird sich erst später zeigen. Aber die Problematik mangelnder Ausbildungsplätze hat man offenbar nicht frühzeitig, z. B. durch die Schaffung weiterer staatlicher Ausbildungsmöglichkeiten, angepackt.

In Niedersachsen gibt es 92 Altenpflegeschulen, in Hessen 48. Mehrere Schulen mussten wohl schon schließen. Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht nun die Übernahme von Miet- und Investitionskosten und der Kosten der Sprachförderung vor. Das sind sicherlich in der jetzigen Situation Maßnahmen, die den Versorgungsproblemen entgegenwirken. Alternativen im Hinblick auf die Ausbildungskapazitäten sieht der Entwurf aber nicht vor.

Dennoch hat Corona gezeigt, dass es mit Pflegekräften aus Osteuropa die beschriebenen Probleme gegeben hat – auf

einem „bereits angespannten Arbeitsmarkt“, wie der Entwurf formuliert. Es sollte daher dringend an einem höheren Angebot staatlicher Ausbildungsplätze gearbeitet werden, damit dem Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften schneller entgegengewirkt werden kann.

(Beifall AfD)

Denn wir wissen alle, dass es ohnehin einen steigenden Bedarf für die Pflege geben wird. Sollte es zu einer ähnlichen Situation wie der Corona-Pandemie kommen, dann sollten die Betreuungssituationen für die Betroffenen und ihre Familien, aber auch für die Pflegekräfte und Pflegedienste entspannter bleiben.

Die bisherige Sprachförderung in der Altenpflegeausbildung hat sich laut Gesetzentwurf bewährt und sollte fortgesetzt werden. Wichtig ist bei allem die Erhebung von Daten, deren Auswertung und die Evaluierung von Maßnahmen zu ihrer ständigen Verbesserung.

Ich komme zum Ende und wiederhole: Die Schaffung von mehr staatlichen Ausbildungsplätzen, um vermehrt heimische Pflegekräfte zu generieren und langfristig zu binden, sollte jetzt noch stärker in den Fokus gerückt werden, damit der zunehmende Bedarf auch in einer Krise abgedeckt werden kann. Über die Attraktivität des Berufs muss selbstverständlich an anderer Stelle weiter geredet werden. – Danke sehr.

(Beifall AfD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Papst-Dippel. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Kollege Marcus Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Pürsün, mir ist es ein Bedürfnis, daran zu erinnern, worum es heute geht. Sie haben in einem Galopritt einen Exkurs zur Pflegepolitik insgesamt gemacht. Ich würde gerne noch einmal in Erinnerung rufen, dass es heute unter anderem um eine Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes vom Juli 2017 geht. Dort wurde die Finanzierung der neuen generalistischen Ausbildung geregelt.

Lassen Sie mich zunächst einmal festhalten: Ich glaube, dass es ein richtig guter Schritt war, dass wir die Krankenpflege, die Kinderkrankenpflege und die Altenpflege zusammengelegt haben. Wir GRÜNE tragen das ausdrücklich mit. Das ist ein guter Beschluss der Bundesregierung. Ich glaube, dass das Berufsbild dadurch attraktiver wird und dass es vielen und auch uns später helfen wird, wenn wir solch eine generalistische Ausbildung haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Bundesregierung hat dort auch die Finanzierung geregelt. Sie hat die Finanzierung so geregelt, dass es durch eine Ausbildungsumlage möglich ist, dass sowohl Betriebe, die ausbilden, aber auch solche, die nicht ausbilden, dazu beitragen, dass es zu einer Finanzierung kommt. Das sogenannte Umlagesystem war lange umstritten. Auch das ist ein wichtiger Schritt, dass die Ausbildungsumlage kommt. Auch das tragen wir gerne mit.

Frau Dr. Sommer, was immer ein bisschen schwierig ist: Nach den zwei Punkten des Lobes hat der Bundesgesetzgeber auch zwei wichtige Sachen vergessen: dass er auskömmlich finanziert, sodass die Mieten mit erstattet werden. Er hat auch vergessen, dass es in einem Berufsbild, wo wir es mit ganz vielen Nichtdeutschen oder Menschen mit Migrationshintergrund zu tun haben, deren Sprachkenntnisse nicht gut sind, eine starke Sprachförderung braucht.

Beide Punkte hat der Bundesgesetzgeber bei der Finanzierung ausgelassen. Da finde ich es ein komisches Spiel von der SPD, dass sie zu dem, was sie beim Bund nicht durchgesetzt hat, hier sagt: Die Landesregierung muss es machen. – So kann es nicht funktionieren. Sie haben es im Bund nicht geschafft, dass die Mieten und die Sprachförderung richtig finanziert werden. Deswegen täte Ihnen ein bisschen mehr Demut gut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich will noch um 19:13 Uhr keine unnötige Schärfe in die Debatte bringen. Aber das gehört zur Wahrheit dazu: Wenn der Bund es mal wieder versägt, sollen wir es im Land regeln.

Wichtig ist, dass wir es jetzt im Land regeln. Ich bedanke mich bei Minister Klose und der Landesregierung, dass sie diesen Gesetzentwurf vorgelegt haben und dass sie diese beiden Punkte der Sprachförderung und der Mietentgeltung auch tatsächlich mit in den Gesetzentwurf eingebracht haben. Die Finanzierung der Mehrkosten von 3 Millionen € ist im Landeshaushalt sichergestellt; das wurde schon gesagt. Deswegen bin ich mir sicher, dass dieses Gesetz eine große Mehrheit in diesem Haus finden wird; und auch viele Anzuhörende werden dem sicherlich zustimmen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Dann brauchen wir gar keine Anhörung mehr!)

Das Prinzip, das Sie von der Linkspartei haben, ist natürlich, dass es zu spät kommt und dass es noch mehr sein darf. Dieses Prinzip gilt in der Opposition immer. Deswegen sitzen Sie auch in der Opposition, und wir regieren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Bocklet. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit sind wir am Ende der ersten Lesung gelangt.

Ich gehe davon aus, dass wir den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss überweisen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann machen wir das so.

Nach meiner Liste sind wir jetzt am Ende der heutigen Sitzung gelangt. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten für diesen wunderschönen Plenartag und wünsche Ihnen einen guten Abend. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder.

(Schluss: 19:16 Uhr)

Anlage (Fragestunde – Drucks. 20/2471)**Frage 244 – Torsten Warnecke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

Welche Gründe haben gegen die für 2019 fest zugesagte grundsätzliche Erneuerung der Landesstraße L 3159 zwischen den Ortsteilen Kirchheim und Reckerode der Autobahngemeinde Kirchheim gesprochen?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Vorweg möchte ich darauf hinweisen, dass die in der Anlage II zum Einzelplan 07 aufgenommenen Maßnahmen eine Planungsgrundlage zur Umsetzung des Landesstraßenbauprogramms zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung darstellen. Es handelt sich daher nicht um „fest zugesagte Maßnahmen“. Dies wird auch ausdrücklich mit folgender Präambel in der Anlage II zum Einzelplan 07 ausgedrückt: „Die Anlage II zum Einzelplan 07 stellt eine Planungsgrundlage zur Umsetzung des Landesstraßenbauprogramms zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung dar.“

Auch der von Ihnen genannte Streckenabschnitt der L 3159 war im Doppelhaushalt 2018/2019 als Neubeginn vorgesehen. Eine Reihe an Aspekten hat letztendlich dazu geführt, dass Hessen Mobil – auch in Abstimmung mit der Gemeinde – die Sanierung zurückgestellt hat. Ein Aspekt ist unter anderem, dass von der Sanierung der L 3159 im angesprochenen Abschnitt auch die Ortsdurchfahrt Kirchheim betroffen ist. Bei dieser Gemeinschaftsmaßnahme soll auch der kommunale Kanal in der Ortslage saniert werden. Die Planung muss also durch die Gemeinde erfolgen.

Zudem war es wichtig, die Zufahrtstraßen zum Hessentag im vergangenen Jahr in Bad Hersfeld baustellenfrei zu halten. Die L 3159 ist zurzeit außerdem Hauptbaustellenzufahrt für den Umbau des Kirchheimer Dreiecks A 4/A 7.

Frage 245 – Bijan Kaffenberger (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Anträge auf Mittel aus dem Digitalpakt wurden in Hessen bisher bewilligt?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Aktuell wurden 13 Maßnahmen von drei privaten und zwei öffentlichen Schulträgern im Umfang von insgesamt rund 11,7 Millionen € bewilligt. Eine weitere Förderzusage ist an die Stadt Offenbach am Main in Höhe von 500.000 € ausgesprochen.

Der Digitalpakt Schule ist bewusst mit einer mehrjährigen Laufzeit konzipiert, wobei den Schulträgern bereits durch das „Hessische Digitalpakt-Schule-Gesetz“ vom 25. September 2019 konkrete Kontingente zugewiesen wurden, welche diese bis zum Ende der Programmlaufzeit mit Projekten belegen können. Dies ermöglicht, die Ausstattungsmaßnahmen nach pädagogischen Anforderungen zunächst sorgfältig zu planen und zu prüfen, damit die Technik der Pädagogik folgen kann. Dies erfordert, dass der Antragstellung der Schulträger ein Abstimmungsprozess mit Schulen und Schulaufsicht vorausgeht, in welchem die geplanten Investitionen in die schulische IT-Infrastruktur mit den pädagogischen Konzepten der Schulen und mit der

Fortbildungsplanung der Lehrkräfte in Einklang gebracht werden. In Hessen sind die Schulträger hinsichtlich der Förderung im Rahmen ihrer Kontingente auch ohne vorherige Antragstellung abgesichert, indem Maßnahmen im Rahmen der geltenden Förderbedingungen im Einzelfall auch refinanziert werden können.

Frage 246 – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Wie hat sich die Nutzungsfrequenz des E-Highways an der A 5 seit Inbetriebnahme entwickelt?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Der E-Highway an der A 5 wurde nach zweijähriger Vorbereitungs-, Planungs- und Bauzeit fristgerecht Anfang des Jahres 2019 von Hessen Mobil in Betrieb genommen. Er dient zur Durchführung eines Feldversuchs mit Oberleitungs-Hybrid-Lkw – kurz OH-Lkw –, die als Versuchsfahrzeuge im Rahmen eines weiteren durch das Bundesumweltministerium (BMU) beauftragten Projekts bereitgestellt und von hierfür ausgewählten Logistikunternehmen genutzt werden.

Im Frühjahr 2019 wurde mit der Auslieferung der Fahrzeuge begonnen. Derzeit nutzen zwei OH-Lkw regelmäßig mehrfach täglich die Anlage und sind in die logistischen Abläufe der jeweiligen Speditionen integriert.

Seit Beginn des Jahres 2020 befindet sich die Anlage im 24/7-Dauerbetrieb. Dadurch hat sich die Nutzungsfrequenz der Anlage nochmals erhöht. Bis zum Sommer 2020 werden drei weitere OH-Lkw ausgeliefert, sodass dann alle fünf für den hessischen Feldversuch vorgesehenen Fahrzeuge im Versuchseinsatz sein werden. Über diese Nutzung hinaus wird die Anlage von den industriellen Partnern genutzt, um Erkenntnisse für die Weiterentwicklung und Optimierung der fahrzeugseitigen Technik aus der realen Einsatzumgebung zu gewinnen.

Die Bereitstellung der Versuchsfahrzeuge hat sich wegen einer verspäteten Ausschreibung aufseiten des Bundes leider verzögert. Das bedauere ich. Da ich aber ein grundoptimistischer Mensch bin, stelle ich fest: Selbst das hat Vorteile.

Die schrittweise Auslieferung der Fahrzeuge hat immerhin den Vorteil, dass die Erkenntnisse aus dem Einsatz der vorigen Fahrzeuge in den nachfolgenden Fahrzeugen bereits vor der Auslieferung berücksichtigt werden können. Aufgrund der vielfältigen betrieblichen Erkenntnisse, die beim erstmaligen Einsatz der Technologie unter Realbedingungen gewonnen werden, ist der wissenschaftliche Nutzen in der ersten Phase des Versuchsbetriebs nicht unmittelbar von der Nutzungsfrequenz abhängig.

Frage 247 – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Was hat sie unternommen, um Schadenersatz von der bauausführenden Firma an der Salzachtalbrücke einzufordern?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Nach Bekanntwerden, dass es bei Verstärkungsarbeiten am nördlichen Überbau der Salzachtalbrücke zu Schäden an den Spanngliedern gekommen war, hat Hessen Mobil Schadenersatzansprüche gegenüber der ausführenden Baufirma, ebenso wie gegenüber dem mit der Bauüberwachung beauftragten Ingenieurbüro, mündlich und schriftlich geltend gemacht.

Zusätzlich zu der Schadenssumme aus dem eigentlichen Bauschaden resultieren erhebliche finanzielle Schäden aus der Verzögerung der nachfolgenden Baumaßnahme „Abbruch und Ersatzneubau“. Aufgrund der komplexen Auswirkungen des unmittelbaren Bauschadens auf die Folgebaumaßnahme wird sich eine Gesamtschadenssumme erst im Laufe der Folgemaßnahme ermitteln lassen.

Sollte eine außergerichtliche Einigung mit der bauausführenden Firma in den begonnenen Gesprächen scheitern, wird Hessen Mobil ein Klageverfahren einleiten, um die Forderungen gerichtlich durchzusetzen.

Frage 248 – Christoph Degen (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie gestaltet sich der Sachstand zum im Mai 2017 initiierten Bewerbungsverfahren für eine neue Leitung des Staatlichen Schulamts für den Main-Kinzig-Kreis?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Das Bewerbungsverfahren wurde abgebrochen.

Frage 250 – Christiane Böhm (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie steht sie zu Forderungen aus dem Landkreis Kassel, anstelle der GNH-Krankenhäuser Kreisklinik Wolfhagen und Krankenhaus Bad Arolsen einen Klinikneubau auf dem Gelände der ehemaligen Pommernkaserne zu errichten?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration hat Kenntnis von den Überlegungen, die Kreisklinik Wolfhagen sowie das Krankenhaus Bad Arolsen in einen gemeinsamen Klinikneubau zusammenzufassen. Diese Überlegungen können vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend bewertet werden.

Ungeachtet dessen ist derzeit nicht ersichtlich, inwieweit eine Standortverlagerung des auch baulich intakten Krankenhausbetriebes in Bad Arolsen erforderlich ist.

Frage 251 – Knut John (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Gibt es bereits Pläne, wie die von der Bundesregierung beschlossenen Hilfen, unter anderem zur Unterstützung der Landwirtinnen und Landwirte bei der Umsetzung der Düngemittelverordnung in Höhe von 1 Milliarde € in den nächsten vier Jahren, in Hessen eingesetzt werden sollen und können?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Die bisherige Ankündigung der Bundesregierung, ich zitiere: „Durch entsprechend ausgestaltete Programme wollen wir sicherstellen, dass das zusätzliche Geld so einfach und pragmatisch wie möglich dort vor Ort ankommt, wo es benötigt wird“, wurde bisher nicht näher konkretisiert.

Sobald die Bundesregierung Klarheit über die Art und den Inhalt der Programme sowie die konkrete finanzielle Ausgestaltung schafft, wird die Landesregierung eine Konzeption zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe bei der Anpassung an die aktuellen Herausforderungen erarbeiten.

Frage 252 – Elke Barth (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie den neuen Abfallwirtschaftsplan für Hessen veröffentlichen?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Die Landesregierung beabsichtigt, die Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplans für Hessen Mitte 2021 zu veröffentlichen.

Frage 254 – Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wann ist mit einer Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs über die Rückverweisung des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. November 2014, Aktenzeichen: 6 CN 1.13, zu Teilen der Bedarfsgewerbeordnung zu rechnen?

Antwort Eva Kühne-Hörmann, Ministerin der Justiz:

Nach Art. 97 Abs. 1 des Grundgesetzes sind Richterinnen und Richter unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Der richterlichen Unabhängigkeit unterfällt auch die Terminierung von Sitzungen.

Der Präsident des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs hat gleichwohl berichtet, dass der Rechtsstreit derzeit von der Berichterstatterin votiert wird und ein Verhandlungstermin möglicherweise im April 2020 stattfinden könnte.

Frage 257 – Astrid Wallmann (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie sehen die weiteren Entwicklungen bei der Sababurg in Hofgeismar aus?

Antwort Michael Boddenberg, Minister der Finanzen:

In den 1970er-Jahren wurde auf der Sababurg im Stil der Zeit ein Hotelgebäude mit Restaurantbetrieb errichtet und an den dortigen Betreiber verpachtet. Nach Beendigung des Pachtverhältnisses vor rund zwei Jahren wurde sowohl an dem Hotel- und Restaurantgebäude als auch an benachbarten denkmalgeschützten Gebäuden ein erheblicher Sanierungsbedarf festgestellt. Zudem ist ein großer Teil der bestehenden Gebäudeflächen nicht barrierefrei zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen eines Modernisierungskonzeptes beschlossen, das bestehende Hotel- und Restaurantgebäude einschließlich des benachbarten Wirtschaftsgebäudes abzurechen und mit einem adäquaten Neubau sowie mit Sanierungsmaßnahmen in den bestehenden Gebäuden auf die aktuellen Anforderungen bei der Sababurg zu reagieren. Dabei soll auch die Bettenkapazität so erweitert werden, dass nach der Fertigstellung eine erfolgreiche Verpachtung erzielt werden kann.

Die Investitionssumme des Landes Hessen beläuft sich bei den Neubau- und Herrichtungsmaßnahmen auf rund 12 Millionen €.

Derzeit werden unter anderem Bauteile im Anbau aus den 1970er-Jahren entfernt, wie beispielsweise die Kücheneinrichtung sowie Holzeinbauten im Restaurant und in den Hotelzimmern. Der historische Burgbereich verbleibt äußerlich unverändert.

Für den Neubau des Hotel- und Restaurantgebäudes der Sababurg wurde Anfang März ein Vergabeverfahren durchgeführt, bei dem fünf geeignete Architekturbüros beteiligt wurden. Dieses Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Bislang wurde der Auftrag noch nicht vergeben. Nach Festlegung des Architekturbüros beabsichtigt das Land, die Öffentlichkeit über das Ergebnis des Auswahlverfahrens zu informieren.

Frage 258 – Kerstin Geis (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Plant sie einen Wettbewerb für alle Ministerien des Landes Hessen und deren nachgelagerte Behörden zur Fragestellung, wie Veranstaltungen der Behörden plastikfrei organisiert und andere für das Thema Plastikmüllvermeidung sensibilisiert werden können, unter Einbeziehung der Fragestellung, welchen Beitrag die Behörde zur Plastikvermeidung leisten kann, und damit, mit welchen Aktivitäten die Umgebung der Behörden frei von Plastikmüll bleibt?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ein Wettbewerb für die hessischen Ministerien und deren nachgeordneten Bereich zur plastikfreien Gestaltung von Veranstaltungen ist derzeit nicht vorgesehen. Es ist jedoch in meinem Hause bereits selbstverständlich, bei Veranstaltungen auf Plastik zu verzichten, indem z. B. Mehrweggeschirr verwendet wird, Getränke aus Glasmehrwegflaschen angeboten werden oder Give-Aways plastikfrei gestaltet sind.

Die Landesregierung hat das wichtige Thema der Plastikvermeidung mit der am 12. November 2019 veröffentlichten

Plastikvermeidungsstrategie in einem übergreifenden Ansatz aufgegriffen. Ziel dieser Plastikvermeidungsstrategie ist die Bekämpfung der negativen Umweltauswirkungen von Plastik. Zu nennen sind hier die Vermüllung der Umwelt mit den negativen Folgen für die Tier- und Pflanzenwelt, der Eintrag von Mikroplastik, welches inzwischen überall nachweisbar ist, der Schadstoffeintrag, z. B. durch die Freisetzung von Weichmachern, die Ressourcenverschwendung und die Klimawirkung durch die Verwendung von Erdöl und Energie zur Produktion von Plastik.

Als Handlungsfelder der Plastikvermeidungsstrategie wurden identifiziert:

erstens weniger Plastikverbrauch in Hessen, zweitens weniger Plastikmüll in der Umwelt, drittens weniger Mikroplastik, viertens mehr Wiederverwendung und Recycling.

Auch die plastikfreie Ausrichtung von Veranstaltungen wird mit der Strategie aufgegriffen. Hier ist neben der allgemeinen Sensibilisierung der Bevölkerung unter anderem vorgesehen, entsprechendes Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen, wie Feste plastikfrei gestaltet werden können. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ist die Veröffentlichung auf einen Zeitpunkt verschoben, an dem Veranstaltungen dieser Art wieder möglich sein werden.

Weiterhin wird hinsichtlich der Ausgestaltung von Veranstaltungen derzeit geprüft, ob eine Vorgabe erfolgen kann, wonach Nutzerinnen und Nutzer von landeseigenen Räumen bei Veranstaltungen künftig nur Mehrweggeschirr verwenden dürfen. Dies würde gegebenenfalls auch auf der kommunalen Ebene für die Nutzung von kommunalen Grundstücken und Räumen angeregt werden.

Nähere Informationen zu den Handlungsfeldern und den zugehörigen Maßnahmen unserer Strategie stehen auf der Internetseite des Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Verfügung.

Frage 259 – Lisa Gnadt (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche hessischen Kommunen oder Trägerorganisationen haben in diesem und im vergangenen Jahr die Genehmigung zusätzlicher Plätze für die Frauenhäuser in ihrem Zuständigkeitsbereich bzw. die Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln für weitere Frauenhausplätze bei ihr beantragt oder erbeten?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

In den Jahren 2019 und 2020 wurden jeweils eine Genehmigung zusätzlicher Plätze für Frauenhäuser und die Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln beantragt bzw. erbeten. Im November 2019 bat der Verein Frauen helfen Frauen im Landkreis Kassel e. V. um zusätzliche Finanzmittel für die Schaffung von zwei neuen Plätzen und der damit in Verbindung stehenden zusätzlichen Personalkapazität. Weiterhin stellte das Frauenhaus Erbach im Februar dieses Jahres einen Antrag zur Kostenbeteiligung für den Erweiterungsbau des Frauenhauses sowie die Ausstattung eines zusätzlichen Arbeitsplatzes/Beratungsraumes. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 werden derzeit vielerorts zusätzliche Kapazitäten an Zuflucht außerhalb der Frauenhäuser geschaffen.

Grundsätzlich ist mitzuteilen, dass die Finanzierung von Frauenhäusern in Hessen über die Kommunalisierung sozialer Hilfen erfolgt. Das Land fördert die Angebote nicht direkt, sondern stellt den Landkreisen und kreisfreien Städten die Mittel zur Verfügung, die diese dann an die Träger der Angebote bedarfsgerecht weiterreichen. Da das Land nicht über die Mittelvergabe innerhalb eines Landkreises entscheidet, kann es keine „Genehmigung“ zu den entsprechenden Finanzmitteln erteilen. Die „Genehmigung“ erfolgt über den jeweiligen Landkreis bzw. die jeweilige Kommune.

Frage 260 – Dr. Daniela Sommer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Inwiefern sieht sie, bezogen auf die Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung mit Heilmitteln, Handlungsmöglichkeiten wie beispielsweise die Einführung eines Bedarfsplans/einer Bedarfsplanung?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Die Notwendigkeit zur Einführung einer Bedarfsplanung im Bereich der Heilmittelversorgung zur Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung wird nicht gesehen.

Zur Steigerung der Attraktivität eines Berufes spielt zum einen die jeweilige Einkommenssituation eine entscheidende Rolle. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung (HHVG) wurden bereits Möglichkeiten zu Preisanpassungen oberhalb der Grundlohnsummensteigerung eröffnet. Da die gesetzlichen Krankenkassen ihren Verpflichtungen, die sich aus dem HHVG ergeben haben, nur unzureichend nachgekommen sind, wurde mit dem Gesetz für schnellere Termine und bessere Versorgung (TSVG) eine bessere und bundeseinheitliche Vergütung im Heilmittelbereich beschlossen, die seit Mitte 2019 bereits umgesetzt wird.

Ab Januar 2021 soll es zudem möglich sein, Verträge zur Heilmittelversorgung mit erweiterter Versorgungsverantwortung zu schließen, was den Heilmittelerbringerinnen und -erbringern ermöglichen soll, nach einer Diagnose einer Ärztin/eines Arztes selbst über die Dauer sowie die Frequenz der Therapie zu bestimmen (sogenannte Blankoverordnung).

Das Bundesministerium für Gesundheit und die Gesundheitsressorts der Länder haben zum anderen Eckpunkte für ein „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“ entwickelt, in denen den Fragen der Schulgeldabschaffung, der Ausbildungsvergütung, der Revision der Berufsgesetze, der Durchlässigkeit der Ausbildungen, der Akademisierung und des Direktzugangs neben weiteren Fragestellungen nachgegangen wird.

Die Eckpunkte sind ein wichtiger Schritt für die Neuordnung und Stärkung der Gesundheitsfachberufe. Moderne Ausbildungen sollen die Auszubildenden auf eine immer komplexer werdende Versorgungsrealität adäquat vorbereiten, aber auch die Attraktivität der Berufe steigern.

Dieses Maßnahmenbündel ist zielführender als eine sehr bürokratische Bedarfsplanung, durch die die Rahmenbedingungen zur Berufsausübung nicht verbessert werden.

Frage 261 – Dr. Daniela Sommer (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird die Serviceeinheit zur Beratung von Kommunen zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung eingerichtet?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Der Hessische Landtag hat am 12. Februar 2020 das Haushaltsgesetz 2020 angenommen. Damit wurde die rechtliche Grundlage für die Einstellung von Personal für diese Serviceeinheit geschaffen. Das Stellenbesetzungsverfahren wurde bereits eingeleitet.

Frage 262 – Rolf Kahnt (AfD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Inhalte sind für die Studienpläne und Lehrziele der an der Hochschule RheinMain, der Frankfurt University of Applied Sciences und der Universität Kassel geplanten Fahrradstudiengänge vorgesehen?

Antwort Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Wir freuen uns, dass die Zukunft des Radverkehrs maßgeblich von Hessen aus erforscht und gestaltet wird. Dass drei der sieben Professuren nach Hessen gehen, zeigt: Unsere Hochschulen sind gut dafür aufgestellt, Lösungen für gesellschaftliche und technische Herausforderungen zu erarbeiten. Es gibt keinen ökologischen Aufbruch ohne die Wissenschaft. Dazu gehören auch und ganz besonders Zukunftsthemen wie nachhaltige Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz.

Die Stiftungsprofessuren erhöhen an den beteiligten Hochschulen den Anteil radspezifischer Inhalte in Studiengängen, die sich bereits allgemein mit dem Thema Mobilität und Verkehr beschäftigen. Die Hochschulen haben sich darüber hinaus mit der Beantragung verpflichtet, neue Masterstudiengänge einzurichten, die eng mit der thematischen Ausrichtung der Stiftungsprofessuren verknüpft sind – allerdings sind auch das keine reinen Fahrradstudiengänge.

Frankfurt University of Applied Sciences und Hochschule RheinMain:

Als Erweiterung des vorhandenen Studienangebots haben die Frankfurt University of Applied Sciences und die Hochschule RheinMain mit der Beantragung der Professuren eine Skizze für gemeinsame Lehrmodule mit thematischem Bezug zum Radverkehr eingereicht. Diese Module werden kooperativ durchgeführt, sind interdisziplinär angelegt und ermöglichen mittelfristig die Einbindung weiterer hessischer Hochschulen.

Dazu gehören beispielsweise Module zu den Themenkomplexen „Planung von Radinfrastruktur“, „Radlogistik“, „Intermodale Verknüpfung des Radverkehrs“, „Planung und Entwurf von Anlagen des Radverkehrs“ und „Ökonomie und Marketing im Radverkehr“. Die genannten Module sind relevant für folgende, bereits vorhandene Studiengänge.

Im Bereich Bachelor:

*Bauingenieurwesen (Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt und Gießen),
Geoformation und Kommunaltechnik (Frankfurt),
Mobilitätsmanagement (Wiesbaden),
Public Administration (Frankfurt),
Tourismusmanagement (Frankfurt),
Umweltingenieurwesen (Darmstadt).*

Im Bereich Master:

*Infrastruktur – Wasser und Verkehr (Frankfurt und Gießen),
Umweltmanagement und Stadtplanung in Ballungsräumen (Wiesbaden, Frankfurt und Geisenheim),
Global Logistics (Frankfurt),
Bauingenieurwesen (Darmstadt und Gießen),
Umweltingenieurwesen (Darmstadt).*

Eine detaillierte Darlegung der Inhalte und Lernziele dieser kooperativen Module ist aus den entsprechenden Modulbeschreibungen, die Anlage zum Antrag an das BMVI waren, ersichtlich. Sie können bei Bedarf gerne zur Verfügung gestellt werden.

Die Frankfurt University of Applied Sciences und die Hochschule RheinMain planen außerdem einen kooperativen und interdisziplinären Masterstudiengang „Nachhaltige Mobilität“. In ihm sollen die für eine Verkehrswende relevanten Kompetenzen mit Fokus auf die Verkehrsmittel des Umweltverbundes und deren Verknüpfungspunkte, das Mobilitätsmanagement sowie den Umgang mit innovativen Geschäftsmodellen im Bereich Verkehr und Mobilität vertieft gelehrt werden.

Universität Kassel:

An der Universität Kassel wird sich die Stiftungsprofessur ebenfalls in die Lehre bestehender Bachelor- und Masterstudiengänge im Bauingenieurwesen, im Umweltingenieurwesen und in der Stadtplanung einbringen. Die Professur soll in den Studiengängen einschlägige Lehrveranstaltungen zum Rad- und Fußverkehr anbieten. Während geplant ist, in den Bachelorstudiengängen einzelne Veranstaltungen in die vorhandenen Grundlagenmodule zu Verkehr und Mobilität zu integrieren, werden in den Masterstudiengängen eigene Module zur Vertiefung des Schwerpunktes Radverkehr und Nahmobilität angeboten.

Der neue Masterstudiengang „Mobilität, Verkehr und Infrastruktur“ an der Uni Kassel soll zudem Inhalte aus den Ingenieurwissenschaften mit Informatik, Mathematik, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften verbinden. Der neue Masterstudiengang trägt dazu bei, diesen Bereich zu stärken und das Profil der Universität und des Fachbereichs Bauingenieur- und Umweltingenieurwesen zu schärfen.

Frage 263 – Christiane Böhm (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Plant sie, in der Verordnung zur Schulgeldfreiheit in den Heilberufen auch die Schulgebühren für die aktuell in der Ausbildung befindlichen Schülerinnen und Schüler zu übernehmen?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Wie Sie zutreffend ausführen, soll die Schulgeldfreiheit in einer Rechtsverordnung geregelt werden. Wir sind gerade dabei, diese Verordnung zu erstellen und sie mit den übrigen Ressorts abzustimmen. Aus diesem Grunde kann ich zu Ihrer Frage zum jetzigen Zeitpunkt keine abschließende und verbindliche Antwort abgeben.

Dessen ungeachtet erscheint es durchaus sinnvoll, das Schulgeld ab dem Inkrafttreten auch für diejenigen Schülerinnen und Schüler zu übernehmen, die sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Ausbildung befinden.

Frage 265 – Torsten Felsthausen (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

In wie vielen Veterinärämtern in Hessen wird das integrierte Programm für den Verbraucherschutz und Veterinärwesen BALVI iP bzw. BALVI iP2 eingesetzt?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

BALVI iP wird in Hessen von allen 21 Landkreisen sowie von den fünf kreisfreien Städten flächendeckend eingesetzt.

Das Nachfolgeprogramm BALVI iP2 befindet sich derzeit in einer frühen Entwicklungsphase – ein konkreter Einführungszeitpunkt steht noch nicht fest. Aufgrund der komplexen Weiterentwicklung, die mit einer Neuentwicklung vergleichbar ist, ist mit einer Einführung von BALVI iP2 nicht vor dem Jahr 2023 zu rechnen.

Darüber hinaus steht seit 26. Februar 2020 – nach abgeschlossener Pilotphase – der Verstoßerrfassungsassistent für das von den hessischen Lebensmittelüberwachungsbehörden eingesetzte BALVI mobil zur Verfügung. Dabei handelt es sich um eine neue Assistenzfunktion in der mobilen BALVI-Version, die von einigen Lebensmittelkontrolleuren schon seit einiger Zeit bei ihren Kontrollen vor Ort eingesetzt wird.

Mit dem neuen Assistenten können Kontrollen schneller erfasst und dokumentiert werden, da die wesentlichen Verstoßtexte bereits im Programm hinterlegt sind und ausgewählt werden können. Zusätzlich erhalten die Unternehmen schon unmittelbar im Anschluss an die Kontrolle den Prüfbericht (im Falle von Verstößen mit Rechtsvorschriften und Fotos) ausgehändigt. Mögliche Aufforderungen zur Mängelbeseitigung mit entsprechender Fristsetzung werden ebenfalls direkt ausgegeben und sind für die Unternehmen klar erkenntlich. Das erleichtert nicht nur die Arbeit der Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure, sondern gibt auch dem Unternehmen eine transparente Übersicht über die Verstöße und die eigenverantwortlich zu veranlassenden Maßnahmen.

Frage 266 – Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Was ist hinsichtlich des Planungsstands im Rahmen der Ansetzung von Maßnahmen der Auftragsverwaltung des Bundes konkret erforderlich, damit z. B. die B 8 Ortsdurchfahrt Lindenholzhausen schnellstmöglich prioritär bearbeitet werden kann?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Zunächst einmal gehe ich – auch wegen verschiedener Fragen Ihrerseits in der Vergangenheit – davon aus, dass Sie mit Ihrer Frage nicht die Ortsdurchfahrt, sondern die Ortsumgehung Limburg-Lindenholzhausen meinen.

Als wir in Hessen – wegen der Vielzahl der vordringlichen Projekte im neuen Bedarfsplan 2016 für die Bundesfernstraßen – Anfang 2017 eine Priorisierung vornehmen mussten, haben wir entschieden, zunächst diejenigen Projekte prioritär zu bearbeiten, die planerisch weit fortgeschritten waren. Dies waren Maßnahmen, die mindestens in der Planungsstufe „Entwurfsplanung“ waren, d. h. für die gerade der technische Entwurf und die landschaftspflegerische Begleitplanung erarbeitet wurden. Diese Stufe hatte die Ortsumgehung Lindenholzhausen noch nicht erreicht.

Am 19. Februar 2020 wurde der Landeshaushalt 2020 beschlossen. Darin sind unter anderem zehn zusätzliche Stellen für Planungsingenieurinnen und -ingenieure bei Hessen Mobil berücksichtigt, auch um Planungen von bisher nicht mit Priorität verfolgten Bundesstraßenprojekten des Vordringlichen Bedarfs voranzubringen. Ein entsprechendes Planungsprogramm wird derzeit in meinem Hause erarbeitet. Ob die Ortsumgehung Lindenholzhausen dabei sein wird, kann ich Ihnen heute noch nicht sagen.

Frage 267 – Manuela Strube (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bilden sich die sozialpädagogischen Stellen (UBUS) auf schulfachlicher Seite in den Schulämtern und im Kultusministerium ab?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Die schulfachliche Zuständigkeit für den unterrichtsbegleitenden Einsatz der sozialpädagogischen Fachkräfte, mit dem die Schülerinnen und Schüler in Hessen seit 2018 unterstützt werden, liegt in der Abteilung I des Hessischen Kultusministeriums und wird dort im Referat I.3.1 fachlich kompetent bearbeitet. Von den hervorragend qualifizierten Fachleuten dieses Referats wurde auch der „Erlass für die unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (UBUS)“ entwickelt. Dieser Erlass bildet die konzeptionelle Grundlage für die Arbeit und den Einsatz der sozialpädagogischen Fachkräfte, die auf derzeit 700 unbefristeten Stellen an den Grund- und den weiterführenden Schulen im Einsatz sind. Das Fachreferat verfügt sowohl über schulfachliche als auch über sozialpädagogische Expertise.

Begleitet und unterstützt werden die sozialpädagogischen Fachkräfte durch die Staatlichen Schulämter, die zugleich die zuständigen Einstellungsbehörden sind. In jedem Staatlichen Schulamt gibt es eine schulfachlich zuständige Dezernentin bzw. einen Dezernenten als Ansprechperson für die sozialpädagogischen Fachkräfte in dem jeweiligen

Schulamtsbezirk sowie eine zuständige Schulpsychologin bzw. einen Schulpsychologen, die bzw. der Vernetzungstreffen der sozialpädagogischen Fachkräfte im Schulamtsbezirk organisiert sowie bei Bedarf Supervision anbietet. In allen Schulamtsbezirken wurden in den vergangenen beiden Jahren Auftaktveranstaltungen durchgeführt, die Gelegenheit zur Vernetzung und zum Austausch boten.

Frage 268 – Christoph Degen (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wann wird sie das seit Sommer 2017 erarbeitete Kerncurriculum für das Fach Informatik in allen Schulformen der Sekundarstufe I vorlegen?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Der Entwurf des Kerncurriculums – zunächst für den gymnasialen Bildungsgang – wurde am 4. März 2020 für die externe didaktische Prüfung durch das Hessische Kultusministerium freigegeben. Aktuell wird der Entwurf am Institut für Didaktik der Mathematik und Informatik der Universität Münster geprüft. Nach der externen didaktischen Prüfung des Kerncurriculums im gymnasialen Bildungsgang sollen die dort formulierten Kompetenzen und Inhalte bei der Entwicklung der Kerncurricula für die Haupt- und Realschule berücksichtigt sowie entsprechend angepasst werden.

Frage 269 – Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Wie viele Kommunen haben das Angebot des HMdJ zu Errichtung von Rechtsstaatsklassen bisher angenommen?

Antwort Eva Kühne-Hörmann, Ministerin der Justiz:

Seit Start des Programms „Fit für den Rechtsstaat – Fit für Hessen“ im Jahr 2015 haben über 100 hessische Kommunen das Programm angenommen.

Um einen Überblick über die erreichten Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer zu haben, werden die am Ende einer Rechtsstaatsklasse ausgegebenen Zertifikate erfasst. Bis Februar 2020 wurden landesweit 16.934 Zertifikate ausgegeben.

Frage 270 – Bijan Kaffenberger (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Will sie vor dem Hintergrund des Digitalpakts eine Möglichkeit finden, die sehr hohen Betriebskosten von Glasfaseranschlüssen zu reduzieren und für die Schulträger tragbar zu gestalten?

Antwort Prof. Dr. Kristina Sinemus, Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung:

Gemäß § 158 Hessisches Schulgesetz obliegt es den Schulträgern, die erforderlichen Schulgebäude und -anlagen zu errichten, mit den notwendigen Einrichtungen, Lehrmitteln und technischen Hilfsmitteln auszustatten und ordnungsge-

mäß zu unterhalten, zu verwalten und zu bewirtschaften. Dies beinhaltet insbesondere auch die Zuständigkeit für die IT-Ausstattung der Schulen inklusive der Breitbandversorgung der Schulen (z. B. Buchung entsprechender Datentarife) nebst der schulinternen technischen Infrastruktur (z. B. sogenannte Inhouse-Verkabelung).

Notwendige Voraussetzung für die Nutz- und Buchbarkeit eines über einen Glasfaseranschluss laufenden Datentarifs ist, dass die Schulstandorte grundsätzlich über einen solchen Glasfaser-Internetanschluss verfügen und mindestens ein Anbieter entsprechende Datendienste für den konkreten Standort anbietet.

Mit der Gigabitstrategie für Hessen hat die Landesregierung den Handlungsrahmen für den Ausbau und die Weiterentwicklung der digitalen Infrastrukturen im Land Hessen gesetzt. Für das Erreichen eines flächendeckenden Ausbaus der Festnetzinfrastruktur sollen in einem ersten Schritt sozioökonomische Einrichtungen – hierzu zählen insbesondere Bildungseinrichtungen – prioritär und möglichst bis 2022 mit Glasfaser erschlossen werden. Dort, wo kein marktgetriebener Ausbau stattfindet, fördert die Landesregierung die für den Ausbau zuständigen Städte und Kreise, also die Schulträger, mit Zuschüssen für genau diesen Zweck.

Im Zuge des fortschreitenden Glasfaserausbaus in Verbindung mit der Umsetzung der Gigabitstrategie für Hessen sind sukzessive immer mehr Schulen und Schulträger in Hessen in der Lage, Glasfaseranschlüsse zu nutzen und in eigener Zuständigkeit entsprechende Datentarife bei den konkret vor Ort anbietenden Telekommunikationsunternehmen (TKU) in Anspruch zu nehmen.

Teilweise gibt es schon spezielle Angebote für Schulen. Dort, wo diese nicht vorhanden sind, können die Glasfaseranschlüsse zu den Standardtarifen der Unternehmen gebucht werden. Die Landesregierung steht im Zuge der Anbindung der Schulen in Hessen im ständigen Austausch mit den Schulträgern und den TKU und setzt sich hier für eine attraktive Preisgestaltung der gigabitfähigen Anschlüsse ein. Diese Gespräche führen dazu, dass die Produktportfolios der TKU zurzeit weiterentwickelt werden und damit die Betriebskosten von Glasfaseranschlüssen reduziert und für die Schulträger tragbar gestaltet werden.

Frage 272 – Rolf Kahnt (AfD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie konkret bereitet sich die Landesregierung auf die Umsetzung des geplanten Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab dem Jahr 2025 vor?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Die Hessische Landesregierung ist auf die beabsichtigte Einführung zur Ganztagsbetreuung an Grundschulen vorbereitet.

In Hessen arbeiten im laufenden Schuljahr mehr als 61 % der Grundschulen und verbundenen Grundschulen im Ganztagsprogramm des Landes – in Profil 1, Profil 2, Profil 3 oder im Pakt für den Nachmittag. Dies ist im Vergleich zum Schuljahr 2013/2014 ein Anstieg um über 60 %. Diese Steigerung ist das Ergebnis der konsequenten Schwerpunktsetzung der Landesregierung auf den Ausbau ganztä-

giger Angebote an Grundschulen: Als Erfolg hat sich der Pakt für den Nachmittag erwiesen, der neben den Profilen 1, 2 und 3 als weiteres Ganztagsprofil im laufenden Schuljahr im fünften Jahr in Hessen umgesetzt wird und auf die Belange und Bedarfe von Grundschulen in besonderem Maße abgestimmt ist. In enger und beispielgebender Kooperation zwischen dem Land und den Schulträgern wurde und wird ein passgenaues Angebot für die Altersgruppe der Grundschul Kinder etabliert. Im laufenden Schuljahr nehmen 26 von 33 Schulträgern mit insgesamt 253 Grundschulen bzw. Grundstufen von Förderschulen am Pakt für den Nachmittag teil.

Die modularisierte Struktur des Bildungs- und Betreuungsangebotes im Pakt für den Nachmittag an fünf Tagen in der Woche bis 14:30 Uhr oder bis 17 Uhr, das Angebot einer Ferienbetreuung durch die Schulträger sowie die enge Kooperation zwischen Land und Schulträgern bzw. deren jeweiligen Angebotsträgern können im Sinne des angekündigten Rechtsanspruches und der bisherigen gemeinsamen Gespräche und Vereinbarungen der Länder zum Rechtsanspruch als tragfähiges Zukunftsmodell gewertet werden.

Das Land Hessen unterstützt zudem die Grundschulen maßgeblich in ihren Bestrebungen, teilgebunden oder gebunden zu arbeiten.

Hessen bringt sich aktiv in die Gespräche auf Bund-Länder-Ebene betreffend einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ein, den der Bund einzuführen plant. In diesen Gesprächen legt Hessen besonderen Wert darauf, dass die Berechnungsgrundlagen zum zeitlichen Umfang und die qualitativen Aspekte den Vorgaben der Richtlinie für ganztätig arbeitende Schulen nach § 15 Hessisches Schulgesetz entsprechen und die Kosten eines Ganztagsanspruchs den Planungen in zutreffender Höhe zugrunde gelegt werden.

Da derzeit wesentliche Punkte der Umsetzung des Rechtsanspruchs noch ungeklärt sind, wie z. B. dessen konkrete inhaltliche Ausgestaltung oder die Finanzierungsbeiträge des Bundes sowohl bei den Investitions- als auch bei den Betriebskosten, kann die Errichtung des Sondervermögens keine abschließende Entscheidung über den Finanzierungsbeitrag des Bundes darstellen.

Ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter bedeutete für Länder und Kommunen erhebliche und dauerhafte Kostenfolgen in Milliardenhöhe. Das gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte Deutsche Jugendinstitut schätzt allein die Investitionskosten für die zusätzlich benötigten Plätze auf bundesweit bis zu 7,5 Milliarden €. Hiermit wird belegt, dass die im Rahmen des Sondervermögens vom Bund zur Verfügung gestellten Finanzmittel in Höhe von 2 Milliarden € zur Finanzierung des Rechtsanspruchs keineswegs ausreichend sein werden. Im Übrigen wird auf die Kleine Anfrage, Drucks. 20/2468, verwiesen.

Frage 273 – Angelika Löber (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Ab wann plant sie, bei Tiefbaumaßnahmen die Verlegung von Leerrohren förderfähig zu machen, damit diese später für den flächendeckenden Glasfaserausbau genutzt werden können?

Antwort Prof. Dr. Kristina Sinemus, Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung:

Die Mitverlegung von Leerrohren bietet aufgrund der hierbei stattfindenden Nutzung von Synergien im Tiefbau einen Ansatz für einen nachhaltigen, kosteneffizienten und beschleunigten Ausbau von hochleistungsfähiger Telekommunikationsinfrastruktur.

Die aktuelle „Richtlinie zur Förderung der Breitbandversorgung im Land Hessen“ und der „Leitfaden für die Förderung der Verlegung von Leerrohren für Breitbandkabel im Rahmen des kommunalen Straßenbaus“ bieten bereits Möglichkeiten für eine Förderung der Leerrohrmitverlegung in Gebieten ohne Breitbandgrundversorgung bzw. in Gebieten mit Unterversorgung in Bezug auf Netze der nächsten Generation – Next Generation Access (NGA)-Netze.

Die Hessische Landesregierung hat aufgrund des nahezu abgeschlossenen FTTC-Ausbaus („Fiber to the curb“ – Glasfaser bis zum Bordstein) den Bedarf einer Weiterentwicklung der landesseitigen Fördermöglichkeit zur Mitverlegung von Leerrohren für eine gigabitfähige Breitbandversorgung erkannt. Ein entsprechender Fördergegenstand, welcher im Zuge einer Anpassung der hessischen Breitbandförderrichtlinie mit aufgenommen werden soll, wird derzeit auf der Fachebene erarbeitet. Der Förderstart wird aktuell vollumfänglich vorbereitet, sodass nach Abschluss des Abstimmungsprozesses und nach Veröffentlichung der geänderten Richtlinie mit der Förderung begonnen werden kann.

Nach derzeitigem Stand ist der Start des Förderprogramms für Anfang 2021 geplant.

Da die Förderung der Leerrohrmitverlegung mit hohen beihilferechtlichen Hürden in Einklang gebracht werden muss, sind vor deren Einführung umfangreiche juristische Abstimmungen erforderlich.

Frage 274 – Dr. Frank Grobe (AfD):

Ich frage die Landesregierung:

Welcher Anteil der an allen hessischen Hochschulen im vorherigen Semester durchgeführten Lehrveranstaltungen wurde von nebenberuflich tätigen Lehrbeauftragten erbracht?

Antwort Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Da die Daten zu Ihrer Frage in diesem Auflösungsgrad nicht in der Hochschulstatistik erfasst sind, wurde eine Hochschulabfrage durchgeführt.

Die Goethe-Universität und die Justus-Liebig-Universität gaben an, dass die hochschulweite Gesamtzahl der Lehrveranstaltungsstunden nicht auswertbar sei; damit konnte dort auch der erfragte Durchschnittswert nicht ermittelt werden.

An den übrigen Hochschulen schwankt der Lehrauftragsanteil zwischen 7 und 49,79 %. Der letztgenannte Wert wurde an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt am Main erreicht und ist auf die besonderen Unterrichtsstrukturen zurückzuführen, die durch ein hohes Maß an Einzelunterricht geprägt sind.

Frage 275 – Dr. Frank Grobe (AfD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche durchschnittliche Vergütung in Euro erhielten im vorherigen Semester die nebenberuflich tätigen Lehrbeauftragten an den hessischen Hochschulen pro durchgeführter Lehrveranstaltungsstunde als Honorar?

Antwort Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Da die Daten zu Ihrer Frage in diesem Auflösungsgrad nicht in der Hochschulstatistik erfasst sind, wurde auch hierzu eine Hochschulabfrage durchgeführt.

An der Goethe-Universität und der Frankfurt University of Applied Sciences konnte kein Durchschnittswert bestimmt werden. An den übrigen Hochschulen schwankte der Durchschnitt zwischen 16,50 und 38 €.

Frage 276 – Torsten Warnecke (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um den Preis des 625-€-Seniorentickets, das in den Leistungen mit dem 365-€-Nicht-Seniorenticket vergleichbar ist, im Sinne der Kostengerechtigkeit um eben jene 260 € zu senken?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass für die Gestaltung der Tarife im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Hessen die Verkehrsverbünde zuständig sind. So sieht es das hessische ÖPNV-Gesetz vor.

Nun zur Ihrer Frage, und nur um es noch einmal klarzustellen: Die hessischen Verkehrsverbünde bieten folgende landesweit nutzbaren Tickets an:

Erstens das Seniorenticket ab 65 Jahren für 365 € im Jahr, das werktags ab 9 Uhr und an Wochenenden und Feiertagen ganztags zur Nutzung des ÖPNV berechtigt.

Zweitens das Seniorenticket Komfort ab 65 Jahren für 625 € im Jahr; das auch an Werktagen ganztägig gilt und zur Fahrt in der 1. Klasse berechtigt. Zudem ermöglicht es die Mitnahme eines Erwachsenen und beliebig vieler Kinder unter 15 Jahren nach 19 Uhr sowie ganztägig an Wochenenden und Feiertagen.

Drittens das Schülerticket für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende für 365 € im Jahr; das ebenfalls ganztägig gilt.

Für Seniorinnen und Senioren gibt es also zwei Ticket-Optionen: eine kostengünstige Basis-Variante für 365 € im Jahr und eine Komfort-Variante für 625 € im Jahr.

Soweit mit dem Begriff „Nicht-Seniorenticket“ das Schülerticket gemeint sein sollte, hat dieses gegenüber dem Seniorenticket für 365 € im Jahr den einzigen Vorteil, dass es rund um die Uhr genutzt werden kann. Und dieser Vorteil ist auch gewollt, da Seniorinnen und Senioren gezielt dazu angeregt werden sollen, spätere Verbindungen zu nutzen, die nicht so stark ausgelastet sind. Das entlastet den ÖPNV zu Stoßzeiten.

Mit den verschiedenen Flatrate-Tickets wurden Optionen geschaffen, die den verschiedenen Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren gerecht werden und zugleich durch die Verbände finanziert werden können. Ein solch preiswertes Angebot gibt es in keinem anderen Flächenbundesland. Ich sehe daher keine Veranlassung, die Preisgestaltung zu ändern.

Frage 277 – Lisa Gnadl (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie ist der aktuelle Sach- und Planungsstand bezüglich der Realisierung des Radwegs zwischen Ranstadt und Ortenberg-Selters?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Die Voruntersuchungen für dieses Planungsprojekt wurden von Hessen Mobil abgeschlossen. Zurzeit wird der Vorentwurf erstellt, der noch im Laufe des Jahres fertiggestellt werden soll. Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens wird ebenfalls noch in diesem Jahr angestrebt.

Frage 278 – Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Warum arbeitet die Stiftung Hessischer Tierschutz zurzeit nicht?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Die Stiftung Hessischer Tierschutz ist arbeitsfähig.

Der Stiftungsrat ist vollständig besetzt. Er setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Tierschutzverbänden, den Landtagsfraktionen und Behörden zusammen. Der Rat entscheidet über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung. Die letzte Sitzung des Stiftungsrates fand am 22. November 2019 statt. Es waren die Mitglieder fast aller Landtagsfraktionen zugegen. Die Vertreterin der Fraktion DIE LINKE hat nicht an der Sitzung teilgenommen. Die nächste Sitzung soll planmäßig im September 2020 stattfinden.

Auch der Stiftungsvorstand ist vollständig besetzt. Die für April 2020 vorgesehene Präsenzsitzung des Stiftungsvorstandes wurde zwar aufgrund der derzeitigen Corona-Situation verschoben, die erforderlichen Beschlüsse und Abstimmungen der Vorstandsmitglieder wurden jedoch bereits via E-Mail und Telefon herbeigeführt. An dieser Arbeitsweise kann der Vorstand festhalten, bis die Situation wieder persönliche Zusammenkünfte zulässt, ohne dass daraus Nachteile für die Stiftungsarbeit zu befürchten sind.

Frage 279 – Astrid Wallmann (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Wie bewertet sie die derzeit laufenden Gespräche auf Bundesebene zur Weiterentwicklung der privaten Altersvorsorge?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Eine elementare Aufgabe der Politik angesichts der demografischen Entwicklung ist es, das deutsche Rentensystem zukunftsfest zu machen. Hierzu ist es notwendig, die private und betriebliche Altersvorsorge weiter auszubauen und zu stärken. Die private Altersvorsorge wird ein zunehmend bedeutsamerer Baustein, um drohende Versorgungslücken bei der gesetzlichen Altersversorgung zu schließen. Ihr Verbreitungsgrad ist gegenwärtig jedoch noch unzulänglich.

Aufgrund hoher Gebühren und schwacher Renditen angesichts der Niedrigzinsphase hat sich auch die Riesterrente nicht ausreichend durchsetzen können. Insofern wird zu Recht über eine Reform der Riesterrente diskutiert, ebenso wie über neue Formen einer staatlich organisierten privaten Altersvorsorge. Unter anderem durch den Verbraucherzentrale Bundesverband sowie die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg wurden verschiedene Modelle vorgeschlagen.

Die Hessische Landesregierung unterstützt ebenfalls diesen Prozess – der im Wesentlichen Bundesrecht betrifft – und hat dazu auch bereits das Konzept der Deutschland-Rente zur Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge in den Bundesrat eingebracht.

Frage 280 – Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie weit sind die Planungen, beispielsweise in Form von Modellversuchen, fortgeschritten, die im Koalitionsvertrag festgehaltene Integration der ca. 140 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in die Kollegien der ca. 2.000 hessischen Schulen umzusetzen?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Am 1. Februar 2020 wurde ein Pilotprojekt der Schulpsychologie zur Unterstützung von Grundschulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, in allen 15 Dienstbezirken der Staatlichen Schulämter gestartet. Aktuell nehmen 16 Schulen an diesem Modellversuch teil.

Die Erprobung erfolgt zunächst für ein Schulhalbjahr. Eine Fortführung, ein Wechsel der Schule oder die Ausweitung der Erprobung auf weitere Schulen sind grundsätzlich möglich. Angesichts der aktuellen Einschränkungen im Schulbetrieb aufgrund der Pandemie wurde die erste Erprobungsphase bis Ende 2020 verlängert.

Frage 281 – Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Hat sie im Rahmen einer Beteiligung an dem atomrechtlichen Genehmigungsverfahren für das Standort-Zwischenlager Biblis fehlende sicherheitsrelevante Einrichtungen, wie z. B. heiße Zellen, eingefordert?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit als zuständige Genehmigungsbehörde nach § 23d AtG hat im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach § 6 AtG geprüft, ob bereits zum jetzigen Zeitpunkt die Vorlage eines Konzeptes für eine heiße Zelle zur Umladung der Sellafield-Kokillen in einen anderen Behälter erforderlich ist, und kam zu dem Ergebnis, dass dies nicht erforderlich ist.

Das hessische Umweltministerium als die für das Atomrecht zuständige oberste Landesbehörde nach § 24 AtG ist zwar für die staatliche Aufsicht über das Zwischenlager, aber nicht für die Genehmigung nach § 6 AtG zuständig. Würde das HMUKLV eigene Prüfungen oder Bewertungen in verbindlichen Handlungsformen vornehmen, so wäre dies mangels Zuständigkeit rechtswidrig. Die Zuständigkeit einer Behörde ist eine zwingende Voraussetzung der Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit des Handelns der Behörde.

Frage 282 – Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie stellt sie sicher, dass an hessischen Schulen ausreichend Seife und Handtücher oder Handtrockner zur Verfügung stehen, damit alle hygienischen Standards zur Eindämmung des Corona-Virus flächendeckend in Hessen eingehalten werden können?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Für die Bereitstellung von Sachmitteln sowie für die Durchführung der gesundheitlichen Betreuung und Überwachung der Schülerinnen und Schüler sind grundsätzlich die Schulträger nach §§ 155 und 156 des Hessischen Schulgesetzes verantwortlich. Die Schulen selbst verwalten ein Schulträger-Budget und haben damit die Möglichkeit, selbstständig beispielsweise für ausreichend Papierhandtücher, Seife sowie Hygienemittel zu sorgen.

Darüber hinaus leitet die Landesregierung den Kommunalen Spitzenverbänden die Informationen für Schulen zur Aufklärung und zum Umgang mit dem neuartigen Corona-Virus (SARS-CoV-2) zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Weitergabe an die Schulträger in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu.

Dessen ungeachtet, und um den größtmöglichen Schutz im Klassenraum sowie rund um den Schulbetrieb zu gewährleisten, wurden die Schulen in Hessen zur Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts am 27. April 2020 mit zusätzlicher Schutzausrüstung, bestehend aus insgesamt 750.000 Mund-Nasen-Schutzmasken, 7.000 Schutzhandschuhen, 4.800 Schutzkitteln sowie 18.000 l Desinfektionsmittel, ausgestattet. Diese vom Land Hessen zusätzlich zu den Hygienemitteln der Schulträger zur Verfügung gestellte Versorgung versetzt die Schulen in die Lage, je nach den örtlichen Gegebenheiten, die Hygieneschutzbestimmungen bestmöglich einzuhalten. Die Verteilung der Schutzausrüstung erfolgte insbesondere im Hinblick auf die Mund-Nasen-Schutzmasken mit dem Hinweis an die Schulleitungen, dass die zur Verfügung gestellte Schutzausrüstung in erster Linie für konkrete Bedarfsfälle an den ersten Tagen der Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts gedacht sei.

Allen Schulen wurden bereits im Vorfeld ein schulischer Hygieneplan sowie Hinweise zum Umgang mit Behelfs- und Alltagsmasken übersendet. Um die Einhaltung von Abstands- und Hygieneregeln zu gewährleisten, wurden die Klassen auf eine maximale Größe von 15 Schülerinnen und Schülern verkleinert.

Frage 283 – Wiebke Knell (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Bis wann kann sie sicherstellen, dass die Ausstellung der Jagdscheine wieder regulär erfolgen kann?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Die Landesregierung hat sichergestellt, dass Jagdscheine den gesetzlichen Anforderungen entsprechend erteilt werden können. Nach Inkrafttreten des 3. Änderungsgesetzes zum Bundeswaffengesetz ist es künftig erforderlich, die antragstellenden Personen mittels einer Abfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz dahin gehend zu überprüfen, ob sie sich verfassungsfeindlich betätigen oder eine verfassungsfeindliche Organisation unterstützt haben. Die neuen Vorgaben wurden von den beteiligten Behörden zielorientiert und schnell umgesetzt. Im Grundsatz konnte daher allen Jägerinnen und Jägern, die rechtzeitig den neuen Jagdschein beantragt haben, dieser vor Beginn des neuen Jagdjahres zum 1. April ausgestellt werden.

Frage 284 – Wiebke Knell (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Bis wann wird sie eine verfassungskonforme Jagdverordnung vorlegen?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Die derzeit geltende Jagdverordnung steht im Einklang mit der Hessischen Verfassung und dem Urteil des Staatsgerichtshofs vom 12. Februar 2020.

Bereits mit der Änderungsverordnung vom 10. Februar 2020, die am 24. Februar 2020 im „Gesetz- und Verordnungsblatt“ verkündet wurde, wurde die ganzjährige Jagdzeit auf den Jungwaschbären festgesetzt.

Mit einer weiteren Änderungsverordnung vom 9. März 2020, die am 31. März 2020 im „Gesetz- und Verordnungsblatt“ verkündet wurde, wurden die Jagdzeiten auf juvenile Marderhunde, Steinmarder, juvenile Füchse und Blässhühner dem Urteil vom 12. Februar angepasst.

Frage 285 – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Aus welchem Grund soll in Nordhessen eine Jugendarrestanstalt eingerichtet werden?

Antwort Eva Kühne-Hörmann, Ministerin der Justiz:

Jugendarrest kann verhängt werden, wenn Jugendstrafe nicht geboten ist, dem Jugendlichen aber eindringlich zum Bewusstsein gebracht werden muss, dass er für das von ihm begangene Unrecht einzustehen hat.

Dabei ist aber ein heimatnaher Vollzug sinnvoll – dies vor allem auch mit Rücksicht auf die Jugendlichen. Bislang existiert nur eine Vollzugseinrichtung in Gelnhausen. Die Einrichtung einer Jugendarrestanstalt in Nordhessen wird geprüft, um die Möglichkeiten des Jugendgerichtsgesetzes im ganzen Land gleichermaßen nutzen zu können.

Frage 287 – Turgut Yüksel (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Inwieweit ist sie auf das am 1. März 2020 in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz vorbereitet?

Antwort Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Bereits begleitend zur Beratung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes auf Bundesebene sowie zur Erstellung von Anwendungshinweisen hat das HMDIS einen Landesarbeitskreis „Fachkräfteeinwanderung“ installiert, an dessen Sitzungen Landesressorts, Regierungspräsidien, einige Ausländerbehörden, die Kommunalen Spitzenverbände, die Bundesagentur für Arbeit (Regionaldirektion Hessen), die INBAS GmbH (als Koordinatorin der hessischen Anerkennungsberatungsstellen im Rahmen des IQ-Landesnetzwerks „Anerkennung durch Qualifikation“) sowie Anerkennungsstellen teilnahmen. Weitere Sitzungen des Landesarbeitskreises wurden geplant, konnten aber aufgrund der Corona-Lage nicht unmittelbar umgesetzt werden.

Das Bundesinnenministerium hat zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz ausführliche Anwendungshinweise samt Mustervorlagen erstellt, die an die Ausländerbehörden weitergeleitet wurden.

Begleitend wurden die Änderungen und Neuerungen, die durch das am 1. März 2020 in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft getreten sind, sowohl auf Landesebene als auch auf der Ebene der Regierungspräsidien mit Leitungen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausländerbehörden intensiv in mehrstündigen Veranstaltungen dargestellt und erörtert. Hierbei waren wiederum Anerkennungsstellen, die Bundesagentur für Arbeit sowie die INBAS GmbH (als Vertreterin des IQ-Netzwerks) mit beteiligt.

Die zuständigen kreisfreien Städte, Landkreise bzw. Sonderstatusstädte haben nach dem Eindruck der obersten Ausländerbehörde die Aufgabe mit großem Engagement angenommen.

Eine ganze Reihe von Ausländerbehörden hat anlässlich des besonderen Schwerpunktes der Fachkräftegewinnung interne Strukturen und Verfahrensabläufe überprüft und verbessert, teilweise auch bereits personell verstärkt.

Das Fachreferat im Ministerium wird voraussichtlich im Sommer erste Erfahrungen mit den gesetzlichen Änderungen von den Ausländerbehörden erheben und auswerten.

Frage 288 – Alexander Bauer (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Fahndungserfolge wurden bei den verdachtsunabhängigen Kontrollen der hessischen Polizei im Jahr 2019 erzielt?

Antwort Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Im Jahr 2019 wurden insgesamt über 118.000 Schleierfahndungskontrollen durchgeführt. Hierbei wurden fast 240.000 (239.592) Personen und rund 160.000 (160.480) Fahrzeuge kontrolliert.

Im Rahmen der durchgeführten Kontrollen (im Regeldienst sowie bei Sonderkontrollen) wurden hessenweit 817 Fahndungstreffer bei mit Haftbefehl gesuchten Personen festgestellt. Darüber hinaus waren 1.670 Personen zur Aufenthaltsermittlung und 217 Personen Schengen-weit zur Fahndung ausgeschrieben.

Insgesamt kam es zu 7.665 Sicherstellungen bzw. Beschlagnahmen und 10.895 eingeleiteten Ermittlungsverfahren.

Frage 289 – Kerstin Geis (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Wie werden Schülerinnen und Schüler systematisch an hessischen Schulen über die Regelungen zu Gewebe-, Organ- und Knochenmarkspenden informiert?

Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Organ-, Knochenmark- und Gewebespenden können im Rahmen des Biologieunterrichts in der Sekundarstufe I und in der gymnasialen Oberstufe im Rahmen der Medizinethik in den Fächern Ethik und evangelische Religion thematisiert werden.

Darüber hinaus hat die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) die Aufklärungskampagne „Organspende – Die Entscheidung zählt“ initiiert, die umfassende Informationen zum Thema Organ- und Gewebespenden bereitstellt. Schulen können hierzu das Medienpaket „Organspende macht Schule“ nutzen.

Frage 290 – Alexander Bauer (CDU):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Resonanz gab es 2019 auf das Schwimmbad-Investitionsprogramm SWIM?

Antwort Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Bereits unmittelbar nach Bekanntgabe der Planungen zur Auflage des neuen Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramms („SWIM“) am 07.09.2017 erreichte das Hessische Ministerium des Innern und für Sport eine Vielzahl von Anfragen zum Förderprogramm. Mit Veröffentlichung der Förderrichtlinie am 29.05.2018 konnte ein erneuter Anstieg an Anfragen verzeichnet werden.

Für das Haushaltsjahr 2019 wurden insgesamt 160 Maßnahmen für eine Förderung in SWIM angemeldet. Davon waren insgesamt 120 Maßnahmen in den Vorschlagslisten der Landkreise, kreisfreien Städte und Sonderstatusstädte enthalten (die Förderrichtlinie sieht eine Meldung von maximal jeweils fünf Maßnahmen vor). In das Förderprogramm 2019 konnten 75 Projektträger aufgenommen und somit zu einer Antragstellung aufgefordert werden.

In 48 Fällen konnten Förderbescheide mit Landeszuwendungen von insgesamt rund 11,4 Millionen € erteilt werden.

Für das SWIM-Programm lässt sich eine äußerst hohe Resonanz feststellen. Die für das aktuelle Haushaltsjahr 2020 angemeldeten Vorhaben umfassen insgesamt ein Investitionsvolumen von rund 230 Millionen €. Hierbei wurden bisher Landeszuwendungen von 35,3 Millionen € beantragt.

Frage 291 – Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

Wie fördert sie den Erhalt, die Erforschung und die weitere Nutzbarmachung des Bodendenkmals/der Fossilagerstätte Korbacher Spalte?

Antwort Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

*Die Korbacher Spalte ist ein herausragendes paläontologisches Bodendenkmal in Hessen und eine Fossilienlagerstätte von überregionaler wissenschaftlicher und kultureller Bedeutung. Als Highlight des Nationalen Geoparks Grenzswelten wird sie der Öffentlichkeit als anschauliches Beispiel der Evolutionsgeschichte in der Region präsentiert. Sie dokumentiert weltweit bedeutende Phasen der Säugetier-Entwicklung durch Funde säugetierähnlicher Reptilien, die vor ca. 255 Millionen Jahren küstennahe Bereiche des damaligen Zechsteinmeeres bevölkerten. Der *Procynosuchus* ist daher auch besser bekannt als der „Korbacher Dackel“.*

Eigentümerin der Korbacher Spalte ist die Stadt Korbach. Für den Erhalt und die Nutzbarmachung der Fossilagerstätte ist daher die Stadt zuständig. Die wissenschaftliche Untersuchung der Korbacher Spalte haben die zuständigen Behörden des Landes Hessen – das Landesamt für Denkmalpflege Hessen und das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie – schon seit Langem ganz maßgeblich mit vorangebracht. Hier ist insbesondere das Kooperationsprojekt „Förderung der Erforschung und Fundverwaltung von Fossilmaterial aus der Korbacher Spalte“ (von 2011 bis 2015) zu nennen. Die Landesregierung hat der Stadt Korbach zugesagt, sie bei der wissenschaftlichen Erforschung der Fossilagerstätte auch weiterhin zu unterstützen. Unter anderem ist angedacht, zu gegebener Zeit ein weiteres Fachsymposium zur Korbacher Spalte zu veranstalten, um die Bekanntheit der Korbacher Spalte auch international zu erhöhen.

Frage 292 – Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Welche Antwort hat der Main-Kinzig-Kreis bekommen, der um Unterstützung für die Veritas AG in Gelnhausen und die von Entlassung bedrohten Beschäftigten durch das Land Hessen bat?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Dem Main-Kinzig-Kreis wurde mitgeteilt, dass der geplante Verkauf des Gelnhäuser Traditionsunternehmens Veritas AG an den amerikanischen Investor American Industrial Acquisition Corporation (AIAC) und der damit verbundene Wegfall von 700 der insgesamt 1.400 Arbeitsplätze am Stammsitz Gelnhausen von der Landesregierung mit Besorgnis zur Kenntnis genommen wird. Die Landesregierung befürwortet daher den Versuch, gemeinsam mit dem Betriebsrat das bestmögliche Ergebnis für die Belegschaft zu erzielen.

Der aktuelle Transformationsprozess in der Automobilindustrie führe leider in vielen Betrieben zu negativen Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsicherheit. Hinzu kämen der Wettbewerbsdruck von Standorten in Ländern mit niedrigeren Arbeitskosten sowie aktuell auch die Auswirkungen der Corona-Krise.

Dem Main-Kinzig-Kreis wurde versichert, dass die Hessische Landesregierung daran arbeite, der Automobilindustrie in Hessen gute Rahmenbedingungen zu bieten, und im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Unterstützung bereit sei. Gleichwohl muss die Unabhängigkeit von unternehmerischen Standortentscheidungen respektiert werden.

Frage 293 – Saadet Sönmez (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Wie steht sie zur Auffassung von Bundesumweltministerin Svenja Schulze, dass schon jetzt im Rahmen der geltenden Regelungen des Immissionsschutzrechts (Anwendung der Geruchsimmisions-Richtlinie und der TA Lärm) die Nutzung der Wohngebäude auf der Sportsfield Housing in Hanau trotz der Nähe zu einer Industrieanlage möglich sei?

Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Das Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Anregungen der Bundesumweltministerin zur Kenntnis genommen und prüft, wie sie im weiteren Verfahren vor dem Hintergrund der tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt werden können.

Frage 294 – Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Wie stellt sie sicher, dass nicht aufgrund von räumlichen oder technischen Kapazitätsproblemen Gerichtsverhandlungen verschoben werden müssen?

Antwort Eva Kühne-Hörmann, Ministerin der Justiz:

Die Handlungsfähigkeit der hessischen Justiz ist auch während der gegenwärtigen Corona-Pandemie sichergestellt.

Es erfolgt fortlaufend ein sehr engmaschiger Austausch des Ministeriums der Justiz mit den Gerichtsbarkeiten. Dabei werden Handlungsbedarfe analysiert und Schutzkonzepte besprochen. Auch die IT-Stelle ist eingebunden.

Bei größeren Gerichtsverhandlungen mit vielen Verfahrensbeteiligten, die in den Gerichtssälen nicht unter Wahrung des Abstandsgebots durchgeführt werden können, haben die Gerichte die Möglichkeit, extern größere Räume anzumieten.

Frage 295 – Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Für wie sinnvoll erachtet sie die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat ausgesprochenen Einreiseverbote angesichts der im Anschluss an die Einreise verordneten zweiwöchigen Quarantäne für Menschen, die nach Deutschland einreisen?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Die weitere Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus muss gemeinsam von uns allen gebremst werden. Auch ein möglicher Virus-Eintrag durch Einreisende aus dem Ausland muss verringert werden.

Das Bundesministerium des Innern hat dazu angeordnet:

Deutsche Staatsangehörige sind vom Einreiseverbot nicht betroffen, weil ihnen die Einreise natürlich nicht verwehrt werden kann und sie im Regelfall hier eine eigene Häuslichkeit haben.

Staatsangehörigen von EWR-Staaten, Großbritannien und der Schweiz sowie deren Familienangehörigen wird die Einreise nur zum Zwecke der Durchreise in den Heimatstaat gestattet. Gleiches gilt für Drittstaatsangehörige mit längerfristigem Aufenthaltsrecht (Aufenthaltsstempel oder längerfristiges Visum) für diese Staaten.

Im Übrigen werden Einreisende an der Grenze im Regelfall zurückgewiesen.

Das Land Hessen hat angeordnet:

Wer aus dem Ausland einreist, muss im Regelfall für 14 Tage in die häusliche Quarantäne.

Einreiseverbot und Quarantäne-Anordnung greifen zur Bekämpfung des Corona-Virus ineinander: Wer in Deutschland keine eigene Häuslichkeit besitzt, darf nicht einreisen. Wer einreisen und sich länger in Deutschland aufhalten darf, muss sich für 14 Tage in Quarantäne begeben.